

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Ronald Reagan:

**Die Jagd auf den US-Präsidenten
ist freigegeben**

System 2000: So machen die 13 Banker-Familien bei einem Kollaps Kasse

Zionismus:

**Wie Israel die USA
zum Narren hält**

Weltwirtschaft:

**Stabilität auf
schwachen Füßen**

Sowjetunion:

KGB contra Gorbatschow

Geld

**Roosevelts Diebstahl
in Frankreich**

Schulden:

**Weiter neue
Kredite mit
Wucher-
zinsen für
die dritte
Welt**





Eustace Mullins/
Roland Bohlinger

Die Bankiers- verschwörung

Zweite, stark erweiterte Auflage, 480
Seiten, kartoniert, zahlreiche Abbil-
dungen

Teil 1 DM 24,80 (jetzt erschienen!)

Teil 2 DM 24,80 (in Vorbereitung)

Begann es mit einem geheimen Treffen der Spitzenbankiers im Jahre 1910 auf Jekyll Island mit einem Gesetz, das nach Täuschungsmanövern im Hand- streich verabschiedet wurde, nämlich durch eine Minderheit des amerikani- schen Kongresses am 23.12.1913, als die ablehnende Mehrheit der Parlamen- tarier bereits in den Weihnachtsurlaub abgereist war? Oder begann es viel früher? Und was haben diese lange zurückliegenden Ereignisse zu tun mit den beiden Weltkriegen, der jetzigen Atombombenrüstung und der wach- senden Weltwirtschaftskrise oder mit Bevölkerungsexplosion und Völker- schwund, mit Umweltzerstörung, Rechtsfälschung und Kulturzerfall? Ha- ben sie überhaupt etwas damit zu tun?

Die Autoren zeigen auf, wie eine kleine Gruppe von Männern durch eine langfristig angelegte Strategie die Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet errang, welche Bedingungen es waren, die das ermöglichten, und welche Fol- gen das hatte und hat.

Wichtigste Themen: Die US-Notenbank in privater Hand; internationale Finanzherrschaft und die beiden Weltkriege; Weltregierungspläne und der kommende Zusammenbruch der Weltwirtschaft; Zins- und Bodenwucher als Hauptursache der Umweltzerstörung; mafiaartige Zusammenhänge zwi- schen Plutokratie und Plutonium-Staat; Wissenswertes um die P2-Ver- schwörung; die Zerstörung der Wissenschaft und des Rechts; Verschwörung oder Ergebnis einer geistig und wirtschaftlich seit Jahrhunderten fehlgerich- teten Gesellschaftsentwicklung; Auswege.

DIE ZEIT

Nr. 11 - 17. Juli 1988

Ersparung, Betörung, Mord und Putschversuche in der Geheimloge „Propaganda Die“: Inden Spuren für alle politischen Systeme haben zusammen. Jetzt hat ein politischer Untersuchungs- schuß das Komplex von „Ländigen Mes- sern“, „Menschen und Gassen durchdrachten.“

Die Loge des Bösen

Wie die Freimaurer-Bruderschaft „P 2“
indien beherrschen wollte

Von Eric H. Brown

ADP



DOSSIER

Felix Franz Egon Lützel Hinter den Kulissen der Weltgeschichte

Faksimile, kart. 1432 S., Band I-III zusammen nur DM 98,-

Der Verlag legt hier die neunte Veröffentlichung in seiner Reihe »Hinter- grundanalysen« vor, den Faksimiledruck eines fast verschollenen, aber hoch- interessanten Werks, das in zahlreiche Hinter- und Abgründe der menschi- chen Geschichte hineinleuchtet. Dieses Werk behandelt die Geheimbünde- leien bei Südseeinsulanern und afrikanischen Negervölkern ebenso wie bei den alten Ägyptern und Babyloniern, Indern und Tibetanern, Griechen, Rö- mern, Kelten und Germanen, dazu die verschiedenen Ritterorden des Mit- telalters, die orientalischen Orden und Geheimbünde von den Sikhs bis zu den Sufis, von den Assassinen bis zu den Wahhabiten, Senusis und Mahdis- ten, außerdem selbstverständlich die Freimaurer, Odd Fellows, Druiden und den B'ne B'rith, die Jesuiten und Illuminaten, die Hermetiker, Evergeten und Rosenkreuzer, den Ku-Klux-Klan, die Tammany-Society, zahlreiche Geheimbünde Ostasiens und Chinas u.v.m.



Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
2257 Struckum/Nordfriesland

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdBR, Untere Burghalde 51,
D-7250 Leonberg, Telefon (07152) 26011

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormo- nats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentli- chen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Bei- träge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,- einschließlich 7 % Mehrwert- steuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,- einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,- zuzüglich DM 12,- Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Herausgebers und der Redaktion über- ein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbeson- dere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfah- ren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen wer- den. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt der Herausgeber keine Haftung.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burg- halde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius- Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, D-6370 Oberursel, Postfach 5132, Telefon (0 61 71) 7 30 71.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 24. Juni 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeit- schriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

JEDEN MONAT NEU!

W

D

O

Leser werben Leser +++ Leser

Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.**

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg
Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE gewonnen.

Senden Sie CODE ab _____
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von
60,- DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im
Ausland DM 60,- zuzüglich DM 12,- Versandkosten für
den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs
umgerechnet) an:

Name _____

Vorname _____

Straße und Hausnummer/Postfach _____

Postleitzahl/Stadt/Land _____

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das
Abbonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder
Postcheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck
über den Betrag von 60,- DM anbei (Ausland:
DM 72,- Gegenwert in ausländischer Währung
zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und
erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum _____

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers _____

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des
Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber
dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250
Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen
kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Wider-
spruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift _____

Ich habe den neuen Abonnenten gewonnen und erhalte
dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue
Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und
ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name _____

Vorname _____

Straße und Hausnummer/Postfach _____

Postleitzahl/Stadt/Land _____



Finanzen

6 Die Stabilität der Weltwirtschaft auf schwachen Füßen

1986 hat größere Erfolge im Kampf um die Wiederherstellung der Währungsstabilität gebracht. Es gibt Anzeichen, daß 1987 hier eine erschreckende Wende bringen wird.

7 Die Reue des Börsenspekulanten Ivan Boesky

8 Das Spiel mit dem Kollaps

Ein Insider des internationalen Banken-Establishments veröffentlicht das geheime Planspiel System 2000, das die 13 Familien, die die Zentralbanken der Hartwährungsländer kontrollieren, entwickelt haben.

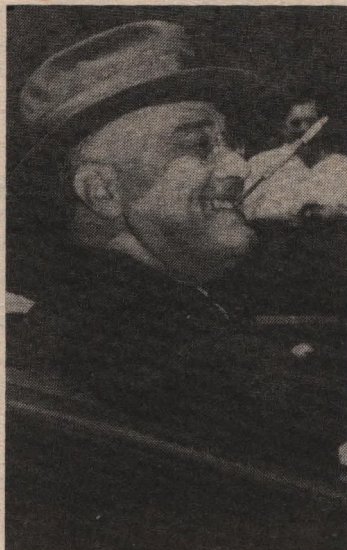
11 Wachsamkeit für Bankkunden ist angesagt

12 Die Schuldenkrise – ein Betrug an der dritten Welt

Langfristig werden die Schulden der dritten Welt niemals zurückgezahlt. Banken und andere Gläubiger der dritten Welt wären gut beraten, sich alles Geld, was sie bekommen können, zu greifen und die Beine in die Hand zu nehmen.

17 Roosevelts Diebstahl des französischen Goldes

Während des Zweiten Weltkrieges gelang es dem US-Präsidenten 3500 Tonnen Gold aus Frankreich abzutransportieren.



Franklin Delano Roosevelt, US-Präsident während des Zweiten Weltkrieges, war ein willfähriger Diener der Banker.

Absprachegremien

24 Die Trilaterale Kommission: Verschwiegen, aber nicht geheim

26 David Rockefellers mysteriöse Beziehungen zu Japan

27 Das Schuldenmachen geht weiter

Die Ergebnisse der Frühjahrstagung der Trilateralen Kommission in San Francisco.

29 Die Zufälle des Armand Hammers

Der Moskau-freundliche US-Milliardär hat einen »mysteriösen« Friedensplan.



David Rockefeller, Herrscher über die Trilaterale Kommission, die Bilderberger und den Council on Foreign Relations, hat den japanischen Markt entdeckt.

Internationales

19 Eigene Karten im internationalen Spiel

Die Mitgliedsländer der EG möchten nicht mehr, daß ihr Schicksal in Washington oder Moskau entschieden wird. Sie wollen die politischen und wirtschaftlichen Probleme selbst aushandeln.

21 Spaniens Ärger mit den USA wegen Marokko

45 Der Kriegsheld Ferdinand Marcos

Der ehemalige philippinische Präsident war ein von der US-Regierung hoch ausgezeichneter Soldat.

49 Die Contras rüsten sich für einen langen Krieg

50 Der Krieg der Kommu-Kapitalisten in Südafrika

Südafrika ist nur eines der Schlachtfelder in einem Kampf, in den alle Völker des Westens verwickelt sind.

Zionismus

30 Israel will US-Präsident Reagan stürzen

31 Die Jagd auf Reagan ist freigegeben

Das Establishment scheint eine größere Kampagne zu starten, um den US-Präsidenten aus dem Weißen Haus zu drängen. Dabei will man der Öffentlichkeit einreden, der Präsident sei – um es unverblümt zu sagen – »verrückt«.



Selten ist eine Präsidentschaft so stark erschüttert worden wie die von Ronald Reagan. Er ist praktisch über Nacht in die Krise geraten.

33 Die zwei Seiten der jüdischen Familie

Der Zionismus ist heute weltweit zu einem unübersehbaren Problem geworden. Er ist kein religiöses Phänomen, sondern ein militanter Nationalismus oder Rassismus.

36 Wie Israel Amerika zum Narren hält

37 Der Schlüssel für das Blutbad im Libanon

38 Die Offensive der schwarzen Hebräer in den USA

39 Geschäfte mit jüdischen Immigranten

Sozialismus

40 Liebesspiele in Moskau

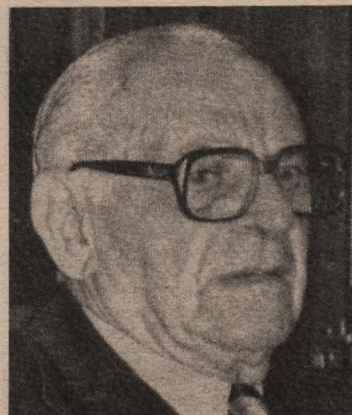
Der Spionageskandal um den US-Marinewachsoldaten an der Moskauer Botschaft zieht immer weitere Kreise.

42 Die Sowjetunion ist nicht Rußland

Die nationale Einheit des sowjetischen Empire ist nur ein Mythos.

43 Armand Hammer hilft den Sowjets in Afghanistan

Hammers Plan für Afghanistan bedeutet, daß eines Tages die Sowjetunion mit der Sowjetunion über das Land verhandelt.



Armand Hammer, 86, hat enge Beziehungen zum Kreml seit Lenin und hat die Kommunisten seit der russischen Revolution offen unterstützt.

44 Der KGB gegen Michail Gorbatschow

Wissenschaft und Technik

53 Freie Energie vom Supermagneten

Wilhelm Muller aus Britisch-Kolumbien hat einen Prototyp eines Magnetenmotor-Generators konstruiert, der mehr Strom erzeugt, als die Anlage benötigt, um zu laufen.

55 Philosophie eines Erfinders

Thomas Alva Edison war nicht nur Erfinder, er zählte auch zu denen, die sich gegen die Macht der Banker, die Wirtschaft zu manipulieren, wandte.

Kirche

58 Versailler Bischof läßt Kirche zumauern

59 Auferstehung der jüdischen Sekte »Engelwerk«

Rom sucht offenbar nach neuen Inhalten für die kirchliche Hierarchie. Dabei entdeckte man das Engelwerk. Was steckt hinter dem Engelwerk? Es geht dabei um lange geheimgehaltene Privatoffenbarungen von Gabriele Bitterlich.

Ständige Rubriken

22 Europa-Journal

Libanon: Eine Tragödie ohne Ende; Lebensmittelkontrollen wegen Tschernobyl noch bis Oktober; Bald billige Flugtarife in Europa; ECU bald an jedem Bankschalter; Positive Bilanz der EG aufgrund der Dollar-Schwäche; Kultur als wichtiger Wirtschaftsfaktor; Wird Frankreich die Neutronenbombe stationieren; UdSSR Hauptlieferant für Erdgas in der EG.

52 Zitate

62 Vertrauliches

Die Schulden in der Bundesrepublik steigen weiter; US-Wähler sorgen sich um die Wirtschaft; Das Ziel der NASA ist eine Mission zum Mars; Tschechoslowakei uneins über Gorbatschows Reformen; Schwedischer Waffenhändler tritt zurück; Expansion bei den japanischen Streitkräften; Ägypten in Verzug mit Schuldenzahlungen; Rehabilitation von Buhkarin in der UdSSR möglich; Israel für eine Bombardierung Pakistans; Abbau von Arbeitern bei japanischen Stahlgiganten; Hoher Wert des Yen gefährdet Industrie; Neue Pläne für die Nazi-Jagd; War Reilly Moskaus »erster Mann«?; Israel: Keine Juden nach USA; In Peru Erdgas für 120 Jahre.

66 Leserbrief

Stabilität auf schwachen Füßen

C. Gordon Tether

Das Jahr 1986 hat größere Erfolge gebracht im Kampf um die Wiederherstellung der Währungsstabilität in den Industrienationen. Doch es gibt Anzeichen, daß das laufende Jahr 1987 hier eine erschreckende Wende bringen wird.

Die durchschnittliche Inflationsrate in den wichtigsten Industrieländern betrug im vergangenen Jahr 2,3 Prozent. Das war ungefähr die Hälfte des Vorjahreswertes und der beste Wert in den letzten fünfundzwanzig Jahren. Bei den Vereinigten Staaten war es besser als in den meisten anderen Ländern; die Inflationsrate lag bei 1,9 Prozent und damit genau der Hälfte im Vorjahr. Es ist außerdem der beste Wert seit dem Jahr 1965.

Ein Strohhalm im Wind

Die Bundesrepublik Deutschland brachte eine negative Inflationsrate – zum ersten Mal seit 1960 – zustande und bei verschiedenen anderen Ländern veränderte sich fast nichts. In nur zwei Ländern – Kanada und Norwegen – gab es eine Verschlechterung verglichen zum Vorjahr und nicht ein einziges Land der Gruppe brachte es auf eine zweistellige Inflationsrate.

So ist das seit langem gelobte Land der Währungsstabilität in den Industrieländern endlich in Sicht gekommen. Leider verhält es sich in den weniger entwickelten Ländern ganz anders, wo die Inflationsraten mit doppelstelligen Zahlen immer noch eher die Regel sind als die Ausnahme. Was passiert also als nächstes?

Es gibt einige Hinweise darauf, daß die Maßnahmen der Gegeninflation in den Industrieländern nicht mehr länger mit dem Eifer verfolgt werden wie bisher in den achtziger Jahren. Aus amtlichen Zahlen geht hervor, daß es

selbst in den Vereinigten Staaten im ersten Monat dieses Jahres zu einem Sprung von 0,7 Prozent im Verbraucherpreisindex gekommen ist.

Das entspricht einer jährlichen Rate von über acht Prozent und der größten Steigerung innerhalb eines Monats seit etwa fünf Jahren. Der Umfang dieser Aufwärtsbewegung läßt sich teilweise erklären durch die Intervention von Faktoren vorübergehender Natur. Es muß jedoch als ein Strohhalm im Wind betrachtet werden, dessen Botschaft – daß die Flut der Inflation wieder wechselt – bestätigt wird durch solch andere Indikatoren wie der jüngsten Umkehr des anhaltenden Sinkens der Rohstoffpreise.

Anderen größeren Industrieländern scheinen derartige Schocks erspart geblieben zu sein. Doch es gibt Anzeichen dafür, daß in vielen dieser Länder die Inflationsraten aufhören zu fallen, obwohl sie immerhin noch nicht wieder angefangen haben zu steigen.

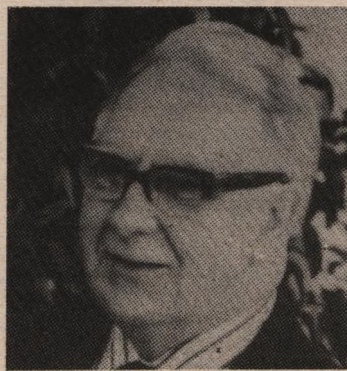
Es muß erkannt werden, daß bis zu einem gewissen Punkt eine derartige Trendwende zu erwarten war, sobald ein Rückgang der Inflationsraten auf Null in Sicht ist.

Am Beginn einer neuen Phase

Die Regierungen sind immer nur ungern geneigt eine Wirtschaftspolitik mit Betonung auf Sparmaßnahmen auch nur einen Moment lang länger durchzuführen als unbedingt erforderlich ist.

Das wird besonders deutlich, wenn ein Punkt erreicht ist, wo eine positiv deflationäre Situation zu einer definitiven Möglichkeit wird.

Dann ist da noch der Aspekt, daß die Gegen-Inflationspolitik der Industrieländer im vergangenen Jahr durch die Schwäche auf den internationalen Warenmärkten eine Menge Unterstützung bekommen hat. Man konnte nicht damit rechnen, daß dies für immer andauern würde – oder überhaupt noch länger – angesichts der Tatsache, daß in vielen Fällen die Preise dadurch weit unter die Produktionskosten gefallen sind.



C. Gordon Tether, ehemaliger Mitarbeiter der Londoner »Financial Times«, gilt international als ein anerkannter Experte für Währungs- und Finanzfragen.

Das bedeutet: Es war fast sicher – selbst ohne Veränderungen in der Regierungspolitik der Gruppe der Industrieländer –, daß es bald schwieriger geworden wäre, die Inflationsraten auf einem Abwärtstrend zu halten.

Was bisher also an der Inflationsfront passiert ist, ist weder sehr überraschend noch sehr besorgniserregend. Wir sind jedoch anscheinend am Beginn einer neuen Phase und neue Fragen tauchen auf, die der Beantwortung bedürfen. Die wichtigste dabei ist zwangsläufig, ob die Trendwende im schlimmsten Fall lediglich zu einem langsamen Anstieg führen wird – oder beunruhigendere Folgen haben wird.

Im Fall der Vereinigten Staaten ist es nicht so leicht diese Frage mit Sicherheit zu beantworten, als für die übrigen wichtigen Industrieländer, weil der starke Wertverfall des Dollar auf internationaler Ebene im vergange-

nen Jahr jetzt als starker Anreiz auf die Dollar-Preise von Importen wirkt.

In der Vergangenheit war der Aspekt Auslandsware in der US-Konjunktur so unbedeutend, daß Veränderungen in den Importpreisen nur einen unbedeutenden Einfluß auf die Preise im Inland hatten. Doch die USA hängen jetzt in viel stärkerem Maße von Importen ab und das Preisniveau reagiert demzufolge weitaus stärker auf solche Veränderungen.

Noch zu früh für Voraussagen

Es gibt jedoch noch eine andere Entwicklung, die in den kommenden Monaten wohl recht stark in die andere Richtung führen wird. Das ist die Abwärtstendenz der Zinssätze, die in den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit im Gang ist und die jetzt durch Verhalten der Zinssätze in der restlichen Welt immer mehr verstärkt wird.

Ein Absinken der Inflationsraten in der Größenordnung, wie es in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren zu beobachten war, hätte den Weg ebenen sollen für eine deutlichere Rückkehr zu traditionellem Niveau, als das bisher der Fall ist. In dem Maß, wie das bisher verhindert wurde, weil die Raten in den anderen Ländern weit über dem normalen Niveau geblieben sind, sollte das nun rascher eintreten.

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß nichts eine wichtigere Rolle gespielt hat für den Preisanstieg der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten als die hohen Kosten für die Geldaufnahme.

Die Schlußfolgerung ist, daß ungeachtet des starken Anstiegs im Verbraucherpreisindex eine wirklich ernsthafte Verschlechterung der Inflationslage in Amerika für den Rest des Jahres 1987 unwahrscheinlich ist. Es ist allerdings noch zu früh, zuverlässige Voraussagen über die längerfristige Zukunft zu machen. □



Ivan Boeskys Reue

George Nicholas

Wie aus vertraulichen Wall-Street-Quellen zu erfahren ist, hat der Milliardär und Effektenmakler Ivan Boesky, der kurz davor steht, sich des kriminellen Wertpapierbetrugs schuldig zu bekennen, das amerikanische Justizministerium um Zustimmung gebeten, seine Strafe durch »Gemeindearbeit« für Israel abgelten zu dürfen, anstatt ins Gefängnis zu gehen.

Ivan Boesky, dessen Spekulations-Attacken auf alteingesessene amerikanische Firmen, die Betriebe und die Investoren Milliarden gekostet haben, ist seit langem als führender und aktiver Zionist und Spendensammler für Israel bekannt. Beträchtliche Summen der Beute, die er aus illegalen Markt-Manipulationen angehäuft hat, gingen an das Simon-Wiesenthal-Zentrum und andere sogenannte »Nazi-jäger«-Unternehmungen.

Wer bekommt die Spenden?

Nachdem Boesky die ungewöhnliche Auszeichnung erhalten hat, als Organisator der jährlichen Spendensammler-Fahrt nach Israel fungieren zu dürfen, die gemeinsam von dem United Jewish Appeal (UJA) und der Federation of Jewish Philanthropies and Israel Bonds in den Jahren 1984 und 1985 unterstützt wurde, versucht Boesky jetzt in aller Stille vom Staatsanwalt bereits die Vorabzustimmung auf einen gerichtlichen Antrag zu erlangen, seine Schuld mit unbezahlter Arbeit für die UJA anstatt einer Gefängnisstrafe abtun zu dürfen.

Der UJA, der sich selbst oft als eine »gemeinnützige Organisation« bezeichnet, ohne zu erklären, daß der Empfänger seiner Spenden in erster Linie Israel ist, soll Boeskys Antrag auf ein mildes Urteil angeblich unterstützen. US-Präsident Ronald Reagan jedoch, der Boesky in früheren Jahren als Verbindungsmann zur israelischen Lobby bereits gekannt hat, soll es abgelehnt haben, zugunsten des hartgesotteten Spekulanten zu intervenieren.



US-Präsident Ronald Reagan hat den Börsenspekulanten Boesky früher als Verbindungsmann zur israelischen Lobby gekannt.

US-Senator Alfons D'Amato, republikanischer Abgeordneter des Staates New York, dessen Kampagnen von einer Reihe zwielichtiger Spekulanten finanziert worden sind, »bricht für Boesky wohl eine Lanze« und meint, »er hat seine Schuld gutgemacht, indem er Informationen über seine Komplizen lieferte«.

Ungeachtet dessen, ob man durch Verrat von Freunden den Betrug am Markt wieder gutmachen kann, die zugrundeliegende Tatsache, daß die Preise von Aktien und Waren in den letzten Jahren frisiert worden waren,

wurde jetzt wiederum erneut bestätigt, als einer von Boeskys wichtigen Kumpanen, der mehrfache Millionär und Effektenmakler, der 56jährige Boyd L. Jefferies, enthüllte, daß er sich demnächst für zwei Anklagepunkte wegen Betruges schuldig bekennen werde.

Frei von der Leber weg

Jefferies, Geschäftsführer des Maklergeschäfts, das seinen Namen trägt und ein führender Wertpapierhändler an der Westküste der USA, gab seine Komplizenschaft in Boeskys Absahn-



Ivan Boesky will anstatt einer Gefängnisstrafe seine Schuld mit unbezahlter Arbeit für Israel abtun.

Geschäften in Sachen Wertpapieren zu. Er gestand auch, den Marktpreis von Aktien im Fireman's Fund, einer großen Versicherungsgesellschaft, manipuliert zu haben.

Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde bestätigt, daß es sich bei den Jefferies-Enthüllungen nur um die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs handelt und seinem Gedächtnis folgten Zwangsvorladungen der American Express Co., Shearson Lehman Brothers und Salomon Brothers, drei der größten Finanzkonglomerate an der Wall Street.

»Der Markt ist voll von Plündern, deren Absahnticks die investierende Öffentlichkeit in einem Jahr mehr kosten als Ivan Boesky in einem Jahrzehnt verdiente«, sagte der amerikanische Wirtschaftsjournalist Michael Fritz. »Viele der am weitesten verbreiteten Betrügereien sind Variationen eines simplen Tricks:

sogenannte »marktkreierende« Geschäfte, die die Preise von wertlosen Aktien in die Höhe treiben.

Ein paar unehrliche Makler, die im Namen ihrer Kunden derart wertlose Aktien aufkaufen – oft ohne daß ihre Klienten etwas davon wissen – können auf diese Weise Millionen beiseite schaffen. Die einzigen Verlierer dabei sind die kleinen Investoren.«

Vorsicht vor heißen Tips

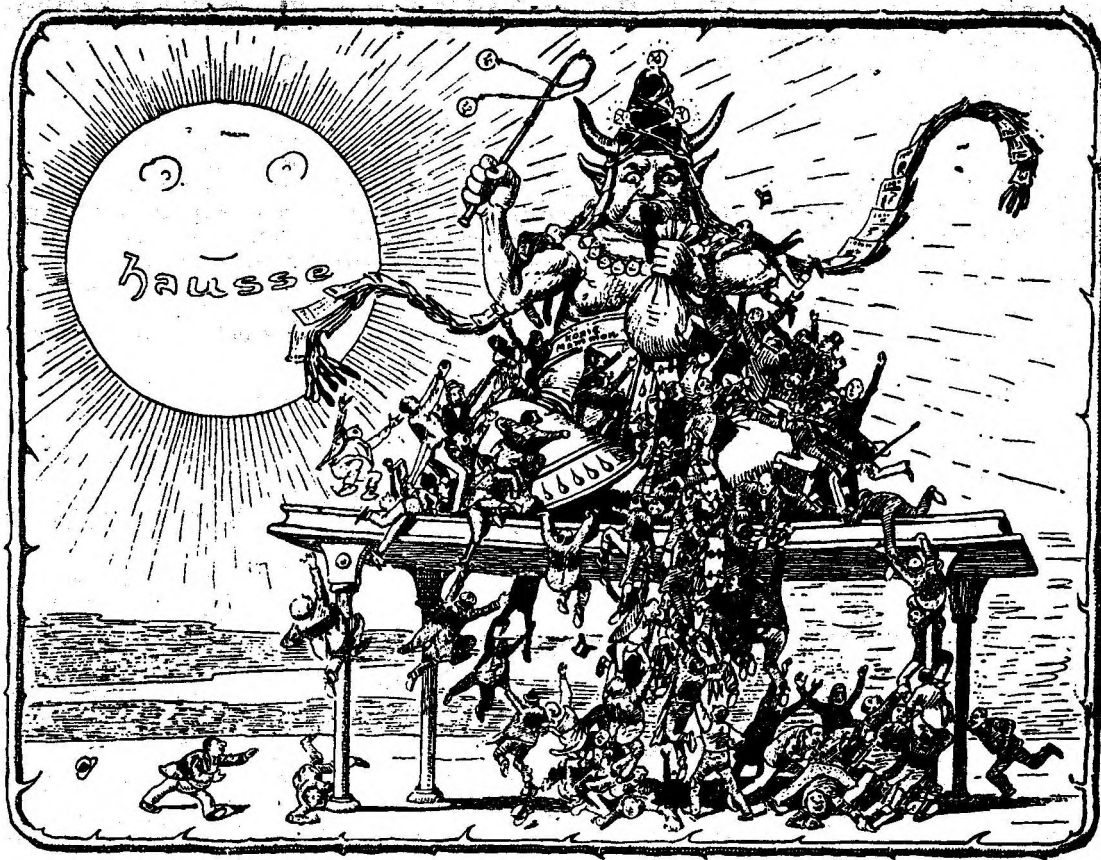
Ähnliche Markt-Manipulationen, die zu maßlos überzogenen Aktienpreisen und schmerzlichen Verlusten für Tausende von unvorsichtigen Aktionären führen, sind das Ergebnis, wenn sogenannte Trend-Aktien als vielversprechende Wachstums-Investitionen und sichere Werten für die Zukunft an die Öffentlichkeit verhökert werden.

»Kleine Investoren werden ständig auf angeblich vielversprechende Aktien »heiß gemacht«, sagte Dominique DeFekete, ein Wertpapiermakler, der an der Wall Street Geschäfte für verschiedene europäische Maklergeschäfte abwickelt. »In den sechziger Jahren ging es um Kunststoffe und Synthetik – danach war es Elektronik und High-Tech.

Jetzt sind medizinische und biotechnische Firmen jene mit den sogenannten »heißen« Aktien. Solche »brodelnden« Wertpapiere haben mehr kleine Investoren »verbrannt« als Boesky.«

DeFekete führte den Fall von Endotronics Inc. an, einem obskuren Unternehmen der Bio-Tech aus Minnesota, dessen Aktien vor zwei Jahren bei 1,50 Dollar pro Aktie begannen und rasch auf 35,50 Dollar in die Höhe schossen – als Folge von Gerüchten, Endotronics mache Experimente mit einer vielversprechenden, neuen Krebstherapie.

In den letzten Wochen fielen die Aktien dieser Firma an der New Yorker Börse unter zwei Dollar. Verspätet kündigten FBI und die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde sowie die US-Finanzbehörden Ermittlungen darüber an, wie Tausende von kleinen Investoren in einem erneuten marktmanipulierenden Schwindel ihre Ersparnisse verloren haben. □



Joint Stock Trusts im Jahr 1873 für illegal erklärte. Es ist das Gebilde, das den letzten Kontrollfaktor der Banken, des Federal Reserve Systems (Fed), der großen Ölgesellschaften und vieler der großen multinationalen Unternehmen ausübt. Dieser Trust steht unter der gemeinsamen Kontrolle der Rockefeller Foundation und europäischer Interessen.

Die Partner der Hunts Brothers

Das mit den Saudis, Kuwaitern und den Ländern des Nahen Ostens ausgehandelte Geschäft hieß, daß sie ihr Geld in die Banken stecken sollten. Allerdings wußten sie nicht, daß diese Banken in der Lage waren, im Verhältnis 20 zu 1 Geld zu verleihen. Die Einkünfte dieser Banken bestanden aus den Zinsen für das Geld, das sie für eine Dauer von 10 bis 30 Jahren einzahlten und für das sie dann am Ende der Frist die Kapitalsumme zurückbekamen.

US-Dollar

Das Spiel mit dem Kollaps

Jonathan May

Tatsache ist, es gibt 13 Familien, die die Zentralbanken der Hartwährungsländer wirksam kontrollieren. Hartwährungsländer sind jene Länder, deren Währungen nicht so stark fluktuieren wie die der übrigen Länder. Jene 13 Familien haben die Kontrolle über die Festsetzung der Politik und der Entscheidungen der Zentralbanken jener Länder. Sie alle praktizieren einstimmig eine Politik der vorgeschriebenen Mindestreserven. Dies ermöglicht den Zentralbanken, den Banken – die den gleichen Leuten gehören und von ihnen kontrolliert werden wie die Zentralbanken – zu gestatten, bis zu 26 Währungseinheiten jeder Währung, die bei ihnen eingezahlt wurde, zu verleihen.

Die 13 Familien haben Mitte der siebziger Jahre ein Planspiel entwickelt, das System 2000. Heute befinden wir uns bereits in den ersten Endstadien der Endphase von System 2000, das den einseitigen totalitären Plan der Gläubiger auf der ganzen Welt darstellt.

Begonnen hatte die Endphase damit, daß ein technischer Beamter und drei weitere Beamte

der amerikanischen Regierung den Premierminister von Nigeria besuchten und ihm 50 Millionen Dollar zahlten, damit er den Preis von Bona Light – das ist das Rohöl aus Nigeria – verdoppelt, ja sogar mehr als verdoppelt.

Gleichzeitig hielten sich George Bush und andere Mitglieder der Trilateralen Kommission im Nahen Osten auf, um die Länder

dort zu überzeugen, die OPEC zu konsolidieren. Man sprach auch mit Großbritannien und natürlich mit den Vereinigten Staaten, die ebenfalls zur OPEC gehören, was allerdings nie erwähnt wird.

Es waren die gleichen Leute

Der mit den Ölproduzenten in Nahost geschlossene Handel sah so aus, daß die Ölkäufer bereit waren, für das Öl aus Nahostländern weitaus höhere Preise zu zahlen, vorausgesetzt diese Länder unterstützen Amerika durch Investitionen ihrer Einnahmen in die Großbanken der USA. So hieß es jedenfalls. Der Neffe von Scheich Yemani versicherte, daß Scheich Yemani selbst und die anderen Ölminister erst Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre erfuhren, daß hinter den kontrollierenden Interessen der Banken die gleichen Leute standen wie hinter den kontrollierenden Interessen bei den Ölgesellschaften, und zwar durch einen Joint Stock Trust.

Dieser Joint Stock Trust wurde in den USA im Jahr 1870 durch die Rockefellers gegründet. Die Gründung geschah drei Jahre bevor die amerikanische Regie-

Aufgrund der Einlagen der ölproduzierenden Länder konnten die Banken dann Kredite an Dritte-Welt-Länder vergeben und kannten dabei und rechneten mit der Gier der Minister in diesen Ländern, die das geliehene Geld dann über die ganzen Jahre hinweg in dem Ausmaß mißbrauchten, was sie schließlich in die Lage versetzte, in der sie sich heute mit ihren Schulden befinden.

Im Jahr 1981 versuchte ich den Hunts Brothers in Texas zu helfen, weil sie zusammen mit John Connally, dem damaligen Gouverneur von Texas, der zu der Zeit auch Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium war, insgeheim den Versuch unternommen hatten, für Texas eine neue Währung einzuführen. Texas ist der einzige Staat der USA, der der Union durch Vertrag angehört, der jedes Jahr automatisch, doch nicht notwendigerweise automatisch verlängert wird. Die jährliche Verlängerung ist offenbar zur Tradition geworden. Die Absicht war, ihn nicht zu verlängern, damit sich Texas eine eigene Währung schaffen kann.

Die Hunts hatten eine Partnerschaft mit dem Schah von Persien, einer deutschen und einer

österreichischen Bank. Das Federal Reserve Board erfuhr davon. Die Hunts kauften Silber, wobei sie einen Mann hatten, der an allen Börsen gleichzeitig Kauf und Verkauf tätigte. Die Folge war, daß der deutsche Bankier ermordet wurde.

Ermordet wurde der deutsche Bankier Ponto von den Baader-Meinhof-Terroristen. Er war der Partner der Hunts Brothers. Der österreichische Bankier ist so böse zusammengeslagen worden, daß er nie mehr aus einer Anstalt herauskommen wird.

Und die Hunts Brothers sind heute praktisch bankrott, obwohl sie damals Werte in Höhe von 16 Milliarden Dollar besaßen. Der Schah war völlig gesund, als er Persien verließ. Man erklärte ihn lediglich für krank, als er in Amerika eintraf, hielt ihn auf US-Militärbasen »in Schutzhaft«, wo er behandelt wurde, und wo es ihm dann immer schlechter ging. Schließlich ließ man ihn dann zum Sterben fort, doch nicht bevor sein ganzes Vermögen eingefroren wurde, was zunächst keinen Sinn ergibt, wenn man nicht den Plan der Globalisten kennt. Das ist so etwas wie ein Ablenkungsmanöver, doch es ist interessant.

Das Spiel mit Marcos

Im Jahr 1983 erfuhren wir von der Tatsache, daß eine Gruppe sehr stiller Bank-Holding-Gesellschaften unter Vorschrift Y, Abschnitt 225,4 des USC der Vereinigten Staaten zur Kreditvergabe auch auf internationaler Ebene ermächtigt ist und dies tut, wann immer sie es will. Wir erfuhren davon, daß diese Gesellschaften von den Banken Darlehen zum Kauf von erschlossenem Grundbesitz in Form von Agrarbesitz und Geschäften aus Liquidationen, Zwangsvollstreckungen und Konkursen erhielten, die vom FDIC und FSLIC ausgeführt wurden, die Tochtergesellschaften zumindest unter vollständiger Kontrolle des Federal Reserve Systems sind.

Wir konnten das nicht verstehen und darum untersuchten wir die Vorgänge zwischen den Jahren 1983 und 1985 und konnten es immer noch nicht verstehen. Ende 1985 wurden wir von einem

Abgesandten des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos und Präsident Suharto von Indonesien wegen eines ernststen Problems angesprochen.

Das Problem war folgendes: Nachdem die beiden Präsidenten Geld für ihr Land geborgt hatten, brauchten sie weiteres Geld, doch der Internationale Währungsfonds (IWF) wollte ihnen nur weiteres Geld leihen, wenn sie ihre eigene Währung abschaffen und den Dollar einführen, ferner Bargeld abschaffen und ein zentralisiertes, einseitiges Kreditkartensystem für ihre Länder einführen als Teil eines Systems der sozialen Sicherheit und der Personen-Identifizierung. Dabei ist die Sozialversicherungsnummer identisch mit der Kreditkartennummer und die jeweilige Zentralbank handelt als Einzelhändler für Kredite.

Die Zentralbanken wiederum hängen an einer neuen Superbank, die die entsprechenden Gelder zur Kreditvergabe zur Verfügung stellt. Die Pläne für eine solche Superbank hatte der Präsident des Federal Reserve Systems der USA, Paul Volcker, bereits am 27. Oktober 1985 angekündigt und sie wurden auch umgehend vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ratifiziert.

Eine weitere Bedingung für das Wohlwollen des IWF, der den Wirtschaften dieser Länder angeblich helfen wollte, war, daß ausländische Unternehmen benannt werden, um die Mineralstoffe jener Länder und ihre natürlichen Ressourcen richtig abzubauen und auszuschöpfen als Gegenleistung für andauernde Gebühren und für die Einsetzung weiterer Firmen, die an Gewinn und Abbau beteiligt sein würden, damit dem Land der Wohlstand gebracht werden kann.

Das Spiel zwischen Banken und Holding-Gesellschaften

Doch Marcos war scharfsinnig genug, das Wort »andauernd« zu beachten, und erkannte, daß er damit ganz offensichtlich die Souveränität seines Landes aufgeben würde, und er war dazu nicht bereit. Deshalb trat er an uns heran.

Vitale Gesundheit durch natürlichen Sauerstoff

Die robuste Gesundheit und extreme Langlebigkeit der Einwohner eines kleinen Dorfes in den kaukasischen Bergen erregte schon vor 60 Jahren die Aufmerksamkeit russischer Wissenschaftler.

Das Ergebnis ihrer Untersuchungen: **Wer an einem Wasserfall lebt, genießt den Vorzug, den natürlichen Sauerstoff, den uns die Umwelt bietet, aufzunehmen.** Die Wissenschaftler haben Geräte konstruiert, die den Wasserfall-Effekt nachvollziehen. Dabei entsteht jener gesunder Sauerstoff (Hydro-Ionen genannt), der für Körper und Organismus lebensnotwendig ist. Der dtsh. Arzt und Biologe **Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky** hat für alle, die gesund leben wollen, ein praktisches Gerät entwickelt. **TROMA-ION** heißt dieser Gesundheitsbrunnen. Es kann bequem und ohne Extra-Installationen an der Badewannenarmatur oder auch an der Dusche angeschlossen werden.

Biologisch lebendiger Sauerstoff

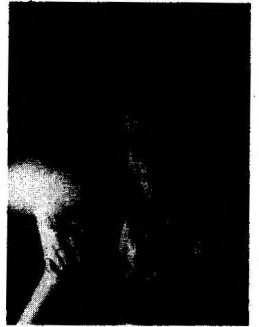
Wasserfälle haben die Menschen seit je wie ein Magnet angezogen. Nicht nur der visuelle Eindruck vermittelt diesen Einfluß, es ist die frische, erholsame Luft. Die Luft, die durch den Wasserfall-Effekt entsteht, enthält hochwertigen »lebendigen« Sauerstoff (sogenannte feuchte Sauerstoff-Ionen). Dies wurde durch Nobelpreisträger Prof. Ph. Lenard nachgewiesen.

Bereits ein zweimal täglicher Gebrauch des **TROMA-ION** kann die Lunge regenerieren und die Zellen »trainieren«, vermehrt Sauerstoff aufzunehmen.

Sauerstoffmangel in den Körperzellen ist bekanntlich ein auslösender Faktor vieler Krankheiten.

Die körpereigene Abwehrkraft (Immunsystem) kann gestärkt werden. Vorgebeugt wird den Infektions- und Erkältungskrankheiten, Wetterfühligkeit wie z. B. Kopf- und Gliederschmerzen, Kreislauf- und Atembeschwerden.

Ausführliche Gratisinfos bei VITAL-Versand Tien, Postfach 2468/1, 4460 Nordhorn, Eilanforderungen Tel. (0 59 21) 1 31 66






Superlearning

ENGLISCH, FRANZÖSISCH,
SPANISCH, ITALIENISCH, RUSSISCH

**INTENSIVKURSE
AN EINEM WOCHENENDE**

Anfängerkurse zum »schnupern« und Auffrisch-Kurse zum Wiederholen der Grundkenntnisse an einem einzelnen Wochenende:

- äußerst schnell und sicher
- streßfrei und effektiv
- mit Phantasie und Kreativität
- in kleiner Gruppe
- in entspannter Atmosphäre
- im Kurhotel Haus Buntschu, Bad Mergentheim.

Fordern Sie Infos über Wochenendkurse und Fremdsprachenprogramm an. Jetzt.

SML Studio für modernes Lernen
Postfach 1927, 7030 Böblingen
Tel. 0 70 31/27 74 58 + 5 18 13



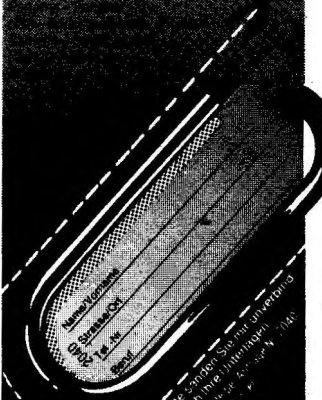
Absolut überdurchschnittliche Renditen

per annum in Schweizer Franken erzielen wir kontinuierlich für unsere internationale Klientel in den letzten Jahren.

Wir beraten Sie mit gebotener Diskretion gegenüber jeglichen Drittpersonen. Fordern Sie noch heute unsere adäquaten Unterlagen an.

Mindest-Investitionssumme ab Sfr. 10.000.-

GLOBAL MARKET INVESTIGATION AG
Hohenstrasse 10, CH-4494 Schönen
Konstantin Lechmann
Tel. 0521/20 25 51
Telefax 0521/20 25 52
Telex 2525 10



US-Dollar

Das Spiel mit dem Kollaps

Wir wußten von diesem Angebot des IWF schon bevor man an uns herantrat, und zwar über Londoner Verbindungen, die enge Kontakte zu Sir Geoffrey Howe haben. Wir wußten auch von den arabischen Verbindungen, die es zuvor gab.

Im Gegenzug zur Kapitulation von Marcos und Suharto hätte man ihnen ihre existierenden Schulden völlig erlassen und die neuen Kreditlinien wären zu besseren Bedingungen gewährt worden. Als wir das Wort »andauernd« und »völlig erlassen« hörten, erkannten wir sofort, was eine andere Gruppe von Holding-Unternehmen tat, die mit der vorhergehenden Gruppe, die wir erwähnten, zusammenarbeitete.

Diese zweite Gruppe bekam Kredit von der ersten zum Kauf von Aktiva und Passiva von den Banken. Die einzigen Passiva, die sie kauften, waren die Passiva, repräsentiert durch die Einlagen der arabischen Länder; die einzigen Aktiva, die sie kauften, waren die Aktiva, repräsentiert durch die Darlehen an einige der Schuldnerländer.

Aufgrund von Beobachtungen und anschließender Bestätigung durch Informationen aus der Trilateralen Kommission, wo wir unsere eigenen Leute sitzen haben, wurde dann klar, daß durch das Erlassen der Schulden in der dritten Welt ganz offensichtlich die Aktiva eliminiert würden, die von dieser zweiten Gruppe von Holding-Unternehmen gekauft wurden, womit ihnen lediglich die Passiva verblieben, die den Nahostländern geschuldet und von den Banken bedient wurden.

Somit hatten die arabischen Länder keine Ahnung, daß diese Passiva jetzt den Holding-Gesellschaften gehörten, ebenso wenig wie die Schuldnerländer aufhörten, an die Banken zu zahlen.

Die Vereinbarung zwischen Banken und Holding-Gesell-

schaften sah so aus, daß die Banken als Agenten für die Holding-Gesellschaften dienten und wieder so, daß die Länder der dritten Welt nicht wußten, daß den Holding-Gesellschaften das Geld gehörte und durch die Banken gefiltert wurde, was auch heute noch der Fall ist.

Die Eliminierung der Aktiva der zweiten Gruppe von Holding-Gesellschaften hat tatsächlich einen dreifachen Effekt. Erstens wären sie zahlungsunfähig und könnten sich legal für zahlungsunfähig erklären und somit eine Zahlung an die Nahostländer auf legitime Weise vermeiden.

Allgemeiner Zustand der Verwirrung

Die jähe Auswirkung im Hinblick auf die Verwestlichung der Länder der dritten Welt ist offensichtlich. Sie müßten und werden alle anderen Aktien, die sie besitzen, liquidieren, und damit meine ich die ungeheure Menge aller anderen Aktiva, die sie haben, was in erster Linie das gesamte amerikanische Firmeneigentum ist und die vielen Milliarden Dollar an Aktien. Wenn 25 Prozent der Gesamtanteile der Saudis und Kuwaitis und anderen Nahostländer am amerikanischen Markt und anderen, durch den Dollar bewerteten Märkten verlorengehen, so wird das im Hinblick auf den Aktienmarkt, den Grundbesitz und alles andere chaotische Auswirkungen haben.

Es wird den amerikanischen Aktienmarkt, die Privatunternehmen Amerikas, die Immobilien und die Menschen ganz allgemein in einen Zustand der Verwirrung bringen. Der Plan ist nun, daß diese Verwirrung von wohlwollenden Banken an zwei Fronten aufgenommen wird, von denen dann die »Rettung« kommt.

Die »Rettung« sieht so aus: Erstens schlagen sie vor, das Bargeld abzuschaffen mit der Begründung des Zusammenbruchs des Dollar, um den Drogenhandel zu stoppen und damit der Steuerbetrug aufhört. Niemand wird dagegen etwas sagen können.

Zweitens werden die obligatorischen Kreditkarten mit Personalausweis und Sozialversiche-

rungskarte in einem eingeführt. Der Personalausweis ist dann der Satellit, der das »Sternenkriegs«-Programm verbindet – doch es hat höchstens zu 40 Prozent etwas mit Sternenkrieg zu tun. Bei den restlichen 60 Prozent handelt es sich um die Übermittlung von Informationen unmittelbar an die Zentralbank, die dann eine Art Superbank ist, mit der alle anderen Großbanken und Tochterbanken verbunden sind.

Die Superbank ist der Großhändler, die anderen Banken die Einzelhändler. Die Zentralbanken in anderen Ländern sind ebenfalls die Einzelhändler, die vor dem IWF-Programm kapituliert haben. Es ist ein Weltmodell, eine Weltordnung, ein Weltprogramm.

Nach Informationen, die ich aus der Schweiz erhalten habe, haben bis zum 1. Oktober 1986 zwölf Länder – zwölf Schuldnerländer – den Vorschlägen des IWF zugestimmt. Es braucht also nur noch der Rest zuzustimmen und eigentlich nur fünf Prozent aller Schuldnerländer wegen des Verhältnisses 20 zu 1.

Es sind also gar nicht viele Länder nötig, die den Vorschlägen des IWF zustimmen müssen, so daß die geschuldete Gesamtsumme der Gesamtsumme an Einlagen von den Saudis gleichkommt, als nur ein Fünftel der Gesamtschuld.

Durchsetzung der Ziele mit Gangstermethoden

Der anschließende Zusammenbruch der zweiten Gruppe von Holding-Gesellschaften wird die Liquidierung der Aktiva von Saudis und Kuwaitis beschleunigen, und es wird auch ihre Unfähigkeit beschleunigen, der privaten Gruppe von Bankholding-Gesellschaften das Geld zurückzuzahlen, das sie ihnen schulden für die Kredite zum Kauf von Aktiva und Passiva. Das wiederum wird die Unfähigkeit dieser Bankholding-Gesellschaften beschleunigen, die ihnen von den Banken gewährten Kredite zum Kauf des erschlossenen Landes zu zahlen, das als Sicherheit verwendet wurde für jene Kredite.

Damit haben die Banken zum Schluß den gesamten Besitz, was auch der Grund dafür ist, warum

sie bei so vielen Farmen in den USA Zwangsvollstreckungen betreiben.

In diesen Zusammenhang paßt Präsident Garcias Ankündigung vom Februar 1987, daß sie den IWF keinesfalls bezahlen noch Schulden bezahlen wollen. Rokefeller selbst fuhr im Februar nach Chile und Peru und machte dem Präsidenten sein Angebot. Garcia antwortete ihm darauf, wenn er nicht innerhalb der nächsten 24 Stunden außer Landes ist, werde er ihn wegen Schiebung verhaften lassen. Als diese Tatsache bekannt wurde, haben sich die Zwangsvollstreckungen auf Grundbesitz in diesem Land beträchtlich erhöht, und zwar bis zu einem Punkt, wo man fast zu Gangstermethoden greift, um die Ziele der Meister durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß jede Zahlung amerikanischer Bürger an das Finanzamt sofort zum Federal Reserve System geht, das heißt, jeder Steuer-Dollar geht als Kredit an das Federal Reserve System gegen die Schuld der US-Regierung.

Diesen Fakten steht nicht nur Amerika gegenüber, sondern die ganze Welt, denn seit man die ölproduzierenden Länder dahingehend manipuliert hat, daß sie ihr Öl in US-Dollar verkaufen, die natürlich nicht existieren, läuft der gesamte Weltmarkt jetzt wegen der Unbeständigkeit all der anderen Währungen in US-Dollar.

Damit wird das gesamte Handelsvolumen der Welt völlig und uneingeschränkt mit der Superbank verbunden sein, wenn das System 2000 in Kraft gesetzt wird, was unmittelbar bevorsteht. Die Superbank wird die einzige Quelle für US-Dollar-Kredite sein, und wenn es kein Bargeld mehr gibt, dann gibt es keine anonymen Ausgaben mehr. □



Schuldenkrise

Wachsamkeit für Bankkunden

C. Gordon Tether

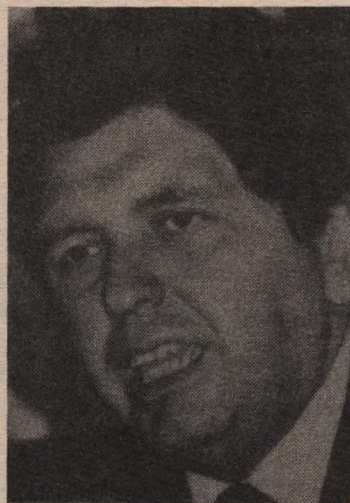
Brasilien hat den Fuchs auf die Hühner losgelassen, indem es die Zinszahlungen auf seine Außenschuld ausgesetzt hat. Die internationale Bankenwelt hat die Schuldenkrise durch die übermäßige Darlehensgewährung der siebziger Jahre erfolgreich beschleunigt. Sie tat dies, indem sie sich weigerte, die Probleme des Schuldendienstes auf Seiten der Schuldnerländer anders zu behandeln als auf einer individuellen Basis und verhielte somit, daß sie sich an einer kollektiven Konfrontation beteiligten, was einige lateinamerikanische Schuldner ursprünglich versuchten, zu organisieren.

Doch es ist eine Erfolgsgeschichte, die seit kurzem den deutlichen Anschein erweckt, auf äußerst wackligen Füßen zu stehen. Der Hauptgrund dafür ist, daß sich die Bedingungen für die neuen Schuldenzurückzahlungen, die die Schuldnerländer gezwungen waren zu akzeptieren, um die dringend benötigte Erleichterung von ihren Verpflichtungen zu bekommen, in der Mehrzahl der Fälle als äußerst drückend erwiesen haben. Insbesondere verlangten sie oft nach einer Wirtschaftspolitik im Inland, die mit weiteren Kürzungen im Lebensstandard verknüpft waren, der ohnehin bereits ein gefährlich niedriges Niveau erreicht hatte.

Ein politisches und finanzielles Phänomen

Das fast unvermeidliche Ergebnis war, daß die Schuldnerländer zunehmend in einseitigen Aktionen nach Auswegen gesucht haben. Peru und einige afrikanische Länder haben feste Limits gesetzt für die Anteile aus ihren Exporterlösen, die sie bereit sind, für das Bedienen der Außenschuld herzugeben.

Brasilien hat diese im Entstehen begriffene Revolte auf zweierlei Art auf eine sehr viel höhere Ebene getragen. Erstens erklärte es ein vollständiges Moratorium auf die Zinszahlungen seiner 107 Milliarden Dollar Schuld an die ausländischen Banken;



Alan Garcia stellt nur noch zehn Prozent der Einnahmen seines Landes für den Schuldendienst bereit.

die erste völlige Zahlungseinstellung größeren Ausmaßes, seit die weltweite Schuldenkrise Anfang der achtziger Jahre begann, Schlagzeilen zu machen.

Zweitens schlugen sie hinsichtlich der Schulden-Neuverhandlungen einen anderen Ton an.

Brasilien meint, es sei nicht länger angebracht, dies allein als eine Angelegenheit der Schuldnerländer und ihrer Gläubigerbanken im Ausland anzusehen. Da die Schuldenkrise sowohl ein politisches als auch ein finanzielles Phänomen ist, sind auch die Regierungen der Gläubigerländer aufgerufen, ihren Part dabei zu spielen.

Es überrascht nicht, daß dies in den Gläubigerländern auf erheblichen Widerstand trifft. Dilon Funaro, Brasiliens Finanzminister, wurde äußerst kühl empfangen, als er dies in den beiden wichtigsten, schrittmachenden Gläubigerländern – den Vereinigten Staaten und Großbritannien – auf einer Reise um die Welt zwecks Gespräche auf Regierungsebene darlegen wollte. Man sagte ihm – was die Schuldnerländer die ganze Zeit zu hören bekommen –, daß es sich bei Schulden an Privatbanken im Ausland um eine kommerzielle Sache handele, die daher nicht Gegenstand politischer Intervention sein könne.

Die größere politische Dimension

Das wird allerdings kaum das Ende sein. Die brasilianische Initiative wird mit ziemlicher Sicherheit als eine Parole betrachtet werden in vielen anderen Schuldnerländern, die verzweifelt auf der Suche nach Wegen sind, wie sie ihre Sorgen mit dem Schuldendienst entschärfen können, und liefert so die Basis für die Schaffung einer geeinten Front. Anerkannt werden muß auch, daß Brasiliens Behauptung, die internationale Schuldenkrise habe eine größere politische Dimension, sehr viel Gewicht hat.

Zum einen: Angesichts der Erfahrungen der letzten fünf Jahre läßt sich kaum bestreiten, daß es keine Hoffnung gibt, die üble Lage der schuldenbeladenen Entwicklungsländer zu verhindern, die einen erheblichen schädlichen Einfluß auf die Weltwirtschaft hat, solange sie weiter mit Schuldenzahlungen derart belastet werden, wie sie ihnen von den Gläubigerbanken auferlegt wurden.

Mit anderen Worten: Es ist nun klar, daß es deutlich im Interesse der Gläubigerländer selbst liegt, ein aktiveres politisches Interesse daran zu nehmen, was auf diesem Gebiet vor sich geht.

Zweitens ist es absolut nicht schwer zu demonstrieren, daß ein großer Teil der Verantwortung für die Tatsache, daß sich so viel Schuldnerländer jetzt in einer solchen Zwangslage befinden, eindeutig dem fortschrittlichen weltpolitischen System zugeschrieben ist.

Es ist sicher wahr, daß viele der Schwellenländer sich in den siebziger Jahren ermutigen ließen, in einer Größenordnung Kredite aufzunehmen, die mit Sicherheit – selbst unter optimistischen Voraussetzungen – ihre Möglichkeiten zur Bedienung der Schulden auf eine harte Probe stellen würden. Doch was wirklich ihr Schicksal in diesem Zusammenhang besiegelte, war die Entscheidung der fortgeschrittenen Welt wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, die die Zinssätze in die Höhe schießen ließen, wo sie seither mehr oder weniger stehen.

Die Alternative ist eine ernste Krise

Die negative Auswirkung dieser Entwicklung auf den Schuldendienst der Schuldnerländer entstand durch die rasche Ausbreitung des Systems variabler Zinssätze seit Anfang der siebziger Jahre, eines Systems, demzufolge der vom Gläubiger geforderte Zinssatz dem Markttrend zufolge rauf und runter geht und nicht für die Dauer des Geschäftes festgelegt ist.

Der Effekt war, daß die Kosten der Schwellenländer für den Schuldendienst über alle Maßen angestiegen sind.

Was eintritt ist, daß die Schuldnerländer sich in zunehmend stärkerer Position für eine Konfrontation mit ihren Gläubigerbanken im Ausland befinden, und zwar in solchem Ausmaß, daß die Regierungen der Gläubigerländer mit ziemlicher Sicherheit unter starken Druck kommen werden und erkennen müssen, daß das Problem eine politische Dimension hat; die Alternative wäre, viele ihrer wichtigsten Banken in eine ernste Krise zu stürzen.

Bisher sind die amtlichen Stellen in den Industrieländern immer bereit gewesen einzugreifen, um zu verhindern, daß die internationale Schuldenkrise in die Katastrophe führt, wenn dies drohte. Es ist wahrscheinlich damit zu rechnen, daß sie es wieder tun werden, wenn die Demarche Brasiliens eine Eskalation verspricht. Für die Bankkunden sollte erhöhte Wachsamkeit jetzt auf der Tagesordnung stehen. □

Schuldenkrise

Betrug an der dritten Welt

Martin Burns

Brasilien hat die internationale Schuldenkrise zu einem der vielen Höhepunkte getrieben. Das Land hat ganz offensichtlich eine Wende zum Schlechteren genommen, während sich Mexiko im schwachen Schimmer eines kleinen, künstlich hervorgerufenen Booms sonnt.

Am 20. Februar 1987 sandte Brasilien einen Kälteschauer durch die internationale Bankengemeinschaft, indem es sämtliche Zahlungen auf Zins und Kapitalsumme der 107 Milliarden Dollar Außenschuld einstellte, und zwar auf unbestimmte Zeit. Obwohl das Land seit 1980 jedes Jahr einen Handelsüberschuß hatte, sind die eingenommenen Devisen in Form von Schuldentrückzahlungen immer außer Landes gegangen.

Die Bauchlandung eines Landes

Die brasilianische Wirtschaft war charakterisiert durch Kapitalflucht, Devisenmangel und wenig private Investitionen. Die Regierung reagierte mit einem Plan, der eine Währungsreform mit anderen wirtschaftlichen Maßnahmen verbindet.

Der viel gelobte Cruzado-Plan, in dem es um eine Währungsreform – 1000 Cruzeros gegen einen neuen Cruzado – zusammen mit einem Preisstop und anderen »Reformen« ging, fällt rascher auseinander als die meisten Beobachter für möglich hielten.

Einfach ausgedrückt: Während die meisten Brasilianer den Preisstop und den festen, amtlichen, an den Dollar gebundenen Kurs begrüßten – und zwar in dem Ausmaß, daß sie die geringsten Verletzungen solcher Preisstops bei Ladenbesitzern eifrigst der Polizei meldeten –, verhielten sie sich in der Praxis, als würde Brasiliens Hyperinflation bald zurückkehren. Der Cruza-

men und einen ersten Zahlungsbilanzschock oder die Rückkehr zur Hyperinflation zu vermeiden. Das Land versucht weitere Kredite in Höhe von 4 Milliarden Dollar zu bekommen plus einen veränderten Rückzahlungsplan für die 115 Milliarden Dollar Außenschuld.

Brasilien sieht heute kaum anders aus als in den Tagen vor dem Cruzado-Plan. Der Regierung wird wenig Vertrauen entgegengebracht, die Inflation liegt bei monatlich 12 bis 16 Prozent und die jährlichen Zinssätze variieren zwischen 300 und 450 Prozent.

Isreal, das das amerikanische Finanzministerium hinter sich hat, kann in einer solch hyperinflationären Umgebung vielleicht überleben, doch kein Land mit einer Bevölkerung von 140,7 Millionen Menschen, das ziemlich auf sich allein gestellt ist, kann das.

Der Preisstop des Cruzado-Plans setzte verhaltene Verbrauchernachfragen nach vielen Waren

frei und brachte der regierenden Partei den Wahlsieg ein. Doch nun läßt die Regierung einen Ausbruch »korrekativer Inflation« zu, wie sie es nennt. Das Ziel ist, die Nachfrage im Inland zu reduzieren, damit die Produkte, die die Brasilianer gekauft hatten, im Ausland verkauft werden können und der Erlös als Zinszahlungen an die internationalen Banken gehen könne. Der »Erfolg« hier könnte Brasilien 4 Milliarden Dollar an neuen Krediten einbringen.

Das Establishment übt Druck auf die Regierung aus, mit der Bevölkerung noch härter umzugehen. Der im Land angebaute Weizen wird stark subventioniert, ebenso wie die einheimische Alkoholproduktion als Er-

Von Reformen auf den Philippinen wird unter dem Regime von Corazon Aquino nur geredet. Auch ihr Land leidet unter Armut, da die Exporterlöse für die Zinszahlungen an die internationalen Banker draufgehen.



satz für importiertes Erdöl. Die Banken und der Internationale Währungsfonds (IWF) verlangen ein Ende dieser Subventionen. Ist das für Brasiliens Steuerzahler, die für diese Subventionen bezahlen müssen, ohne Interesse? Wohl kaum.

Zweck ist es, die Brasilianer mehr für Nahrungsmittel und Benzin zahlen zu lassen, so daß sie noch weniger andere im Land hergestellte Waren kaufen, die dann exportiert werden können.

Bei Mexiko den Riemen gelockert

Während das Establishment den Riemen bei Brasilien enger schnallt, lockert es ihn in Mexiko, um einen »ordentlichen« Sieg der Institutional Revolutionary Party (PRI) bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr zu garantieren. Die neuen Darlehen in Höhe von 12 Milliarden Dollar, die bis zum nächsten Jahr ausgegeben werden sollen, werden nach Plan ausgezahlt. Das Ergebnis ist eine vorübergehende Aussetzung des Sparprogrammes, das den mexikanischen Lebensstandard zwischen 1981 und 1986 um 40 Prozent gesenkt hat.

Dieser Kapitalzufluß jedoch verschlimmert Mexikos Inflation und beschleunigt die Wertminderung des Peso. Diese Währung, die im Jahr 1982 noch bei 26 Peso pro Dollar stand, fiel bereits im Februar 1987 unter 1000 Peso pro Dollar. Eine Tausend-Peso-Banknote wird jetzt ein »mexikanischer Dollar« genannt. Wenn sich die derzeitigen Tendenzen fortsetzen, wird der Peso bis Jahresende bei 2000 oder 2200 Peso pro Dollar liegen.

Vielleicht aber auch nicht: Es gibt mehrere halbamtliche Hinweise darauf, daß die drei Nullen vom Peso gestrichen werden und die einst stolze Währungseinheit durch etwas anderes mit dem Namen »Azteca« ersetzt wird. Diese Veränderung wird mit Sicherheit vor den Wahlen des Jahres 1988 stattfinden, um der mexikanischen Bevölkerung zu zeigen, daß die PRI »etwas tut«.

Positive Töne des Establishments über Mexiko gibt es im



Armut und Massenhungersnot oder Zahlungsverweigerung sind die einzigen Auswege aus der Schuldenkrise.

Überfluß. Im »Wall Street Journal« hieß es vor kurzem: »Der Aktienmarkt in Mexico City erlebt einen Boom. In den letzten beiden Jahren hat das Land keine neuen Kredite erhalten und dabei 18 Milliarden Dollar an Zinsen zurückgezahlt; der private Sektor zahlte ebenfalls etwa 2 Milliarden Dollar an Kapitalsumme zurück.«

Das ist natürlich eine 20-Milliarden-Dollar-Steuer der mexikanischen Bevölkerung, gezahlt an die US- und andere ausländische Banken. Schließlich wird sie von den Armen gezahlt und von Mitgliedern der schrumpfenden Mittelklasse Mexikos. Im Jahr 1986 lag die Inflation bei 100 Prozent nach Aussagen des »Wall Street Journal« und bei 120 oder 150 anderen Beobachtern zufolge. Die Löhne andererseits stiegen nur um 70 Prozent und 1986 war das sechste Jahr hintereinander, wo der Lebensstandard in Mexiko gesunken ist.

Doch der durch die 12 Milliarden Dollar an neuen Krediten künstlich hervorgerufene Boom hat einen gewissen Wert. Die hohen Zinssätze haben das chronische Problem der Kapital-

flucht zeitweise umgekehrt; es gibt jetzt einen Geldzufluß nach Mexiko.

Woher kommt er, abgesehen von den Darlehenserrträgen? Von den gleichen Leuten, die ihre Pesos herausholten, als der nur bei 200, 400, 500 oder so pro Dollar stand und ihr Geld jetzt mehr als »verdoppelt« haben, was den Nennwert angeht. Sobald die Zinssätze unter die Inflationsrate fallen, wird das Kapital wieder hinausfließen.

Einige verantwortliche Mexikaner wie der frühere Botschafter bei den Vereinten Nationen Porfirio Munoz Ledo möchten dies ändern. Munoz hat nach einer »regulierten und sinkenden Einbindung in die Weltwirtschaft« verlangt.

Die Hyperinflation kommt wieder

Das bedeutet, daß die jetzt exportierten Waren zum Kauf durch Mexikaner und natürlich zur Entschuldung verfügbar wären. Sicher würde Mexiko weiter exportieren – Öl, Lederwaren und Bier würden immer noch im Ausland verkauft, doch die Me-

xikaner hätten einen Erstan spruch auf die einheimischen Produkte. Munoz wird für seine Ketzerei natürlich als »Linker« gebrandmarkt.

Die Schönfärberei des »Wall Street Journal« und die heiklen Pläne von Porfirio Munoz werden zweifellos fehlschlagen. Die simple Wahrheit ist, daß Mexiko in diesem oder nächsten Jahr auf eine Hyperinflation von 200 bis 300 Prozent zusteuert. Der 1986er Haushalt basierte auf einer voraussichtlichen Inflationsrate von 50 Prozent und einer realen Wachstumsrate von einem Prozent; die Realität war eine Inflation weit über 100 Prozent und eine Schrumpfung der Konjunktur um vier Prozent. Das spricht für den 12-Milliarden-Dollar-Ausverkauf zusätzlich zur Verbesserung der Aussichten der PRI für die kommenden Wahlen.

Diese Hyperinflation wird auftreten, weil Mexikos Haushalt für 1987 einen starken Anstieg der privaten Investitionen durch erhöhte Darlehensgewährung von seiten staatlicher Institutionen und verstärkter Regierungseinkäufe vorsieht. Die Regierung wird Pesos drucken müssen, um diese Ziele zu erreichen, da neue Körperschaftsteuern, die im letzten Jahr eingeführt wurden, langfristige lokale Investitionen zum Versiegen gebracht haben.

Mit diesen Steuern werden weitere 1,3 Prozent von Mexikos Brutto-Inlandprodukt vom bereits übermäßig besteuerten Privatsektor in die bodenlose Grube der korrupten Staatsbürokratie geschaufelt.

Es gibt absolut keine Hoffnung, daß Brasilien oder Mexiko ihre Schulden zurückbezahlen oder sie auch nur angemessen »bedienen« werden – langfristig betrachtet. Seit dem Jahr 1982 haben beide Länder ihre Landeswährungen auf »Teufel-komm-heraus« gedruckt, ihr nationales Vermögen auf Kosten ihrer eigenen Bevölkerung exportiert und sich bei den Großbanken noch tiefer in Schulden verstrickt.

Die Kredite kommen nie zurück

Das amerikanische Establishment ist voller hilfreicher Rat-

Schuldenkrise

Betrug an der dritten Welt

schläge für die Länder der dritten Welt, die sich mit ihren Schulden ziemlich übernommen haben. Diese unglücklichen Länder haben in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre Hunderte von Milliarden Dollar von internationalen Banken geborgt, angeblich, um Entwicklungsprojekte zu finanzieren.

Nun, wo der größte Teil dieses Geldes von korrupten Beamten gestohlen und auf wirtschaftlich nicht lebensfähige Projekte verschwendet worden ist, bleiben nur die Schulden. Dies ist seit fünf Jahren das große Problem für das Establishment.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Kredite niemals zurückgezahlt werden. Doch in den Büchern der Banken wie Chase Manhattan, Citibank und Bank of Amerika werden sie als Aktiva mit Zinserträgen geführt, gerade als ob sie gesichert wären durch erstklassigen wirtschaftlichen Grundbesitz oder Bruttoerträge eines gewinnbringenden Unternehmens.

In Wirklichkeit sind sie gesichert durch die Fähigkeit und Bereitschaft der Schuldner der dritten Welt, weiter Zinsen zu zahlen und die Rechtmäßigkeit der Schulden durch wiederholte neue Vereinbarungen zu bekräftigen. Eine umfangreiche Zahlungseinstellung könnte eine finanzielle Panik oder sogar einen Bankenzusammenbruch auslösen.

Das Problem läuft daraus hinaus, wie man den Schuldner dazu bringt, weiter Zinsen zu zahlen, Zinsen, die sich für die Zukunft endlos anhäufen. Das amerikanische Finanzministerium, der Weichensteller für die Banken in diesem anhaltenden Drama, ist besonders gefesselt von »Freien-Markt«-Lösungen. Der gleiche freie Markt, der dem Westen Blüte und Wohlstand gebracht hat, kann in der dritten Welt Wunder bewirken, wird uns gesagt.

Diese Lösungen beinhalten massive Intervention durch die Gläubiger in die internen Angelegenheiten der souveränen

Schuldner. Dem Schuldner wird gesagt, er solle die Zuschüsse an die Stadtbewohner für Hauptnahrungsmittel, Strom und andere öffentliche Versorgungseinrichtungen kürzen. Der Regierung wird gesagt, sie solle unnötige Beamte feuern, staatseigene Unternehmen verkaufen und ihre Währung abwerten.

Die Zölle müssen gesenkt werden und andere Beschränkungen auf Importe aufgehoben werden. Produktion und Landwirtschaft müssen wettbewerbsfähiger gemacht und von den Inlandsmärkten auf Exportmärkte reorientiert werden. Wenn dies alles eintritt, werden sich Bangladesch und Zaire plötzlich in Taiwan und Südkorea verwandeln – erfolgreiche Vertreter des Freihandelssystems.

Umorientierung verschlimmert das Problem

Dies ist im Interesse der Banken. Die Bürokratie einzuschränken ist ein guter Ratsschlag, doch danach werden »Reformen« destruktiv. Wenn die Banken verlangen, daß inländische Subventionen gekürzt werden sollen, dann ist das genau das gleiche, als ob der Internationale Währungsfonds oder irgend eine andere Gruppe von Ausländern von den Vereinigten Staaten verlangen würde, Sozialleistungen zu senken, medizinische Versorgung und Lebensmittellieferungen zu begrenzen, damit die Außenschuld besser bedient werden kann. Schließlich sind die USA der Welt größter souveräner Schuldner.

Die Länder der dritten Welt haben nicht das »Sicherheitsnetz« an Sozialprogrammen, das die Vereinigten Staaten und andere westliche Industrienationen haben; Zuschüsse zu den lebenswichtigen Gütern sind das einzige, was die armen Leute von ihrer Regierung bekommen können.

Die Umorientierung von Industrie und Landwirtschaft von der Produktion für die Inlandsmärkte auf Produktion für den Export verschlimmert das Problem nur noch; es bedeutet einfach, daß auf den Inlandsmärkten weniger zur Verfügung steht. Abwertung macht Importe teurer und schürt die Inflation. Selbst im Inland

hergestellte Waren sind davon betroffen, besonders wenn sie importierte Bestandteile haben wie beispielsweise Düngemittel, Werkzeugmaschinen oder Erdölserzeugnisse.

Niedrigere Zölle und gelockerte Importbeschränkungen dienen mehreren Zwecken. Einer davon ist, zum Teil die erhöhten Importkosten, die durch die Abwertung verursacht wurden, auszugleichen. Außerdem werden die Regierungseinnahmen dadurch allerdings reduziert, und es bedeutet höhere Steuern an anderen Stellen innerhalb des Wirtschaftssystems. Die Lockerung von auf Zollparitäten beruhenden Importbeschränkungen bewirkt generell die Erhöhung von Importen von Luxusgütern auf Kosten der grundlegenden Bedürfnisse.

Das ist eine de-facto-Bestechung der einzelnen Angehörigen der inländischen Elite, die die einzigen sind, die sich diese Luxusgüter leisten können. Es dient auch einem Public Relations-Zweck im Westen, besonders den Vereinigten Staaten. Sie kaufen amerikanische Exporte, so sagt man der Öffentlichkeit, deshalb sollten die Amerikaner auch ihre kaufen. Keiner schert sich dabei um das große Ungleichgewicht.

Doch wenn alles gesagt und getan ist, sind die »Freie-Markt«-Lösungen ein Betrug. Der Grund ist, daß in fast jedem Land der dritten Welt die Deviseneinnahmen und Ausgaben unter strenger staatlicher Kontrolle sind. Die Exporteure müssen die Deviseneinkünfte an die Zentralbank oder das Finanzministerium abführen.

Ebenso müssen das die Bürger tun, die Devisen einnehmen, ob nun für ihre Arbeit oder als Geschenk von Verwandten aus dem Westen. Besucher dürfen ausländische Währung gegen die Inlandswährung nur in Banken umtauschen und müssen ihre Hotelrechnungen und andere große Ausgaben in konvertiblen Devisen bezahlen.

Damit soll der Staat die Kontrolle über die Deviseneinkünfte erhalten. Wer bekommt das erste Geld aus diesen Devisen? Die Banken natürlich, die die Hand offenhalten für die vierteljährlichen Zinszahlungen. Die Elite sorgt dann für sich selbst und

was übrig bleibt – wenn etwas übrig bleibt, steht dann für den Einkauf von Importen unter »liberalisierten« Bestimmungen zur Verfügung.

Kontrolle über ausländische Wirtschaften

Das internationale Banken-Establishment strebt auch nach stärkerer Kontrolle über die inländischen Entscheidungen und Richtlinien lateinamerikanischer Schuldnerländer. Bei einem Treffen der Inter-American-Development-Bank (IDB), deren Mitgliedsländer darüber entschieden, welche Länder Kredite bekommen, bot der US-Finanzminister James Baker neun Milliarden Dollar aus amerikanischen Steuergeldern für das Vetorecht der USA bei Kreditvergabe-Entscheidungen der IDB.

Das Angebot wurde von den Mitgliedern abgelehnt, die dies als einen weiteren Versuch ansahen von Seiten der USA und der Banken, ihre Souveränität zu schwächen, insbesondere zu einer Zeit, wo viele von ihnen den Gürtel enger schnallen sollen, so zumindest verlangen es die internationalen Kreditvergabe-Organisationen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds.

Baker behauptete, dieser Schritt hätte mehr amerikanischen innenpolitischen Überlegungen gedient als größere Kontrolle über ausländische Wirtschaften zu erreichen. Er sagte, der US-Kongreß würde eine solche massive Erhöhung an Kapital für die IDB vereiteln, wenn nicht sichergestellt sei, daß die Vereinigten Staaten mehr Sagen bekämen, wofür oder wie das Geld verwendet wird.

Dies wurde von den meisten Vertretern der lateinamerikanischen Länder allerdings nicht akzeptiert. »Wir hoffen, die Bank wird keine Unterabteilung des amerikanischen Finanzministeriums werden«, sagte Raul Baglini, der Vertreter Argentiniens.

Was die Banken und die amerikanische Regierung im wesentlichen wollen, ist das gleiche Verhältnis mit den Schuldnerländern wie das der Banken zu ihren kommerziellen Schuldnern,

insbesondere jenen, die in Schwierigkeiten gerieten.

Genauso wie Banken verlangen, daß eine Firma mit Schulden sich erst mit der Bank beraten soll, bevor sie Entscheidungen trifft, oder sogar die Empfehlungen der Bank akzeptieren soll als Austausch für weitere Darlehen, so wollen die internationalen Banken souveräne Regierungen beherrschen und kontrollieren als Austausch für weitere Geldmittel oder Schuldenplanungs-Neufestlegungen.

»Privatisierung« ist ein weiteres faules Spiel des Establishments, das sich gut anhört, aber in Wirklichkeit nichts ändert. Es ist eine gute Idee, wenn die britische Regierung British Airways verkauft; sie werden jetzt Steuern zahlen anstatt Subventionen zu bekommen. Sie müssen in fairen Wettbewerb treten mit anderen internationalen Luftfahrtgesellschaften.

Doch macht es keinen Unterschied, wenn beispielsweise der Kaffeeabsatz-Ausschuß von Uganda oder die Kupferminen in Zambia privatisiert werden. Sie müssen ihre Devisen trotzdem dem Staat abliefern und unterwürfig nach Geld fragen, um die nötigen Importe einzukaufen wie Benzin und Ersatzteile. Sie werden trotzdem den Neffen des Innenministers oder seinen Schwager einstellen, selbst wenn er ein Trunkenbold ist. Gutgläubige Menschen aus dem Westen, die meinen, Privatisierung würde funktionieren, haben zu viel abbekommen von Milton Friedmans Büchern, den Reden von James Baker und den Moralpredigten in Jack Kamps Kampagnen.

Das jüngste, traurige Beispiel Boliviens sollte das »Freie-Markt«-Allheilmittel, das vom Establishment verordnet wird, Lügen strafen. Im August 1986 hat dieses verarmte Land die Löhne im öffentlichen Bereich eingefroren, sämtliche Preisbindungen aufgehoben, außer für Benzin und staatliche Versorgungseinrichtungen, feste Zinssätze freigegeben und den freien kommerziellen Einsatz des US-Dollar erlaubt. Es entließ 17 000 öffentliche Angestellte, reduzierte die Beschäftigten im Bergbau von 26 000 auf 9000, die bis auf 4000 noch weiter abgebaut werden sollen, und nahm ähnli-

che Beschäftigungskürzungen bei anderen staatlichen Unternehmen vor.

Bolivien hat auch seine ziemlich heruntergekommene Währung, den bolivianischen Peso, durch eine neue Einheit, den Boliviano, ersetzt, wobei eine Million Pesos einem Boliviano entsprechen. Im Jahre 1986 war der Peso 2,7 Millionen zu einem US-Dollar wert.

Es gibt viele arm- und beinamputierte Länder

Doch all dies hat leider nichts geholfen. Der Weltmarktpreis für Zinn, Boliviens ersten Exportartikel, ist nicht gestiegen, nicht einmal um einen ärmlichen Peso. Das Außenhandels-Bilanzdefizit wurde nicht geringer, noch verbesserte sich die Leistung des Agrarsektors.

Die Devisensabgabenvorschriften wurden nicht gelockert. Diese Bestimmungen sind so streng, daß Banken, Hotels, Reisebüros und andere Deviseneinnahmestellen ihre Einkünfte des Vorta-

ges in der ersten Geschäftsstunde des folgenden Tages abgeben müssen. Exporterlöse müssen innerhalb von drei Tagen abgeliefert werden.

Alles, was Bolivien für seine Freie-Markt-Reformen herzeigen kann, sind 100 Millionen Dollar als kurzfristige Überbrückungsdarlehen. Dieses Darlehen kommt zu den 4,5 Milliarden Dollar hinzu, die bereits als Außenschuld existieren.

Bolivien ist so arm dran und seine Regierung so schwach, daß das Land beinahe in die Hände von Drogenhändlern gefallen wäre. Das war vor allem der Grund, warum das Land nach Washington kam zur Schuldenneuplanung, wegen Auslandshilfe und militärischer Intervention.

Es gibt noch mehr solch »arm- und beinamputierter« Fälle. Haiti, Jamaica und Corazon Aquinos Philippinen sind alle in äußerst schlechter Verfassung und könnten als Alternative zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch und einer »Übernahme durch die Kommunisten« zu

amerikanischen Protektoraten werden.

Kieselsteine werden zu Gold

Einige glauben, Swap-Geschäfte auf der Basis »Schulden gegen Kapitalscheine« würden eine konstruktive Lösung bieten. Damit wird die Gesamtschuld reduziert und es funktioniert im besten Fall so: Schuldenpapiere der dritten Welt werden auf dem Nebenmarkt mit einem Nachlaß auf ihren Nennwert gehandelt. Ende 1986 waren das bei Brasilien 75 Prozent vom Nennwert, bei Chile 67 Prozent, Argentinien 65 Prozent, den Philippinen 60 Prozent, Peru 22 Prozent und Bolivien und Nicaragua je 10 Prozent. Schuldenpapiere des amerikanischen Finanzministeriums werden mit laufenden Zinssätzen zu 100 Prozent gehandelt; dies nur als Vergleich.

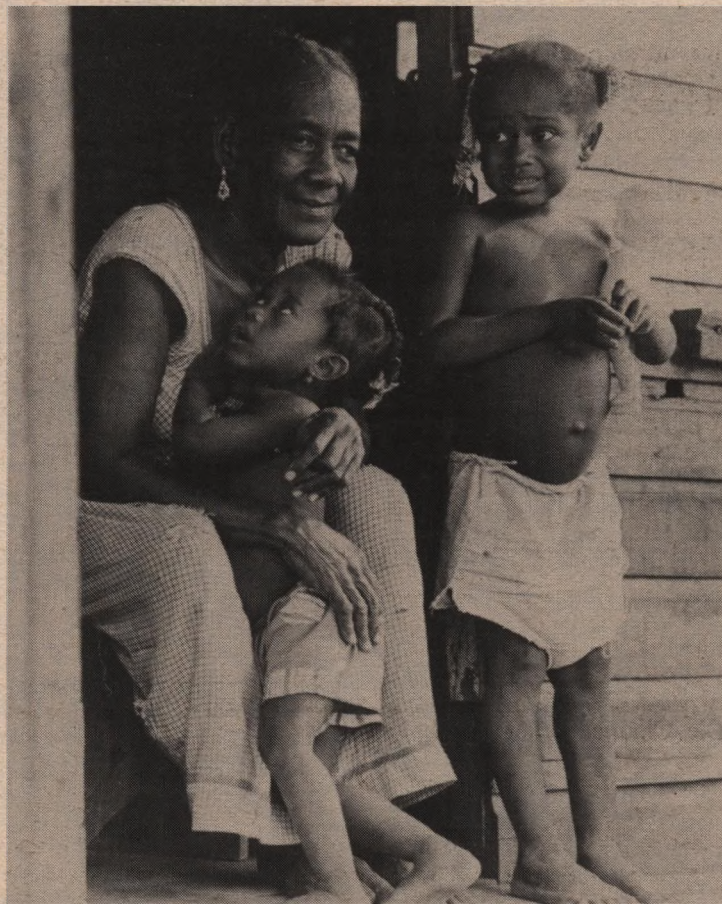
Diese Nachlässe – selbst brasilianische Schuldenpapiere werden zu höheren Nachlässen gehandelt als amerikanische »Schrott«-Papiere – reflektieren die Marktwahrnehmung des tatsächlichen Wertes dieser Schuldscheine.

Nimmt man an, ein Investor möchte in einem dieser Länder eine beträchtliche Investition tätigen oder in irgendeinem anderen, ähnlich gelagerten Land. Er kauft das mit einem Dollar-Nennwert versehene Schuldenpapier mit einem Abzug auf dem offenen Markt. Dann präsentiert er die Schuldverschreibung der Zentralbank des ausgebenden Landes und erhält die inländische Währung für den Dollar zum offiziellen Wechselkurs abzüglich des Rabattanteils der Zentralbank.

Die inländische Währung wird dann für den Kauf eines Bürogebäudes oder die Erweiterung einer Fabrik verwendet.

Alle scheinen einen Nutzen daraus zu ziehen. Die Außenschuld des Gastlandes wird verringert und der Kapitalanleger bekommt sein Anlagekapital zu einem Nachlaß. Schulden wurden auf magische Weise in Eigenkapital verwandelt. Kieselsteine werden zu Gold – verbunden mit einem großen Triumph für die freie Marktwirtschaft.

Es gibt auch noch andere Verwendungszwecke für den Ne-



Die Banker verlangen, daß die Brasilianer mehr Steuern zahlen, damit sie weniger im Land hergestellte Waren kaufen können, die zur Zinszahlung exportiert werden.

Schuldenkrise

Betrug an der dritten Welt

benmarkt bei der Dritten-Welt-Schuld. In der Kreditvergabe-Orgie Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre haben sich viele Banken der dritten Welt als Darlehensgeber sogenannten Anleihekonsortien angeschlossen. Als diese Kreditvergabe-Orgien im Jahr 1982 aufhörten, fanden sich viele Dritte-Welt-Länder in der Situation, daß sie im Besitz der Außenschuld des anderen waren und sich gegenseitig predigten, Sparmaßnahmen zu praktizieren.

Im Grunde nur ein Verschieben der Liegestühle

Mexiko und Brasilien, Chile und Venezuela hatten jeweils die Schulden des anderen am Hals und unterwiesen sich gegenseitig in der Führung einer umsichtigen Steuerpolitik. Diese lächerliche Situation hat sich nun weitestgehend gelegt, da diese Länder den größten Teil der Außenschulden, die sie sich tatsächlich gegenseitig schuldeten, stillschweigend getauscht und damit gelöscht haben.

Viele Banken des Westens handeln Dritte-Welt-Schulden selbst untereinander, aber in aller Stille. Dafür gibt es zwei Gründe: eine Bank hat vielleicht geringe Mengen kleinerer Schuldenbeträge von einer Anzahl souveräner Schuldner. Das bedeutete eine Menge Buchführung und kein »zu Rande kommen« mit einem Schuldner oder vielmehr mit dem Finanzministerium oder den Bankführern, die diese Schulden verwalten.

Wenn sie kleinere Schuldenanteile von drei oder vier Ländern anstelle einer größeren Schuld eines Landes halten, so vereinfacht das die Verwaltungsarbeit und der Einfluß auf die Abwicklung der Schuld wird größer.

Andere Banken fühlen sich vielleicht überfordert durch die Schuldenanteile eines einzelnen Landes und möchten ihr Risiko in der dritten Welt diversifizieren. In dem Fall wäre die Zahlungseinstellung eines Schuldners nicht so eine große Gefahr



Das Banken-Establishment übt Druck auf die Regierungen aus, mit der Bevölkerung noch härter umzugehen.

für die Bank. Doch keine dieser Strategien reduziert die Höhe der Außenschulden um mehr als nur einen Pfennig – es handelt sich buchstäblich nur um ein Verschieben der Liegestühle auf der »Titanic«.

Auf den ersten Blick scheint Schuld-gegen-Anlagekapital eine gute Idee zu sein – verschiedene Mittelsmänner bemühen sich eifrig, Banken und Kapitalanleger dabei zu unterstützen, und die Schuldner führen auf diskrete Art und Weise Geschäfte zum Schuldenabbau durch. Doch es gibt hier Fallgruben sowohl für den Schuldner als auch für die Banken.

Die Probleme für den Schuldner sind Inflation und Souveränität. Wenn die Schuld mit Dollar-Nennwert gegen inländische Währung eingetauscht wird, wird die Geldmenge des Landes erhöht. Wenn neue Liquidität in Milliarden Dollar-Höhe plötzlich in diesen Länder geschaffen wird, dann beschleunigt das die Inflation erheblich.

Die Inflation und sogar die Hyperinflation ist in der ganzen dritten Welt bereits ein sehr ernstes Problem, was damit noch verschlimmert werden würde.

Doch selbst wenn die Inflation kein Problem ist, so ist es doch die Souveränität. Ausländische Investitionen in der dritten Welt orientieren sich und halten Ausschau nach hoch-profitablen, sicheren Dingen. Die akzeptabelste Anlage für Ausländer als Austausch für die Schuldenpapiere wären profitable, existierende Unternehmungen wie Luxushotels, Ranches, Plantagen, export-orientierte Industrie und möglicherweise die Expansion bestehender Fabriken.

Das meiste davon wäre die Umgestaltung existierender Vermögenswerte für den Nutzen ausländischer Interessen wie viele der »Zusammenschlüsse und Ankäufe« des Booms, der derzeit in den Vereinigten Staaten abläuft.

Megabanken machen Megabankrott

Dennoch, diese Verfahrensweise Schulden-gegen-Kapitalanlage könnte ein Weg sein, den viele Länder der derzeitigen Praxis vorziehen würden, wo die Exporterlöse für die Zinszahlungen hergegeben werden müssen und man sich immer mehr in Schulden verstrickt. Und diese Verfahrensweise nimmt immer mehr zu. Im vergangenen Jahr wurden Außenschulden der dritten Welt in Höhe von bis zu 6 Milliarden Dollar in der einen oder anderen Form getauscht. Könnte das eine Methode der Zukunft sein?

Europäische und japanische Banken haben, allgemein gesagt, Reserven für wahrscheinliche Verluste aus ihren unbesonnenen Darlehen an die dritte Welt beiseitegesetzt. Sie sind darauf vorbereitet, und jetzt wird ihren Interessen am besten gedient, indem sie für ihre unsicheren Aktiva etwas bekommen – 10 Cents, 22 Cents, 60 Cents oder wieviel es auch immer geben mag pro Dollar für den Nennwert, anstatt auf eine formelle Zahlungseinstellung oder Zahlungsverweigerung zu warten.

Diese Banken und kleinere amerikanischen Banken, die in begrenztem Maß diese Kredite gewährt haben, sind die Hauptquellen dieser »Vermögenswer-

te«. Doch die amerikanischen Großbanken, die Geldzentren wie die Bank of America, Citibank, Chase Manhattan, Chemical Bank und Manufacturer's Hanover sind gegen diesen Handel. Es sind genau die Banken, die die größten Kredite vergeben haben an die dritte Welt, und zwar sowohl in absoluten Dollar-Beträgen als auch als Prozentsatz ihrer »Aktiva«.

Zum einen würden diese Banken lieber sehen, daß beispielsweise Peru seine verfügbaren Devisen hernimmt und damit die rückständigen Zinsen in einer Gesamthöhe von 600 Millionen Dollar etwas senkt anstatt die Kapitalsumme mit 22 Cents pro Dollar abzubauen. Ihnen gefällt auch die Vorstellung nicht, daß Chile über ein fortdauerndes Schuldenabbauprogramm verfügt, das stattfindet ohne aktive oder führende Beteiligung ihresgleichen.

Nein, genau die Banken, die das meiste zu verlieren haben bei Zahlungseinstellungen und Zahlungsverweigerung, sind genau die Banken, die es ablehnen, ihre Portfeuille in der dritten Welt auf den Nebenmärkten zu tauschen oder zu verkaufen. Diese Banken haben nämlich keine Reserven für mögliche Verluste beiseite gesetzt, da sie so stark darin verwickelt sind, daß eine realistische Einschätzung und Bewertung dieser »Aktiva« sehr wohl dazu führen könnte, daß sie sich für zahlungsunfähig erklären müssen.

Allein die Existenz eines aktiven Nebenmarktes ist für diese Banken eine Bedrohung; es könnte sie dazu zwingen, ihr Anleihe-Portfeuille (Kreditbestand) in der dritten Welt auf ein realistisches Niveau abzuschreiben und nicht die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß diese Darlehen ihre 100 Cents pro Dollar wert sind, was sie bis zum heutigen Tag tun.

Doch leider sind sie ziemlich dumm. Langfristig gesehen wird diese Schuld niemals zurückgezahlt werden. Banken und andere Gläubiger der dritten Welt wären gut beraten, sich alles Geld, was sie bekommen können, zu greifen und die Beine in die Hand zu nehmen. Die Alternative ist der vollständige Verlust der Kapitalsumme, und das wahrscheinlich eher früher als später. □

Gold

Roosevelts Diebstahl in Frankreich

Alec de Montmorency

Eines der ungelösten Rätsel des Zweiten Weltkrieges ist – Historikern des Establishments zufolge – US-Präsident Franklin Delano Roosevelts Prioritäten. Wenn man Roosevelts Aussagen über Frankreich und das französische Empire liest, stößt man auf seine Begeisterung für zwei winzig kleine Teile dieses Reiches: Französisch-Westindien und Dakar, ein Marinestützpunkt in Französisch-Westafrika, dem heutigen Senegal.

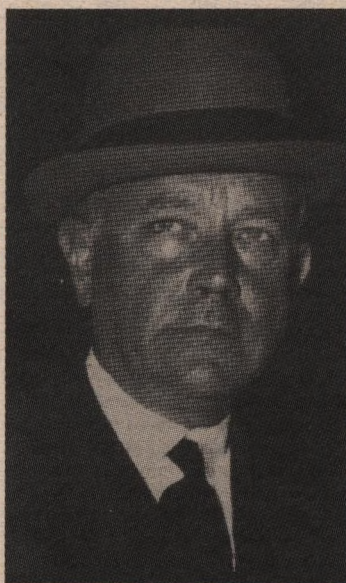
Was in den Establishment-Geschichtsbüchern nicht erscheint ist die Tatsache, daß zu dem Zeitpunkt, als die französische Armee von den Deutschen im Jahr 1940 unter Druck gesetzt wurde, die französische Marine etwa 3500 Tonnen Gold nach Übersee gebracht hat. Ungefähr 500 Tonnen gingen nach Dakar, 2500 Tonnen nach Französisch-Westindien und weitere 500 Tonnen nach New York, womit ursprünglich französische Militärkäufe bezahlt werden sollten.

Die Jagd nach 3000 Tonnen Gold

Natürlich kam es zu keinen weiteren Lieferungen von Waffen oder anderer Militärgüter an Frankreich. Doch Roosevelt schickte sich nicht an, das Gold zurückzugeben und hat es auch später nie getan.

Nachdem er nun die ersten 500 Tonnen Gold unter Kontrolle hatte, plante er, sich auch die anderen 3000 Tonnen zu schnappen. Dazu fand eine gemeinsame britisch-amerikanische Aktion in Nordafrika statt.

Die Briten hatten sich auf Charles de Gaulle gestützt und bezeichneten ihn als den offiziellen »Führer Frankreichs«. Die erfolgreiche Invasion der Alliierten in Nordafrika ist bekannt. Doch weniger bekannt ist die Tatsache, daß es vor dieser erfolgreichen Operation mehrere Mißerfolge gegeben hat.



Gaston Henri-Haye, französischer Botschafter der Petain-Regierung in den USA während des Zweiten Weltkrieges.

Die Briten landeten Streitkräfte in Rufisque (jetzt Rufisque), einem kleinen Hafen in der Nähe von Dakar, mit de Gaulle im Schlepptau. Der designierte Führer Frankreichs ging mit Lautsprechern vor und rief »alle Franzosen« auf, sich ihm anzuschließen – doch er zog sich rasch zurück, als er auf die harte Opposition der Truppen traf, die Marschall Henri Petain gegenüber loyal waren.

Zwischenzeitlich waren die britischen Kampfschiffe »HMS Barham« und »HMS Resolution« von 15 Zoll starken und eineinhalb Tonnen schweren Geschossen des französischen Kampf-

schiffes »Richelieu«, des damals stärksten Kriegsschiffes auf der Welt, getroffen worden und zogen sich eilig zurück.

Zur gleichen Zeit hatten amerikanische Streitkräfte einen Versuch unternommen, die Franzosen, die das französische Nordafrika verteidigten, zu überwältigen und erfuhren ein ähnliches Schicksal. Dieser Zusammenstoß ereignete sich im November 1942 vor Casablanca.

Roosevelt in Schwierigkeiten

Die US-Marine griff die französische Marine an. Zerstörer der letzteren formierten sich mit einem unfertigen Kampfschiff, der »Jean Bart«, die aus einer Schiffswerft in Frankreich geschleppt worden war, als die



Jean Darlan schlug amerikanische und britische Truppen in Nordafrika, worüber nie berichtet wurde.

französischen Streitkräfte in Europa zusammenbrachen. Das Schiff war nicht aus eigener Kraft manövrierfähig, sondern mußte mittels Schleppern in Stellung gebracht werden. Doch seine Kanonen funktionierten.

Peinlich für die Amerikaner, gelang es den französischen Streitkräften, die »USS Texas« und ein weiteres amerikanisches Kriegsschiff, das nicht näher bezeichnet wurde, zu schlagen. Darüber hinaus erlitt ein US-Stoßtrupp, der in Fedala, Marokko, gelandet war, im Kampf um Ain Sabu (»Lion's Spring«) eine Niederlage, als er vom Norden in Richtung Casablanca marschierte.

Der Kampf um Casablanca dauerte vier Tage, in dem sich die Franzosen behaupteten. Zur Verblüffung der Alliierten boten die französischen Streitkräfte am

anderen Ende von Französisch-Nordafrika, in Tunesien, den Deutschen, die vom italienischen Nordafrika her vorstießen, keinerlei Widerstand.

Eine britische Truppe, die in Algier und Oran gelandet war, hielt man für nicht stark genug, als daß sie gegen die von Osten kommenden Deutschen hätten kämpfen können.

Jetzt war Roosevelt in Schwierigkeiten. Es mußte eindeutig etwas geschehen, bevor sich die Lage noch verschlimmerte. Die Establishment-Medien der Vereinigten Staaten hatten das amerikanische Volk aufgrund von Hinweisen aus dem Kriegsministerium seit Wochen auf einen großen Sieg der Alliierten vorbereitet.

Die USA waren in Pearl Harbor bombardiert worden und auch die Briten hatten zahlreiche Niederlagen einstecken müssen (zum Beispiel Burma und China). Der andere »große Verbündete« der Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, befand sich allgemein im Rückzug.

Im Weißen Haus wurde eine Entscheidung getroffen: der US-General Mark Clark wurde ermächtigt, ein Abkommen zum Stop der Kampfhandlungen zu treffen.

Was in Washington nicht bekannt war, war die Tatsache, daß sich Admiral Jean François Darlan, Petains Topberater, in Nordafrika befand mit Befehlen von seinem Chef, einen sofortigen Waffenstillstand zu erwirken. Petain wollte die alliierten Streitkräfte nicht in einen totalen Kampf verwickeln, von dem er wußte, daß die Franzosen ihn schließlich verlieren würden.

Roosevelts Notstand

Darlan war die Nummer zwei im Vichy-Regime unter Petain. Nach der Invasion des französischen Nordafrikas durch alliierte Streitkräfte Ende 1942 und im Anschluß an langwierige Verhandlungen, ernannte sich Darlan selbst zum Hochkommissar der Region. Kurz darauf wurde er jedoch ermordet. Franzosen, die Petain gegenüber loyal waren, behaupteten, die Ermordung sei von de Gaulle und dem US-General Dwight Eisenhower auf Befehl von Roosevelt erfolgt. Diese Anschuldigungen

Roosevelts Diebstahl in Frankreich

sind in den Vereinigten Staaten niemals an die Öffentlichkeit gekommen.

In den Schlagzeilen der amerikanischen und britischen Zeitungen hieß es, Clark erzwingt eine Kapitulation der französischen Streitkräfte in Nordafrika. Die Darlan-Clark-Vereinbarungen – unter diesem Namen wurde das Abkommen bekannt – besagten, daß amerikanische und britische Streitkräfte die Territorien unter Darlans direkter Befehlsgewalt zu Kriegszwecken in ihrem Konflikt mit den Achsenmächten benutzen konnten.

Es hieß jedoch auch darin, daß Petain die letzte Befehlsgewalt über die von dem Handel betroffenen französischen Territorien behielt, und daß Darlan – wenn von Petain selbst nichts anderes entschieden würde – diese an ihn delegierte Befehlsgewalt ausüben würde.

Roosevelts unmittelbares Problem war gelöst; er hatte US-Truppen auf französischem Territorium in Nordafrika. Doch zwei Probleme blieben noch: wie sollte er die Bedingungen des Abkommens erklären, und wie kam er an das französische Gold?

Darlan war dem amerikanischen Volk – auf Hinweis des Kriegsministeriums durch die Establishment-Medien – als der Mann präsentiert worden, der die französische Marine an Hitler ausgeliefert hat. Natürlich hatte er das nicht getan. Er hatte die Armee in Casablanca befehligt, wo die Franzosen die Amerikaner schlugen.

Auf einer Pressekonferenz, bei der er sich sehr erregte, wiederholte Roosevelt mehrere Male, daß das Abkommen ein »vorläufiger Notbehelf« sei, ebenso wie Darlan selbst ein vorläufiger Notbehelf war.

Der französische Befehlshaber in Dakar, General Georges Boisson, wurde in der Folge von amerikanischen Besatzungsmächten verhaftet und 500 Tonnen Gold an Bord eines ameri-

kanischen Kriegsschiffes verladen. Das war das Letzte, was man jemals über das Gold gehört hat – in Frankreich und anderswo.

Nun hatte Roosevelt 500 Tonnen Gold von den Franzosen in den Vereinigten Staaten und 500 Tonnen an Bord eines Schiffes. Es blieben noch die 2500 Tonnen auf den westindischen Inseln.

Frankreich hat kein Gold zurückbekommen

Dieses Gold befand sich im Besitz von Admiral Georges Robert, der eine Kriegsflotte kommandierte, die vor der Küste von Martinique von Guadeloupe vor Anker lag. Petain hatte die Beziehungen zu den USA abgebrochen, als die amerikanischen Truppen das französische Marokko angegriffen haben. Daraufhin sprach Roosevelt dem Vichy-Regime die Anerkennung aus.

Im Juli 1943 schickte Roosevelt an Robert eine Botschaft über den US-Konsul in Martinique, daß Robert die Flotte in Westindien an das »Nationale Befreiungskomitee« in Algier abtreten müsse, das französische Marionettenregime unter Führung de Gaulles, das Roosevelt in Nordafrika nach der Ermordung Darlans eingesetzt hatte.

Zunächst lehnte Robert ab. Als jedoch amerikanische Truppen im Anmarsch waren, gab er nach, um Blutvergießen zu vermeiden. Sofort wurden die restlichen 2500 Tonnen Gold auf ein amerikanisches Kriegsschiff verladen, genau wie in Dakar. Auch hier war es das letzte Mal, daß man je von dem Gold gehört hat.

Robert wurde de Gaulles Truppen übergeben und verschwand prompt. Sein letztendliches Schicksal ist unbekannt.

Roosevelt war es gelungen 3500 Tonnen Gold an sich zu reißen, über die niemals irgendwo Rechnung gelegt worden ist. Eine einsame Stimme im US-Kongreß, die des Abgeordneten J. H. Morrison, bezeichnete diesen Goldraub durch Roosevelt als ein internationales Banditentum.

Durch den Erwerb von 2500 Tonnen französischen Goldes

aus Martinique zusätzlich zu den 500 Tonnen aus Dakar und weiteren 500 Tonnen vom Vichy-Botschafter Gaston Henri-Haye, kam Roosevelt in den Besitz der größten Goldmenge, die jemals in der Geschichte von jemandem gestohlen wurde, und er konnte damit tun und lassen, was er wollte.

Die nicht gewählten französischen Figuren, die er in Algerien und anderswo einsetzte – einschließlich de Gaulle –, konnten nur das tun, was er befahl. Frankreich bekam über ein Jahr später eine gewählte Regierung. Sie hat nie eine Unze des gestohlenen Goldes zu Gesicht bekommen.

»Wie ein kaputter Plattenspieler«

In diesem Zusammenhang ist noch die Tatsache von Interesse, die den Vichy-Botschafter Gaston Henri-Haye betrifft.

Nachdem der deutsch-französische Waffenstillstand, der der Militärkatastrophe folgte, am 25. Juni 1940, in Kraft trat, wurde Frankreich in deutsch-besetzte und unbesetzte Zonen aufgeteilt. Die Vereinigten Staaten erkannten das nicht besetzte Vichy-Regime unter dem französischen Marschall Henri Petain als die »wahre französische Regierung« an. In der Folge wurde Gaston Henri-Haye als Petains Botschafter in die USA entsendet.

Sofort begann Präsident Roosevelt Henry-Haye hinsichtlich des »Transfers« der französischen Kriegsflotte in Französisch-Westafrika und Französisch-Westindien zum amerikanischen »Schutz« unter Druck zu setzen.

Der Botschafter versuchte zu erklären, daß die französische Kriegsflotte keinen besonderen Schutz brauche. Die deutschen Kriegsschiffe im Atlantik griffen lediglich britische Handelsschiffe und die der anderen Alliierten an und ließen die französische Flotte in Ruhe, die im übrigen durchaus in der Lage sei, sich selbst zu schützen.

Doch er stieß auf taube Ohren. Roosevelt kam immer wieder auf das gleiche Thema, »wie ein kaputter Plattenspieler«, erzählte Henry-Haye seinen Bekannten. Das französische Gold war für ihn ein äußerst heikles Thema.

Zu einem späteren Zeitpunkt wurde Henri-Haye von Petain angewiesen Roosevelt um Erlaubnis zu bitten, einen Teil des in den Vereinigten Staaten gelagerten Goldes zum Kauf von Nahrungsmitteln für die französischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern verwenden zu dürfen. Roosevelt lehnte ab mit der Begründung: »Was ist, wenn das Gold über Kollaborateure im Vichy-Regime an die Nazis weitergeleitet würde?«

Vichy konterte durch Henri-Haye mit einem Gegenvorschlag: Das französische Gold in Amerika – insgesamt 500 Tonnen – würde an Roosevelt übergeben und er könne es über existierende Kanäle für Nahrungsmittel-Lieferungen an französische Kriegsgefangene weiterleiten.

Nebenbei gesagt: Sowohl britische wie amerikanische Regierungen hatten mit mehreren neutralen Ländern und dem Internationalen Roten Kreuz Vereinbarungen getroffen, in deren Rahmen Nahrungsmittel und Medikamente für britische und amerikanische Kriegsgefangene eingekauft wurden. Geld und Lieferungen gingen durch viele Hände und wieviel davon tatsächlich jene erreichte, für die es bestimmt war, mag dahingestellt sein.

Da es sich bei dem Transfer des französischen Goldes in Amerika um einen Handel zwischen Henri-Haye und Roosevelt gehandelt hat, läßt sich auch unmöglich sagen, was Roosevelt tatsächlich mit dem Gold gemacht hätte.

Henri-Haye kehrte im Jahr 1943 nach Frankreich zurück und verschwand in der Verborgenheit. Wenn er je seine Memoiren geschrieben hat, was er laut seinen Aussagen gegenüber Freunden vorhatte, so sind sie jedoch niemals veröffentlicht worden. Doch auf der Rückreise nach Frankreich im Jahr 1943 – nach der »Aberkennung der Anerkennung« der Petain-Regierung durch Roosevelt – verbrachte er viel Zeit in der Schiffslounge und erzählte Geschichten, allen, die sie hören wollten. Die Geschehnisse um seine Person wurden darum so wiedergegeben, wie sie von verschiedenen Passagieren ihren Freunden in Europa berichtet worden sind. □

Eigene Karten im internationalen Spiel

Oscar Boline

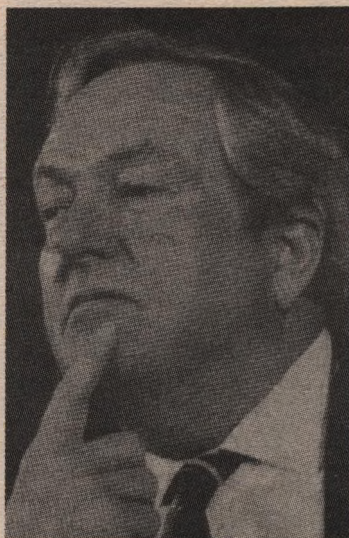
»Unser Schicksal darf nicht von den Sowjets und Amerikanern entschieden werden. Niemand kann für uns politische und wirtschaftliche Probleme aushandeln.« So beendete Jean-Marie LePen eine eloquente und gut dokumentierte Stellungnahme zu den bevorstehenden Verhandlungen der beiden Supermächte, zu denen Europa nicht eingeladen wird. Diese Verhandlungen sollen irgendwann in diesem Herbst stattfinden.

Jean-Marie LePen, der Führer von Frankreichs Nationaler Front sprach vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Er rief Westeuropa auf, die Differenzen über Bord zu werfen, sich zusammenzuschließen und sich um die eigenen Interessen zu kümmern, für sich selbst zu sprechen und mit den Sowjets unter Berücksichtigung der eigenen Interessen zu verhandeln und nicht im Hinblick darauf, was allein für die Vereinigten Staaten gut ist. LePen stellte Michail Gorbatschow als einen Mann dar, der offensichtlich Veränderungen und gute Beziehungen zu Westeuropa anstrebt.

Kein Interesse für Europa

LePen sprach von seinem Vertrauensverlust in die Washingtoner Regierung, die er als ziellos umhertreibend bezeichnete inmitten des Machtmißbrauchs durch Einzelpersonen, über kleinliche Streitigkeiten zwischen Gruppierungen, die keine Loyalität oder Verantwortung für irgend jemand anderen als für sich selbst besitzen. Er sprach von einem alternden und kranken amerikanischen Präsidenten, der das Interesse an dem, was in seiner eigenen Regierung vorgeht, verloren hat.

LePen sprach von seiner Jugendarbeit, als Frankreich sich selbst vertrauensvoll als größte Militär-



Jean-Marie LePen, der umstrittene französische Nationalist, verlangt nach einer eigenen Außenpolitik der Europäer.

macht in Europa ansah. Dann, Anfang des Sommers 1940 – innerhalb von nur wenigen Tagen – war die »unbesiegbare« Armee des Landes plötzlich ein Trümmerhaufen und die französische Nation geschlagen.

Heute, 47 Jahre nach diesen Ereignissen, von denen LePen sprach, haben die meisten Franzosen, wie auch andere Westeuropäer, und die Mitglieder des Europa-Parlaments das Vertrauen in die von Washington beherrschte Verteidigungsstruktur für Westeuropa, die NATO, verloren. Viele von ihnen sind

der Meinung, daß sie zu sehr beherrscht wird von William Buckley und solchen Leuten mit Sprüchen wie »Man kann den Sowjets nicht trauen«, Sprüche, die seiner Meinung nach heute nicht mehr angebracht sind.

Der einzige Amerikaner, der Europa versteht

Andere verurteilen die NATO als ein Instrument der Washingtoner Weltpolitik, die sich kaum um die Interessen Europas kümmert, dafür aber um so intensiver um Reagans pro-israelische Mittelmeer- und Nahostpolitik.

Als inmitten der lebhaften Diskussionen in Europa über den Bericht der Tower-Kommission bezüglich Iran und Reagans Unfähigkeit die Ereignisse im Weißen Haus und anderswo unter Kontrolle zu bekommen, das Weiße Haus verkündete, es wer-

Rogers Problem ist – Gerüchten zufolge, die im amerikanischen Verteidigungsministerium kursieren –, daß er »sich akklimatisiert hatte«. Er nahm die Befehle nicht an wie er sollte. Er war dreimal wiederernannt worden aufgrund seiner Fähigkeit mit den NATO-Partnern klarkommen zu können. Doch in letzter Zeit hatte er sich sehr kritisch geäußert über die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI), die er und viele Europäer als eine Neuauflage der Maginotlinie ansehen, starke Festungen, die fielen, bevor auch nur ein Schuß abgefeuert werden konnte.

Das ging zu weit, wie die Bosse in Washington meinten.

Rogers hat weitgehende Zustimmung in Europa erhalten für seine Proteste über die mangelnde Rücksprache des Weißen Hauses mit den europäischen Ver-



Carla Barbarella (hier im Gespräch mit Oscar Boline) will nicht, daß Italien länger als zweitrangig behandelt wird.

de den NATO-Befehlshaber General Rogers nicht wieder ernennen, wurde damit dem, was an amerikanischen Militärprestige noch in Europa existiert, ein tödlicher Schlag versetzt, vergleichbar dem Fall Frankreichs im Jahr 1940.

»Bernie«, wie Rogers liebevoll bei Ministern, Regierungsleuten, Generälen, Fußsoldaten und der Presse, die über die NATO berichtet, genannt wird, wird von Mitgliedern des Europa-Parlaments als »der einzige Amerikaner angesehen, der Europa versteht«.

bündeten in bezug auf den Gipfel in Reykjavik. Alle 14 europäischen NATO-Mitgliedstaaten befürworteten Rogers Wiederernennung für weitere zwei Jahre, doch das Weiße Haus setzte sich durch.

Rogers ist ein ungewöhnlicher Militarist, ein Absolvent des Rhodes-College, ein Geisteswissenschaftler, der die ganze Brill-

Eigene Karten im internationalen Spiel

lanz seines Bildungshintergrunds und seiner Vergangenheit mit ins Spiel brachte. Er glaubt an die Dialoge mit den Sowjets, und er war im vergangenen Herbst bereit, sich mit seinem sowjetischen Kollegen Marschall Victor Kulikow zu treffen, doch die politischen Autoritäten hielten ihn davon ab.

Vor vollendete Tatsachen stellen

Vierundzwanzig Stunden nachdem LePen seine denkwürdige Rede vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gehalten hatte, kam David Rockefeller, der Architekt der Washingtoner Wirtschaftspolitik, nach Frankfurt, als einer der sogenannten dienstreisenden Gesandten des Weißen Hauses, die seit dem Tower-Bericht täglich in Europa herumkurven.

In einem hochpublizierten Gespräch vor der US-Handelskammer, das in westlichen Medien ausführlich beachtet wurde, sprach Rockefeller von den »Wundern« der Reagan-Wirtschaftspolitik und von der Anhebung der Verbrauchersteuern, während die Reichen entlastet werden sollen. Sozialprogramme, Gesundheits- und Wohlfahrtsprogramme müssen gekürzt werden.

Solches Gerede wird von den Europäern als das lächerliche Geschwätz einer Person angesehen, die in einer Vergangenheit lebt, die schon lange vorbei ist. Europa mit seiner Sorge um seine Bürger blüht und gedeiht, während die amerikanische Wirtschaft ein Chaos ist. David Rockefellers Mission in Deutschland war ein totaler Mißerfolg.

Die Mannschaft im Weißen Haus setzte vor allem auf Paul Nitze und Richard Perles Ideen, Europa bezüglich der lockeren Interpretation des Raketenabwehr-Vertrages zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und dessen Annahme einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen, damit sie

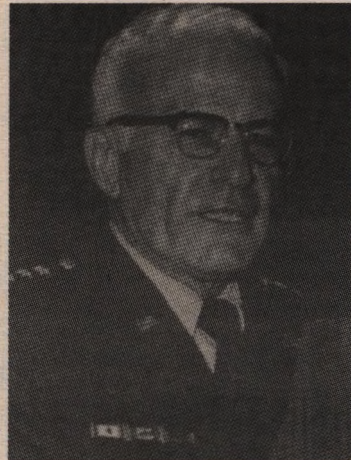


Die Übereinstimmung mit dem Bonner Hans-Dietrich Genscher und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow bereitet den USA Sorgen.

die Europäer nicht davon überzeugen müssen. Diese neue Interpretation erlaubt dem Weißen Haus mit SDI-Experimenten sofort zu beginnen und das Programm möglicherweise in den neunziger Jahren in Gang zu setzen.

Die Reaktion Westeuropas war überwältigend. Die Vereinigten Staaten wurden der Kriegstreiberei angeklagt, während die Sowjets den Frieden anstrebten. Die Sowjetunion kam Westeuropa näher als zu irgendeiner anderen Zeit seit den Zeiten des Zars.

In der westeuropäischen Presse erschienen zahlreiche Berichte



Der NATO-Oberbefehlshaber Bernard W. Rogers ist für den Geschmack des Weißen Hauses in Europa zu beliebt.



Die Situation verlangt ein diplomatisches Lächeln, doch Richard Perle (links) bringt es nur zu einem Grinsen, und Paul Nitze (Mitte) schafft nicht einmal das bei ihren Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl.

über die internen Händel im Weißen Haus von seiten jener, die einen harten Kurs verfolgen gegenüber der UdSSR, nämlich Henry Kissinger, Irving Kristol und Norman Podhoretz. Kristol war langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei, in den Tagen, als sie Befehle von Stalin annahm. Podhoretz war mit einer ehemaligen aktiven Kommunistin verheiratet.

Die Presse Westeuropas beschwert sich über diese Kontrolle der amerikanischen Außenpolitik durch Männer, die nicht sehr tief verwurzelt sind in Amerika, die zu pro-israelisch sind und Lockvögel für Sonderinteressen, die auch nicht bereit sind, sich Gorbatschows Vorschläge anzuschauen.

Die Politik, die zur Zeit in Amerika gemacht wird, wird in Europa auf der Basis »Friß oder stirb« präsentiert. Diskussionen oder Widersprüche gibt es nicht.

Der entscheidende Punkt ist Nahost

Italien zeigt ganz offen seine Mißbilligung gegenüber der Haltung des Weißen Hauses, indem es vor kurzem eine Währungskonferenz verließ und vielleicht auch den Wirtschaftsgipfel in Venedig zum Scheitern bringen wird. Die italienische Regierung ist nicht länger bereit, daß jenseits des Atlantiks im Weißen Haus über italienische Interessen entschieden wird.

Carla Barbarella, Mitglied des Europa-Parlaments aus Rom, hat feste Vorstellungen über das, was getan werden sollte und was nicht getan werden darf: »Amerikas Prestige in Europa ist jetzt sehr gering. Es ist unter Reagan stark gesunken, weil seine Politik nicht eine Politik ist, wie man sie von einem großen Land mit Weltherrschaftsanspruch erwarten kann.«

Frau Barbarella glaubt, der einzige Weg zur Bekämpfung des Terrorismus sei, Lösungen zu finden für die Probleme in den Ländern, die mit Terrorismus zu tun haben. »Der wichtigste Punkt ist das Problem der Palästinenser zu lösen, indem man mit den Palästinensern arbeitet und nicht einfach Israels Diktate akzeptiert«, meinte die Abgeordnete kurz nach LePens Rede.

Ärger mit USA wegen Marokko

Alec de Montmorency

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat bei seinem letzten Besuch in Madrid versucht, die Stockungen in den Beziehungen zwischen beiden Ländern aufzulösen, die sich aufgrund der fortgesetzten Präsenz der Amerikaner auf vier wichtigen Militärstützpunkten ergeben haben. Doch die Establishment-Medien schweigen beharrlich, warum es zwischen den USA und Spanien Probleme gibt. Sie hängen mit den Plänen des amerikanischen Außenministeriums hinsichtlich der zwei winzigen spanischen Territorien in Nordafrika, Ceuta und Melilla, zusammen.

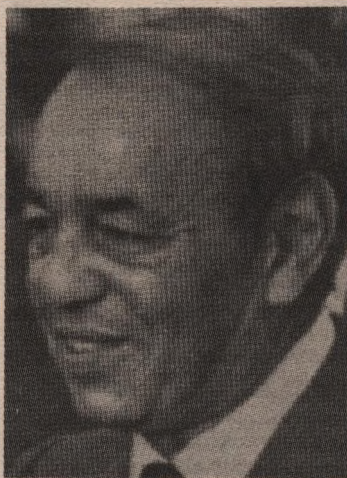
Ceuta und Melilla, diese beiden spanischen Enklaven, sind Gegenstand marokkanischer territorialer Gebietsansprüche, und Spanien ist nicht taub und bekommt die Gunstbezeugungen durchaus mit, die König Hassan II. von Marokko in letzter Zeit von den Vereinigten Staaten bekommen hat.

Der Einfluß von David Rockefeller

Bei dem Verdacht über die Zielsetzungen, die Amerika verfolgen könnte, denkt Spanien insbesondere an das, was im Herbst 1975 passiert ist. Unmittelbar nach der Verlängerung der Pachtverträge für die amerikanischen Stützpunkte durch Spanien starb Generalissimo Francisco Franco und stürzte die spanische Regierung in Verwirrung.

König Juan Carlos mußte die Zügel der Macht in die Hand nehmen, und Premierminister Arias Navarro wurde spanisches Regierungsoberhaupt. Dann fiel Marokko in die Spanische Sahara – jetzt Westsahara – ein, und die Vereinigten Staaten, beeinflusst durch den Megabanker David Rockefeller, schlugen sich auf die Seite der Invasoren.

Die eingeborenen Saharawis führen seither einen Guerillakrieg gegen die Marokkaner.



König Hassan II. von Marokko steht unter dem Druck der Banker und will darum spanisches Territorium.

Die derzeitigen Reibungen zwischen Marokko und Spanien begannen am 22. November 1986, als etwa 2000 Moslems in Melilla revoltierten. Sie behaupteten, etwa 20 000 jetzt in Melilla lebende Glaubensgenossen zu repräsentieren, die über keinerlei spanische Dokumente verfügen würden, aus denen das Recht der Spanier hervorginge, dort zu herrschen.

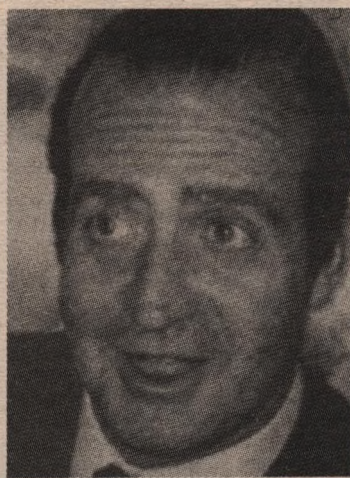
Jene in der spanischen Enklave geborenen Araber besitzen spanische Dokumente. Doch die Grenzen zwischen Melilla und Marokko – und zwischen Ceuta und Marokko – waren immer of-

fen, so daß man sie jederzeit überschreiten kann. Aus diesem Grund besitzen die spanischen Behörden keinerlei definitive Informationen darüber, wie die Rebellen oder andere Moslems, die sie behaupten zu vertreten, überhaupt zuallererst in die spanische Enklave gekommen sind.

Wenn Spanien Gibraltar zurückbekommt

Doch Spanien vermutet ein Machtspiel auf seiten Marokkos und rechnet auch damit, daß sich die Vereinigten Staaten – wie in der Vergangenheit – auf die Seite König Hassans schlagen werden.

Spanische Regierungsvertreter haben Journalisten verschiedener europäischer Zeitungen erzählt, daß es sich bei den Rebellen um marokkanische Staatsbürger handele, die von der Istiqlal, der Partei, die derzeit in Marokko



Spaniens König Juan Carlos weiß, daß in dieser Frage die Megabanker auf der Seite Marokkos stehen.

an der Macht ist, nach Melilla eingeschleust wurden, um sie zur fünften Kolonne zu machen.

Dieser Schritt fällt den spanischen Behörden zufolge mit den erneuten Forderungen von Hassan II. zusammen, Spanien sollte seine Enklave aufgeben. Dies ähnelt den Forderungen Rotchinas, Großbritannien solle Hongkong aufgeben. Der Unterschied besteht darin, daß Großbritannien ursprünglich Pachtverträgen zugestimmt hat, was bei Spanien nicht der Fall war.

Bereits im November 1975 hat Marokko die Rückgabe der En-

klaven von Spanien verlangt. Doch damals hieß es, »wenn Spanien Gibraltar von Großbritannien zurückbekommt«.

Spanien weigert sich weiterhin und gibt dafür einen historischen Präzedenzfall an:

Melilla ist ungefähr 7,5 Quadratmeilen groß. Es ist seit dem Jahr 1496 in spanischer Hand, als die Streitkräfte von Juan Carlos de Guzman, dem Herzog von Medina Sidonia, es den Mauren weggenommen haben. Derzeit hat es eine Bevölkerung von 72 000, in der Mehrzahl spanische Christen.

Die Revolte, mit der der spanische Bürgerkrieg begann, brach im Jahr 1936 in Melilla aus.

Ceuta ist eine Hafenstadt von einer Größe von etwa 11,8 Quadratmeilen, die im Jahr 1415 von Portugal kolonisiert wurde und seit 1580 spanisch ist. Sie hat rund 70 000 Einwohner, von denen 90 Prozent Spanier sind und weniger als neun Prozent Araber. Etwa ein Prozent sind Juden. Ceuta liegt von Gibraltar aus jenseits der Straße von Herceles.

Der Druck der Banker

Berichte in spanischen Publikationen, die von spanischen Behörden weder bestätigt noch dementiert wurden, weisen darauf hin, daß das Drängen Marokkos in direktem Zusammenhang steht mit dem Druck, der von den Großbanken ausgeübt wird, die marokkanische Schuldscheine haben.

Der Grund dafür ist folgender: Die Tatsache, daß einige Länder der dritten Welt die Zahlungen auf ihre Außenschuld gestoppt haben, hat die Banken dazu veranlaßt, Mittel und Wege zu suchen, damit andere Schuldner nicht das gleiche tun. Wenn Marokko sich die spanischen Enklaven aneignet, wird dies dazu führen, daß Hassan II. eher in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen.

Die spanischen Behörden sind überzeugt, so heißt es in den Pressemeldungen, daß die US-Regierung das Mächtenspiel insgeheim unterstützt. □

Lebensmittelkontrollen wegen Tschernobyl noch bis Oktober

Erst im Dezember 1986 ist es den Sowjets gelungen, den zerstörten Reaktor in Tschernobyl einzuzementieren und das Ausströmen der Strahlung dadurch zu verhindern. Aus diesem Grund werden die gemeinsamen Grenzwerte für radioaktive Rückstände in Lebensmitteln vorerst bis 31. Oktober 1987 weiter gelten. Das derzeitige Kontrollsystem war von den EG-Ländern nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 eingeführt worden.

Für die meisten Lebensmittel liegt die Höchstgrenze bei 600 Becquerel pro Kilo, für Säuglingsmilch bei 370 Becquerel pro Kilo. Die Regierungen der EG dürfen keine Nahrungsmittel importieren, deren Radioaktivität diese Werte übersteigt. Ebenso werden EG-Ausfuhren in Drittländer nur dann subventioniert, wenn sie die Grenzwerte einhalten. □

Libanon: Eine Tragödie ohne Ende

Unter dem seit Jahren anhaltenden Bürgerkrieg im Libanon hat vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Die einzige Linderung, die die westliche Welt derzeit anbieten kann, besteht in humanitärer Hilfe, insbesondere in Nahrungsmittel-Lieferungen.

Nach den jüngsten kriegesischen Auseinandersetzungen hat das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten weltweit für Spenden für die betroffenen palästinensische Bevölkerung aufgerufen. Aber nicht nur Palästinenser zählen zu den Opfern der Tragödie, die sich im Nahen Osten abspielt. Auch die Liba-

nesen, die in der Nähe der Flüchtlingslager leben, geraten immer wieder in die Schußlinie rivalisierender Gruppen.

Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die Talfahrt des libanesischen Pfunds drängen zudem immer mehr Libanesen an den Rand des Existenzminimums. Das Internationale Rote Kreuz und das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe haben deshalb jetzt in Brüssel erneut an die Hilfsbereitschaft der westlichen Welt appelliert.

Die EG-Kommission ist diesem Aufruf gefolgt und hat 2,7 Millionen ECU bereitgestellt. Davon sollen 1,6 Millionen ECU in ein Programm für Lebensmittellieferungen und in die medizinische Versorgung fließen. 700 000 ECU werden dem libanesischen Roten Kreuz zum Ankauf von Nahrungsmitteln vor Ort zur Verfügung gestellt. 400 000 ECU gehen an das Büro für Katastrophenhilfe für medizinische Ausrüstungen und Arzneimittel, Milch und Säuglingsnahrung sowie für die Wasserversorgung und hygienische Einrichtungen. □

Auswirkungen von Tschernobyl

In den kommenden Jahrzehnten werden 1000 Bürger der Europäischen Gemeinschaft an einer Krebserkrankung sterben, die auf die Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl vor einem Jahr zurückzuführen ist. Dies geht aus einem Bericht hervor, den eine britische Sachverständigen-Gruppe im Auftrag der EG-Kommission angefertigt hat.

Danach können die bei dem Reaktorunfall freigesetzten Strahlungen verschiedene – nicht unbedingt tödliche – Krebsarten hervorrufen. So rechnen die Experten mit 2000 Krebserkrankungen der Schilddrüse, von denen rund fünf Prozent zum Tod führen können.

Unter den Auswirkungen von Tschernobyl haben alle Gemeinschaftsländer zu leiden. Besonders betroffen sind allerdings die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Griechenland. □

Gesunde Ernährung ist die beste Vorsorge

Der regelmäßige Verzehr von frischem Obst und Gemüse ist die beste Krebsvorsorge. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus den statistischen Angaben, die die EG-Kommission im Rahmen ihres Aktionsprogramms »Europa gegen den Krebs« veröffentlicht hat.

Danach wies der Speisezettel von 70 Prozent der an Magenkrebs erkrankten Personen wenig bis gar kein Obst und Gemüse auf. 20 bis 40 Prozent der Patienten mit Darmkrebs hatten sehr wenig frisches Gemüse gegessen. Auch bei Speiseröhren- und Lungenkrebs scheint mangelhafte Ernährung eine Rolle zu spielen. Außerdem sind 20 Prozent der an Gebärmutterkrebs leidenden Frauen und 20 Prozent der an Prostatakrebs erkrankten Männer übergewichtig. □

Bald billige Flugtarife in Europa

Die zwölf Verkehrsminister der EG haben in der Frage der Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs nach zähem Ringen endlich Fortschritte erzielt. Sie entschieden sich in zwei Punkten zugunsten einer verbraucherfreundlichen Lösung.

Derzeit unterliegt der europäische Luftverkehr einer Vielzahl von einzelstaatlichen Regelungen und Abkommen zwischen »offiziellen« Fluggesellschaften. Das Nachsehen hat dabei vor allem der Verbraucher. Immerhin soll nach dem jüngsten Beschluß ein größerer Kreis von Passagieren in den Genuß von Preisermäßigungen kommen können.

Künftig dürfen die Fluggesellschaften ihren Kunden außerhalb der Hauptreisezeiten einen Rabatt von 10 bis 35 Prozent gewähren. Diese Ermäßigung gilt jedoch nur für Hin- und Rückflüge. Der Kunde muß zudem das Ticket 14 Tage im voraus kaufen. Bei Rücktritt oder Um-

tausch werden 20 Prozent des Flugpreises als Bearbeitungsgebühr fällig.

In den Zeiten größter Flaute können die Fluggesellschaften ihre Preise sogar um 35 bis 55 Prozent herabsetzen. Diese Ermäßigungen sollen Jugendlichen unter 25 und Senioren über 60 Jahren sowie Reisegruppen vorbehalten sein. Auch für sie gilt: Das Ticket muß zwei Wochen vor Reiseantritt gekauft werden, und bei Rücktritt verliert der Kunde 20 Prozent. Alle übrigen Passagiere müssen ihren Flug sogar vier Wochen vorher buchen und bei Rücktritt 50 Prozent des Preises zahlen. □

ECU bald an jedem Bankschalter

Langsam, aber sicher scheint sich die ECU durchzusetzen. Seit dem 30. Jahrestag der Römischen Gründungsverträge am 25. März 1987 ist sie als Gold- und Silbermünze bei allen Banken und Postschaltern in Belgien erhältlich. Sogar die Weltbank wird künftig bei internationalen Transaktionen die ECU als Zahlungsmittel zulassen.

Noch im vergangenen Jahr lehnten die zuständigen Stellen der Weltbank das Angebot einer italienischen Firma für ein ungarisches Projekt auf dem Chemiesektor ab. Die Begründung lautete damals: Die ECU ist kein gültiges Zahlungsmittel. □

Positive Bilanz aufgrund der Dollar-Schwäche

Nach 28 Jahren verzeichnete die Europäische Gemeinschaft 1986 erstmals eine positive Außenhandelsbilanz. Diese Entwicklung ist vor allem auf die durch den Kursverfall des US-Dollars gesunkenen Rohölpreise zurückzuführen. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Exportüberschüsse der Zwölfergemeinschaft auf über 5 Milliarden ECU (1 ECU = 2,06 DM). 1985 hatten die Einfuhren noch um 28 Milliarden ECU über den Ausfuhren gelegen. Demgegenüber

sanken die Importe um 17 Prozent.

Verantwortlich für den starken Rückgang bei den Importen sind in erster Linie die gesunkenen Rohölpreise und der Dollar-Kursverfall. So gab die Gemeinschaft nur 61 Milliarden ECU für Brennstoffeinfuhren aus, während sie ein Jahr zuvor noch fast das Doppelte aufwenden mußte. Zwar erhöhte sich das Importvolumen um sieben Prozent. Da die Preise jedoch durchschnittlich um 23 Prozent niedriger liegen, verringerte sich die Energierechnung beträchtlich zugunsten der Europäer.

Der Wert der EG-Importe aus Ländern der dritten Welt ging gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zurück. Von diesen Exporteinbußen waren die OPEC-Staaten am stärksten betroffen. Dagegen erhöhten sich die EG-Einfuhren aus den Schwellenländern Südasiens – wie Südkorea und Singapur – um vier Prozent.

Die Importe aus anderen Industriestaaten sanken insgesamt um sieben Prozent in ECU. Die Gemeinschaft kaufte um 18 Prozent weniger in den USA, aber um 16 Prozent mehr in Japan ein.

Die EG-Exporte sanken um zehn Prozent in ECU. Dies entspricht einem mengenmäßigen Rückgang von fünf Prozent. Vor allem setzte die Zwölfergemeinschaft 17 Prozent weniger in der dritten Welt und sogar 27 Prozent weniger in den OPEC-Staaten ab. Diese Länder können aufgrund ihrer hohen Exporteinbußen die Einfuhren aus den reichen Industrieländern nicht mehr bezahlen. Die EG-Ausfuhren in die USA sanken um zwölf Prozent. Dafür stiegen die Exporte nach Japan um neun Prozent. □

Kultur als wichtiger Wirtschaftsfaktor

In den EG-Ländern ist die Kultur im weitesten Sinne des Wortes ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nach einem Bericht des Genfer Battelle-Institutes beläuft sich der Umsatz des Kultur-

sektors in den vier größten EG-Ländern – Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien – allein auf jährlich 100 Milliarden ECU. Dies entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von fast fünf Prozent. Insgesamt 3,75 Millionen – rund vier Prozent der Erwerbsbevölkerung – sind in den vier EG-Staaten im Kulturbereich tätig. Das sind etwas weniger als die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

In diesen Ländern stehen einem Exportvolumen von beinahe 21 Milliarden ECU Importe im Wert von 18,5 Milliarden ECU gegenüber. Zu den Bereichen mit positiver Handelsbilanz zählen die Vermarktung des kulturellen Erbes – zum Beispiel durch Fremdenverkehr und Münzen – sowie die schaffende Kunst einschließlich der Filmindustrie. Im Bereiche der Produkte wie Hi-Fi, Fotografie, Kino, Fernsehen, Rundfunk, Presse- und Verlagswesen weisen die betreffenden Länder – mit Ausnahme der Bundesrepublik – dagegen eine negative Handelsbilanz auf.

Die Nachfrage zeigt deutlich steigende Tendenz. So verzeichneten die italienischen Museen trotz schlechter Ausrüstung, enormen Personalmangels und infolgedessen stark eingeschränkter Öffnungszeiten zwischen 1960 und 1985 einen Besucheranstieg von 11 auf 50 Millionen.

Jede Familie gibt im Durchschnitt 679 ECU jährlich für Kulturgüter aus. An der Spitze liegen die Franzosen mit 786 ECU; am sparsamsten sind die Briten mit 546 ECU. □

Wenn Aufgetautes wieder eingefroren wird

Aufgetaute und wieder eingefrorene Tiefkühlkost kann sehr gesundheitsschädlich sein. Im allgemeinen ist es den Produkten in den Regalen der Supermärkte jedoch nicht anzusehen, ob sie zweimal eingefroren wurden.

Verbraucherverbände empfehlen deshalb, Verpackungen von Tiefkühlwaren mit einem Etikett zu versehen, daß sich beim Auftauen verfärbt. Nach Angaben des belgischen Europa-Abgeordneten Willy Kuijpers tragen bisher aber nur wenige Produkte einen solchen Wärmeindikator. □

UdSSR Hauptlieferant für Erdgas in der EG

Die Erdgasförderung in der EG sank 1986 um zwei Prozent. Gleichzeitig stieg der Verbrauch um 1,2 Prozent. Die Einfuhren nahmen im gleichen Zeitraum um acht Prozent zu. Dies kam vor allem der Sowjetunion zugute, die damit zum Hauptlieferanten der Zwölfergemeinschaft wurde.

Vom Produktionsrückgang waren Irland (30 Prozent) und Frankreich (21 Prozent) am stärksten betroffen. Auch die Niederlande mußten ein Minus von 7,7 Prozent hinnehmen. So verringerten sich die Exporte in andere Gemeinschaftsländer um 16 Prozent. Die Hauptkunden Bundesrepublik und Frankreich waren daher gezwungen, verstärkt auf Einfuhren aus Drittländern zurückzugreifen.

Die Sowjetunion lieferte im letzten Jahr 14 Prozent des EG-Verbrauchs und 39 Prozent der Drittlandsimporte der Gemeinschaft. Sie hat damit Norwegen vom ersten Platz verdrängt. Besonders stark war die Zunahme der sowjetischen Erdgaslieferungen in Frankreich (31 Prozent), Italien (27 Prozent) und der Bundesrepublik (18 Prozent). □

Wird Frankreich die Neutronenbombe stationieren?

Die Neutronenbombe, die von Frankreich entwickelt, doch noch nicht stationiert worden ist, könnte sehr wohl stationiert werden, wenn die NATO Mi-

chail Gorbatschows »Null-Options«-Vorschlag – den Abzug von amerikanischen Raketen aus Europa – akzeptieren wird und wenn auch US-Truppen abziehen werden.

Die RPR (Gaullisten), die Partei von Premierminister Jacques Chirac, befürwortete jetzt dem Parteisprecher Frank Borotra zufolge ihre Stationierung. Er betonte vor der Presse, daß die Länder des Westens ihr Militärpotential verstärken müssen, falls es zu einem Rückzug der USA kommen sollte. »Die Neutronenbombe ist dabei ein konventionelles Element des Ausgleichs«, sagte er.

Die Neutronenbombe ist eine Splitterbombe, die in konventionellen Artilleriegeschossen abgefeuert werden kann und soll auf dem Boden das bewirken, was die amerikanische Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) und verwandte europäische Programme in der Luft gegen Sowjetraketen bewirken sollen. Keine Bodentruppen könnten einer Neutronen-Bombardierung widerstehen. Als Abwehrwaffe würde sie den Ländern Europas damit ein Mittel in die Hand geben, um einen bewaffneten Angriff der Sowjets zu stoppen. □

Pro Tag ein Neugeborenes mit AIDS

Ein Kind mit der Krankheit AIDS kommt pro Tag in Frankreich zur Welt, so berichtete Dr. Jean-Paul Escande, der Leiter der AIDS-Klinik im Pariser Tarnier-Krankenhaus. □

Drogenmißbrauch in Deutschland

In der Bundesrepublik leben etwa 2 Millionen Süchtige: 1,5 Millionen Alkoholiker, 50 000 Drogenabhängige (Haschisch, Marihuana, Heroin oder Kokain) und etwa 300 000 bis 500 000 Menschen, die Medikamente mißbrauchen. □

Trilaterale Kommission Verschwiegen, nicht geheim

James P. Tucker

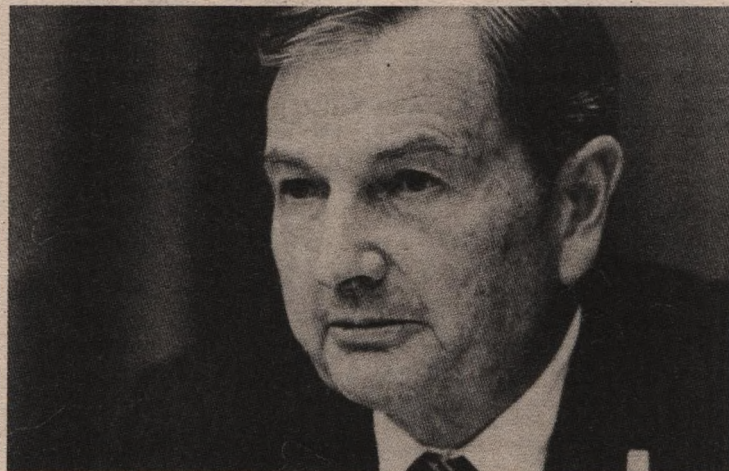
Die ideologische Zielsetzung der Trilateralen Kommission unterscheidet sich nicht von der ihrer Vorgänger- und Parallelorganisationen wie Round Table, Bilderberger und Council on Foreign Relations (CFR). Diese bieten der aus den verschiedenen Richtungen der Freimaurerei stammenden Elite aus Kapital und Politik, die zwecks Verbesserung des rationellen Ausgleichs über »künstliche Grenzen hinweg geheim zusammenarbeiten, die nicht mit ihr in Beziehung gebrachten weltumspannenden Treffmöglichkeiten außerhalb der Vereinten Nationen«, die laut David Rockefeller »zum zirkusähnlichen Zoo komplett mit Clowns, Affen und Spinnern degradiert ist«.

Die bahnbrechenden Enthüllungen und die ständige Berichterstattung über die Trilaterale Kommission waren so wirkungsvoll, daß sich diese geheime internationale Elite zum ersten Mal gezwungen fühlte zu leugnen, daß sie versuchen würde, »eine Weltregierung zu etablieren« und sich verschwöre, um »die US-Regierung zu kontrollieren«. Dieses Dementie, enthalten in einer Broschüre, die zu Dokumenten gehörte, die Journalisten ausgehändigt wurde, ist falsch und unterschlägt wichtige Informationen, die diesen Dementis widersprechen.

Änderung der Strategie

Im Jahr 1976, als die Trilaterale Kommission vier Jahre alt war, kamen die ersten Berichte über die Trilateralen an die Öffentlichkeit. Damals gehörte der amerikanische Präsident Jimmy Carter zu ihren Mitgliedern.

Anfangs wurde behauptet, eine solche Gruppe existiere überhaupt nicht, doch die Trilaterale Kommission gedachte der schmerzlichen Erfahrungen ihrer älteren Schwestergruppierung, den Bilderbergern, die ebenfalls ihre Existenz jahrelang geleugnet hat. Man änderte darum die Strategie rasch in eine Bestätigung der Existenz der Kommission, während gleichzeitig behauptet wurde, es sei eine harmlose Gruppe internationaler Wohltäter, die nicht in der Lage sei, bedeutende Aktionen zu unternehmen.



David Rockefeller ist Gründer und Herr über verschiedene internationale Absprachegremien, die die Regierungen weltweit kontrollieren.

Im Jahre 1980 wurde durch beharrliche Enthüllungen über die Trilaterale Kommission in der amerikanischen Presse und über ihren Einfluß in der Politik der westlichen Länder das Absprachegremium zu einem wichtigen Thema in der Präsidentschaftskampagne.

George Bush, der damalige Präsidentschaftskandidat, »trat aus der Kommission aus«. Der Kandidat John Connally, ehemaliger Gouverneur von Texas und Richard Nixons Finanzminister, versprach, er werde als Präsident keinen Trilateralen in ein Amt berufen.

Der Kandidat Ronald Reagan versuchte mit seinem Stab seinen Hauptgegner Bush mit dem Trilateralismus zu Fall zu brin-

gen, doch er wurde dann unter Druck gesetzt und mußte ihn ins Boot nehmen. Später, als amerikanischer Präsident, empfing er die »Trilateralen« im Weißen Haus und wurde ihr Werkzeug.

Vieles bleibt ungesagt

Die Broschüre ist in Frage- und Antwort-Form aufgemacht, wobei die Trilaterale Kommission sich selbst interviewt. Beispiel: »Versucht die Kommission eine Weltregierung zu etablieren?«

»Nein«, ist die Antwort, sie möchte lediglich »internationale Kooperation fördern«.

»Ist es eine »Verschwörung zur Kontrolle der amerikanischen Regierung?«

»Nein«, ist wiederum die Antwort der Trilateralen Kommission, obwohl »manche Leute die Vorstellung haben, die Trilaterale Kommission habe im Jahr 1976 irgendwie für Präsident Carters Wahl gesorgt«.

Ungesagt bleibt die Tatsache, daß der obskure Gouverneur aus Georgia von David Rockefeller in die Chase Manhattan Bank bestellt worden ist, später Lektionen über Weltpolitik erhielt, die weit über seinen Horizont gingen und ihm im Wahlkampf niemals das Geld ausging.

Die Broschüre behauptet, der jetzige amerikanische Vizepräsident, George Bush, sei im Jahr 1978 aus der Kommission ausgetreten. Tatsächlich hat er seinen Austritt während der Vorwahlen angekündigt, und es wäre passender, es als Rücktritt im Jahr 1978 darzustellen. Als amerikanischer Vizepräsident wandte sich Bush im April 1981 an die Trilaterale Kommission.

»David Rockefeller wird allgemein als derjenige angeführt, der »Carter zum Präsidenten gemacht hat«, heißt es in der Broschüre, »doch er stimmte für und unterstützte Gerald Ford«.

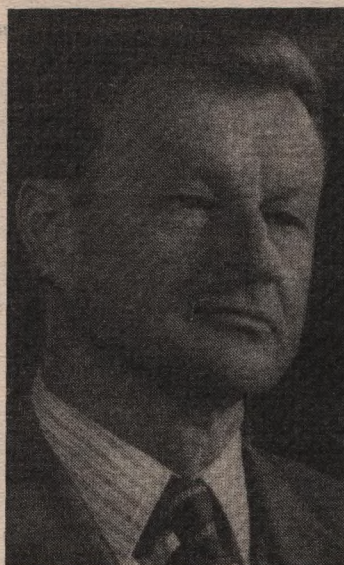
Uausgesprochen bleibt die Tatsache, daß Ford Mitglied der Schwestergruppe der Trilateralen Kommission, der Bilderberger, ist, womit Rockefeller Besitzer beider Pferde in einem Zwei-Pferde-Rennen war.

Das war auch der Fall im Carter-Reagan-Rennen und dem Walter Mondale-Reagan-Rennen. Wenn möglich, will Rockefeller die gleiche Situation im Jahr 1988 schaffen.

Entscheidungen bleiben geheim

Auf die Frage, ob die Trilaterale Kommission »geheim« sei, ist die Antwort »nein«, ganz bestimmt nicht; wir treffen uns nur hinter verschlossenen Türen, und die Teilnehmer sind lediglich zur Geheimhaltung und zur Verschwiegenheit verpflichtet«.

Dann rühmt man sich der Berichte, die veröffentlicht werden und der »Pressekonferenzen«, in denen der Welt erzählt wird, was die Trilateralen erzählt haben wollen, während bedeutende Entscheidungen geheim bleiben.



Zbigniew Brzezinski ist der »Denker« der Trilateralen Kommission. Er plädiert für ein neues Ein-Welt-System in Zusammenarbeit mit den Sowjets.

Die Trilaterale Kommission fragt sich auch, ob sie »Verbindungen zum Council on Foreign Relations (CFR) oder der Brookings Institution« hat. Die Antwort ist auch hier vorhersagbar: »Nein, es ist einfach so, daß viele Kommissions-Mitglieder in Organisationen wie diese verwickelt sind.«

Nach eigenen Angaben wurde die Trilaterale Kommission 1972 als »eine Gruppierung von Privatpersonen aus Westeuropa, Japan und Nordamerika – daher trilateral – von David Rockefeller, Aufsichtsratsvorsitzender der Chase Manhattan Bank und Präsident des Council on Foreign Relations (CFR), gegründet. Die Kommission besteht zur Zeit aus 300 im Gegensatz zu den Bilderbergern ständigen »Kommissaren«.

»Kommissare« sind Bankiers und Banker, Industrielle und Industriemanager, Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten, Beamte, Politiker, Abgeordnete und Gewerkschaftler.

Die Trilaterale Kommission wird in erster Linie von den folgenden steuerfreien Stiftungen finanziert: Ford Foundation, Lilly Endowment, Rockefeller Brothers Fund und Kettering Foundation.

Die ideologische Zielsetzung ist ebenso wie beim CFR und dessen internationalem Arm, den Bilderbergern, die Verwirklichung der »neuen Weltordnung« innerhalb einer Plangesellschaft, die in drei oder fünf Regionalföderationen unterteilt ist. Diese werden durch Multinationale und pseudo-wissenschaftliche Körperschaften zentral gesteuert.

Zbigniew Brzezinski, in Polen geboren und seit 1958 US-Staatsbürger, »der Kissinger der Carter-Regierung« und ehemaliger Sicherheitsberater beim US-Präsidenten Jimmy Carter, gehört seit Gründung dem Vorstand der Trilateralen Kommission an. Er schreibt über die Kommission: »Wir müssen das internationale System durch ein Globalsystem ersetzen, in das die in letzter Zeit entwickelten aktiven und schöpferischen Kräfte integriert werden müssen. Dieses System soll Japan, Brasilien, die ölproduzierenden Länder und sogar die Sowjetunion, soweit sie willens ist, an einem globalen System teilzuneh-

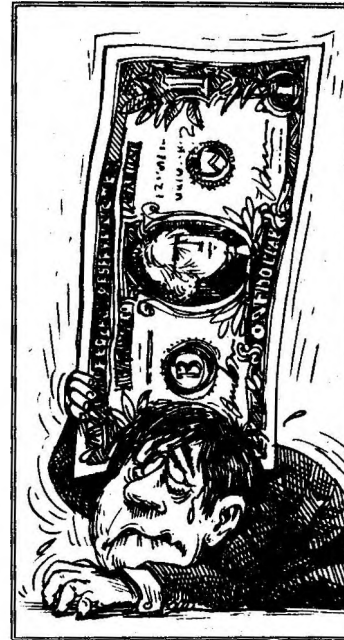
men, einschließen. Die Wirklichkeit unserer Zeit ist, daß eine moderne Gesellschaft wie die USA ein zentrales Koordinierungs- und Erneuerungsorgan braucht, das nicht aus 600 Leuten wie der US-Kongreß bestehen kann.

Die allmählich entstehende Gemeinschaft entwickelter Nationen wird in einer besseren Position sein, echte Entspannung zu verfolgen, deren Ziel nicht ein künstlich unterteilter Erdball ist, der sich vom Ansatz her in Konflikt mit den globalen dynamischen Urkräften befindet, sondern in einer Welt, in der die Bereiche ausschließlich nationaler Vorherrschaft vergehen.«

Auf dem Weg zum brüderlichen Weltstaat

Die Trilaterale Kommission bezweckt also den friedlichen Ausgleich ideologischer und materieller Gegensätze auf dem Weg zum brüderlichen Weltstaat. Sie vermeidet damit Weltbefriedi-

gungskriege wie den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die die »Welt sicher für die Demokratie« machen sollten, im Atom-Zeitalter aber menscheitszerstörend sind, zugunsten von »begrenzten Kriegen«.



Diese Ein-Welt-Vorstellung der Gründer des CFR und der Bilderberger, in der Trilateralen Kommission konsequent »liberal« weiterentwickelt, konnten solange unter einem gemeinsamen ideologischen Dach verfolgt werden, wie die materiellen Interessen ihrer wichtigsten Mitglieder übereinstimmten. Das war durch die gemeinsame Förderung von Öl – Rockefeller mit seiner Exxon und Rothschild mit der Royal Dutch-Shell – jahrzehntelang im CFR gesichert.

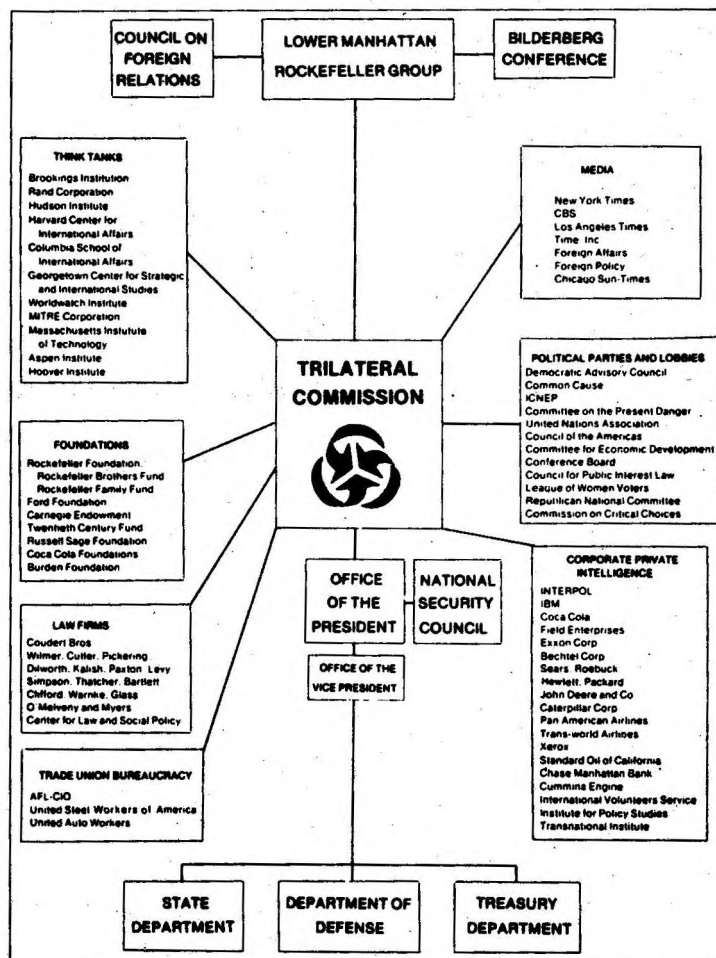
Das Internationale Währungsabkommen von Bretton-Woods im Jahr 1944 schaffte einen Ausgleich zwischen den Interessengruppen von Gold (Rothschilds) und Dollar (Rockefeller) durch die Festsetzung von 35 US-Dollar für eine Unze Gold.

Die Verkehrung dieser Abmachung durch die Rockefeller-Gruppe zum US-Währungsmonopol des Dollar, das nur über die Beherrschung der den Ölpreis – auf Dollar-Basis – bestimmenden arabischen Produzenten aufrechterhalten werden kann, unterminierte zunehmend die Funktionsfähigkeit des Politbüros des Kapitals, da es unvereinbar mit dem traditionellen Interesse der Rothschild-Gruppe am Gold und an Israel ist.

Typisch für die neue Weltstimmung

Brzezinski schreibt im Organ des CFR »Foreign Affairs«: »Die »Neue Wirtschaftsordnung« bedroht ernsthaft die traditionellen amerikanischen Werte des Individualismus, freien Unternehmertums, der Arbeitsmoral und Tüchtigkeit. Der Wunsch nach einer »neuen Wirtschaftsordnung« ist aber typisch für die neue Weltstimmung. Mit Recht sahen viele Amerikaner sie als einen Anspruch auf ihr Vermögen und als Vorbote für die Enteignung der Früchte ihrer Arbeit.

Es ist wahr, daß Demokratien gewöhnlich auf Krisensituationen erst dann reagieren, wenn die Krise wirklich ernst geworden ist. Daher mag die Herausforderung, der wir heute gegenüberstehen, etwas politische Dramatisierung erfordern, damit die nötigen Lösungen herbeigeführt werden können.«



Der Aufbau und die Verflechtungen von Rockefellers Trilateraler Kommission. Eine vollständige Liste aller Rockefeller-Organisationen, Kapitalbeteiligungen und Programme würde ein Telefonbuch einer Kleinstadt füllen.

David Rockefeller

Mysteriöse Beziehungen zu Japan

James Harrer

David Rockefeller, seit langem bekannt als der Herrscher über den Council on Foreign Relations (CFR), die Trilaterale Kommission und die Bilderberger, hat insgeheim die Kontrolle über einen anderen, wichtigen Denk-Tank übernommen: das America Enterprise Institute (AEI), das dafür bekannt ist, daß es seit einem Vierteljahrhundert die Wirtschaftspolitik der republikanischen Partei beeinflußt.

Durch einen Funktionär des amerikanischen Unternehmerverbandes, dessen Büro für eine Reihe staatlicher Organisationen arbeitet, wurde bekannt, daß der Vorsitzende der Chase Manhattan Bank, Willard Butcher, der seit Februar mit der Reorganisierung des in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Washingtoner Forschungs- und Anwaltszentrum beauftragt ist, jetzt zum offiziellen Vorsitzenden des AEI, und zwar durch dessen Vorstand, ernannt worden ist.

Der Bankadel ist in Alarmzustand

»Rockefeller und seine »Hauswissenschaftler« sind bekannt für ihre Fähigkeit, den CFR für die Manipulation der amerikanischen Außenpolitik zu benutzen«, sagte Dr. Julia Eckhardt, eine Waffenkontroll-Expertin, die Mitglied eines führenden Denk-Tanks an der amerikanischen Ostküste ist. »Die Wall Street ist in diesen Tagen in einem größeren Aufruhr als zur Zeit der Zuspitzung der Nicaragua-Krise, und das »blaue Bankenblut«, der Bankadel, befinden sich in Alarmzustand.

Sie brauchen das AEI, um die Regierungspolitik und die Wirtschaftsdoktrin, die den Finanzmärkten zugrundeliegt, besser in den Griff zu bekommen.«

Butcher, der auf inoffizieller Ebene die Welle der Firmen-Attacken, der Finanzexperten, die schnelles Geld machen und der

Banken, die »Schrottpapiere« ausgeben, die wie eine »Barbaren-Invasion« über die Wall Street gekommen sind, verurteilt hat, soll über die verminderte Rolle der traditionellen Banken-Welt in diesem Aufruhr ernsthaft besorgt sein. Doch mindestens eine andere Quelle, die mit dem innersten Kreis der Chase Manhattan Bank vertraut ist, sagte, die Übernahme des AEI sei motiviert durch die Sorge um eine andere wirtschaftliche Invasion.

»Hinter den Kulissen war Henry Kissinger eifrig beschäftigt als Vorhut für eine starke Invasion der Japaner auf den amerikanischen Märkten«, sagte Dr. Paul Adler, der internationale Wirtschaftswissenschaftler, der als Berater für viele Bankholdings-Gesellschaften tätig ist. »Das ist eine umstrittene Verschiebung im traditionellen amerikanischen Wirtschaftsgefüge.«

Der Zuckerguß für die kommende Krise

Dr. Adler weiter: »Die Schulden belasteten die Amerikaner, die die Kontrolle über die Wirtschaft nach und nach an die Japaner abgeben, könnten sehr bald dagegen rebellieren. Kissinger, Rockefeller und Butcher brauchen das AEI zur Festlegung eines Politik-Prinzips, das die Öffentlichkeit in dieser Krise aussöhnt.«

Das AEI befand sich nicht immer unter der Kontrolle von

Rockefeller. Im Jahr 1963 formulierte es die Wirtschaftsplattform für Barry Goldwaters unglückliche Präsidentschaftskandidatur. William Baroody, der dem AEI seinen Namen gab und in den sechziger Jahren als dessen Präsident fungierte, »verwandelte es in Goldwaters privaten Brain Trust und machte sich selbst zum Hauptstrategen«, so John Seabrook, ein New Yorker Wirtschaftsjournalist.

An der Wende der sechziger zu den siebziger Jahren erwarb sich das AEI Ansehen als die »Brookings Institution der Rechten«, das heißt jene Organisation, die den Konservativen jenen Status verlieh, den der Liberalismus jahrzehntelang genossen hat«, meinte Seabrook.

Im Jahr 1978 ist Baroody schwer erkrankt. Unter der Führung seines Sohnes William Baroody, der im Jahre 1979 der Präsident des Institutes wurde, ging es mit dem AEI schnell bergab.

Bankrott trotz Leute wie Friedman

»AEI geriet in Schwierigkeiten bei dem Versuch sein 15-Millionen-Dollar-Jahresbudget zu erfüllen«, sagte Roger A. Tillman, ein professioneller Spendensammler. »Auf seiner Liste stand eine Vielfalt von Spendern aus der Industrie von der Exxon-Corp. bis zu Olin Chemicals. Doch nach dem Jahr 1979 nahmen die Spenden ab, während Baroody so tat als stünde man kurz vor einer großen Blütezeit und Wohlstandswelle.«

Trotz abnehmender Einkünfte preschte das AEI mit ehrgeizigen Expansionsplänen nach vorne, zu denen ein neues Hauptquartier für fünf Millionen Dollar an der Pennsylvania Avenue, in der Nähe des Weißen Hauses, gehörte.

Bis zum Jahre 1984 befanden sich die Finanzen des AEI dann in einem ziemlichen Durcheinander. Trotz der angesehenen Wirtschaftswissenschaftler, die mit ihm verbunden waren – unter anderem Leute wie Milton Friedman und Paul McCracken – sah sich das AEI Mitte des Jahres 1986 dem Bankrott gegenüber, obwohl es nach außen hin zu expandieren schien.

Zu diesem kritischen Zeitpunkt intervenierte die Chase Manhattan Bank zur Refinanzierung des AEI. »Rockefeller und Butcher gaben dem Institut fast eine Million Dollar als Notdarlehen«, erzählte Tillman, »und Kissingers Leute zogen nach und nach ein.«

Die wachsende Rolle der Japaner in den USA

Christopher DeMuth, ein junger Wirtschaftswissenschaftler des Establishments, bekannt als Rockefeller-Getreuer, wurde zum Präsidenten ernannt, und Anfang 1987 begann Butcher sich Zeit von der Führung der Chase Manhattan Bank frei zu nehmen und den Fortschritt des AEI zweimal im Monat persönlich zu überwachen. Bis zum Sommer wird sich der einstige Goldwater-Brain-Trust zu einem vollständigen Werkzeug für die Rockefeller-Politik entwickelt haben, so meinen zuverlässige Informanten.

In dieser neuen Rolle könnte das AEI dem doppelten Zweck dienen, einmal dem sich ausbreitenden Aufruhr auf den Geldmärkten entgegenzutreten, während es gleichzeitig den Boden bereitet für immer mehr japanische Investitionen in den Vereinigten Staaten.

»Mit einem Ivan Boesky, Carl Icahn und Drexel Burnham gibt es Tumult auf den Geldmärkten«, sagte Eckhardt. »Unter Freunden meint Butcher manchmal, daß im Jahr 1947, als er zur Chase Manhattan Bank kam, den Banken über 70 Prozent des Finanzvermögens der Vereinigten Staaten gehörte. Heute sind die Anteile auf 30 Prozent zusammengeschrumpft – ein katastrophaler Abstieg.«

Gleichzeitig, so meinen diese Quellen, wird das AEI einige der politischen Grundpfeiler schaffen für die Rechtfertigung einer ständig wachsenden Rolle der Japaner in der US-Wirtschaft. Rockefeller und Kissinger unterhalten seit langem eine verdeckte und mysteriöse Beziehung zu wichtigen Persönlichkeiten in der japanischen Finanz. Es wird interessant sein zu beobachten, welche Rolle für das AEI in diesem Bündel eingeplant ist. □

Trilaterale Kommission

Das Schuldenmachen geht weiter

James P. Tucker

Die Trilaterale Kommission traf sich vom 21. bis 23. März 1987 in San Francisco. Eins der wichtigsten Ergebnisse ist, daß man den amerikanischen Vizepräsidenten George Bush als ihren potentiellen Präsidentschaftskandidaten vielleicht fallen lassen wird.

George Bush ist zwar einer der ihren, das heißt langjähriges Mitglied der Trilateralen Kommission, obwohl er vor seiner Präsidentschaftskandidatur für die Grand Old Party, die Republikaner, im Jahr 1980 aus der Kommission ausschied. Trotzdem ist man geneigt, nachdem er als Vizepräsident unter Ronald Reagan dient, ihn aufzugeben.

Es ging auch um Steuern

Die Iran-Affäre ist nicht der einzige Grund. Einige Mitglieder der Trilateralen Kommission sind unzufrieden mit Bush wegen einiger Erklärungen, die er zugunsten der unterdrückten Araber in den israelisch besetzten Gebieten abgegeben hat.

Die Trilateralisten wiesen ebenfalls darauf hin, daß sie die Steuern für die Bürger der Vereinigten Staaten anheben und ihren enormen politischen Einfluß geltend machen wollen, um jegliche Fair-Trade-Gesetzgebung (Protektionismus) zu unterbinden.

Am 19. März 1987, zwei Tage bevor das Treffen der Trilateralen Kommission in San Francisco stattfand und nur Stunden, bevor die »Vorhut« eintraf, veröffentlichte die Brookings Institution zwei tiefeschürfende Dokumente, in denen höhere Steuern für die Amerikaner verlangt und begründet wurden. Damit will man erreichen, daß mehr Gelder in die armen Länder gehen und die Großbanken auf ih-

den, einem Wirtschaftswissenschaftler bei Brookings. Das zweite Gutachten wurde von Ralph C. Bryant, Wirtschaftswissenschaftler bei Brookings, und Gerald Holtham, einem Gastdozenten bei Brookings, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist, erstellt.

»Die Fähigkeit zur Angst«

Unter Bezug auf die amerikanischen Haushaltsdefizite heißt es in dem Bryant-Holtham-Papier unverblümt, daß eine Form der Steuererhöhung »wichtig sein wird. Das ist nicht nur wahr, sondern die Regierungen im Ausland wissen auch, daß das wahr ist. Zusätzliche Einnahmen werden wahrscheinlich auf indi-

rekte Steuern hinauslaufen. Die traditionelle Methode, Steuern auf Artikel zu erhöhen, bei denen die Nachfrage auf Preisänderungen kaum reagiert – zum Beispiel bei Tabak und Spirituosen – ist dabei sehr zu empfehlen.«

In dem Papier heißt es weiter: »Die Sorge um die Energieerhaltung und den langfristigen Ölverbrauch könnte beispielsweise für eine zusätzliche Benzinsteuern sprechen, die in die Kanäle der allgemeinen Steuereinnahmen zu lenken und nicht für weitere Autobahnen auszugeben wäre.«

Der amerikanische Finanzminister James A. Baker III. »würde in seinen Verhandlungen mit ausländischen Regierungen überzeugender wirken«, heißt es in dem Papier, »wenn er einen glaubhaften Plan für eine Steuererhöhung in seiner Tasche hätte«, was ihm eine »stärkere Verhandlungsposition verleihen würde als schlechtgetarnte Drohungen, den Dollar ins Rutschen zu bringen.«

»Außerdem wäre es leichter die Steuererhöhungen der Wählerschaft in den Vereinigten Staaten zu verkaufen, wenn sie Teil einer internationalen Vereinbarung wäre.«

Das Papier endet mit der Schlußfolgerung, daß die Gefahren für die Weltwirtschaft zwar »realer Natur sind, weil die Steuern in Amerika zu niedrig sind, doch Staatsmänner und Bürokraten sind noch nicht genug verängstigt, um konstruktive Maßnahmen zu ergreifen«. Es wird die »Hoffnung« zum Ausdruck gebracht, daß die »Fähigkeit zur Angst« unter Politikern die gegen eine Steuererhöhung sind, genügend gesteigert werden kann.

Zusätzlich zu höheren Steuern verlangten beide Brookings-Papiere von dem amerikanischen Kongreß Gesetze mit einem weniger ehrgeizigen Ziel für einen ausgewogenen Bundeshaushalt zu verabschieden. Das Perry-Papier meint, das gesetzte Defizitziel von 108 Milliarden Dollar für das Steuerjahr 1988 »soll nicht erfüllt werden« und verlangte ein neues Ziel von 15 Milliarden Dollar, das vernünftig wäre.

Perry riet dem Federal Reserve System, auch gegenüber niedri-

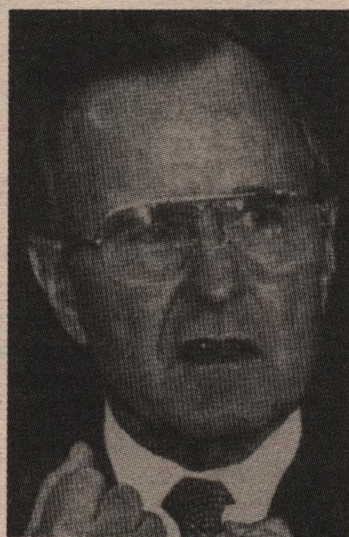


Die Trilateralen Yoshio Okawa (von links nach rechts), David Rockefeller und Georges Berthoin bei einer Pressekonferenz, auf der sie behaupteten, sie tun nichts.

re Kosten kommen können. Das Gutachten begründet auch den Widerstand gegen jede Art von Protektionismus und gibt Argumente für die kommende Debatte zu diesem Thema im amerikanischen Kongreß.

Um den Trilateralen zu erzählen, wie sie ihre Ansichten, die sie haben, noch besser zum Ausdruck bringen können, kamen nach San Francisco: Bruce K. MacLaury, Brookings Präsident; Helmut Sonnenfeldt, zur Zeit Gastprofessor bei Brookings und früherer Berater im US-Außenministerium; Henry Owen, ehemals bei Brookings tätig und früherer Sonderbotschafter des US-Präsidenten bei Wirtschafts-Gipfel-Treffen.

Eines der Gutachten ist von George L. Perry verfaßt wor-



George Bush, Reagans Vizepräsident, wird vielleicht als Präsidentschaftskandidat fallengelassen.

Das Schuldenmachen geht weiter

geren Zinsen »zurückhaltend« zu sein.

Die Probleme der Banken

Ähnlich wird in dem Bryant-Holtham-Dokument davor gewarnt, daß niedrigere Zinsen »zu einer Abwertung des Dollars« führen würden und das amerikanische Handelsdefizit beeinflussen, das im Jahr 1986 rund 150 Milliarden Dollar erreichte und die USA somit vom weltgrößten Gläubigerland zum größten Schuldnerland machte.

»Ursachen, die gemeinhin als bedeutend hingestellt werden, wie »unfaire Handelspraktiken« im Ausland oder Strukturwandel in den Vereinigten Staaten und in anderen Ländern erklären das Handelsdefizit nicht«, heißt es in den Bryant-Holtham-Papier.

Im Brookings-Bericht wird dafür die folgende Erklärung gegeben: »Das anwachsende Defizit stammt von einer Verdoppelung der Nicht-Öl-Importe, während US-Exporte stagnierten und Agrarexporte stark fielen. Demgegenüber führte der Verfall der Ölpreise in Kombination mit Energie-Erhaltungsbemühungen zu einem erheblichen Wertverlust bei den Ölimporten. Diese Bewegungen in den Komponenten der Handelsbilanz ergaben zusammen genommen in den Jahren 1980 bis 1986 die Erhöhung des Defizits auf 127 Milliarden Dollar.«

Bryant und Holtham warnen: »Für die Weltwirtschaft als Ganzes geschieht ein rasches US-Wachstum infolge eines Aufschwungs in der Außenhandelsbilanz nur auf Kosten anderer, das heißt, die Münzen wandern aus der linken Tasche in die rechte.«

In dem Dokument wird behauptet, daß eine US-Wachstumsrate, die das Handelsdefizit zu rasch korrigiert, das Wachstum in Europa und Japan verlangsamen würde.

Dies, so heißt es in dem Dokument, »könnte für die Schwellenländer höchst nachteilige Auswirkungen haben, von denen viele durch hohe Schuldendienst-Verpflichtungen bereits stark belastet sind.« Damit sind die Milliarden gemeint, die Dritte-Welt-Länder an David Rockefeller's Chase Manhattan und andere Großbanken an Zinsen zahlen müssen.

»Durch Aushöhlung der Fähigkeit dieser Länder, ihre Exporte aufrechtzuerhalten, als der US-Markt bereits härter wurde, könnte eine Verlangsamung in Europa und Japan die Schuldenkrise verschlimmern und die Liquidierung der privaten Finanzinstitute auf der Welt gefährden«, heißt es in dem Brookings-Papier.

Mehr Geld für IWF und Weltbank

Es ist »sicher das ernsteste Risiko, dem sich die Weltwirtschaft jetzt gegenüber sieht und das eine weit größere Bedrohung dar-



Alexander Haig meint, die Trilaterale Kommission sei »zu liberal« und erwägt auf eigene Faust eine Kandidatur.

stellt als die Schrumpfung des amerikanischen Außenhandelsdefizit«.

Während der amerikanische Kongreß an einer Fair-Trade-Gesetzgebung arbeitet, um die amerikanischen Arbeitsplätze vor subventionierten Importen

aus Niedriglohnländern zu schützen, haben internationale Banker die Betonung auf den Schutz ihrer weltweiten Investitionen und Profite gelegt, indem sie den »Protektionismus« bekämpfen, heißt es ebenfalls in den Brookings-Dokumenten.

Nachdem Rockefeller, der Gründer der Trilateralen Kommission, am 21. März 1987 mit seinem »Willkommensgruß« am Ende war, verlor Martin Feldstein keine Zeit, die Brookings-Ansichten dem erlesenen Kreis der Mitglieder der Kommission wiederzugeben. Feldstein ist ehemaliger Vorsitzender des amerikanischen Rates der Wirtschaftsberater und ein Harvard-Professor. Er leitete einen Arbeitsstab der Trilateralen über »die Wiederherstellung des Wachstums in der schuldenbelasteten dritten Welt«.



Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, ist in allen Absprachegremien als Rockefellers Vertrauter vertreten.

Dieser Bericht der Trilateralen Kommission, der jetzt im Entwurf vorliegt, wird noch in diesem Jahr veröffentlicht und es wird erneut darauf hingewiesen, daß mehr amerikanische Steuergelder in die armen Länder gepumpt werden müssen und zwar über solche internationalen Kanäle wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Uns wurde der Bericht mit dem Vermerk »Diskussionsgrundlage« und »keine Zitate daraus entnehmen« zugespielt. In dem Papier heißt es immer wieder, daß weiteres Kapital für die Weltbank nötig ist, um es in die

Schuldnerländer zu transferieren. Es wird auch die Tatsache kritisiert, daß die Vereinigten Staaten als Hauptgeldgeber der Weltbank 20 Prozent Stimmrecht in diesem Gremium haben, »was auf ein De-facto-Veto« bei einer Strukturveränderung hinausläuft.

Bezüglich der Sparmaßnahmen, die die Weltbank und ihr Hauptgeldkanal, der Internationale Währungsfonds, den Schuldnerländern auferlegt, bevor sie weitere amerikanische Steuergelder locker macht, brachte der Berichtsentwurf der Trilateralen einen ungewöhnlichen Kommentar für eine Gruppe, die den »Nationalismus« oft kritisiert und ständig von »Welt-« und »Global-«-Strategien spricht: Sollte die Weltbank »souveräne Nationen nicht ihre eigenen Entscheidungen treffen lassen«, anstatt an die Vergabe von Darlehen wirtschaftliche Bedingungen zu knüpfen?

Es gab eine umfangreiche Diskussion über die Einrichtung einer neuen Welt-Finanzinstitution, die die Weltbank ersetzen sollte und von der aus Gelder von den Vereinigten Staaten bequemer und in noch größerem Umfang transferiert werden könnten.

Für den Augenblick beschlossen die Trilateralen, statt dessen »die Weltbank weiter zu unterstützen«, doch die Option einer neuen Institution bleibt zunächst offen.

Die Bestimmung der Weltpolitik

Feldstein sagte zwischen den Sitzungen hinter verschlossenen Türen, daß die Trilateralen sich darin einig seien, daß es »weitere Kredite« für die »dritte Welt« geben müsse, und daß die Großbanken »unter Druck stünden, um die Kreditvergabe aufrechtzuerhalten«. Doch er meinte, er sähe keine »übergroße Kapitalabwanderung aus der Weltwirtschaft« in die Schuldnerländer.

Auf die Frage, ob die Trilateralen versuchen, »die Weltpolitik zu bestimmen«, sagte Feldstein nein und behauptete, die Gruppe »hat keine eigene Politik«.

Jay Rockefeller, David Rockefeller's Neffe und frischgebackener US-Senator aus Westvirgi-

nia, der sich auf eine künftige Präsidentschaftskandidatur vorbereitet, erschien zum ersten Mal als Trilateraler bei diesem Treffen. Jay folgte seinem Onkel Nelson Rockefeller als Kopf des politischen Flügels der Familie.

Der verstorbene Nelson Rockefeller versuchte es zweimal mit der Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten der USA, doch wurde er – der Establishment-Presse zufolge – vom rechten Flügel der Partei abgelehnt. Jay ist dagegen Demokrat.

Die Botschaft der Trilateralen wird der amerikanischen Öffentlichkeit von Führungsleuten großer Medien-Imperien des Establishments überbracht, die sich selbst zu Journalisten erniedrigt haben, um an dem Treffen teilzunehmen, das wie immer hinter verschlossenen und bewachten Türen abgehalten wurde.

Sie alle haben sich verpflichtet, nichts von dem zu berichten was durchsickert, sondern ihre Mission ist es, jenen das internationalistische Programm zu verkaufen, die dafür bezahlen müssen: den amerikanischen Steuerzahlern.

Die wichtigsten Mitglieder der Trilateralen

Am Treffen der Trilateralen Kommission nahmen teil: Robert L. Bartley, Herausgeber des »Wall Street Journal«; W. Thomas Johnson, Herausgeber der »Los Angeles Times«; Robert Rowen, Kolumnist der »Washington Post«; Flora Lewis, Auslandskorrespondentin des »Times Magazine«; George Will, seinen eigenen Angaben zufolge ein Konservativer und

Kolumnenschreiber für mehrere Zeitungen.

Andere Honoratioren unter den über 300 Teilnehmern waren: Zbigniew Brzezinski, Carters nationaler Sicherheitsberater; Gerald Corrigan, Präsident der Federal Reserve Bank von New York; George Franklin, ehemaliger Direktor des Council on Foreign Relations (CFR) dessen Führungsspitze mit der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern eng verbunden ist; William G. Hyland, Herausgeber der Zeitschrift »Foreign Affairs«, die vom CFR herausgegeben wird.

Weiter nahmen teil: Henry Kissinger, Richard Nixons Außenminister; Robert McNamara, ehemaliger Präsident der Weltbank; Elliot Richardson, Nixons Verteidigungsminister; Frank Carlucci, Ronald Reagans Nationaler Sicherheitsberater; A. W. Clausen, ehemaliger Präsident der Weltbank.

Ebenso nahmen teil: Russell Phillips, geschäftsführender Vorstandsvorsitzender des Rockefeller Brothers Fund; Michel Camdessus, Direktor des Internationalen Währungsfonds.

Alexander Haig, Reagans erster Außenminister, war ein Trilateraler, doch nahm er an dem diesjährigen Treffen nicht teil. Er meinte, die Trilaterale Kommission sei »zu liberal«. Haig hat eine Nominierung zum amerikanischen Präsidentschaftskandidaten der Republikaner in Erwägung gezogen, doch es wird nicht erwartet, daß er von seinen früheren Kollegen in der Trilateralen Kommission Unterstützung bekommen wird. □

Trilaterale Kommission Die Zufälle des Armand Hammers

James P. Tucker

In einem der eigenartigen »Zufälle«, die die Trilaterale Kommission kennzeichnen, war der Industrielle und Milliardär Armand Hammer ebenfalls am 19. März 1987 im Fairmont Hotel in San Francisco, wo die Trilaterale Kommission zu ihrem Jahres-treffen zusammenkam.



Offenbar war Armand Hammer, der Kommunistenfreund, der Lenin und jeden Sowjetführer seitdem einschließlich Michail Gorbatschow zu seinen intimsten Freunden zählt – für eine Ehrung durch die Vereinigung der Vereinten Nationen in San Francisco. Wie zu erfahren war, traf er jedoch mit mindestens einem trilateralen Führungsmittglied und mit A. W. Clausen zusammen, dem ehemaligen Präsidenten der Weltbank, der ohne auf der Teilnehmerliste erwähnt zu werden, der Sitzung der Kommission beiwohnte.

Hammer war vor seinem Besuch in San Francisco gerade von einem Besuch Pakistans und Moskaus, wo er die Sowjetinvasion Afghanistans mit Gorbatschow diskutierte, in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt.

Der Industrielle kam mit einem mysteriösen »Friedensplan« zu den Trilateralen, der im amerikanischen Außenministerium bereits bis auf höchste Ebene diskutiert wird, und der sowjetische »Verhandlungen« mit dem Marionettenregime in Kabul unterstützt.

In einem Interview in der San Franciscoer Zeitung »Examiner«, das einer Lobpreisung gleichkam, sagte Hammer, er versuche, den abgesetzten König von Afghanistan als Interims-Herrscher mit nicht-monarchischem Status wieder einzusetzen.

»Es gibt einen Mann, der für fähig gehalten wird, zurückzugehen und das Land zu führen«, sagte Hammer dem »Examiner«. »Das ist der ehemalige König, der jetzt in Rom lebt. Ich bin in Rom zwischengelandet, um mich mit ihm zwei Stunden lang zu unterhalten, und ich denke, ich habe ihn überzeugt, zurückzugehen, nicht als König, sondern als Oberhaupt einer provisorischen Regierung, bis Wahlen abgehalten werden.«

Mohammad Zahir wurde Schah oder König von Afghanistan im Jahr 1933, als sein Vater ermordet worden war. Im Juli 1973 – während König Mohammad Zahir Italien besuchte – stürzte sein Stiefbruder, Premierminister Mohammad Daoud die Regierung und rief die Republik aus mit ihm selbst als Präsidenten und Premierminister.

Am 27. April 1978 übernahmen die Kommunisten in Afghanistan mit Hilfe von Sowjetpanzern und Kampfflugzeugen das Ruder. Daoud und 30 Mitglieder seiner Familie wurden hingerichtet.

Die Streitkräfte in Afghanistan, die sich der sowjetischen Besetzung widersetzen, haben Hammers Einmischung gerügt. Sie behaupten, Wahlen würden – falls sie tatsächlich abgehalten werden – so manipuliert, daß die Marionetten der Sowjets an der Macht bleiben, womit Afghanistan für immer im Sowjetreich versinken würde.

Doch Hammer, der den Logan Act verletzt, der amerikanischen Privatbürgern verbietet sich in diplomatische Angelegenheiten zu verwickeln, sprach der Sowjetunion sein volles Vertrauen aus für das, was der Kreml seit der kommunistischen Machtübernahme in Afghanistan vollbracht hat. »Ich denke, daß eine echte Chance besteht für eine Einigung darüber, daß die Sowjets anfangen ihre Truppen in großer Zahl aus Afghanistan abzuziehen.« □



Ronald Reagan

Israel will Präsident stürzen

Warren Hough

In einer ungeheueren Wende haben halbamtliche israelische Quellen begonnen, wichtige amerikanische Regierungsbeamte – unter ihnen den ehemaligen CIA-Chef William Casey – namentlich als Verfechter Israels zu bezeichnen, deren übereifrige Versuche, sich mit dieser Regierung zu identifizieren, zu einer Peinlichkeit werden.

Langjährigen internationalen Beobachtern im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York zufolge, werfen die Enthüllungen, die dazu dienen sollen, den Kleinstaat in Nahost vom iranischen Waffenskandal – der die Reagan-Regierung in einen tiefen Abgrund gestürzt hat – zu distanzieren, eine Menge neuer, beunruhigender Fragen auf.

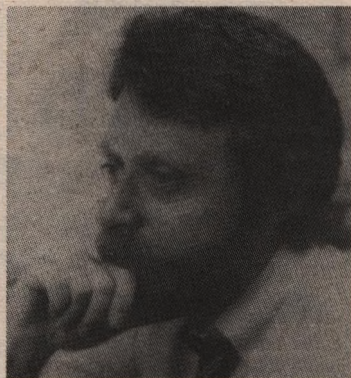
Die Jagd ist eröffnet

Eröffnet hat die Runde dieser neuen Offenbarungen in der Öffentlichkeit Wolf Blitzer, Amerika-Chefkorrespondent der Jerusalemer »Post«, indem er in einem Fernsehinterview erklärte, als Geheimdienstchef von US-Präsident Reagan habe Casey »mehr Zeit in Israel verbracht als ich«.

Blitzer zufolge – der als wichtiger Sprecher für die Ansichten seiner Regierung angesehen wird, eben gerade weil ihn kein öffentliches Amt daran hindert – war Casey davon besessen »engere Beziehungen« zu Israel und dessen Geheimdienst, dem Mossad, zu knüpfen.

»Seit James Jesus Angleton (einem früheren CIA-Spionageabwehrchef) unterhielt niemand so enge Beziehungen zu Israel wie Casey«, meinte Blitzer.

Was eine noch deutlichere Wende anzeigen mag: Am gleichen Tag veröffentlichte die »New York Times« einen detaillierten Bericht, in dem behauptet wur-



Wolf Blitzer, Amerika-Korrespondent der »Jerusalem Post«, hat den ehemaligen CIA-Chef William Casey verpöfien.

de, amerikanische nationale Sicherheitsbeamte hätten sich gegen Libyens starken Mann Oberst Muammar el-Gaddafi falsche Anschuldigungen bezüglich »Terroranschlägen« ausgedacht, um die Zustimmung des amerikanischen Präsidenten für eine Reihe von Anschlägen zu bekommen, um den agilen arabischen Führer zu ermorden.

Es liest sich wie ein detaillierter Bericht und eine Bestätigung zahlreicher von uns in den letzten Jahren veröffentlichter Erstmeldungen, wenn die »New York Times« Howard Teicher und den amerikanischen Botschafter in Deutschland, Richard Burt, nennt, die neben anderen amerikanischen Beamten Gaddafi und andere Araber terroristischer Anschläge im Ausland beschuldigt haben, die in Wirklichkeit von anderen Gruppen verübt worden sind. Teicher ist der Leiter für politisch-militärische Angelegenheiten im Na-

tionalen Sicherheitsrat (NSC) des Weißen Hauses.

Klärung falscher Vorstellungen

Casey hat im Weißen Haus eine totale Desinformations-Kampagne über Gaddafi und den Nahen Osten im allgemeinen in Gang gesetzt, nachdem er seine Verbindungen zum Mossad etabliert hatte, wie die »New York Times« behauptete. Caseys Informationen, die Gaddafi mit angeblichen »Verschwörern« in Zusammenhang brachten, die es auf US-Präsident Reagan und andere hochrangige Beamte des Weißen Hauses abgesehen haben sollten, sind von ihm selbst fabriziert worden.

Nahost-Delegierte und europäische diplomatische Beobachter im UN-Hauptquartier schienen von diesen Enthüllungen äußerst unangenehm überrascht.

Meinte ein hochrangiger arabischer Gesandter: »Amerikas Top-Spionagechef mit einem ausländischen Geheimdienst in Verbindung zu bringen und ihn dann als Kopf eines Desinformations-Netzwerks zu enttarnen, damit US-Präsident Reagans Entscheidungen zugunsten Israels ausfallen, ist eine vernichtende Anklage. Das öffnet den Weg zur Klärung einiger falscher Vorstellungen, die der US-Strategie in den letzten Jahren eine falsche Richtung gegeben haben.

Es deckt den Trugschluß auf, daß der Terrorismus immer nur eine Taktik der Araber gewesen ist. Der Bericht der »New York Times« – um nur eine Implikation aufzuzeigen – macht deutlich, daß Reagan getäuscht und dazu veranlaßt wurde, mehrere gemeinsame CIA-Mossad-Mordanschläge gegen Gaddafi gut zu heißen, während dieser niemals den Versuch unternommen hat, den Terrorismus in Amerika zu schüren. Die von den Israelis angefachte Strategie gipfelte in den Luftangriffen gegen Libyen im vergangenen Frühjahr, deren wirkliches Ziel es war – wie von der »New York Times« jetzt bestätigt – den libyschen Führer und seine Familie zu töten.«

»Der 24. Februar war ein schwarzer Tag für das Weiße Haus«, sagte eine französische außenpolitischer Experte. »Zu-

sätzlich zu den Enthüllungen der Jerusalem »Post« und der »New York Times«, gab es eine Meldung in den Abendnachrichten von CBS, in der Berichte bestätigt wurden, daß Israel Waffen verkauft hat, die von der »Contra-Armee« des CIA benutzt wurden, eine Behauptung, die Israel entschieden dementiert hat.«

Lawrence Tisch, Milliardär und Spekulant von der Wall Street, der jetzt CBS kontrolliert und deren Nachrichtenabteilung überwacht, ist als langjähriger Verfechter Israels bekannt. Unter seiner Führung hat sich die CBS zusammen mit der »New York Times« und der Jerusalem »Post« als führender Mediensprecher für Israel heraus kristallisiert.

Plan zum Sturz von Reagan

»Die Strategie hinter diesen Enthüllungen bedeutet schlechte Neuigkeiten für das Weiße Haus. Sie signalisiert, daß Israel beschlossen hat, Reagan und sein ganzes Team zu stürzen.

Nach Ansicht der Israelis muß die Präsidentschaftswahl 1988 zugunsten der Demokraten entschieden werden, so wie im Jahr 1975 nach Watergate. Die in Ungnade gefallenen Reagan-Leute, die sich bereits als Belastung für den Kleinstaat erweisen, werden über Bord geworfen und als dumme, übereifrige Gefolgsleute Israels lächerlich gemacht.«

Für den amerikanischen Kongreß ist es ein historischer Augenblick, behaupten diese Quellen. »In seiner unschlüssigen, apologetischen Art stellt sich der jüngste Bericht des Geheimdienst-Ausschusses des Senats über die Iran-Affäre als ein historischer Meilenstein dar«, erläuterte der arabische Botschafter.

»Wenn dieses Dokument auch nur einen einzigen ehrlichen Befürworter im Kongreß findet – eine einzige Stimme, die den Mut hat, auf die Entdeckungen hinzuweisen und die unvermeidlichen Schuldfolgerungen daraus zu ziehen –, hat Amerika die Chance die Kontrolle über seine nationale Sicherheit dieser ausländischen Regierung wieder zu entreißen, von der die Reagan-Ära infiltriert und beherrscht worden ist.« □

Ronald Reagan

Die Jagd auf Reagan ist freigegeben

Michael Collins Piper

Das amerikanische Establishment scheint eine größere Kampagne zu starten, um den US-Präsident Ronald Reagan aus dem Weißen Haus zu drängen. Dabei will man der Öffentlichkeit einreden, der Präsident sei – um es unverblümt zu sagen – »verrückt«.

Die einflußreiche »Washington Post«, die erste Tageszeitung in der amerikanischen Hauptstadt, die zu lesen für das amerikanische Establishment ein »Muß« ist, hat angefangen, in einer größeren Kampagne, um Präsident Reagan aus dem Weißen Haus zu vertreiben, die Trommel zu rühren.

Dies kommt nicht überraschend für die Freunde des amerikanischen Präsidenten – von ihnen gibt es noch immer viele. Die »Washington Post«, die in den USA den Ruf gewonnen hat als eine Kraft, mit der zu rechnen ist, nachdem sie die Nixon-Regierung zu Fall gebracht hat, war Reagan gegenüber nie »freundlich« gesinnt. Nun hat ihre reservierte Haltung eine eklige Wende genommen.

In einem Artikel auf der Titelseite der »Washington Post« wird der amerikanische Präsident dargestellt als jemand, der, wenn nicht gar jedes Gefühl für die Realität verloren hat, so doch zumindest außerstande ist, seine Aufgaben als Führungsperson in leitender Stellung auszuführen.

Der Artikel mit der Überschrift »Die Zukunft von Reagan im Amt zweifelhaft« und dem Untertitel »Wachsendes Unbehagen in der Öffentlichkeit, während sich das Drama offenbart«, verfaßt von Haynes Johnson, einem Journalisten, der nie ein Reagan-Fan war, beginnt mit dem folgenden Zitat von einem ungenannten Gouverneur, der angeblich bei einem der jüngsten Treffen im Weißen Haus dabei war:



Howard Baker, der neue Stabschef im Weißen Haus, ist Mitglied der Interessengruppen des Rockefeller-Clans.

»Es war etwas unreal. Es war sehr schwer zu sagen, was wirklich vor sich ging. Ich ging mit dem Gefühl, mir wäre lieber, wenn er ein bißchen mehr darüber besorgt wäre, was passiert. Ich wünschte, er würde nicht immer nur lächeln und winken.

Als wir ihn im Weißen Haus trafen, machte er laufend Witze. Er schien unbesorgt. Es war, als würde er in der Vergangenheit leben, als wenn er noch Gouverneur wäre oder so. Es war irgendwie unheimlich.«

»Unheimlich«. Das Wort soll der ungenannte Gouverneur laut Johnson benutzt haben.

Johnson fuhr fort: »Dieses Gefühl der Vergangenheit – oder irgendeines historischen Geschehens – herrscht in Washington an diesem Wochenende vor, während ein Präsident darum kämpft, eine weitere, mitgenommene Präsidentschaft zu retten.

Washington und die Nation sind bei den letzten Regierungen wiederholt durch dieses politische Trauma gegangen, doch selten ist eine starke Präsidentschaft so rasch erschüttert worden wie die Ronald Reagans. Selten ist eine Präsidentschaft praktisch über Nacht in eine Krise geraten, wie in der letzten Woche geschehen.

Bis in der letzten Woche war die Frage, ob Reagan in der Lage wäre, den iranischen Waffenskandal in den Griff zu bekommen. Jetzt fragen sich aufmerksame Leute, ob er politisch überhaupt noch überleben kann.«

Johnsons Analyse füllte die ganze Titelseite und war ganz von der Theorie erfüllt, daß – wie Johnson es nannte – Reagans Präsidentschaft »ernstlich und vielleicht irreparabel geschädigt ist«. Doch die vielleicht am meisten ins Auge fallende Tatsache an der Analyse in der »Washington Post« ist die klare Vermutung, Reagan habe in der Tat jegliches Gefühl für die Realität verloren; kurz gesagt, er sei senil – vielleicht sogar verrückt.

Johnson zitierte den republikanischen Berater John D. Dear-dourff, einen ehemaligen politischen Funktionär, der unter anderem für den verstorbenen ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Nelson Rockefeller tätig war.

»Ich habe das Gefühl, daß eine Menge Niedergeschlagenheit und Trübsinn herrschen und nicht nur in Washington. Ich habe mit jemandem in meiner Heimatstadt gesprochen, einem Rechtsanwalt, mit dem ich zur Schule ging und er hat mich gefragt: »Was ist los im Weißen Haus?« Und er meinte damit nicht die Sache mit dem Iran und den Contras. Er meinte: »Was ist mit dem Präsidenten los?«

Er wollte wissen, ob der Präsident sich wirklich unter Kontrolle habe. Ich habe das Gefühl, die Leute sind besorgt darüber, ob der Präsident körperlich in Ordnung ist. Darüber gibt es wohl ein wachsendes Unbehagen, denn ich bin der Meinung, daß noch eine Menge guten Willens und Hoffnung Reagan umgibt.

Irgendwie hoffen die Leute, daß die Erklärung für das, was passiert ist, die Tatsache ist, daß es ihm nicht gut geht, denn die an-

deren Erklärungen sind alle um so vieles beunruhigender.«

Die Auswirkungen eines solchen Artikels in der einflußreichsten Zeitung der USA – insbesondere der Zeitung, die einen so großen Einfluß auf die Politik hat, die in Washington gemacht wird – sind nur allzu deutlich. Die Frage taucht auf: »Ist der Präsident dazu in der Lage, weiter als leitende Führungsperson tätig zu sein?«

Gar nicht so unterschwellig wird angedeutet, daß der Präsident vielleicht unter Umständen nicht mehr ganz bei Verstand ist. Es ist »unheimlich«, wie der ungenannte Gouverneur meinte, der den Präsidenten angeblich im Weißen Haus getroffen hat.

Was steckt hinter all dem und was kommt dabei heraus?

Man drängt auf Veränderungen

Die »New York Times«, die unbestrittene Stimme des amerikanischen Establishments, hat sich der ständig größere Kreise ziehenden Medien-Kampagne angeschlossen, die das Ziel hat, Ronald Reagan aus dem Weißen Haus zu vertreiben.

Im März hat die »New York Times« ebenfalls begonnen mit der bis jetzt andauernden Kampagne des Establishments Reagan aus dem Weißen Haus zu vertreiben. In einem Meinungskommentar von John B. Oakes, dem früheren Leitartikelschreiber der »New York Times« hat die Tageszeitung einen Schuß auf Reagan abgefeuert und drängte ihn »seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen«.

Die Auswirkungen dieses Oakes-Kommentars – Oakes ist Mitglied der Sulzberger Familie, die Besitzer und Herausgeber der »New York Times« ist – sind ungeheuerlich, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die Zeitung allgemein als die namhafte amerikanische Zeitung anerkannt ist.

Oakes schreibt in seinem Kommentar: »Präsident Reagans Unfähigkeit für das Präsidentenamt ist in den jüngsten Enthüllungen über den iranisch-israelischen Waffenskandal – der zweifellos nicht mehr zutage fördern wird – so klar und deutlich zum Vor-

Ronald Reagan

Die Jagd ist freigegeben

schein gekommen, daß sich selbst seine engsten Freunde erleichtert darüber fühlen müssen, daß die Führung im Weißen Haus erfolgreich in andere Hände gelangt ist.

Oakes spielt hier natürlich auf den neuen Stabschef des Weißen Hauses, den ehemaligen Senator Howard Baker an, ein Mitglied der privaten Interessengruppe

iranische Waffenskandal in den Hintergrund. Es könnte ein paar Leute davon überzeugen, daß der Präsident wieder »am Ruder« ist.

Mehrere Fliegen mit einer Klappe

Es könnte ihm sogar jenen Platz in der Geschichte sichern, auf den Mrs. Reagan verständlicherweise so erpicht ist und von dem sie möchte, daß er ihn in seiner zweiten Amtsperiode erreicht.

Mit all dem öffnet sich für Reagan ein »ränkevoller« Weg, um

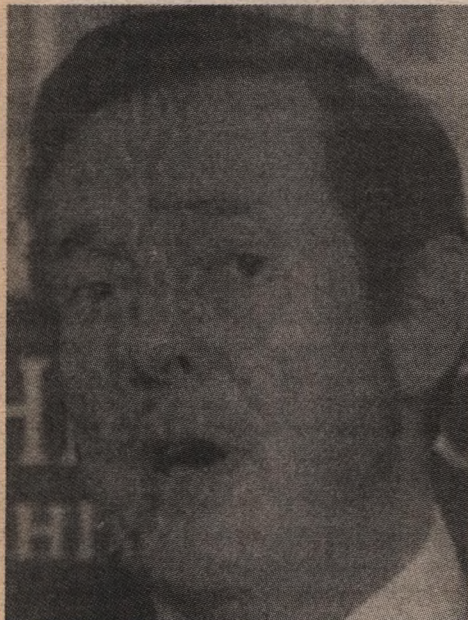
doch es wäre gut für die Reagan, für den Reagan-Flügel der Partei und den unglücklichen Bush.

»Ronald Reagan«, so die Schlußfolgerung von Oakes, »könnte mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn er zurücktritt. Er könnte sich selbst auch von einer Last befreien, die offensichtlich schon seit langem schwerer gewesen ist als er oder die Nation hätte ertragen sollen.«

Wird Reagan dem »freundschaftlichen Rat des Establish-

kanischen Verfassung liefert eine mögliche Antwort: Das Kabinett selbst besitzt die verfassungsrechtliche Befugnis, den Präsidenten seines Amtes zu entheben.

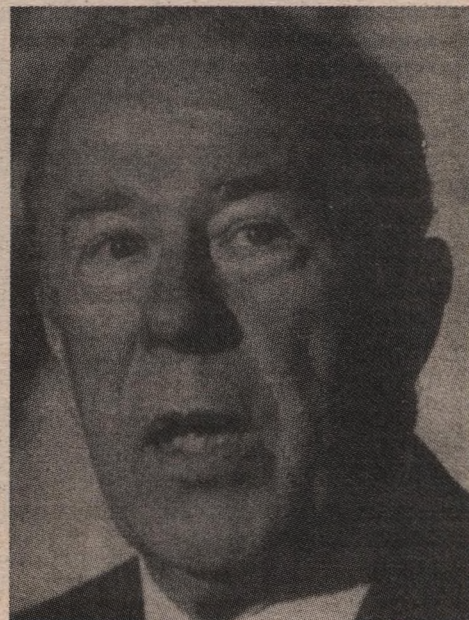
Am 10. Februar 1967 wurde dieser kaum bekannte Zusatzartikel ratifiziert. In Abschnitt 4 ist ein Verfahren vorgesehen, mittels dessen das Establishment einen »geistesgestörten« Präsidenten aus dem Weißen Haus entfernen könnte: »Sobald der Vizepräsident und eine Mehrheit entweder der Hauptfunktionäre der Exekutive oder eines anderen



US-Arbeitsminister William Brock.



US-Handelsminister Malcolm Baldrige.



US-Außenminister George Shultz.

der Rockefeller-Familie, dem Council on Foreign Relations (CFR), zu dem auch Oakes gehört, was nicht überrascht.

Oakes fährt dann fort vorzuschlagen, Reagan sollte eine »Waffenkontroll«-Vereinbarung mit der Sowjetunion anpeilen – eine Maßnahme, von der viele glauben, daß sie nicht so sehr »Waffenkontrolle« als in Wirklichkeit Abrüstung bedeute, ein langjähriges Ziel des CFR und anderer Machtblöcke des Establishments, im Einflußbereich von Rockefeller und der »New York Times«.

Oakes schreibt: »Damit würden mehrere Dinge erreicht, die alle zu Reagans Vorteil wären. Die stetig wachsenden Forderungen der Öffentlichkeit und des Kongresses nach konkreten Schritten zum Stop und zur Umkehr im Rüstungswettlauf hinsichtlich Atomwaffen würden erfüllt. Zumindest momentan geriete der

von dem Schleudersitz herunterzukommen – und das in einer Wolke voller Ruhm – und seinem unterwürfigsten politischen Statthalter, Vizepräsident George Bush, einem Mitglied der Trilateralen Kommission, die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner zu sichern.

Es ist möglich, daß in der Euphorie eines Waffenabkommens, das zu einem Reagan-Triumph hingedreht werden könnte, Reagan die Gelegenheit sehen könnte, aus »gesundheitlichen« Gründen zugunsten von Bush zu weichen und somit künftige politische Peinlichkeiten aus anhaltenden Untersuchungen – während er noch Präsident ist – geschickt zu vermeiden und gleichzeitig den loyalen Bush in die stärkste Position für das Jahr 1988 zu bringen, die nur möglich ist. Das wäre nicht notwendigerweise gut für das Land,

ments folgen und das Präsidentenamt geradeheraus und ohne Kampf aufgeben oder wird das Establishment den 25. Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung einsetzen, um Reagan aus dem Amt zu entfernen?

Die Verfassung macht es möglich

Was ist, wenn Präsident Reagan – wie die »Washington Post« den Politikern in Washington glauben machen will – durchdreht, während der iranische Waffenskandal weiterhin seine Regierung heimsucht?

Was ist, wenn der Präsident es ablehnt, zurückzutreten, selbst angesichts des Verdachtes, daß er geistig verwirrt ist, daß er senil wird, daß er nicht in der Lage ist, für den Rest seiner zweiten Amtszeit als leitende Führungsperson zu fungieren?

Der 25. Zusatzartikel zur ameri-

Organs, wie der Kongreß per Gesetz vorschreibt, dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses ihre schriftliche Erklärung einreichen, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes zu erfüllen, muß der Vizepräsident umgehend die Rechte und Pflichten dieses Amtes übernehmen.

Ronald Reagan oder jeder andere Präsident könnte in diesem Falle protestieren so viel er wollte, und er könnte schreiend und um sich schlagend aus dem Weißen Haus gezerrt werden; die Verfassung würde dies zulassen.

In Abschnitt 4 heißt es weiter: »Wenn im Anschluß daran der Präsident dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses seine schriftliche Erklärung übermittelt, daß keine Unfähigkeit vorliegt, muß er die

Rechte und Pflichten seines Amtes wieder übernehmen, es sei denn, der Vizepräsident und eine Mehrheit entweder der wichtigsten Funktionäre der Exekutive oder eines anderen Organs – das der Kongreß per Gesetz vorschreibt – übermitteln innerhalb von vier Tagen dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses ihre schriftliche Erklärung, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes zu erfüllen.

Daraufhin muß der Kongreß entscheiden, der dafür innerhalb von 48 Stunden zusammenkommen muß, falls er nicht gerade versammelt ist.

Wenn der Kongreß innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt der schriftlichen Erklärung oder – falls er nicht versammelt ist – innerhalb von 21 Tagen nach Aufforderung zusammenzukommen, mit Zweidrittel-Mehrheit bestimmt, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes zu erfüllen, muß der Vizepräsident damit fortfahren als amtierender Präsident tätig zu sein; andernfalls muß der Präsident die Rechte und Pflichten seines Amtes wieder aufnehmen. »

Kurz gesagt, wenn das Establishment eine Verschwörung in Gang gesetzt hat – und das ist die einzige Beschreibung, die dafür zutrifft –, um einen Präsidenten ohne Wahlen zu stürzen oder ohne Verdacht in der Öffentlichkeit zu erregen, indem es einen widerspenstigen Präsidenten ermorden läßt –, so kann das geschehen und zwar völlig legal und in Übereinstimmung mit der amerikanischen Verfassung.

Kann so etwas wirklich geschehen?

Klar und unmißverständlich ausgedrückt, wenn Reagan in eine derartige Situation geriete, gäbe es sicherlich sehr viel Sympathie für ihn auf seiten des amerikanischen Volkes. Doch dessen Sorge um die Sicherheit und den Schutz der Nation wäre sicher vorrangig.

Schließlich, wer würde einen Verrückten oder selbst jemanden, von dem weithin angenommen wird, daß er geistesgestört ist, mit seinem Finger auf dem Kopf haben wollen, der die Atombombe auslöst?

In Reagans Kabinett und den oberen Stufen seiner Regierung gibt es eine beträchtliche Zahl von Leuten, die Mitglieder des einflußreichen Council on Foreign Relations (CFR) und der Trilateralen Kommission sind, den mächtigen, privaten Interessengruppen, die unter der Kontrolle des Rockefeller-Firmenimperiums stehen.

US-Außenminister George Shultz, der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Handelsminister Malcolm Baldrige und Arbeitsminister William Brock sind alle entweder Mitglieder des CFR oder der Trilateralen Kommission. US-Finanzminister James Baker ist ein langjähriger Freund und politischer Verbündeter von Vizepräsident George Bush, der selbst ein Mitglied der Gruppe der Trilateralen ist.

Zusammen stellen sie zwar keine Mehrheit im Kabinett dar, doch fast. Wenn der CFR beispielsweise eine Verschwörung ausgeheckt hätte, um Reagan aus dem Weißen Haus zu vertreiben, und angenommen, die obigen Beamten würden sich daran beteiligen, bräuchten sie lediglich eine weitere Stimme, um den Präsidenten zu stürzen, vorausgesetzt natürlich der Vizepräsident – der dann als amtierender Präsident das Weiße Haus übernehmen müßte – würde dem Plan zustimmen.

Unter den Umständen, unter denen eine solche Verschwörung aktiv durchgeführt werden könnte – insbesondere unter bereitwilliger Unterstützung von seiten der »Washington Post«, die ja die Theorie bereits propagiert, daß der Präsident geistig instabil ist –, wäre es nicht schwer, diese zusätzliche Stimme zu bekommen.

Die amerikanischen Establishment-Medien, die stark beeinflußt werden durch den Druck vom CFR und der Trilateralen Kommission, würden mit Sicherheit eine große Kampagne steuern lassen, um die öffentliche Meinung für den Rücktritt des Präsidenten zu schüren und diese Tatsache an sich würde erheblichen Druck auf jedes unschlüssige Kabinettsmitglied ausüben.

Kann so etwas wirklich passieren? Die amerikanische Verfassung sagt ja. Doch wird es passieren? Die Zeit wird es zeigen. □

Zionismus

Zwei Seiten einer Familie

John Springfield

Tatsachen erschüttern von Woche zu Woche mehr unsere Gesellschaft. Tatsachen, die ihre Wurzeln im Zins und Zinseszins haben. Das internationale Finanz-Establishment hat sozusagen bereits die Weltherrschaft angetreten. Politische und wirtschaftliche Krisen können in einem überlebens-feindlichen dritten Weltkrieg enden. Kritik an wesentlichen machtpolitischen Bestrebungen in Nahost werden als Antisemitismus verurteilt, obwohl es sich in Wirklichkeit um Antizionismus handelt.

In der Sowjetunion gibt es Millionen Juden, die nicht den Wunsch haben, Rußland zu verlassen. Vor kurzem wurde sogar berichtet, daß 50 jüdische Familien, die nach Israel und in die USA emigriert waren, um Repatriierung gebeten haben. Sie flogen freiwillig wieder in die UdSSR zurück. Der Zionismus ist heute zu einem unübersehbaren Problem geworden. Er ist grundlegend kein religiöses Phänomen, sondern ein militanter Nationalismus oder Rassismus mit einem brennenden Ehrgeiz, durch die Jahrhunderte hindurch gehegt, um letztendlich die Weltregierung zu übernehmen.

Hitler hat ironischerweise für den militanten Zionismus und dessen erfolgreiche Inbesitznahme Palästinas sowie der Schlüsselpositionen in der ganzen westlichen Welt mehr getan, als er in Hunderten von Jahren kabbalistischer Planung und Verschwörung je erreichte. Die Interpretation der Zionisten, daß sie das auserwählte Volk seien, um die Welt zu regieren unter einer Form von pan-judäischem Frieden, der dadurch erreicht wird, daß Israel bis an die Zähne bewaffnet bleibt und über ein riesiges Atomwaffen-Arsenal verfügt, während alle anderen Länder einschließlich der UdSSR freiwillig abrüsten. Die »Israel Defense Force« würde dann automatisch zur »Zionist Rapid Deployment Force« werden, die innerhalb von 24 Stunden jeden Widerstand oder Aufstand überall in der Welt niederschlagen kann.

Die Pläne der Zionisten sind tatsächlich bis jetzt gut gelaufen

und ihr Plan greift überall um sich. Sie haben die amerikanische Außenpolitik völlig unter Kontrolle. Die Vereinigten Staaten sind der Hund und Israel ist der Schwanz, der den Hund bewegt. Das sollte eigentlich offensichtlich sein für jeden, außer jenen ignoranten Massen in den USA, die durch jahrzehntelange Gehirnwäsche von den zionistisch kontrollierten Massenmedien zu völliger Fügsamkeit in außenpolitischen Angelegenheiten reduziert worden sind. Zu jenen Massenmedien gehören das gesamte amerikanische Fernsehnetz, die meisten Radiostationen, sämtliche führenden Zeitungen, Zeitschriften und Verlage.

Diese Medien unterstützen Israel, seine mörderischen und militärischen Abenteuer, seinen »Terrorismus« und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat. Der Libanon ist zu einem Schutthaufen reduziert. Nabib Berri, ein Schiite und Moslem, leistet Israels schmutzige Arbeit, indem er die palästinensischen Flüchtlingslager belagert und die Menschen dort dem Tod ausliefert.

Eine Barriere für den meisterhaften Plan

Durch Manipulationen und Erfindungsreichtum sind zwei moslemische Staaten, Iran und Irak, in einem furchtbaren Krieg verwickelt, während der wahre Feind in Nahost, Israel, beide Seiten mit dem entsprechenden Waffenmaterial versorgt. Wenn sich diese beiden Staaten bis zur Erschöpfung aufgegeben haben,

Zwei Seiten einer Familie

wird Israel, so hofft es, mit dem geheimen Segen der USA nach Saudi Arabien vordringen und die Schlüsselvorräte an konventioneller Energie, das Öl, auf einen Schlag an sich reißen und vom Rest der Welt aufgrund der Weltölreserven in seinen Händen Lösegeld fordern.

Es gibt nur eine Barriere für diesen meisterhaften Plan, der den Protokollen von Zion zu entspringen scheint. Es ist fast eine Ironie des Schicksals, daß diese Barriere, die es zu überwinden gilt, das kommunistische Rußland ist, das heißt, die wichtigsten Mitglieder der Kommunistischen Partei, die immer noch stark beeinflußt und kontrolliert wird von kommunistischen Juden, im Gegensatz zu den zionistischen Juden.

Man sollte nicht vergessen, daß der Kommunismus von Karl Marx, einem Juden, ins Leben gerufen wurde und die russische Revolution von amerikanischen, zionistischen Juden finanziert worden ist, und daß von den 620 ursprünglichen Mitgliedern der revolutionären, kommunistischen Partei Rußlands über 500 Juden waren einschließlich Trotzki.

Somit widersetzt sich der »jüdische« Kommunismus dem Ehrgeiz des Zionismus, die letzten Herrscher der Welt zu sein. Vor dem Zweiten Weltkrieg hoffte der kommunistische Flügel des Judentums, die Weltherrschaft zu gewinnen. Doch der eigentliche Sieger 1945 war der Zionismus, der praktisch in der Lage war, das westliche und internationale wucherische Bankensystem zu übernehmen, ohne auch nur einen Schuß abgefeuert zu haben.

Die Banker gewannen praktisch sämtliche politische und wirtschaftliche Macht in der Nachkriegszeit, weil niemand »nein« zu ihnen sagen konnte und wollte, weil er sofort in die Kategorie des Antisemiten eingereiht wurde. So wurde der Westen und vor allem die Deutschen in ihrer Unterwürfigkeit an der psychologischen Kriegsfront des Gewissens in den letzten 40 Jahren in

Knechtschaft gehalten. Wie lange dieser Absahndrick noch anhalten kann, steht in den Sternen, doch es bleibt zu hoffen, daß sich das Blatt wendet, bevor es zu spät ist.

Der Prophet George Orwell

Bei jeder Einschätzung der gegenwärtigen Situation sollte man den Roman »1984« von George Orwell, einem wahren Propheten, lesen. Das Jahr »1984« spielt dabei keine Rolle, man sollte es als das Jahr betrachten, in dem von Zionismus und Kommunismus einige größere Schritte unternommen wurden. Der Inhalt ist weitaus von größerem Interesse.

Orwell sagt voraus, daß der jüdische Zweig des Kommunismus nicht durch die Kniffe der Zionisten, sogenannte Abrüstungsaktionen, eingenommen werden wird, sondern eine Art östliches »Empire« bildet, das Orwell Eurasien nannte. Der Westen wird in Ozeanien umgewandelt mit einem TV-Herrscher an der Spitze, der sogenannte »Große Bruder«, der lediglich die Fassade ist für den Sanhedrin, der Ozeanien regiert und zwar von hinter den Kulissen aus. Zur Regierungsform gehört Geheimpolizei wie Mossad und Shin Bet, eine sinnes-abstumpfende Kombination von Alkohol, Drogen und Pornographie. Der Verstand, Ehrgeiz und persönlicher Widerstand ist geschwächt durch Gehirnwäsche sowie Drogen- und Alkoholmißbrauch. Die gesamte Privatsphäre ist zerstört durch das ständig wachsame Auge aus der Fernsehkamera und durch Spionagesatelliten, die über die Schulter hinweg jede Zeitung lesen können, sowie durch eine lückenlose Computerüberwachung. Das alles erwartet die Menschen unter einem pan-zionistischen Ozeanien.

Um einen weiteren Einblick in das zu bekommen, was in der zionistischen und kommunistischen Planung in Jahrhunderten vor sich gegangen ist – es sind in Wirklichkeit zwei Seiten der gleichen Medaille, die um die letztendliche Überlegenheit im Wettstreit liegen –, sollte man Douglas Reed »The Controversy of Zion« lesen. Reed war der Auslandskorrespondent der britischen Zeitung »The Times« vor

dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Er schrieb zwei berühmte Bücher vor dem Krieg mit einer Prognose über Deutschland und wies auf die Provokation der Banker hin, die Deutschland zwischen den beiden großen Kriegen des Vermögens beraubten.

Douglas Reed wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Zeitung und aus dem gesamten Verlagswesen verjagt, weil er »aus der Schule geplaudert hat«.

Die Kontroverse von Zion

»The Controversy of Zion« schrieb Reed auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Es ist das Produkt einer über dreijährigen Forschungsarbeit, die größtenteils in der New Yorker Zentralbücherei ausgeführt wurde und bei der auch auf Quellen zurückgegriffen wurde, die nicht leicht zugänglich sind. Mit den so erhaltenen Informationen verbindet er die ganzen Hintergrundkenntnisse und Erfahrungen eines früheren Auslandskorrespondenten der Londoner »Times«, der über viele Jahre hinweg die politischen Entwicklungen in Europa genau verfolgt hat.

Das Buch ist geschrieben in einem Stil mitfühlenden Verständnisses für die Situation, in der sich Millionen Juden über die Jahrhunderte hinweg befanden, und er untersucht tiefgehend – er hat sich dafür viel Material aus maßgebenden jüdischen Quellen besorgt – zentrale moralische Streitfragen, über die die Juden selbst oft sehr geteilter Meinung waren und die immer die Möglichkeit einer gefährlichen Abweichung vom Hauptstrom der Menschheit einschlossen.

Viele werden feststellen, daß Reed die wahre Streitfrage, die heftigen Antagonismus ausgelöst hat zwischen dem Begründer der Christenheit und den Pharisäern, deutlich gemacht hat, mit Zitaten aus biblischen Quellen und dem Talmud, verstärkt und bekräftigt durch andere von jüdischen Gelehrten – alten und modernen.

Religiöse Informationen und Interpretationen bedürfen einer zusätzlichen Dimension von Interesse und Bedeutung, wenn sie

in die richtige Relation gesetzt werden mit den historischen Entwicklungen von der Zeit vor der babylonischen Gefangenschaft bis zur Neuzeit. Denn Reed zeigt einmal wieder, wie die Nachrichten über zeitgenössische politische Ereignisse – von denen viele Leute es aufgegeben haben, sie zu verstehen – sofort verständlich gemacht werden können, wenn sie in dem vollständigen historischen Kontext präsentiert werden, in den sie gehören.

Viel von der revisionistischen Geschichte, die in der modernen konservativen Literatur zu finden ist, wie die Behandlung des Alger Hiss und sein Gerichtsverfahren, die Verfolgung von US-Senator Joseph McCarthy, das Jalta-Abkommen, die Nürnberger Prozesse und der Morgenthau-Plan werden ausführlich dargestellt und näher beleuchtet und eingeordnet in das große Mosaik von über 2000 Jahren menschlichen Ringens und Leidens.

Es ist schwer heute, Reeds Bücher in Bibliotheken und Buchereien zu finden, da sie systematisch »aussortiert« wurden.

Wettbewerb bis auf des Messers Schneide

Seltsamerweise entstand der moderne Zionismus in Rußland in der Geheimgesellschaft von »Chibath Zion«, gegründet in Pinks, wo Dr. Weizmann zur Schule ging. In seinen Memoiren vermittelt Weizmann einen aufschlußreichen Einblick leidenschaftlicher Argumentation in einer verschwörerischen Familie, in der es – bevor die letzte hohe Strategie enthüllt wurde – eine große Spaltung und Dichotomie zwischen den »revolutionären zionistischen« Mitgliedern und den »revolutionären kommunistischen« Mitgliedern der gleichen Familie gab.

Und so ist es bis heute geblieben. Es ist nur die zionistische Presse, die dem Westen Sand in die Augen streut und ihm vortäuschen will, der Antisemitismus im Gegensatz zum Antizionismus sei heute in der Sowjetunion weit verbreitet. Es ist ein Wettbewerb bis auf des Messers Schneide, doch die Aussichten für die anderen Völker ist düster, wenn sie nicht bald aufwachen.

Der andere, sehr eigenartige Aspekt des zionistischen Abstrichs ist der, daß er in der westlichen Welt als religiöse Bewegung verkauft wird und als eine »Rückkehr in das gelobte Land«. Die Fakten strafen die Propaganda allerdings Lügen.

Zionistische und kommunistische Juden sind äußerst irreligiös und viele – vielleicht eine Mehrzahl – sind eher atheistisch als Agnostiker. Der wahre Kern des orthodoxen Judentums will keinen Anteil und keine Verantwortung haben an der heutigen Besitzergreifung Palästinas, das jetzt Staat Israel genannt wird.

Der Kern des jüdischen, orthodoxen Glaubens ist, daß es keine »Rückkehr« in das heilige Land geben kann, wenn nicht und bevor nicht der Messias erscheint und sie dorthin führt. Nicht im geringsten können orthodoxe Juden die Väter des Terrorismus wie Menachim Begin, Izak Shamir, Sharon, Rabin, Peres und Eytan als den Messias akzeptieren und natürlich sollten auch die anderen Völker auf der ganzen Welt dies nicht tun.

Was vielleicht noch überraschender für einige, meist ignorante Menschen ist, ist die Tatsache, daß der heutige zionistische »Staat« noch nicht einmal das Recht hat, den Namen Israel zu benutzen – weil sie nicht reinrassige Nachkommen des »alten Israel« sind, dessen Geschichte sich wie ein roter Faden durch das Alte Testament zieht. Der heutige Staat Israel sollte eigentlich »Staat von Judäa« heißen, da sie noch nicht einmal die reinrassigen Abkömmlinge des Stammes von Judäa sind, der seinerseits wiederum nur ein Stamm der zwölf Stämme war, die die Abkömmlinge von Abraham und Sarah, dem alten Israel, waren.

Ermahnungen und Tabus

Es ist auch weitgehend unbekannt, doch es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die alten Propheten Israels – und dabei erklären sie, es handle sich um das enthüllte Wort Gottes – behaupteten, das »alte Israel« solle sich nicht mit den semitischen Stämmen, die um das Land herum angesiedelt waren, und »Fremden« mischen, um ih-



Die jüdische Familie hat zwei Gesichter, eins davon ist der nationalistische und rassistische Zionismus.

ren Stammbaum rein und die genetische Linie intakt zu halten. Somit ist das heutige Judentum eine der vermischtesten Rassen oder Nationen in unserer Zeit. In ihm findet man jedes Blut und jede Farbe.

Sie sind in Wirklichkeit die Abkömmlinge eines neuen »Stammes« von Juden, der sich bildete, als der »Überrest« von 70 000 aus Babylon zurückkehrte, angeblich um den »Tempel wieder aufzubauen«, und die sich dann stark mit den sie umgebenden, semitischen Stämmen vermischten und die Bibel nicht mehr für ihre kabbalistischen, religiösen Praktiken benutzten, sondern den babylonischen Talmud, der eine Zusammenstellung rein rabbinischer Interpretationen, Ermahnungen und Tabus ist, die den Juden besondere gottgegebene Rechte verleihen, Privilegien und Überlegenheit gegenüber allen anderen Menschen.

Der Talmud erlaubt den Juden besondere Freiheiten und modifizierte, ethische Werte im Zusammenhang mit anderen Menschen und im Gegensatz zu den Geschäftsbeziehungen und anderen Beziehungen, die Juden untereinander pflegen. Jede moderne Übersetzung von Ezra würde zweifellos verlangen, daß dieser Prophet seiner Herde predigen und sie ermahnen würde, strenge Apartheid zu praktizieren.

Esther ist das einzige wirkliche zionistische Buch in der Bibel. Man kann feststellen, daß Gott niemals erwähnt wird, es wird le-

diglich die Schlaueit und Herrschaft des Judentums gepriesen.

Eine weitere, starke Rassenvermischung hat es in der jüdischen Diaspora gegeben und zwar mit dem grausamen Stamm der Khazaren um das Schwarze Meer in Rußland. Dies wird eingehend behandelt in dem Buch eines berühmten jüdischen Autors und Historikers, Arthur Koestler, mit dem Titel »The Thirteenth Tribe«. Praktisch alle russischen und mitteleuropäischen Juden haben diesen genetischen Hintergrund.

Das Buch Esther ist übrigens die Basis für eines der wichtigsten jüdischen Feste, das Purim, und zwar bis zum heutigen Tag.

Unnötig zu sagen, daß 95 Prozent des »alten Israel« aus der Geschichte und aus dem Blickfeld verschwanden, nachdem sie zuerst von Assyriern und später von den Babyloniern gefangen genommen und versklavt worden waren. Die Geschichte bestätigt also, daß die meisten, die sich der Kreuzigung Jesu entgegenstellten und dann darauf drängten, vom jüdischen hohen Priestertum und jüdischen Pharisäern und Saduzäern – basierend auf dem babylonischen Talmud – angeführte Juden waren.

Unter dieser rassen-vermischten, jüdischen Bevölkerung gab es sicher kleine, vereinzelte Gemeinden und Familien, die insgeheim der wahren genetischen Tradition Abrahams treu blieben und sich »rein und heilig« hielten. Aus dieser reinen Min-

derheit, der sich Jesus als der Messias offenbarte, kamen viele der christlichen Schlüsselfiguren der frühen Geschichte des Christentums.

Ohne Feuer kein Rauch

Der Name Juden erschien in der Geschichte erst in einem relativ späten Stadium – in der letzten Saga des »alten Israel«, die sich durch die Bibel zieht. Er wurde geprägt, um jenes vermischte Volk zu beschreiben, die den Jüdismus des Talmud praktizierten und die die Mischblut-Abkömmlinge jener Überreste waren, die aus babylonischer Gefangenschaft zurückkehrten, um sich ein paar Jahrhunderte vor Christi Geburt in und um Jerusalem herum anzusiedeln.

Bei der Verurteilung von Christus zum Tod am Kreuz sagte Pilatus bedeutungsvoll, laß sein Blut »über eure Hände und die Häupter eurer Kinder fließen«. Die anschließende Geschichte der Juden in Europa und anderswo hat vielleicht darin ihren Ursprung und erklärt, warum sie die christliche Ethik ablehnen.

»Ohne Feuer kein Rauch«, heißt ein altes Sprichwort, und es ist seltsam, daß der Zionismus heute die Kluft zu den anderen Menschen tiefer denn je zieht. Akutelle Beispiele für die Abstrichs sind der Insider-Börsenhandel in den USA, die finanziellen Praktiken der internationalen Banker, der die Armen der dritten Welt von Tag zu Tag ärmer werden läßt, die unerträgliche Schuldenlast mit ständig wuchernden Zinsen, die über der heutigen Generation wie ein Damoklesschwert hängt.

Man muß nur die Zeitungen lesen, um zu erkennen, daß die Zionisten und Kommunisten das Finanz-Establishment auf der Welt praktisch übernommen haben. Hinter den Fassaden der berühmtesten internationalen Banken und Finanzinstitute und Insider-Börsengeschäften im großen Rahmen, wo mächtig abgesahnt wird, sind sie am Werk. Unter entweder einem pan-zionistischen oder pan-kommunistischen »Frieden« wäre das letztendliche Schicksal des Menschen das gleiche: ein Pool von Arbeitern, Sklaven und Knechten, die sich für die privilegierten Klassen abrackern. □

Wie Israel Amerika zum Narren hält

David Nyhan

Es ist schwer zu entscheiden, welche Aktion der Israelis unerhörter ist: die USA in dem iranischen Waffengeschäft für dumm zu verkaufen oder die Amerikaner durch das Täuschungsmanöver im Spionagefall Pollard zum Narren zu halten. Doch weder zu dem einen noch zu dem anderen Vorgehen ist auch nur der geringste Protest aus dem amerikanischen Kongreß zu hören, der sich normalerweise immer gern und lautstark zu allen möglichen Fragen äußert, wenn es darum geht, die Sünden der Reagan-Regierung hinauszuposaunen.

Es gibt keinen einzigen liberalen Abgeordneten in den Vereinigten Staaten, der Israel wegen seines schäbigen Verhaltens verurteilt. Senator Edward Kennedy, der normalerweise sehr lautstark über Reagans Sünden zu vernehmen ist, schweigt. Ebenso der amerikanische Senator John Kerry, der so offen und freimütig ist bei der Offenlegung des Kernpunktes des Netzwerkes der Waffenlieferungen an die Contras, zu Israels Sünden aber schweigt auch er.

Israel der 51. Staat

Kennedy und Kerry sind nicht die einzigen, die sich von der israelischen Lobby in den USA in Schach halten lassen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Dante Fascell, gibt nur seinen üblichen Kommentar: »So sind die Jungs nun einmal!« Er spricht lediglich von Sonderbeziehungen und daß jeder jeden ausspioniert habe. Nur einer unter den amerikanischen Abgeordneten weist darauf hin, daß »Israel nicht unser 51. Staat« ist und daß die zionistischen Interessen von den amerikanischen sehr stark abweichen.

Es schien so eine Zeitlang, als versuchten die Mitglieder im Nationalen Sicherheitsrat der USA

Israel zum Sündenbock für das Debakel Iran – Contras zu machen. Doch die Tower-Kommission hat hier gleich eingegriffen und schlußfolgerte nach weiteren Untersuchungen, daß Israel von Beginn an bei dem Geschäft mitgemacht hat, zwang die iranischen Mittelsmännern dem amerikanischen Anfängerteam auf und spielte seine Karten für die eigenen Zwecke aus, die zufällig in direktem Konflikt mit denen der Vereinigten Staaten stehen.

Das Resultat ist, daß die Vereinigten Staaten von Arabern und Iranern als »eine Kreatur von Israel« angesehen werden, so heißt es in dem Bericht. Brent Scowcroft sagte, die Israelis »taten alles, was sie nur konnten, wenn der Waffenhandel von Zeit zu Zeit nachzulassen schien, um ihn wieder zu beleben«.

Sicher, meint John Tower, »der endgültige Entschluß über unsere eigene Beteiligung war unser eigener«, doch er schickte dem voraus: »Ich möchte betonen, daß Israel sehr stark daran beteiligt war.«

Pro Kopf tausend Dollar

Der Tower-Bericht zeigt, daß beim Herumspielen mit Raketen, zwielichtigen Waffenhändlern und Beratern, diversen andern Künstlern, gemäßigten und

weniger gemäßigten Iranern, die Israelis sich als die Profis erwiesen und die Amerikaner als die Anfänger. Schande über die USA!

Doch führt Israel die USA an der Nase herum und profitiert es weiterhin von der amerikanischen Dummheit? Unterstützen die Amerikaner nicht jeden einzelnen der vier Millionen Israelis in der Größenordnung von etwa tausend Dollar pro Kopf jährlich? Behandeln sie die Amerikaner nicht wie einen einfältigen großen Bruder, der zu dumm ist zu erkennen, wann er übers Ohr gehauen wird? Wann werden die Amerikaner anfangen, nach ihren eigenen Interessen und nicht nach denen der Israelis zu handeln?

Der Meisterspion Jonathan Pollard hat vor einigen Wochen eine lebenslange Freiheitsstrafe erhalten, während die Führer Israels weiter behaupten, sie hätten von der Pollard-Affäre nie etwas gewußt. Es blieb an Abba Eban hängen einzugestehen, daß die Affäre das Ergebnis der Initiative und Nachlässigkeit von hochrangigen Personen war, die einen enormen Mangel an Verantwortung zeigten und Israels wichtigste Interessen – Amerikaner Beziehungen mit der israelischen Regierung – schädigten sowie Pollard selbst.

Blamabel ist für die Vereinigten Staaten, daß sie Pollard die bestgehüteten Geheimnisse an Israel verkaufen ließen, indem er mit seinem Computer-Freigabe-Status den amerikanischen Geheimdienstschatz durchforstete und Israel das Beste vom Besten aushändigen konnte.

Doch Schande auch über Israels Spitzenleute wegen der Unwahrheiten, die sie über das verbreiteten, was sie taten, weil sie den Amerikanern nicht sagen, was sie gestohlen haben, statt dessen Pollards Agentenhändler in den Rang eines Generals befördern, dem sie dann auch noch den Oberbefehl über einen wichtigen Luftwaffenstützpunkt gaben. Sie bestehlen nicht nur die USA, lügen die Amerikaner an, lehnen jede Kooperation ab, um den Schaden zu begrenzen, sie reiben es den Vereinigten Staaten auch noch unter die Nase, indem sie den Spionagehändler befördern. Sie sind sich völlig sicher in dem Wissen, daß die israelische Lobby im amerikanischen Kon-

greß untätig bleiben wird und darum können sie letztendlich die Bedingungen bestimmen.

Der Schaden ist unermesslich

Der Schaden, den Pollard den Vereinigten Staaten verursacht hat, ist unermesslich, sagt der Staatsanwalt im amerikanischen Justizministerium, Joseph diGenova. Pollards Arbeit machte es Israel möglich, einen PLO-Stützpunkt in Tunesien zu bombardieren, irakische und syrische Anlagen der chemischen Kriegsführung genau zu orten sowie sowjetische Raketenstützpunkte in arabischen Ländern und Pakistans Fortschritte mit der Atom-bombe zu überwachen. Es kann sein, daß die Israelis versuchen werden, diese Informationen zu verkaufen, meint diGenova, um etwas dafür zu bekommen, was sie wirklich wollen.

Wer weiß, was die Israelis machen werden? Wir wissen, daß sie Geschäfte machen mit dem Iran und Südafrika, und daß sie Waffen in der ganzen Welt verkaufen. Wenn es um ihre eigenen Interessen geht, sind die Israelis ruchlos. Sie haben den irakischen Reaktor bombardiert und sind in den Libanon eingefallen, sie besiedeln das Westufer wie Conquistadors – wie Eroberer. Sie wissen, daß die Vereinigten Staaten letzten Endes immer nachgeben. So zielen sie darauf ab.

Nachdem Mordechai Vanunu Geheimnisse über Israels eigene Atomstreitmacht enthüllte – eine andere Angelegenheit über die die israelische Regierung ständig der Öffentlichkeit gegenüber nicht die Wahrheit sagt –, ließ ihn die israelische Regierung in Rom entführen und nach Israel bringen. Dort macht sie ihm insgeheim den Prozeß. Das alles sind Maßnahmen, die auf einen gesetzlosen Staat besser passen als auf ein Land, das oft als Vorposten der Demokratie und zivilisierter Werte genannt wird. Es gehört der Vergangenheit an, daß Demokraten und Liberale in den USA aufgestanden sind und Israel zur Rechenschaft gezogen haben. □



Libanon

Der Schlüssel für das Blutbad

Warren Hough

Der Mordversuch an dem amerikanischen Botschafter John Gunther Dean im August 1980, von dem jetzt bekannt ist, daß er vom israelischen Geheimdienst Mossad inszeniert worden ist, war der Funke, der die jüngsten Kämpfe im Libanon entfachte, die von europäischen Beobachtern als »ein endloses Blutbad bezeichnet werden.

Der Libanon, mit seinen 4015 Quadratmeilen und weniger als drei Millionen Einwohnern eines der kleinsten Länder im Nahen Osten, war noch bis Mitte der siebziger Jahre ein blühendes, demokratisches Land. Im Jahr 1976 heißt es in einem US-Almanach, daß er seit langem eine »stabile« Regierung habe, die »in freien Wahlen gewählt wurde«.

Vom Ausland geschürte Kämpfe

»Es ist eine Hochburg von Laissez-faire-Kapitalismus. Mit seiner kosmopolitischen Hauptstadt Beirut, dem finanziellen und sozialen Dreh- und Angelpunkt in der arabischen Welt, ist der Libanon eine Oase des Friedens und des Wohlstandes im Herzen des Unruheherds Nahost.«

Doch Ende des Jahres 1975 begannen auch die Unruhen in dieser Enklave westlichen Wohlstandes durch Zusammenstöße unter den verschiedenen konfessionellen und politischen Gruppen – Sunni Moslems, Schiiten, Maroniten, Drusen –, die bis dahin in friedlicher Koexistenz gelebt hatten. Militärische Raubzüge der Israelis allein förderten die Ausweitung des Chaos und des Blutbades.

»Das Blutbad im Libanon wird aus dem Ausland geschürt«, sagte der erfahrene britische Journalist Stephen Barber. »Die harten Kämpfe zwischen Moslems, Drusen und Maroniten werden von Israel angeheizt und am

Laufen gehalten. Es ist die geheime Politik jeder israelischen Regierung in den letzten 15 Jahren gewesen, den Libanon zu entzweien, die einzelnen Gruppen in dem Land zu Kämpfen gegeneinander aufzuwiegeln und es schließlich zu erobern.«

Selbst nach Jahren der Verwüstung wurde die Weltöffentlichkeit in den letzten Monaten geschockt durch Berichte unbarmherziger Rivalität und bitterer Kämpfe zwischen schiitischer Miliz und bewaffneten Einheiten von Palästinensern.

Ignoriert wurde weitgehend die Tatsache in den westlichen Medien, die normalerweise ihre Stichworte von Israel bekommen, daß im Libanon ein Brudermord tobt, ein Krieg gegen Frauen und Kinder, die meistens wehrlos zu Opfern wurden, weil man sie erschöß, während sie in den palästinensischen Flüchtlingslagern auf der Suche nach Nahrungsmitteln für ihre verhungernenden Familien waren.

Im Grunde: USA gegen USA

Wie eine amerikanische Untersuchung von Journalisten ergab, haben die erbarmungslosen Kämpfe im Libanon ihr Gegenstück in den bürokratischen Korridoren Washingtons, wo die Politiker über das anwachsende Chaos in Nahost in zwei sich gegenseitig bekämpfende Lager gespalten sind.

»Ende der siebziger Jahre herrschte ein ständiger Kampf

zwischen zwei wichtigen amerikanischen Außenposten in der Region, den amerikanischen Botschaften im Libanon und in Israel«, erinnert sich Roger de Murville, ein bekannter französischer außenpolitischer Experte, der mit der Gegend seit langem vertraut ist. »Im Sommer 1980 weitete sich der Disput unter den US-Diplomaten dann zu einem offenen Krieg aus.«

Im August 1980 fand Dean, der Chef der US-Botschaft in Beirut, daß er nicht länger schweigen könne über das, was de Murville »das rücksichtslose von Israel geschürte Gemetzel von libanesischen und palästinensischen Zivilisten« genannt hat.

In zwei öffentlichen Erklärungen verurteilte Dean die grausamen israelischen Luftangriffe gegen den Libanon und die anschließenden Massaker durch Milizsoldaten, die vom Mossad mit Waffen versorgt und teilweise auch von dem israelischen Geheimdienst geschult wurden.

Doch Samuel Lewis, der amerikanische Botschafter in Israel – bekannt als ein führender »Doppel-Loyal« unter den Diplomaten –, übte starken Druck auf das amerikanische Außenministerium aus, um den freimütigen Dean zum Schweigen zu bringen. »Bei dieser Kraftprobe hat Henry Kissinger, der Mentor der Carter-Regierung, hinsichtlich trilateraler Politik, seinen entscheidenden Einfluß zugunsten Israels geltend gemacht«, erläuterte ein ehemaliger amerikanischer Beamter im auswärtigen Dienst.

»Dean wurde vom Weißen Haus zurückgewiesen; Israel war der Gewinner.«

Doch es war nicht leicht, Dean zum Schweigen zu bringen. Bei einer Besprechung mit seinen führenden Mitarbeitern in der Botschaft sagte er, er würde mit einem detaillierten Bericht über die Rolle von General Yitzak Hoffi, dem damaligen Mossad-Chef, bei der Zerstörung des Libanon an die Öffentlichkeit gehen. Dieser mutige Entschluß hat ihn fast das Leben gekostet, so sagen Informanten.

Zwei Tage nach dieser Besprechung in der Botschaft wurde Deans Dienstwagen von zwei

Terroristen mit Maschinengewehren unter Beschuß genommen. Von einer Handgranate wurde sein Wagen getroffen. Obwohl Dean selbst nicht ernsthaft verwundet wurde – die Limousine war gepanzert –, so kamen doch zwei seiner Leibwächter dabei ums Leben.

Botschafter zum Schweigen gebracht

Beweise, die sich seit dem Jahr 1980 angehäuft haben, überzeugten sachkundige Beobachter – unter anderem sogar Jonathan C. Randal, der zu der Zeit Beirut-Korrespondent der »Washington Post« war, einer Zeitung mit liberaler Tendenz –, daß der terroristische Angriff gegen Dean vom Mossad-Chef Hoffi befohlen und von Söldnern des israelischen Geheimdienstes vor Ort ausgeführt worden war.

Dean kehrte nach Washington zurück als »ein geschwächter und geschlagener Mann«, sagten Informanten aus dem amerikanischen Außenministerium und fügten hinzu, daß nach Deans Niederlage Israel »im Libanon freie Hand hatte«.

Noch heute kommt es laufend zum Aufflammen von Gewalt schiitischer Miliz gegen palästinensische Flüchtlingslager. Syrische Streitkräfte haben inzwischen Beirut besetzt und versuchen einen Waffenstillstand unter den verschiedenen Gruppen des Landes durchzusetzen; ein Versuch, der von Experten als sehr dürrig und im Grunde als hoffnungslos angesehen wird.

»In Wirklichkeit kann es im Libanon erst Frieden und Stabilität geben, wenn die Intervention Israels beseitigt ist«, meint de Murville. »Es genügt nicht, daß Syrien das Feuer erstickt. Die Vereinigten Staaten müssen ihre Verantwortung erkennen und Israel, das bei seinen paramilitärischen Operationen gegen den Libanon amerikanische Waffen, amerikanisches Geld und dessen politische Unterstützung einsetzt, überreden, daß es seinen kleinen, nun schon lange leidenden Nachbarn in Frieden läßt. □

TOP SECRET

Offensive der schwarzen Hebräer

Leon Dobbs

Was aussieht wie eine landesweite Offensive der schwarzen Hebräer in den Vereinigten Staaten in ihrer Konfrontation mit der traditionellen jüdischen Gemeinde, ist im Frühjahr von der Washingtoner Arena nach Chicago übergewechselt, als demonstrierende schwarze Hebräer dort jüdische Feste und Geschäftsbetriebe störten.

Die Schwarzen protestierten gegen den Versuch der israelischen Regierung, die Mitglieder ihrer Gemeinde in Israel gewaltsam zu deportieren und auszuhungern sowie gegen die Unterstützung der amerikanischen Zionisten gegenüber dieser Regierung. Drei schwarze Hebräer wurden bei den Demonstrationen in Chicago verhaftet.

Landesweite Eskalation des Kampfes gegen den Zionismus

In der Washingtoner Gegend haben schwarze Hebräer – von denen viele vor kurzem aus Israel deportiert worden sind – mit zunehmender Regelmäßigkeit bei jüdischen Feierlichkeiten, Gottesdiensten und anderen Ereignissen demonstriert. Diese Auftritte in der Öffentlichkeit sind zunehmend feindseliger geworden und haben die Aufmerksamkeit der Medien sowohl in Washington als auch in Israel auf sich gezogen.

Die Demonstrationen in Chicago sind die erste Runde dessen, was die Führer der schwarzen Hebräer als eine landesweite Eskalation ihres Kampfes gegen den Zionismus bezeichnen.

Am Sonntag, 22. März 1987, stürmten 40 schwarze Hebräer in die Yom Aliya («Einwanderungstag»)-Festlichkeiten in der Ida Crown Jewish Academy in Rogers Park im US-Bundesstaat

Illinois, einem jüdischen Vorort von Chicago, und gingen auf die Bühne. Über 300 Zionisten waren im Auditorium versammelt, um sich die Berichte von amerikanischen Emigranten nach Israel anzuhören und Hilfsprogramme zur Familienzusammenführung zu diskutieren.

»Wir wurden völlig überrascht«, sagte Melvon I. Eisenberg, Präsident des Associated Talmud Torahs, einer Organisation, bestehend aus 25 Institutionen für den Schulbesuch von 400 jüdischen Kindern nach Absolvierung der öffentlichen Schulen im Raum Chicago. »Sie stürmten herein mit Schildern, drückten die Leute beiseite und übernahmen einfach das Podium«, sagte Eisenberg. »Dann begannen sie sofort Zettel zu verteilen und zu singen. Wir riefen die Polizei.«

Es gab keine Verhaftungen, und niemand wurde verletzt. Nachdem die Anführer der schwarzen Hebräer mit den Organisatoren der jüdischen Veranstaltung gesprochen hatten, stellten die Veranstalter Posten vor dem Gebäude auf. Doch das war erst der Anfang.

Die zweite Runde fand statt, als eine Gruppe von etwa 20 Hebräern die Chicagoer Zweigstelle der Bank Leumi, der Nationalbank Israels, stürmte und dort die Arbeit zum Stillstand brachte. Die Hebräer hielten einen Sitzstreik ab, der ungefähr eine halbe Stunde dauerte.

Die Polizei traf dann ein und überzeugte die Gruppe, das Gebäude zu verlassen. Doch anstatt auseinanderzugehen, marschierten die Demonstranten acht Häuserblocks weiter nach Chicago hinein zu Zimmerman's, dem größten Spirituosenladen in der Stadt. Sie trugen Schilder und verteilten Flugblätter, auf denen »rassistische Aktivitäten der Zionisten« in Israel und die amerikanische Unterstützung der israelischen Aktionen gerügt wurden.

Sie stürmten den Eingang des Ladens und stellten um die Kasse in der Ladenmitte Streikposten auf, so daß das ganze Geschäft gestoppt wurde. Drei Demonstranten – Mitglieder des Chicagoer Zweigs der hebräisch-israelitischen Gemeinde – wurden verhaftet, als sie sich weigerten, die Räume zu verlassen.

Vertretern der schwarzen Hebräer zufolge haben Angestellte von Zimmerman's die Beamten gedrängt, daß die Verhafteten nicht nur wegen Verletzung einer städtischen Verordnung festgehalten und später gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt werden, sondern daß sie statt dessen eine Anklage wegen widerrechtlichen Betretens erhielten, die zu einer offiziellen Vorstrafe und automatisch zu einer Kaution in Höhe von 50 Dollar führt.

»Wir konzentrieren uns auch auf Geschäftsunternehmen, die amerikanisches Geld nehmen und es nach Israel leiten«, sagte Dr. Haraymiel Ben Shaleak, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeinde der schwarzen Hebräer in Amerika.

In einer Pressekonferenz am folgenden Tag im Chicagoer Hyatt Regency Hotel erläuterte Shaleak die Gründe für die Taktiken der Gruppe.

Israel kann nicht gewinnen

»Wir sind hier, um der jüdischen Gemeinde in Amerika zu zeigen, daß sie Israel nicht weiter unterstützen können, wenn dieses Land versucht, die schwarzen Amerikaner dort in einen Hugertod zu treiben. Wir haben vor, durch die gesamten Vereinigten Staaten zu ziehen und jede jüdische Gemeinde davon in Kenntnis zu setzen, daß auch sie für Israels Aktionen gegen Ame-

rikaner haftbar gemacht werden, solange sie damit fortfahren, Israel zu unterstützen«, sagte er.

Shaleak weiter: »Die israelische Regierung war in eine Anzahl von Aktivitäten verwickelt, die nicht nur für das schwarze Amerika ein Schlag ins Gesicht war, sondern für das gesamte amerikanische Volk. Während der Pollard-Spionageaffäre und ihren ganzen Auswüchsen hat der Staat Israel weiterhin von der amerikanischen Regierung und Privatpersonen Unterstützung erhalten.

Wir sind bereit einen fortgesetzten Kampf zu führen, um die US-Regierung von der zionistischen Kontrolle zu befreien. Israel hat sämtliche Menschenrechtsmaßstäbe, die auf der Welt existieren, verletzt ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Wir sind hier, um zu sagen, daß dieser Kampf, in den sie sich mit den Amerikanern eingelassen haben, ein Kampf ist, den Israel nicht gewinnen kann, und wir beabsichtigen ihn bis ins letzte zu führen.«

Shaleak kündigte einen wirtschaftlichen Boykott pro-zionistischer, jüdischer Geschäfte und Dienstleistungen an sowie öffentliche Demonstrationen bei bestimmten Unternehmen.

Amerikanische und jüdische Gemeindevertreter behaupten, die Konfrontation mit den schwarzen Hebräern Amerikas konzentrierte sich auf die Behauptung der Juden, die Schwarzen seien von Israel nicht als Juden anerkannt.

Eisenberg meinte, er sei mit den speziellen Problemen der Gemeinde der schwarzen Hebräer in Israel nicht weiter vertraut, als daß er sagen könne: »Sie behaupten Juden zu sein und wollen in Israel leben. Wer weiß? Vielleicht haben sie recht?«

Unterdessen tobt der Kampf weiter. In Washington haben die schwarzen Hebräer die Büros der Jewish Community Council of Greater Washington besetzt, die »Super-Sunday«-Mammut-Fernsehsendung für Spendensammelzwecken des United Jewish Appeal zum Zusammenbrechen gebracht und dabei das von den National Religious Broadcasters geförderte »National Prayer Breakfast in Honor of Israel« gestürmt. □

Geschäfte mit Immigranten

Charles M. Fischbein

Jüngst vom FBI veröffentlichte Statistiken zeigen einen alarmierenden Anstieg in den Aktivitäten des organisierten Verbrechens in den Vereinigten Staaten. Was diese Statistiken allerdings nicht zeigen ist, daß eine steigende Zahl dieser organisierten Verbrechen von israelischen Bürgern begangen werden, die nach Amerika gekommen sind, um der zunehmend bankrotteten Wirtschaft Israels zu entfliehen.

Tel Aviv ist die größte Stadt Israels. Heute allerdings leben mehr Israelis in der Gegend von Los Angeles als in Tel Aviv. Auch in New York leben mehr als dort. Die Zahl der israelischen Bürger, die an Bord von El Al-Flugzeugen steigen und frei und ungehindert in die Vereinigten Staaten einreisen, nimmt täglich zu. Viele, die aus dem Kleinstaat im Nahost fliehen, leben in den Vereinigten Staaten in kriminellen Verhältnissen.

Höchste Verbrechensrate in Nahost

Internationale Verbrechens-Statistiken von Interpol zeigen, daß Israel die höchste Verbrechensrate im Nahen Osten hat. Städte wie Beersheba im Süden des Landes haben den blühendsten Drogenhandel in Nahost. In Haifa und Ashdod – zwei lebhaften israelischen Hafenstädten – arbeiten Hunderte von Schmugglerringen mit Duldung und Unterstützung korrupter Beamter. Tel Aviv bringt Tausende von Prostituierten, Drogenhändlern und illegalen Waffenhändlern und viele Mafia-ähnliche Verbrecherbanden hervor.

Das Problem ist, daß wegen Israels relativ niedriger Bevölkerungszahl, der davonlaufenden Inflation und der sozialistischen Wirtschaftsstruktur das organisierte Verbrechen in diesem Land rascher gestiegen ist, als es der lokalen Bevölkerung möglich war, es zu absorbieren. In vielen Gegenden gibt es so viele

niederlassen und ungehindert ein kriminelles Leben führen kann.

Die Fleisch-Mafia in den USA

Viele Jahre lang ließen sich israelische Mafia-Typen in New York nieder. Fast der gesamte Diamantenhandel von New York wird tatsächlich von orthodoxen zionistischen Kriminellen kontrolliert, die allwöchentlich zwischen Tel Aviv, Belgien und Südafrika hin- und herpendeln, um Diamanten in die Vereinigten Staaten zu schmuggeln. Nachdem jetzt Embargos auf Diamanten aus Südafrika verhängt wurden, hat die israelische Mafia die internationale Kontrolle über das Diamantengeschäft übernommen.

Auf einem Rückflug von Israel saß ich letztes in einem El Al-Jet neben zwei orthodoxen Rabbinern. Diese Leute waren so religiös, daß sie nicht einmal das koschere Essen aßen, das El Al serviert. Statt dessen aßen sie Bananen, Äpfel und Trauben.

Jeder der beiden orthodoxen Juden trug große Gebetbücher bei sich. Es fiel mir sogar auf, daß sie sie bei sich hatten, als sie während des Fluges die Toilette aufsuchten. Das ist in der jüdischen Religion eigentlich verboten.

Offenbar war ich nicht der einzige, dem das auffiel. Als wir in

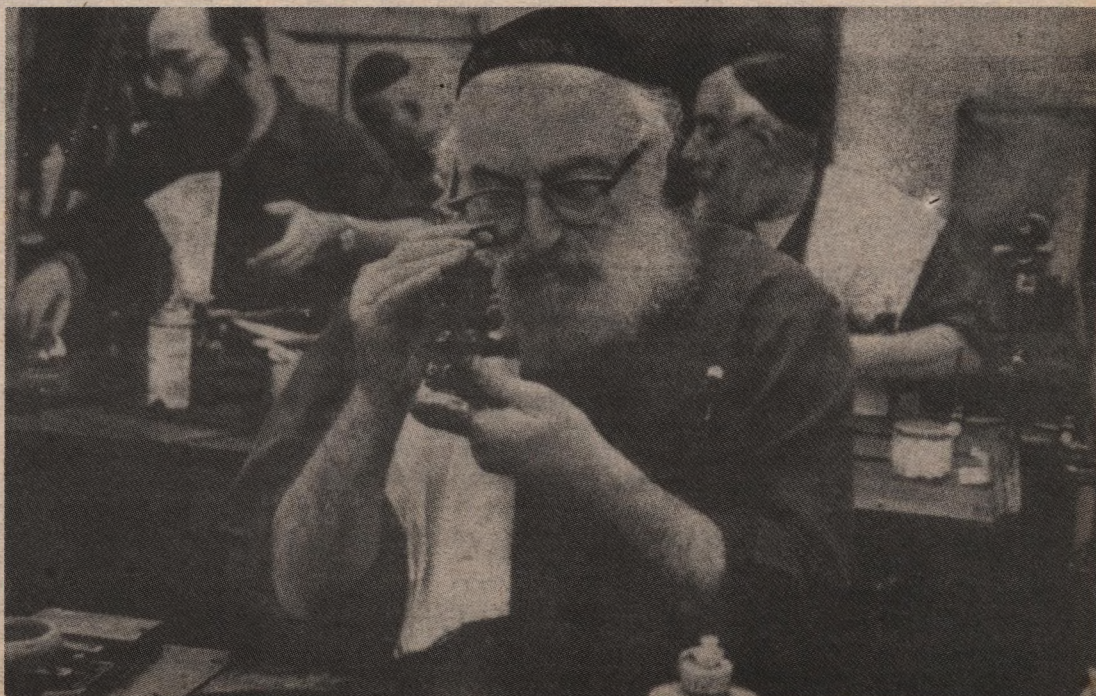
New York ankamen, stellten sich die beiden Männer beim Zoll in die Schlange. Sie wurden abgeholt von drei anderen orthodoxen Rabbinern, die auf der anderen Seite des von Glas umschlossenen Zollbereichs auf sie warteten.

Als ich hinter ihnen in der Schlange wartete, ging jemand zu dem Zollbeamten hin. Als die Rabbiner dann an der Reihe waren, nahm der Beamte sich der Gebetbücher an. Die beiden fing an loszuschreien, er dürfe diese nicht berühren, denn sie seien heilig.

Während sie herumschrien, riß der Zollinspektor den Einband herunter und Dutzende von Diamanten fielen auf den Tisch. Die drei Kumpane auf der anderen Seite liefen davon mit wehenden Bärten. Die beiden Rabbiner wurden auf der Stelle wegen Schmuggelei verhaftet.

Das Diamantengeschäft ist aber nicht der einzige Geschäftszweig, der von israelischen Verbrechersyndikaten kontrolliert wird. Die koschere und nicht koschere Fleischwarenindustrie wird in verschiedenen amerikanischen Städten wie Philadel-

Ein Diamantenschleifer untersucht einen Rohdiamanten. Über 80 Prozent von Amerikas Diamanten laufen irgendwann einmal durch die 47. Straße im New Yorker Diamantenviertel.



Zionismus

Geschäfte mit Immigranten

phia, New York, Miami und anderswo in den USA von israelischen Syndikaten überwacht.

Um ein koscheres »K« oder »U« auf einem Lebensmittel- oder Getränkeprodukt zu bekommen, muß man auch durch einen orthodoxen Rabbi zugelassen sein. Diese Leute kontrollieren buchstäblich die gesamte Nahrungsmittelverarbeitung, deren Produkte koschere Zeichen tragen.

Zinssätze über 35 Prozent

Sie bestimmen, welche Bestandteile das Produkt hat, von wem man das Produkt erhalten kann und sie bestimmen, zu welchen Stunden am Tag und an welchen Wochentagen das Produkt hergestellt werden kann. In jedem Fall verlangen sie hohe Summen von den Produzenten, damit diese ihre Produkte in koscheren Verarbeitungsanlagen herstellen können. Viele dieser Rabbiner tragen Gewehre und die meisten setzen Schlägertypen ein, um Bestechungs- und Erpressungsgelder durchzusetzen.

Sie üben so viele Kontrolle aus, daß sie den Eigentümern von koscheren Fleischwarenläden noch nicht einmal erlauben, Schlüssel für ihre eigenen Läden zu haben. Die Rabbiner öffnen den Laden, schließen ihn und haben die Kontrolle darüber, wer dort arbeitet und wo der Eigentümer einkauft.

Obwohl die meisten Leute – selbst die Mehrheit jener jüdischen Glaubens – kein Bedürfnis haben, die Kosten für die Mafia-Typen zu zahlen, sind viele Hersteller wegen ein paar orthodoxen Juden im Land bereit, einen hohen Preis für ein »K« oder ein »U« auf ihren Produkten hinzulegen.

Es ist auch eine Tatsache, daß sobald ein Produzent mit einem solchen Rabbiner in Verbindung kommt, er ihn nicht mehr von seiner Lohnliste streichen kann, ohne Aussicht darauf, von Leuten »besucht« zu werden, die durchsetzen wollen, daß man den Rabbiner behält.

Während die zionistische Mafia das Diamantengeschäft und einen Großteil der fleischverarbeitenden Industrie kontrolliert, dringen zionistische Kontrolleure immer stärker in das Taxigewerbe von New York und Los Angeles ein. Eine Lizenz für den Besitz und Betrieb eines Taxis kann in New York über 100 000 Dollar kosten.

Israelische Einwanderer haben wie viele andere Einwanderer, die sich in New York niedergelassen haben, ihren Lebensunterhalt zuerst mit Taxifahren verdient. Die Israelis fanden jedoch bald heraus, daß sie mehr Geld verdienen könnten, wenn sie den Verkauf von Taxis kontrollieren und sie finanzieren. Da es für neue Einwanderer schwer ist, eine Finanzierung zu bekommen, begannen die Israelis mit der Finanzierung der Lizenzen, und zwar zu Zinssätzen von über 35 Prozent.

Kontrolle der Taxigewerkschaft

Sie fingen bald an, die Taxifahrer-Gewerkschaft zu infiltrieren und Bestimmungen darüber festzulegen, wer die Taxis fahren dürfe und wem sie gehören. Das gleiche fand in Los Angeles statt. Deshalb kontrollieren Israelis heute die Taxigewerkschaft und alles, was mit dem Betrieb von Taxis zu tun hat, und sie kassieren hohe Summen aus dem Verkauf von Benzin und Autoteilen zu Großhandelspreisen.

Wer in Los Angeles oder New York ein Taxi besteigt, hat große Chancen, daß er von einem israelischen oder jüdischen Einwanderer aus der Sowjetunion gefahren wird. Häufig handelt es sich sogar um illegale Einwanderer. Diejenigen, die die Kontrolle über das Eigentumsrecht an den Lizenzen haben, bestimmen auch, wer die Taxis fährt, und dabei werden israelische Immigranten oder Juden aus der Sowjetunion bevorzugt behandelt.

Die Zionisten gehen sogar so weit, daß sie Taxi-Lizenzen für neu angekommene Immigranten erwerben, bevor noch die Gebiete feststehen, wo die fahren können oder bevor sie eine Sprachprüfung in den USA abgelegt haben. □

Spionage

Liebesspiele in Moskau

Victor Marchetti

Die Untersuchungen im Spionageskandal um den Marinewachsoldaten an der Moskauer Botschaft geben immer mehr Anhaltspunkte dafür, daß der amerikanische Geheimdienst sehr stark vom sowjetischen KGB durchdrungen ist. Amerikanischen Kongreßquellen zufolge sind wahrscheinlich noch mindestens zwei weitere Marinesoldaten neben den drei bereits identifizierten in verbotene Beziehungen mit Russinnen verwickelt gewesen, die in Diensten des KGB standen.

Die beiden neuen Verdächtigen haben neben Sergeant Clayton Lonetree und Korporal Arnold Bracy, die bereits der Spionage angeklagt sind, ebenfalls in der Botschaft nachts Wache »geschoben«.

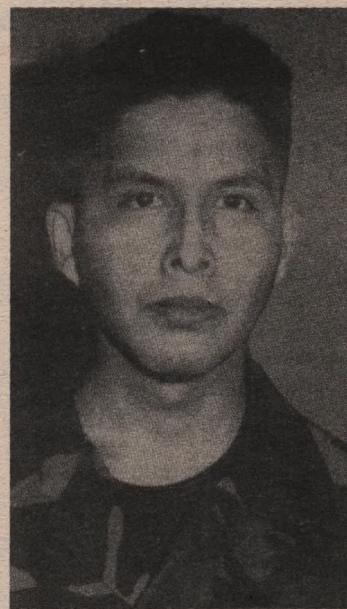
KGB rekrutierte die US-Marines

»Das weitet sich zu einem sehr viel größeren Skandal aus, als wir ursprünglich dachten«, sagte ein ehemaliger CIA-Beamter, der einst in Moskau gedient hat. »Es werden immer mehr Marinesoldaten und sogar einige Leute aus dem Außenministerium identifiziert, die die Sicherheitsbestimmungen verletzt haben. Einige von ihnen wurden wahrscheinlich vom KGB rekrutiert und arbeiten vielleicht noch immer für ihn auf anderen Posten.«

Inzwischen ist zu erfahren, daß ein weiterer Marinewachposten, Sergeant John Weirick, vom KGB als Spion rekrutiert worden war, als er in den Jahren 1981/82 im US-Konsulat in Leningrad diente.

Ein vierter ehemaliger Marinewachposten, Sergeant Robert Stufflebeam, war zu einem früheren Zeitpunkt wegen Verletzung der Bestimmungen verhaftet worden, die eine Fraternisierung mit sowjetischen Staatsbürgern verbieten. Er ist jedoch nicht der Spionage angeklagt.

Ein 70-Mann starker Arbeitsstab von amerikanischen Marine-Geheimdienstagenten einschließlich Lügendetektorenexperten führen nun eine weltweite Un-



Clayton Lonetree hat als Spion für den KGB in der US-Botschaft in Moskau und Wien gearbeitet.

tersuchung der 1300 Botschaftswachposten aus der Elite des Marinecorps durch. »Die Führer der Marinesicherheit haben Angst«, meinte ein ehemaliger Marinegeheimdienstoffizier mit guten Kontakten zu den wichtigen Kreisen im US-Verteidigungsministerium.

»Sie leiden noch unter der Kritik, die sie durch den Walker-Spionagering und den Fall Pollard bekommen haben. Sie müssen diese Marinegeschichte jetzt rasch lösen – andernfalls...«

Unterdessen führt das amerikanische Außenministerium, einer anderen Informationsquelle zufolge, »nur zögernd« seine eigenen Untersuchungen über die Si-

cherheitsverfahren in Moskau und anderen bekannten Zielbotschaften des KGB mit höchster Priorität durch.

»Dem guten alten Sascha«

»Diese Sache wird – auf Betreiben des CIA – von Medien und Kongreß unverhältnismäßig hochgespielt«, informierte ein Beamter im auswärtigen Dienst des US-Außenministeriums. »Die Behörde hat versucht, Kontrolle über die Sicherheit in Moskau und anderen Missionen in kommunistischen Ländern zu bekommen. Die Führungskräfte im CIA meinen, diese Posten sollten vor allem Geheimdienststationen, das heißt, CIA-Stationen sein und keine diplomatischen Einrichtungen. Sie wollen immer mehr Positionen für ihre Leute.«

Die beiden Marinesoldaten, die bisher angeklagt sind dem KGB beim Eindringen in die Moskauer Botschaft geholfen zu haben, sind von sowjetischen Geheimdienstbeamten rekrutiert worden, nachdem sie sich mit Russinnen eingelassen hatten – eine war »Übersetzerin«, die andere »Köchin« –, die beide bei der Botschaft angestellt waren. Es ist gegen die Bestimmungen des amerikanischen Marinecorps, sich mit Sowjetbürgern anzufreunden.

Es ist auch gegen die Botschaftssicherheitsbestimmungen, daß sowjetische Botschaftsangestellte mit Marineangehörigen verkehren. Doch die Marinesoldaten waren kräftige, junge, unverheiratete Männer, die offenbar nach weiblicher Begleitung suchten. Die Russinnen waren attraktiv und jung und offenbar »zugänglich«. Ihr Chef bei der Botschaft, eine Frau mittleren Alters, die für die Einstellung sowjetischen Personals verantwortlich war, war jedoch eine bekannte KGB-Beamtin, ein Oberst im sowjetischen Geheimdienst.

Nach ein paar Stelldichein mit seiner neuen Freundin Violetta Sauna wurde Lonetree deren »Onkel Sascha« vorgestellt, der den jungen Marinesoldaten bat, ihm einen Gefallen zu tun, dem »guten alten Sascha« zu helfen, in der Botschaft zu spionieren. Das Marinecorps, sagt der Ser-

geant, sei damit einverstanden gewesen und Bracy habe ihm dabei geholfen.

Waren Violetta und die Köchin KGB-Agentinnen? Ja. Es handelte sich bei ihnen um junge Frauen im Geheimdienst, die in der Kunst der Verführung geschult sind, um arglose Ziele wie die zwei leichtgläubigen Marinewachsoldaten in eine Falle zu locken. Dazu gehört meist noch Erpressung, dieses kleine Stück Zwang, das dazu nötig ist, um das Ziel oder Opfer dazu zu bringen, etwas zu tun, was es sonst nicht tun würde.

Für solche Frauen ist es eine leichte Aufgabe gewesen, die beiden jungen Marinesoldaten in ein »Nest« zu locken – ein Appartement zum Beispiel –, wo KGB-Beamte sie in kompromittierenden Situationen fotografieren konnten. Das ist eine langjährige Taktik des KGB, vor allem in Moskau, wo sie besonders wirksam ist.

Operationen in der Vergangenheit

Das ist nicht das erste Mal, wo es dem KGB erfolgreich gelang, in die US-Botschaft in Moskau vorzudringen. Im Jahr 1964 wurde der damalige Botschafter in der Sowjetunion, Foy Kohler, durch einige Bemerkungen verblüfft, die der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow ihm gegenüber machte, als sie eine schwierige Handelsangelegenheit besprachen.

Dem Botschafter war klar, daß Chruschtschow diese Bemerkungen nur machen konnte, weil er Insider-Informationen aus der Botschaft über die US-Politik hatte.

Der amerikanische Botschafter ordnete deshalb eine gründliche Sicherheitsuntersuchung in der Botschaft an. Innerhalb weniger Wochen wurden über 40 Abhöreinrichtungen oder Wanzen in den Wänden der verschiedenen Botschaftsräume einschließlich des Code-Raumes gefunden. Ein Gerät befand sich im »Großen Siegel« der Vereinigten Staaten – einem Geschenk der sowjetischen Regierung –, das hinter dem Schreibtisch des Botschafters hing.

Im offiziellen Schadensbericht hieß es, daß die meisten der Abhörgeräte im Jahr 1952 installiert

worden waren – also etwa zwölf Jahre zuvor –, als die Botschaft renoviert worden war. Es ging auch daraus hervor, daß in den zwölf kritischen Jahren des kalten Krieges, in denen solch bedeutende Ereignisse stattfanden wie der ungarische Aufstand (1954), der Abschluß der U-2 (1958) und die Raketenkrise in Kuba (1963) der KGB jede Geheiminformation zwischen Washington und der Botschaft in Moskau abgehört hatte.

Der volle Umfang des dem amerikanischen Geheimdienst zugefügten Schadens wurde den amerikanischen Steuerzahlern von der Regierung jedoch vorenthalten. Erst im Jahr 1974 – zehn Jahre später – wurden diese Informationen der Öffentlichkeit in einem von mir geschriebenen Buch zugänglich gemacht. Es trägt den Titel »The CIA and the Cult of Intelligence« (»Der CIA und der Geheimdienstkult«). Die amerikanische Regierung ging mehrmals vor Gericht, um das Buch zu verbieten und später zu zensieren.

Die Geschichte läuft wie gewohnt weiter

Trotz der jüngsten Enthüllungen über die dreisten Spionageaktivitäten der Sowjets verkündete US-Präsident Ronald Reagan, daß es keine Änderung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geben werde, und daß die Verhandlungen mit dem Kreml über Rüstungsabbau und ein weiteres Gipfeltreffen wie geplant stattfinden beziehungsweise fortgesetzt würden.

Der amerikanische Außenminister George Shultz wurde einfach bei seinem Besuch in Moskau in einen speziell ausgerüsteten Winnebago-Wohnwagen gesteckt und mußte von dort seine geheimen Gespräche mit Washington führen, da die Botschaft nicht mehr als sichere Umgebung angesehen werden konnte.

Der amerikanische Präsident schob auch Fragen nach Vergeltung gegen die Sowjets für ihre jüngsten Spionage- und Geheimdienstaktionen beiseite und meinte, Spionage werde im Rahmen der internationalen Beziehungen von jedermann betrieben und zuckte damit leicht mit den Schultern.

Es stellte sich jetzt auch heraus, daß der US-Geheimdienst versucht hat, in der neuen Sowjetbotschaft in Washington Wanzen zu installieren, als sich diese im Jahr 1979 im Bau befand. Was jedoch nicht gesagt wurde ist, daß der amerikanische Geheimdienst in den fünfziger und sechziger Jahren ohne Erfolg versucht hat –, und zwar bei mehreren Gelegenheiten – in der jetzigen Sowjetbotschaft Wanzen anzubringen.

Washingtoner Experten waren über die leichtfertige Haltung des amerikanischen Präsidenten etwas besorgt. »Ist das der gleiche Mann, der die Sowjetunion als das »böse Imperium« zu bezeichnen pflegte?« fragte ein Journalist.

Eine ehemaliger CIA-Beamter der Gegenspionage lieferte eine mögliche Antwort: »Man gewinnt und verliert dabei, doch das Spionagespiel geht weiter. Der Präsident hat diese Tatsache des politischen Lebens gelernt. Dem müssen wir zustimmen.«

Nach einer näheren Erklärung dazu gefragt, meinte der Informant, der CIA habe vielleicht Doppeloperationen gegen den KGB gelaufen und das seit Jahren und dabei die US-Marinewachposten benutzt. »Sie stellen solch offensichtliche Ziele dar für die Sowjets, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß wir sie nicht mindestens bei einigen Gelegenheiten als Köder benutzt haben, um die andere Seite in eine Doppel-Gegenspionage-Operation zu locken. Wie könnte man besser in Erfahrung bringen, was sie von einem wollen und ihren Erfolg beurteilen als dadurch, daß man erfährt, was sie brauchen? Es ist auch eine gute Möglichkeit, sie mit Falschinformationen zu füttern.« □



Sowjetunion ist nicht Rußland

Jüngste Aufstände in der sowjetischen Stadt Alma Ata in Zentralasien haben die westlichen Establishment-Medien durcheinander gebracht, die das Wort »Rußland« mit »Sowjetunion« gleichsetzen und an der Aufrechterhaltung des Mythos nationaler Einheit des sowjetischen Empire arbeiten. Die Verwirrung der Medien wurde jüngst deutlich gemacht im Informations-Bulletin der National Foundation von Litauen. Hier einige Auszüge aus diesem Bulletin.

Am 16. Dezember 1986 wurde Alma Ata, die Hauptstadt der zentralasiatischen »Republik« von Kasachstan von Aufständen heimgesucht. Die anti-russischen Unruhen wurden ausgelöst durch den Sturz des Führers des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von Kasachstan, Dinmukhamed Akhmedovich Kunayev, einem Kasachstan, und dessen Nachfolge durch einen Russen, Gennadi V. Kolbin. Der nationalistische Charakter der Unruhen wurde durch einen Tass-Bericht vom 18. Dezember 1986 bestätigt.

Mauer der Unkenntnis

Dieser Ausbruch anti-russischen Nationalismus in der UdSSR hat die westlichen Medien überrascht und in vielen Fällen schrecklich unvorbereitet getroffen. Wegen dieser Verwirrung in den Medien halten viele, selbst gebildete Westler, die Sowjetunion für »Rußland«, die von »Russen« bewohnt wird, von denen einige zwar anders sind und seltsame Dialekte sprechen, doch nichtsdestoweniger »Russen« sind. Menschen aus Litauen, Lettland und Estland sind in den westlichen Demokratien oft gegen diese »Mauer der Unkenntnis« gestoßen.

Einer der Hauptverursacher dieser Fehlinformationen ist die »New York Times« gewesen. Seit Jahren hat die bekannte amerikanische Tageszeitung die Begriffe »Rußland« und »Sowjetunion« in der gleichen Bedeutung verwendet, bezeichnete

nicht-russische Bürger der UdSSR als »Russen« und sprach von »ethnischen Russen«, als ob es je eine Rasse mit dem Namen »nicht ethnische Russen« gegeben habe.

Die »New York Times« und die meisten westlichen Medien nennen alle Staatsbürger der UdSSR »Russen«, was falsch ist. Die Hälfte der innerhalb der Grenzen des Sowjetreichs lebenden Menschen sind keine Russen.

Die Ereignisse in Alma Ata haben das Begriffsgebäude der westlichen Medien völlig zum Zusammenbrechen gebracht. Interessanterweise veröffentlichten die Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen zufällig am Tag vor dem Bekanntwerden der Aufstände in Kasachstan Berichte über Gorbatschows starken Druck und die widerstrebende Öffentlichkeit in der UdSSR. Dabei wurde nicht einmal der Versuch unternommen, zwischen den verschiedenen Nationalitäten der UdSSR zu differenzieren.

Die Dinge bessern sich

Wie damals für die Beamten des Zaren ist für die westliche Welt das ganze »ein unteilbares Rußland«. Man bezeichnet zu gern den multinationalen Staat als eine »Nation«.

Die Schwierigkeiten Gorbatschows dabei die Arbeitsgewohnheiten der sowjetischen Bürger zu ändern, lassen sich

durch die Einstellung der russischen Muzhiks erklären, obwohl die Hälfte der Bevölkerung der UdSSR nichts mit ihnen zu tun hat.

»Muzhiks« sind russische Bauern oder der russische – nicht sowjetische – Mann auf der Straße. Der Vorwurf, der hier gemacht werden kann, ist, daß sich die Haltung, die sich durch das multi-ethnische, multi-nationale sowjetische Empire zieht, nicht durch die Haltung einer einzigen ethnischen Gruppe erklärt werden kann.

»Die sowjetische Gesellschaft«, so schrieb der Moskauer Korrespondent der »New York Times«, Serge Schemann, »bleibt zutiefst konservativ, vielleicht, weil das russische Volk durch eine tumultreiche Geschichte geformt und dahingehend beeinflusst wurde, Stabilität zu bewahren und die Pläne ihrer Führer mit Vorsicht zu genießen.«

Historisch betrachtet stimmt dies, was die Russen angeht, doch was hat das mit der Einstellung und dem Charakter der Litauer, Letten und Esten zu tun oder dem der Ukrainer, Georgier, Armenier, Tadschikistaner oder Usbekistaner?

Schemann deplaziert einfach 140 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten ohne mit der Wimper zu zucken. Wie kann die führende Zeitung der westlichen Welt, wie sich die »New York Times« gern selbst charakterisiert, diesen Unsinn tolerieren?

Die Qualität der Berichterstattung in der »New York Times« verbesserte sich sofort mit den Artikeln über den Ausbruch der Aufstände in Kasachstan am 19. Dezember 1986. Philip Taubman leistete hervorragende Arbeit in der Erläuterung der Ereignisse von Alma Ata und lieferte die Hintergrund-Informationen dazu. »In den letzten 15 Jahren«, so schrieb er, »wurde viel von nationalistischen Unruhen in Georgien und den baltischen Republiken, insbesondere Litauen und Estland, berichtet.«

Auch Felecity Barringer leistete in der »New York Times« gute Arbeit: »Sowjetische Nationalitäten – Herrschaft der Russen, Aufruhr der Anderen.«

Anders als Schemann machten beide recht deutlich, daß es sich bei der UdSSR um einen Staat mit vielen verschiedenen Nationalitäten handelt. Um das Ganze noch komplizierter zu machen, schrieb Bill Keller am 17. Dezember 1986, daß in Kasachstan ein »ethnischer Russe an die Spitze eines nicht-russischen Staates gesetzt worden ist«.

Die UdSSR, ein multinationaler Staat, war zuvor als eine »Nation« beschrieben worden und jetzt wird eine Teilrepublik zu einem »Staat«.

Keller machte die Sache in der »New York Times« wieder gut, indem er größere terminologische Irrtümer zum Thema sowjetischer Nationalitäten vermied. Wenn er seinen Lesern erzählt, daß »es der Zentralgewalt in Moskau in 70 Jahren nicht gelungen ist, die starke Individualität der vielen Völker, die das Empire ausmachen, das von vielen Leuten im Westen oft salopp als »Rußland« bezeichnet wird, auszulöschen, so schwingt in dieser berechtigten Behauptung eine gewisse Ironie mit«.

Es sind die »New York Times« und andere führende westliche Medien, die mehr als andere zu dieser bedauernswerten Verwirrung beigetragen haben. Zu den Opfern dieser Verwirrung gehören die »Gefangenen aus Gewissensgründen« im sowjetischen Empire. In Leserbriefen an westliche Zeitungen bestritten Zuschriften die Aussagen, daß es sich bei dem Russen Anatoly Marchenko um den »ersten bekannten Dissidenten handelt, der im Gefängnis gestorben ist«. Man zitierte Ukrainer, Armenier, Esten und andere Gefangenen, die in Arbeitslagern zu Tode kamen.

George Zarycky, der Forschungsdirektor des A.-Philip-Randolph-Institutes schreibt: »Ein Grund dafür, warum diese Menschen nicht »bekannt« sind, liegt darin, daß die Berichterstattung westlicher Medien oft moskauorientiert ist. Viele sowjetische Dissidenten – unter ihnen viele Poeten, Schriftsteller und Historiker – sind im sowjetischen Strafsystem ernsthaft erkrankt und werden weiter im Verborgenen dahinsiechen und leiden, wenn die Journalisten des Westens nicht über Moskau hinaus einen Blick in die anderen Sowjetrepubliken werfen.« □

Afghanistan

Armand Hammer hilft den Sowjets

James P. Tucker

Mohammad Es'hag, ein Führer der Widerstandsbewegung in Afghanistan, rügte die Einnischung Armand Hammers, des amerikanischen Industriellen, in seinem Land. Es'hag betonte wiederholt, daß sich unberufene Leute internationaler Couleur wie Hammer in Afghanistan einmischten, damit das Land in der Hand »sowjetischer Marionetten« bleibe.

Mohammad Es'hag wurde speziell über Armand Hammers jüngstes Treffen mit dem Sowjetführer Michail Gorbatschow und Regierungsvertretern in Pakistan befragt. Auf die Frage, ob irgendein Führer für eine »Regierung der Aussöhnung« aus diesen Gesprächen hervortreten könnte, der sowohl für die Sowjetunion als auch für den Widerstand in Afghanistan annehmbar sein könnte, betonte Es'hag:

Verfechter der roten Sache

»Wir würden keinen Gedanken verschwenden, wenn jemand den Sowjets recht wäre.« Er meinte, die Sowjets hätten seinem Volk »eine neue Lebensart auferlegt«, die »ihrer Religion widerspricht«.

Das Angebot eines sowjetischen Rückzugs und Waffenstillstandes wurde vom Widerstand als ein »Politikum« und eine »Show« abgelehnt. Es kam laut Es'hag sowieso nicht von den Sowjets direkt, sondern von der kollaborierenden Regierung, die sie nach der Invasion eingesetzt haben. Bei einem langsamen Abzug der Sowjets würde seiner Meinung nach ein sowjetisches Marionettenregime zurückbleiben.

Von einer Gesamtbevölkerung von 15 Millionen Menschen, sagt er, sind 5 Millionen geflohen,

um der sowjetischen Unterdrückung zu entgehen, 2 Millionen verstecken sich in den Bergen und 500 000 sind getötet worden.

Doch auch die sowjetischen Verluste waren sehr groß im vergangenen Jahr und die Widerstandskräfte konnten mehr feindliche Flugzeuge abschießen.

Unter dem Vorwand, das Moskauer »Internationale Forum für eine Welt ohne Atomwaffen« zu besuchen, hat Hammer für einen »Rückzug« der Sowjets geworben, der auf eine permanente Unterjochung Afghanistans hinauslaufen würde.

Der Vorsitzende von Occidental Petroleum Corp., der 86 Jahre alt ist, hatte enge Beziehungen zu dem Sowjetführer seit Wladimir Lenin und hat die kommunistische Sache seit der russischen Revolution offen unterstützt.

Sowjetische Lippenbekenntnisse

In seinen geheimen Bemühungen, den Krieg in Afghanistan mit einem sowjetischen Sieg zu beenden, hat Hammer die volle Unterstützung der Beamten des amerikanischen Außenministeriums und der Vereinten Nationen. Die westlichen Establishment-Medien dienen entweder in bewußter Kooperation oder Ignoranz ebenfalls Hammers pro-sowjetischen Propaganda-Interessen.

Der Plan ist einfach und steht schon seit Monaten fest: Die Sowjetunion »verhandelt« mit der Marionettenregierung, die sie nach der Invasion Afghanistans im November 1979 eingesetzt haben. Die Vereinten Nationen »sanktionieren« diese Verhandlungen. Das amerikanische Außenministerium hat diese Gespräche nicht nur bekräftigt, sondern sagte auch zu, sie würden »garantieren«, daß erzielte Vereinbarungen auch durchgeführt werden; Gespräche, die darauf hinauslaufen, daß hier die Sowjetunion mit der Sowjetunion verhandelt.

Unterdessen läßt man US-Präsident Ronald Reagan beredete Kommentare und ausgeklügelte Versprechungen zur Unterstützung des Widerstandes in Afghanistan machen. Wenig Hilfe von seiten der USA hat das Land erreicht, wie immer wieder betont wurde.

Pakistan wurde in die Rolle des Mitverhandlers gezwungen, weil das Land die Flut von Flüchtlingen aufnehmen muß, die vor den Greueln – die die Establishment-Medien geflissentlich unerwähnt lassen – der sowjetischen Soldaten entkommen konnten. Einige sowjetische Luftangriffe über die Grenze nach Pakistan hinein geben den »Verhandlungen« die entsprechende Dringlichkeit aus innenpolitischer Sicht.

Die Establishment-Presse trägt dazu bei, eine solch künftige »Beilegung« des Konflikts für die breite Öffentlichkeit akzeptabel zu machen, indem man von der durch die Sowjetunion eingesetzten Regierung als »Afghanistan« und denjenigen, die sich den Eindringlingen widersetzen als »Rebellen« spricht.

Diese Umkehrung der wirklichen Verhältnisse und Tatsachen wurde von der Elite der Establishment-Medien absichtlich vorgenommen, den Nachrichtendiensten, die die nationalen und internationalen Nachrichten an die meisten westlichen Tageszeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten liefern.

Eine Regierung der nationalen Aussöhnung

Nachdem die Öffentlichkeit in dieser Weise unterrichtet wor-

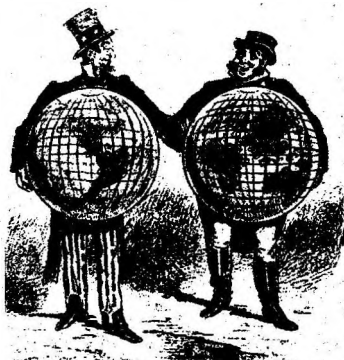
den war, besuchte Hammer Michail Gorbatschow, den sowjetischen Führer, der den amerikanischen Industriemagnaten wie all seine Vorgänger zu seinem intimen Freund machte.

Bei diesem Moskauer Treffen im Februar 1987 und ostentativ im Rahmen des Forums für eine atomwaffenfreie Welt vereinbarten der Sowjetführer und der amerikanischen Industrielle eine neue Strategie für die Verhandlungen.

Anstatt bei einem sowjetischen Rückzug offensichtliche Verräter an der Macht zu lassen, sollte eine »Regierung der nationalen Aussöhnung« vorgetäuscht werden, die sich traditionellen Stammesgruppierungen und dem Widerstand im Land freundlich gesinnt zeigen würde. Doch in einer solchen »Regierung der Aussöhnung« wäre eine Kombination abhängiger Verräter aus der afghanischen Bevölkerung und kontrollierbarer Personen an der Macht.

Nach einem angemessenen Zeitraum von nicht mehr als ein paar Monaten würde diese Regierung Moskau dann offen zu ihrem »Verbündeten« machen und damit viele Afghanistan für immer in den kommunistischen Block.

Zu einem Informationsgespräch über sein diplomatisches Unternehmen wurde Hammer eiligst von dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister John Whitehead und anderen hohen Regierungsbeamten in den USA empfangen. Die Berufsbeamten im US-Außenministerium, die jeden Regierungswechsel überleben, haben Hammer schon seit langem Immunität vom Logan Act gewährt, dem Gesetz, das Privatbürger unter strafrechtlicher Verfolgung stellt, wenn sie versuchen, die amerikanische Außenpolitik zu beeinflussen. □



KGB contra Gorbatschow

Victor Marchetti

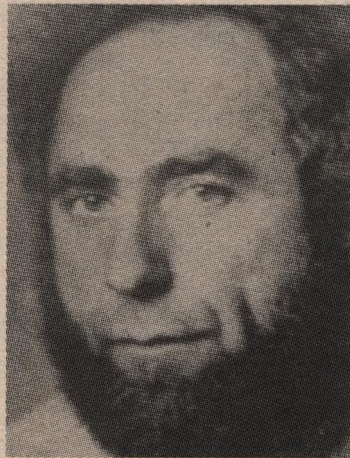
Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow mag eine offenere und demokratischere Gesellschaft wollen, in der er seine ehrgeizigen Pläne zur Wiederbelebung der sozialistischen Wirtschaftsordnung in der UdSSR durchführen kann. Doch der KGB, der als Geheimpolizei des kommunistischen Imperiums und Geheimdienst fungiert, ist entschieden gegen die Lockerung des eisernen Griffs, den die Regierung der Bevölkerung gegenüber spüren läßt.

Im Februar 1987, als der Chef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf seinem sorgfältig inszenierten »Internationalen Forum für eine Welt ohne Atomwaffen und das Überleben der Menschheit« im Moskauer Kreml-Palast eifrig den Weltfrieden propagierte, schlugen ein paar Häuserblocks weiter Truppen von KGB-Provokateuren, die sich den Anschein von Privatbürgern gaben, auf friedliche Demonstranten ein. Die Demonstranten verlangten die Freilassung des 54jährigen, jüdischen Dissidenten Josef Begun, der zur der Zeit in einem sibirischen Gulag wegen anti-sowjetischer Aktivitäten eine siebenjährige Gefängnisstrafe absaß.

Alle Unkosten wurden bezahlt

Amerikanische und andere westliche Fernsehteams, die die Demonstration filmen wollten, wurden von den KGB-Rauschmeißer-Trupps äußerst unsanft behandelt; man schlug auf sie ein, zerbrach die Kameras und sabotierte die übrige Ausrüstung.

In der großen Halle des Kreml-Palastes, wo die Delegierten des Obersten Sowjets ansonsten zusammenkommen, um sich die richtlinien-setzenden Reden des Präsidiums – der politischen Führung der UdSSR – anzuhören und ihnen gehorsamst applaudieren, lauschten 850 amerikanische und andere westliche Meinungsführer und Geschäftsleute der Rede des Parteichefs Gorbatschows. Er rührte die Werbetrommel für seine jüngsten Friedensinitiativen im In- und Ausland und kritisierte die



Josef Begun sollte auf Wunsch von Gorbatschow entlassen werden, der KGB versuchte, diese Anordnung zu verzögern und den Parteichef öffentlich zu kompromittieren.

Aktionen der USA auf der ganzen Welt und insbesondere im Hinblick auf die Sowjetunion.

Unter den VIPs des Westens befanden sich der Filmstar Gregory Peck, die italienische Filmschauspielerin Claudia Cardinale, Yoko Ono, die Frau des ermordeten Ex-Beatle John Lennon, der Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith, die Romanschriftsteller Graham Green und Norman Mailer sowie Gore Vidal und die Politikerin der Grünen, Petra Kelly.

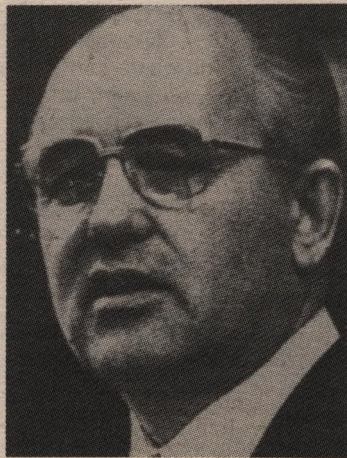
Gorbatschow soll kompromittiert werden

Die einwöchige Konferenz, bei der sämtliche Unkosten vom Kreml getragen wurden, wird von den meisten Teilnehmern als Erfolg betrachtet. Die sorgfältig ausgewählten Gäste drück-

ten Respekt aus für die Offenheit des Sowjetführers und sympathisierten mit seinen Friedensvorstellungen und seinen humanitären Zielen.

Die Delegierten bildeten acht Arbeitsgruppen, in denen alles diskutiert wurde, von US-Präsident Reagans Strategischer Verteidigungs-Initiative (SDI) und dem Abwehrraketen-Vertrag über die »kulturelle Befreiung« in der Sowjetunion bis hin zur Frage, wie gemeinsame kapitalistisch-kommunistische Geschäftsunternehmungen zu formulieren wären.

Die amerikanischen Geschäftsleute einschließlich des ehemali-



Während Michail Gorbatschow für eine offene und demokratische Gesellschaft plädiert, ist der KGB entschieden gegen die Lockerung des eisernen Griffs der Kommunistischen Partei.

gen Control Data-Chefs, William Norris, kamen denn auch passenderweise in dem Moskauer Hotel zusammen, das von dem langjährigen sowjetischen Apologeten und Kollaborateur Armand Hammer gebaut worden ist.

Um in seinen Bemühungen, die westliche öffentliche Meinung zu beeinflussen, nichts dem Zufall zu überlassen, arrangierte Gorbatschow sogar die Teilnahme des »Menschenrechtlers« und Atomphysikers Andrei Sacharow, der erst vor kurzem aus fast zehnjährigem Exil wegen anti-sowjetischen Verhaltens freigelassen worden ist.

Unterdessen jedoch zeigte der KGB rücksichtslos seine Verachtung für den Versuch des Kreml-Führers, sich und den Kreml von der besten Seite zu zeigen. Während Gorbatschow

»glasnost« (Offenheit) predigte, praktizierten die KGB-Raufbolde in den Seitenstraßen Moskaus eine menschenrechts-verachtende Politik und ließen es sogar zu, daß westliche Fernsehteams einige der Aktionen der Geheimpolizei und ein paar Prügeleien filmten. Der KGB wußte sehr wohl, daß ihr Rowdytum später zur Hauptsendezeit über die Fernsehkanäle des Westens laufen würde, was genau das ist, was beabsichtigt war.

»Der KGB war darauf aus, Gorbatschow zu kompromittieren, indem man seine herausragende Kreml-Konferenz zu einer Farce degradieren wollte und man hat dabei gute Arbeit geleistet«, äußerte ein führender außenpolitischer Experte des Establishments in Sachen Sowjetunion.

Als die Demonstrationen wegen Begun begannen und die brutalen Reaktionen des KGB offensichtlich wurden, versuchte die neue Kreml-Führung rasch die Geheimpolizei durch einen Kunstgriff zu überlisten, indem sie verkündete, der Dissident sei aus dem Gefängnis entlassen worden.

Sich den Reformen widersetzen

Dies wurde zu einer weiteren Demütigung für Gorbatschow. Begun tauchte nicht in Moskau auf. Die Demonstrationen gingen weiter, ebenso wie die Schikanierungen des KGB, der die Demonstranten und die eifrig filmenden Fernsehteams verprügelte.

Das Gorbatschow-Regime wurde gezwungen, im amerikanischen Fernsehen dramatisch zu verkünden, daß alles unter Kontrolle sei und Begun aus dem Gefängnis entlassen worden wäre.

Georgi Arbatov, Direktor des Moskauer USA- und Kanada-Institutes, teilte dem amerikanischen Fernsehpublikum in der CBS-Nachrichtensendung »Face the Nation« mit, er habe soeben »von maßgebenden Quellen« einen Bericht erhalten, aus dem hervorginge, daß Begun tatsächlich auf freien Fuß gesetzt worden sei.

»Er ist jetzt frei«, sagte Arbatov. »Das kann ich Ihnen versichern.«

Doch das stimmte nicht. Der KGB widersetzte sich Parteichef Gorbatschow noch immer und machte ihn damit auf internationaler Ebene lächerlich.

Einige Tage später und nach viel Durcheinander entließ der KGB, als er endlich dazu bereit war, Josef Begun aus dem Gefängnis und ließ ihn nach Moskau zurückkehren.

Der KGB-Begun-Vorfall gewinnt noch mehr an Bedeutung im Hinblick auf die Tatsache, daß er nicht nur während Gorbatschows Friedensspektakel im Kreml-Palast passierte, sondern auch lediglich wenige Tage nach einem zwar nicht so propagandistischen, doch politisch weitaus wichtigeren Moskauer Ereignis.

Eine vom einflußreichen Council on Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen), CFR, unterstützte Delegation unter Leitung des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, des früheren UNO-Botschafters der USA Jeane Kirkpatrick und des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance war mit Gorbatschow zusammengetroffen, um Angelegenheiten von »beiderseitigem Interesse« zu besprechen.

Das dreitägige Treffen wurde von allen Beteiligten als ein Erfolg angesehen und ein »langer Schritt« in Richtung Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Die Amerikaner waren überzeugt, daß Gorbatschows Regierung wirklich an der Entwicklung einer demokratischeren und offeneren Gesellschaft in der Sowjetunion und insbesondere verbesserter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten interessiert sei.

»Das ungehörige und in hohem Maße publizierte Verhalten des KGB in den Moskauer Seitenstraßen hat in hohem Maße dazu beigetragen, von Gorbatschows Initiative abzulenken«, sagte ein hochrangiger Informant des CFR. »An der Sache ist mehr als für das bloße Auge sichtbar.

Es heißt wieder, trinken wie bisher

Der KGB ist einfach des Messers Schneide, an der Gorbatschow mit seinen Reformen, die von den Mächten in der Sowjetunion als radikal und potentiell

gefährlich angesehen werden, abprallt. Das Militär, die Parteibükratie und die Technokraten sind alle besorgt darüber, was seine angestrebten Veränderungen für sie und ihre etablierten Interessen bedeuten könnten.

Sie alle versuchen, sein Programm auf vielerlei Art zu verlangsamen, doch der KGB ist der Hauptakteur in dem Bemühen, Gorbatschow öffentlich zu kompromittieren.«

Andere Sowjetexperten mit jahrelangen Erfahrungen in Geheimdienstangelegenheiten stellen fest, daß Reformen fast aller kommunistischen Führer bisher durch die integrierten Elemente im sowjetischen System auf die eine oder andere Art behindert worden sind. Sein Vorschlag, bei kommunistischen Wahlen zwei Kandidaten aufzustellen, anstatt dem Wähler lediglich die übliche Ja- oder Nein-Stimme für einen einzigen Kandidaten einzuräumen, wurde von den Parteibükraten immer wieder torpediert.

Wettbewerb – selbst solcher, der von der Partei kontrolliert wird – findet kein Wohlwollen bei den Kadern. Er stellt für ihre traditionelle Macht, die mit der Belohnung der treuen Dienste ihrer Busenfreunde verbunden ist, eine potentielle Bedrohung dar.

Gorbatschows Kampagne gegen Alkoholismus ist kläglich gescheitert. Nach nur wenigen Monaten wurde das Programm wieder abgeschafft. Es heißt wieder »trinken wie bisher« in der Sowjetunion. Offensichtlich ist der Alkohol in der UdSSR das Opium des Volkes. So läßt es sich leichter durch den KGB kontrollieren.

Der Initiative des sowjetischen Parteichefs zur Atomwaffen-Begrenzung, die Reagan zum ersten Mal auf der Gipfelkonferenz in Reykjavik vorgeschlagen wurde, hat sich das Militär heftig widersetzt. In dem einflußreichen Magazin »Military Thought« schrieb General Vasilj Yasakov vom sowjetischen Generalstab vor kurzem: »Die Rolle der sowjetischen Militärstreitkräfte besteht nicht in der Abrüstung, sondern vielmehr in der Bewaffnung und der Bereitschaft, das Mutterland gegen jede Bedrohung aus dem Ausland zu verteidigen.« □

Philippinen

Der Kriegsheld Marcos

William Carmichael

Hat Ferdinand Marcos über seine Vergangenheit und seine Taten während des Krieges die Unwahrheit gesagt und hat er deshalb Wahlbetrug begangen? Obwohl die westlichen Establishment-Medien andere Tatsachen versuchen in der Öffentlichkeit durchzusetzen, gestützt von einer Reihe Mitgliedern des amerikanischen Kongresses, liegt die Wahrheit bei Marcos.

Die westlichen Establishment-Medien regten sich darüber auf, daß Ferdinand Marcos bezüglich seiner Aktivitäten im Zweiten Weltkrieg gelogen hat, obwohl sie ebenso wie der amerikanische Kongreß die Wahrheit wußten. Die Wahrheit ist, daß Marcos tatsächlich von der amerikanischen Regierung ausgezeichnet worden ist, und daß er tatsächlich eine Guerilla-Gruppe gegen die Japaner geführt hat.

So läßt man einen Vasallen fallen

Als die »New York Times« den Sturz von Ferdinand Marcos forderte und ihn wegen seiner Lügen über seine Kriegsaktivitäten beschuldigte, zog sie damit ihre eigenen Leitartikel in Zweifel. Der »New York Times« zufolge ist Marcos der höchstdekorierte Kriegsheld der Philippinen. Wörtlich heißt es: »Die philippinische Regierung sagt, er habe im Zweiten Weltkrieg 32 Orden für Heldentaten bekommen, davon zwei von der US-Armee.«

Zwei der Orden waren für seine Aktivitäten als Guerilla-Führer; der Rest für die Heldentaten vor der Kapitulation der Philippinen vor den Vereinigten Staaten im Jahr 1942 beziehungsweise nach der Rückkehr der amerikanischen Streitkräfte nach Luzon, der Hauptinsel der Philippinen, im Jahr 1945.

Während die »New York Times« also in Leitartikeln behauptet, Marcos besäße die Orden nicht, die er vorgibt zu haben, steht in früheren Zeitungsartikeln das genaue Gegenteil.

Wenn man die Nachrichten in der »New York Times« sorgfältig liest, so stellt man fest, daß die US-Armee die Behauptung von Marcos im Jahr 1948 zurückwies, die »Ang Mga Maharlika Unit« bekäme noch Zahlungen für Guerilla-Aktivitäten im Krieg. Aus den Dokumenten geht jedoch nicht hervor, daß Marcos die Maharlika nicht angeführt hat oder an Guerilla-Aktivitäten nicht teilgenommen hat. Das Dokument, in dem die Einheit von Hauptmann Elbert R. Curtos in Zweifel gezogen wird, gibt an, sie sei »betrügerisch« gewesen und »habe nie existiert«.

Doch in der »New York Times« heißt es: »Aus einem anderen Dokument der Armee geht hervor, daß die Maharlika entgegen der Behauptung von Marcos vor der Ankunft der Amerikaner keine Waffen besessen hat.«

MacArthur zeichnete Marcos aus

Das heißt, die Einheit existierte, doch hatte sie vor Januar 1945 – einem Armee-Dokument zufolge – keine Waffen. Das bedeutet nur, daß die Armee ihnen keine Waffen gegeben hat, und nicht, daß die Guerilla-Gruppe sich nicht irgendwo anders her Waffen besorgt hat – was in keinem offiziellen Armee-Dokument erscheinen würde.

Die »New York Times« wies auch darauf hin, daß die Aussagen von Marcos durch ein weiteres Armee-Dokument gestützt werden: »Die Armee hat 111

Philippinen

Der Kriegsheld Marcos

Leute identifiziert, die für ihren Dienst bei den amerikanischen Streitkräften nach dem Januar 1945 auf Marcos' Maharlika-Namensliste standen.«

Inzwischen »bestätigt« das Establishment Anschuldigungen von Corazon Aquino, daß Marcos »versucht, seine Feigheit hinter einer Sammlung militärischer Auszeichnungen zu verstecken, die er sich niemals auf dem Kampffeld erworben hat«. Doch er hat diese Auszeichnungen verdient und amerikanische Armee-Dokumente beweisen dies.

Kein Zivilist oder Soldat in den Vereinigten Staaten wußte mehr über den Krieg im Pazifik oder speziell auf den Philippinen als General Douglas MacArthur. Es war MacArthur, der Marcos persönlich mit dem amerikanischen Militärverdienstkreuz ausgezeichnet hat. Bei der Verleihung der Auszeichnung für Tapferkeit im Kampf weit über die Pflichten hinaus sagte MacArthur öffentlich, ohne Marcos' Verdienste wäre Bataan drei Monate eher gefallen, als es fiel.

Die »New York Times« und verschiedene amerikanische Kongreß-Mitglieder wie der demokratische Abgeordnete Stephen Solarz oder Senator Richard Lugar hatten also keine Schwierigkeiten, Beweise zu »finden«, daß Marcos seine Orden nicht wirklich erworben hat, doch offensichtlich stießen sie nicht auf die Aussagen einer der meistzitierten Persönlichkeiten aus dem Zweiten Weltkrieg, General Douglas MacArthur.

Da Ferdinand Marcos und sein Bruder Pacifico beide Reserveoffiziere unter MacArthurs nationalem Verteidigungs-Trainingsprogramm waren, unterlagen sie beide der Mobilmachung. Als Marcos am 15. November 1941 – ein paar Wochen vor Pearl Harbor – eingezogen wurde, machte man ihn zum Nachrichtenoffizier der 21. Infanteriedivision, die bei Tarlac in der Zentralebene von Luzon im Hinblick auf die erwartete Invasion der Japaner über den Golf von Lingayen gebildet wurde.



Ferdinand Marcos ist von der Reagan-Administration nicht nur als philippinischer Präsident vertrieben worden, jetzt versuchen die USA ihm sogar seine Verdienste während des Zweiten Weltkrieges abzusprechen, die mit hohen amerikanischen Auszeichnungen belohnt worden waren.

Als Marcos im Zentrum der Mobilmachung eintraf, fand er eine völlig verwirnte Situation vor. Es gab nur wenig Uniformen und noch weniger Waffen. Einigen Männern hatte man völlig veraltete Enfield-Gewehre aus dem Ersten Weltkrieg gegeben, mit denen sie nicht vertraut waren; viele waren in Zivil.

Panzer gegen Buschmesser

Die Japaner landeten am 10., 11. und 12. Dezember ohne Probleme in Aparri und Vigan – im Norden von Luzon – und in Legaspi – im Südosten –, nachdem Flugzeuge der amerikanischen Luftwaffe von japanischen Bombern am Boden zerstört worden waren.

Die Invasoren aus dem Norden schlossen sich zusammen und nahmen Richtung auf den Lingayen-Golf; der südliche Teil machte sich entlang der Eisenbahnlinie nach Manila auf den Weg. Um diesem Umklammerungsangriff zu begegnen, wurde MacArthur wieder in den aktiven Dienst zurückbeordert. Er vereinigte die philippinischen Streitkräfte mit den US-Streitkräften in Fernost.

Am 22. Dezember landeten die Japaner im Lingayen-Golf mit 43 000 Mann aus 85 Transportern. Zwischen den Japanern und Manila stand General Wainwright (»Essig-Joe«, MacArthurs zweiter Befehlshaber) mit drei untrainierten Filipino-Divisionen, einer Kompanie phi-

lippinischer Pfadfinder zu Pferde, zwei Batterien mit 155-Millimeter-Gewehren und einer Batterie mit veralteten 2,95-Zoll-»Gebirgsgewehren«, insgesamt 28 000 Mann.

Es gab so wenig Transportmöglichkeiten und so viel Mangel an Organisation, daß Marcos auf seinen Patrouillen seinen eigenen Wagen benutzte.

Die Japaner schickten ihre Panzer gegen die mit Buschmessern bewaffneten Filipinos, und das Ergebnis war vorhersagbar. Die Pfadfinder zu Pferde wurden vernichtet, die sogenannte »Armee« fiel auseinander.

Viele Männer – von ihren Einheiten abgeschnitten und meist ohne Uniform – verschwanden einfach in den Bergen, statt sich zu ergeben, und wurden später als Deserteure bezeichnet, eine Situation, die nach dem Krieg erhebliche Probleme verursachte, da viele dieser Männer mit den Guerilla-Einheiten gekämpft haben, doch ihre Bemühungen wurden niemals anerkannt.

Die Japaner nannten sie »Schattenarmee«, untrainiert, unbewaffnet, ohne Unterstützung aus der Luft oder von der See her und schlecht geführt.

Ob aus Unerfahrenheit oder Panik – oder einer Kombination aus beidem – jagten philippinische Zerstörerteams wichtige Brücken in die Luft, bevor ihre eigenen Einheiten sie passiert hatten; somit waren die wenigen Panzer und Gewehre, die man hatte, bald verloren.

Marcos erbeutete Samuraischwert

Marcos war in jenen ersten Wochen des Feldzuges in eine Reihe von Zusammenstößen mit dem Feind verwickelt, die alle dokumentiert sind. Der Feldzug war schon verloren, bevor er noch richtig begonnen hatte. Doch der Leutnant, der später Präsident werden sollte, setzte den Kampf fort und bereitete den Rückzug nach Bataan vor, ein Manöver, das von MacArthur im Falle eines japanischen Angriffs geplant worden war.

Marcos war verantwortlich für das erste erbeutete japanische Samuraischwert, das in die Hän-

de der Vereinigten Staaten fiel. Und das passierte so: Marcos feierte den Neujahrstag des Jahres 1942 mit einem Überfall auf eine Kompanie japanischer Radfahrer. Die Infanterie hatte zusammenklappbare Fahrräder, auf denen sie längere Strecken schneller zurücklegen konnten, als zu Fuß.

Marcos' Aufklärungseinheit entdeckte eine Kompanie Radfahrer, die auf eine Brücke zufuhren. Er alarmierte eine Mannschaft mit Maschinengewehren und überfiel die Japaner aus dem Hinterhalt. Vierzig Japaner wurden getötet, der Rest zog sich zurück. Die philippinischen Einheiten kaperten die 40 Fahrräder, Lebensmittel, Waffen und Munition. Marcos nahm einem toten japanischen Offizier ein Samuraischwert ab.

Als Marcos zu seiner Einheit zurückgekehrt war, gab er Brigadegeneral Mateo M. Capinpin, dem Divisionschef, die Siegesbeute, der sie an Brigadegeneral Manuel Roxas, den Adjutanten MacArthurs, weitergab. MacArthur seinerseits schickte das Schwert an den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Es war das erste erbeutete japanische Schwert, das nach Amerika kam.

Zu glauben, der übergenaue MacArthur hätte nichts über die Umstände der Erbeutung des Schwertes gewußt, beziehungsweise wer dafür verantwortlich war, hieße, einen seiner ureigensten Charakterzüge verkennen. MacArthur kannte den Namen »Marcos« und wußte, was der philippinische Offizier getan hat.

In der Nacht vom 5. Januar 1942 überquerte Marcos' Division den Fluß Culo unterhalb von Layac und erreichte Bataan. Marcos war in der Nachhut. Er befand sich in der letzten Einheit, die die Brücke überquerte, bevor sie gesprengt wurde.

Außergewöhnliches Heldentum und Tapferkeit

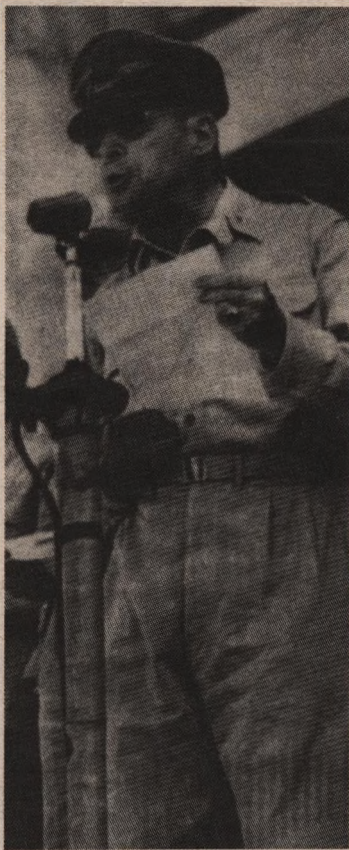
Marcos führte den Befehl über einen Spähtrupp, zu dem Teile der 23. Infanterie gehörten. Die letzte vollständige Einheit, die sich zurückzog, war die 26. Kavallerie. Dann folgte der Marcos-Trupp gegen 2 Uhr in der Frühe, als Wainwright den Befehl zur Sprengung der Brücke gab.

Alle diese Details können belegt werden und sind belegt worden von Leuten, die damals dabei gewesen sind.

Jene, die damals Orden verdient haben für die Verteidigung der Philippinen, bekamen auch Orden. Marcos hat von MacArthur für seine Verdienste das Militärverdienstkreuz bekommen. Das ist jener Orden, von dem die »New York Times« behauptet, er sei unverdient, und sie plappert damit Mrs. Aquino nach.

Marcos führte weiterhin Spähtruppen an und infiltrierte in die feindlichen Linien. Einmal wurde er durch einen Schuß ins linke Knie verletzt. Wenige Tage später traf ihn die Kugel eines Hekenschützen. Er holte sie sich selbst heraus, schleppte sich hinter die eigenen Linien zurück und lehnte es ab, ins Lazarett zu gehen. Das Verwundeten-Abzeichen erhielt er aufgrund seines Einsatzes in vorderster Front.

Alle diese Heldentaten sind offiziell festgehalten. Bataan befand sich noch immer in amerikanischer Hand. Verwundeten-Ab-



US-General Douglas MacArthur hat Ferdinand Marcos persönlich mit dem amerikanischen Militärverdienstkreuz ausgezeichnet.

zeichen und andere Ehrungen sind von MacArthur und später von Wainwright nicht wahllos verliehen worden.

Doch nichts von diesen Informationen findet sich in der Berichterstattung der »New York Times« und anderer westlicher Medien über die jüngsten Ereignisse auf den Philippinen und in den unbestätigten Aussagen von Mrs. Aquino.

Später führte Marcos einen kleinen Trupp gegen feindliche Geschützpositionen im Mount Natib. Für die erfolgreiche Operation erhielt er unter anderem den Silver Star. In der Belobigung heißt es:

»Marcos griff mit drei Männern eine weitaus überlegene feindliche Einheit an, die die Vorpösten und die Maschinengewehrstände der 21. philippinischen Infanterie eingenommen hatten, und vertrieb sie. Der Feind zog sich zurück. Sein kaltblütiges Verhalten im Kampffeuern, sein beispielhafter Mut und die völlige Außerachtlassung seiner persönlichen Sicherheit inspirierten die Männer unter ihm, sich wie erfahrene Soldaten zu verhalten.«

Marcos wurde auch zum ersten Leutnant befördert. Auch dies alles ist dokumentiert und kann nachgewiesen werden. Leider konnte es die »New York Times« offenbar nicht finden.

Vier Tage später wurde Marcos für die Ehrenmedaille des amerikanischen Kongresses empfohlen, die »für außergewöhnliches Heldentum und Tapferkeit weit über die Dienstpflicht hinaus im Einsatz seines Lebens gegen die Übermacht des Feindes« verliehen wird.

Die Demontage eines Helden

Marcos war gefangengenommen und gefoltert worden und war dann geflohen. Er sammelte Teile des 3. Bataillons, der 21. Infanterie, der 21. Division und Nachzügler der 51. Division um sich, mit denen er sich seinen Weg durch die Mündung von Sallian und Abo-Abo kämpfte, um einen Verteidigungsblock gegen die Japaner der 9. Infanterie unter Oberst Susumu Takechi zu errichten, der sich seinen Weg Richtung Osten zum Fluß Sallian bahnte.

Nachdem Marcos ihnen eine Niederlage beigebracht und selbst zahlreiche Opfer zu beklagen hatte, kämpfte er sich mit seinen Leuten den Weg zurück zu den amerikanischen Linien in Pilar-Bagac; das geschah alles am 26. Januar 1942. Er brauchte sechs Tage dazu.

Die folgende Beschreibung ist den Empfehlungen für die Ehrenmedaille des amerikanischen Kongresses entnommen:

Hätte Marcos nicht getan, was er tat, wäre das 2. Corps »ausfindig gemacht worden und Bataan wäre vielleicht schon eher gefallen«. Für die Führung, die er bei dieser Heldentat gezeigt hat, wurde Marcos von Wainwright telefonisch von Corregidor aus zum Hauptmann befördert. Nach einer eidesstattlichen Erklärung von Hauptmann Aurelio Lucero, Capinpins Adjutanten, ordnete Wainwright auch an, daß die Papiere für die Empfehlung zur Verleihung der Ehrenmedaille des Kongresses an Marcos vorbereitet werden sollten. Dies geschah.

Wären die Papiere in den letzten Tagen von Bataan nicht verlorengegangen, wäre Marcos der einzige philippinische Offizier gewesen, der Amerikas höchste Auszeichnung in der Schlacht von Bataan bekommen hätte.

Marcos überlebte Gefängnis und Folter

Im April 1942 fing die Bevölkerung auf den Philippinen an zu erkennen, daß die Vereinigten Staaten ihnen nicht zu Hilfe kommen würden – zumindest nicht in allernächster Zeit. General Douglas MacArthur war zusammen mit den Führern der philippinischen Regierung nach Australien gegangen. Die Japaner hatten die Kontrolle über Manila.

Der junge philippinische Offizier Ferdinand Marcos gehörte zu jenen amerikanischen und philippinischen Streitkräften, die zurückgeblieben waren und an zwei kleinen Territorien festhielten – Bataan und Corregidor. Nahrungsmittel waren knapp, Krankheiten griffen um sich.

Sie hielten aus gegen die unmöglichsten Widerstände und niemand wollte das Offensichtliche zugeben: wenn Bataan fiel,

Philippinen

Der Kriegsheld Marcos

mußte auch Corregidor zusammenbrechen und mit ihm der letzte Rest amerikanischen Widerstandes gegen die japanische Besetzung auf den Philippinen.

Auf Befehl von Washington führte Marcos – jetzt Hauptmann Marcos – amerikanische und philippinische Truppen durch die feindlichen Linien hindurch mit der Mission, ein Spionage- und Sabotagenetz über der ganzen Hauptinsel einzurichten und auf MacArthurs Rückkehr zu warten.

Die letzte Verteidigungslinie auf Bataan waren Positionen an den Abhängen von Mount Samat gegenüber der Manila Bay. Im April 1942 durchbrachen die Japaner diese Linien.

Marcos hatte bereits zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Bei der letzten Verteidigung von Bataan bekam er eine weitere mit folgender Begründung: »Ungeachtet seiner persönlichen Sicherheit und unter kontinuierlichen Luft- und Artillerieangriffen sowie unter dem feindlichen Feuer von Automatikwaffen und Maschinengewehren versammelte Hauptmann Ferdinand Marcos, obwohl selbst durch Bauchschuß in erheblichem Maße verletzt, Nachzügler auf dem Berg Samat und führte die Männer zu einer neuen Widerstandslinie zusammen.

Durch seine Kühnheit und seinen Wagemut ermutigte er die demoralisierten und schockierten Nachzügler dazu, gegen den Feind zurückzuschlagen. Durch das Beispiel an Kaltblütigkeit und unter Vernachlässigung seiner persönlichen Sicherheit entfachte er in den Offizieren und Männern neuen Kampfegeist, so daß der Kampf, der an den südöstlichen Abhängen des Berges Samat folgte, selbst von den Japanern und deren kommandierenden Offizieren als der härteste Kampf im zweiten Bataan-Feldzug bezeichnet worden ist.«

Der »Todesmarsch« hatte begonnen

Marcos hatte versucht seinen Kommandeur, Brigadegeneral Mateo M. Capinpin, der gefan-

genommen worden war, als er mit seinen Männern in den vordersten Linien gekämpft hatte, zu retten, dabei wurde er verwundet. Die Frage nach der Kapitulation existierte nicht mehr, es ging nur noch darum, wann es passieren würde.

Marcos beschloß auf eine der anderen Inseln zu entkommen und von dort einen Widerstand zu organisieren. Mit etwa 60 Männern – nur 12 von ihnen unverwundet – schaffte es Marcos, sich durch die japanischen Linien hindurchzuschlagen und zum Strand im Hafen von Manila zu kommen.

Sie versuchten in zwei Booten zu entkommen, doch wurden sie von einem japanischen Vorpostenboot überrascht. Das erste, von einem Freund Marcos' kommandierte Boot, wurde mitsamt der ganzen Besatzung versenkt. Marcos schaffte es mit seiner Truppe zurück an Land.

Beginnend mit 30 Mann hatte er schließlich noch 100 weitere Nachzügler beisammen, als er versuchte durch feindliche Linien hindurch Pampanga zu erreichen. Im Dunkeln jedoch liefen sie einem Trupp von Japanern direkt in die Arme. Fast die Hälfte der Männer wurde getötet.

Marcos und drei Männer wurden auf der Flucht gefangengenommen. Sie wurden sofort bewußtlos geschlagen.

Als Marcos das Bewußtsein wiedererlangte, lag er am Boden mit den Händen am Rücken gefesselt. Nachdem er einige Tage lang verhört worden war, erfuhr er von der Kapitulation von Corregidor. Kurz danach wurde ihm befohlen, sich einer Reihe Gefangener anzuschließen, von denen viele verwundet waren. Alle waren sie geschwächt durch Hunger und Krankheit und doch wurden sie auf den »Todesmarsch« geschickt.

Fünzigtausend Mann begannen über die Tiefebene von Luzon zu marschieren. Fünfzehntausend starben auf dem Weg aus den verschiedensten Gründen. Die Hälfte jener, die Camp O'Donnell lebend erreichten, starb dort innerhalb der ersten drei Monate der Gefangenschaft. Fünftausend weitere starben aufgrund eines Schocks, den sie unmittelbar nach ihrer Freilassung erlitten.

Marcos überlebte. Als er im Camp ankam, wog er 105 Pfund, er war verwundet und unterernährt. Wie er die ersten paar Wochen der Gefangenschaft überlebte, ist ihm rätselhaft. Das erste, was er sah, als er im Camp O'Donnell ankam, war, wie sein Cousin aus der Reihe heraustreten mußte. Am nächsten Tag wurde dessen Kopf in Alkohol konserviert Verwandten übergeben.

Die Folter dauerte tagelang

Seiner Mutter gelang es, mehrere Wachen zu bestechen, um Marcos' Lebensmittel und Medizin zukommen zu lassen sowie einen Liter Glykoselösung, die ihm von einem Sanitäter intravenös verabreicht wurde.

Während die Amerikaner für die Dauer der japanischen Besatzung gefangengenommen wurden, ließ man die einheimischen Filipinos oft auf Ehrenwort frei, wenn sie einen Eid schworen, der Besatzungsmacht nicht in die Quere zu kommen. Viele, so auch Marcos, leisteten diesen Eid ohne die Absicht ihn einzuhalten. Am 4. August 1942 wurde Marcos auf Ehrenwort entlassen. Seine Mutter erwartete ihn am Tor. Im Hause seiner Mutter hatte er Zeit für eine Mahlzeit. Dann kam eine japanische Patrouille und verhaftete ihn.

Man brachte ihn nach Fort Santiago, dem Hauptquartier des japanischen Geheimdienstes Kempei Tai. Wenige Wochen später wurde Josefa Marcos mitgeteilt, ihr ältester Sohn sei »tot«.

Marcos war nicht tot, doch nicht weit davon entfernt. Die Japaner wollten Informationen über philippinische Guerilla-Gruppen, nachdem sie auf Beweise gestoßen waren, daß Marcos Amerikaner und Filipinos durch die feindlichen Linien gebracht hatte, um ein Spionagenetz aufzubauen.

Zwei Tage lang hielt man ihn in einem Kerker ohne Nahrung und Wasser fest. Als er sich weiterhin weigerte zu reden, wurde er an den Daumen aufgehängt und mit einem Lederriemen geschlagen. Als er das Bewußtsein verlor, schüttete man Wasser über ihn, um ihn wieder zu beleben. Schließlich schnitt man ihn ab und ließ ihn auf dem Steinbo-

den liegen; er weigerte sich noch immer zu reden.

Man führte ein Gummirohr in seinen Mund und pumpte ihn buchstäblich mit Wasser voll. Dann sprang der Befrager ihm gegen den Bauch. Die Folter dauerte tagelang.

Schließlich gelang es Marcos zu fliehen. Er meinte später, es war zurückzuführen auf den Druck, der auf die örtlichen japanischen Behörden ausgeübt wurde, etwas gegen die Guerilla-Aktivitäten zu unternehmen, und die Tatsache, daß die lokalen Behörden nach dem Strohhalmmotiv, um einige Erfolge aufzuweisen.

Marcos wurde gefragt, ob er einen Mann namens Vincente Umali kenne. Er sagte, daß es sich um den Bürgermeister einer Stadt mit Namen Sariaya in Tayabas handele. »Führe uns zu ihm und wir lassen dich laufen«, wurde ihm gesagt. Marcos stimmte zu.

Später erzählte er Freunden, er habe gehofft, der Konvoi würde aus dem Hinterhalt angegriffen oder es möge sich irgendeine andere Gelegenheit zur Flucht ergeben. Er hatte Glück.

Am folgenden Tag ging es mit einem Lastkraftwagen los. In der Provinz Tayabas hatte er sich mit einem Freund vom Todesmarsch verabredet und es handelte sich dort um einen starken nationalen Stützpunkt.

Marcos sagte dem japanischen Kommandeur der Expedition, er solle die Stadt Candelaria »am Fuße des Berges Banashaw« ansteuern. Er war sicher, daß sich dort Guerillas aufhielten, doch er beabsichtigte nicht, diese dem Feind auszuliefern; vielmehr hoffte er, sie würden sich der Japaner annehmen.

Auf dem Weg dorthin wurde der Konvoi aus dem Hinterhalt überfallen. Seine Hoffnungen hatten sich erfüllt. Marcos rollte sich vom Auto herunter und versteckte sich. Zehn Japaner wurden getötet und der Rest türmte nach Candelaria. Marcos wurde von den Guerillas gerettet.

Er hatte die Japaner besser geführt, als er gedacht hatte. Sein Retter war Vincente Umali. Bei ihm waren zwei andere, die Marcos gut kannte: Primitivo San Agustin und Leonilo Ocampo. □

Nicaragua

Contras rüsten sich für langen Krieg

Victor Marchetti

Harte Zeiten sind angesagt für die nicaraguanische Contra-Bewegung in ihrem immer verzweifelteren Kampf, das kommunistische Regime der Sandinisten in diesem kleinen zentralamerikanischen Land zu destabilisieren.

Die Führung der United Nicaraguan Opposition (UNO), die Dachorganisation der Contras, ist auseinandergefallen. Adolfo Calero, das mächtigste Mitglied der Führungsspitze, wurde von den anderen beiden Führern, Alfonso Robelo und Arturo Cruz, zum Rücktritt gezwungen.

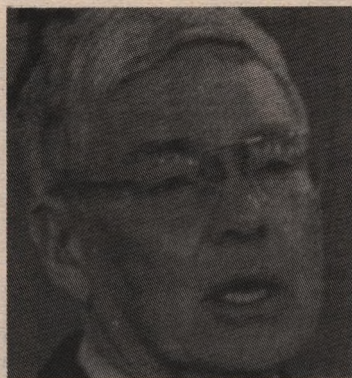
Coca-Cola-Abfüller und CIA-Agent

Calero bleibt jedoch die Kontrolle über die Nicaraguan Democratic Force (FDN), die den größten Teil der schätzungsweise 15 000 Widerstandskämpfer umfaßt, die die weitaus größere Anzahl und besser ausgerüsteten bewaffneten Streitkräfte der Sandinisten herausfordern.

Calero und acht seiner Oberstleutnants einschließlich Enrique Bermudez, der Militärbefehlshaber der FDN, wurden von den anderen Führern beschuldigt, »eine undemokratische Einstellung« zu haben und Verbindungen zu Beamten des früheren Somoza-Regimes zu unterhalten, der Diktatur, die im Jahr 1979 von den Sandinisten gestürzt worden ist.

Bermudez war Oberst in Somozas Nationalgarde. Calero war ein Coca-Cola-Abfüller und CIA-Agent zur Zeit der Regierung Somoza.

Robelo und Cruz, die vom CIA in die Contra-Führung gebracht worden sind, um für die Widerstandsbewegung die Unterstüt-



Paul Gorman tadelt die Reagan-Regierung und den CIA, weil sie beide den Contras die falsche Art von Hilfe zukommen ließen.

zung des amerikanischen Kongresses zu gewinnen, haben angekündigt, daß sie ebenfalls beabsichtigen, von ihren Posten zurückzutreten. Doch es wird erwartet, daß alle drei loyale Verbündete zu ihren Nachfolgern machen werden, weshalb der politische Nahkampf in der Führungsspitze wohl andauern wird, so ein ehemaliger CIA-Beamter, der mit der Situation in Nicaragua eng vertraut ist.

»Das Führungsproblem reicht tiefer als nur persönliche Konflikte«, sagte dieser Informant. »Es ist eine komplizierte Sache miteinander kollidierender Ideologien und politischer Rivalitäten. Robelo war früher ein wohlhabender Geschäftsmann und Mitglied der Sandinisten-Partei.

Cruz ist ein ehemaliger Banker und Mitglied der ursprünglichen sandinistischen Junta. Er ist ge-

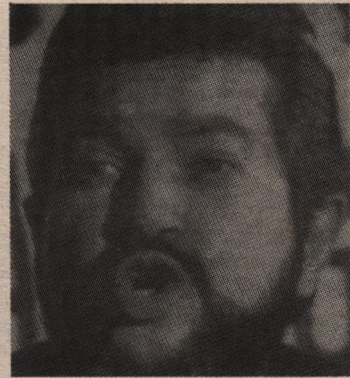
wissermaßen ein Intellektueller und ein früherer Rivale von Ortega.«

Daniel Ortega ist der derzeitige sandinistische Diktator Nicaraguas.

»Ich denke, man kann sagen, Cruz und Robelo sind Linke und Calero ist einer vom rechten Flügel.«

Ohne Aussicht auf Erfolg

Die Verwirrung an der Spitze der Contra-Bewegung ist nur eines der vielen Probleme, die drohen, die Reagan-Doktrin in Mittelamerika zum Gespött zu machen. Mit der Aufdeckung des amerikanisch-iranischen Geschäfts Waffen-gegen-Geiseln und der Ableitung einiger Gel-



Alfonso Robelo, Mitglied der Führungsspitze der Contras, war früher ein wohlhabender Geschäftsmann und Sandinist.

der daraus in die Unterstützung der Contras, hat sich die Hilfe durch Private in Wohlgefallen aufgelöst.

Die Anti-Contras-Koalition im amerikanischen Kongreß ist – Informanten aus ihren innersten Kreisen zufolge – zuversichtlich, daß man die verbleibenden Hilfgelder in Höhe von 40 Millionen Dollar an die Contras, die im letzten Jahr bewilligt wurden, noch hinauszögern, wenn nicht gar völlig streichen kann. 60 Millionen Dollar wurden bereits freigegeben.

Außerdem sind diese Quellen der Meinung, daß in diesem Jahr kaum Chancen bestehen für weitere bedeutende Geldmittel zur militärischen Unterstützung der Befreiungsbewegung von seiten des amerikanischen Kongresses. Sie glauben, Präsident Reagans

Antrag auf 105 Millionen Dollar habe keine Aussicht auf Erfolg.

Was vielleicht noch wichtiger ist, ist die Tatsache, daß das Pentagon begonnen hat, die Effektivität der Geheimoperationen des CIA hinter der Contra-Bewegung offen zu kritisieren. Während Admiral William Crowe, Vorsitzender des Generalstabs, sich in der Öffentlichkeit weiterhin notgedrungen hinter die CIA-Operationen stellt, hat er auf inoffizieller Ebene bereits Zweifel über deren letztendliche Ergebnisse geäußert.

Ein Krieg ohne Sieg

General Paul Gorman, ehemaliger Chef der amerikanischen südlichen Heeresleitung, die verantwortlich ist für die Militäraktivitäten in Mittelamerika, war da jedoch weniger zurückhaltend in seiner Kritik an den CIA-Operationen. Er ließ den Heeresausschuß des US-Senats vor einiger Zeit wissen, daß er denke, die Sandinisten betrachten die Contras nicht als ernste Bedrohung. Er sagte: »Ich denke, die Sandinisten haben die Situation unter Kontrolle.«

Gorman, der jetzt Mitglied eines Präsidentenausschusses zur Planung der US-Strategie ist, tadelte die Reagan-Regierung und den CIA, weil sie beide den Contras die falsche Art von Hilfe zukommen ließen. Er meinte, die Contras würden einfach eine Sturmkampagne über die Grenzen hinweg, einen Krieg ohne Sieg führen.

Er riet darum, die nicaraguanischen Freiheitskämpfer sollten die vom Vietcong in Südvietnam angewandten Methoden kopieren, das heißt, eine geduldige, langfristige, unkonventionelle Strategie der Kriegsführung.

»Solange man sich nicht frei in einer Gesellschaft, die man angreifen will, bewegen kann, wird man kein effektiver Rebell werden«, meinte er gegenüber dem Ausschuß. Die Contras wurden vom CIA nicht darin geschult, sagte er, und er fügte gleich hinzu, er wüßte von keinem anderen Plan, um die Sandinisten aus dem Sattel zu heben.

Gormans Schlußfolgerung: »Ich sehe keinen Ausweg aus unseren gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Südafrika

Krieg der Kommu-Kapitalisten

Ivor Benson

Angesichts der gerade stattgefundenen Wahlen in Südafrika – die erste unter der neuen Verfassung – ist es nötig, die sich rasch verändernde Situation einer allgemeinen kritischen Prüfung zu unterziehen.

Lassen Sie mich eine solche Prüfung mit dem Versuch beginnen, eine Frage eines Lesers zu beantworten: »Tut der südafrikanische Präsident P. W. Botha das Richtige, um Südafrika zu retten?« Meine Antwort ist ein nachdrückliches »Nein«.

Ein unerklärter Krieg gegen das Land

Das bedeutet für die Freunde Südafrikas auf der Welt, daß Unterstützung für die gegenwärtige Regierung nicht das Gleiche ist wie Unterstützung für Südafrika. Das sind unerfreuliche Nachrichten, doch die Wahrheit muß gesagt werden, denn in den gegenwärtigen Umständen kann sie nur hilfreich sein.

Was ist Wahrheit? Ein anderer Name wäre »Realität«, die Realität des derzeitigen unerklärten Krieges gegen Südafrika. Diese Realität ist so umfassend, tief und unendlich komplex, daß ich nur einen Schimmer davon aufzeigen kann. Für Millionen liegt diese Wahrheit heute in der Dunkelheit feindlicher Propaganda, die Peter Simple vom Londoner »Daily Telegraph« als »eine Welt voller Lügen« bezeichnet hat.

Jeder Versuch einer Untersuchung der südafrikanischen Szene Stück um Stück wäre deshalb Zeitverschwendung und, was noch schlimmer wäre, er würde nur noch mehr Verwirrung stiften.

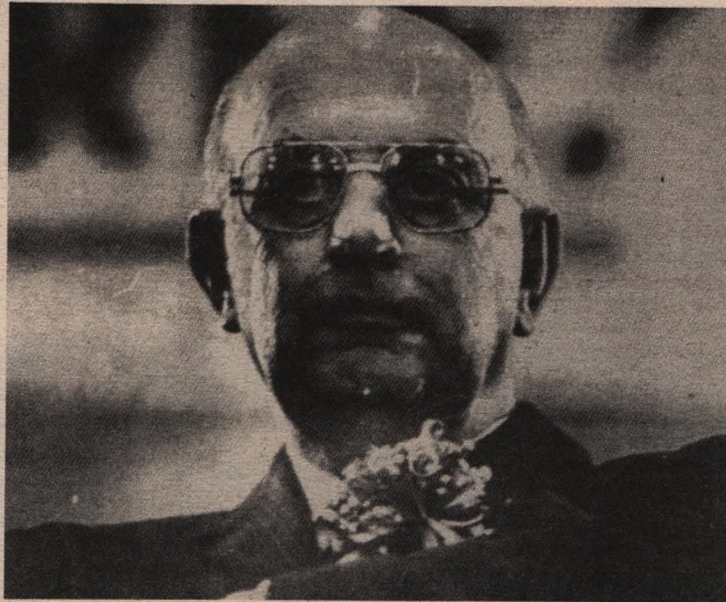
Viel Raum könnte gefüllt werden mit der Diskussion beliebiger Themen wie Präsident Bothas »Reform«-Vorschläge, die

einen »unerklärten, einseitigen Bürgerkrieg im Westen« beschrieben hat.

Wir brauchten zwar Bauer nicht, der uns das sagen mußte, doch wir erwähnen seinen Namen, um zu zeigen, daß viel echte Gelehrsamkeit dahintersteckt, die das Gesamtbild stützt, das wir versuchen darzustellen.

Nur eins der vielen Schlachtfelder

Seien wir also deshalb gewarnt, daß all diese offenkundigen Begründungen für die gegenwärtige Feindschaft gegen Südafrika



Südafrikas Präsident P. W. Botha will durch Reformen erreichen, daß man die Weißen dazu bringt, dafür zu stimmen, daß man ihnen ihre Rechte nimmt.

Streitfragen, die derzeit die beiden Oppositionsparteien der Rechten – angeführt von Mr. J. A. Marais und Dr. Andries Treurnicht – spalten; die Rolle des Führers des Sechs-Millionen-Stammes der Zulu, Chief Mangosuthu Buthelezi; US-Präsident Reagans Politik des »konstruktiven Engagements«.

Doch bevor irgendeine derartige Diskussion einen Sinn ergibt, brauchen wir eine Art Gesamtbild der Realität in Südafrika.

Diese Gesamtrealität läßt sich auf vielerlei Weise ausdrücken. Wir können damit beginnen zu sagen, daß der gegenwärtige, unerklärte Krieg gegen Südafrika nur eine Episode ist von dem, was Professor P. T. Bauer als

Falschdarstellungen sind, die sich auf Quellen in Zentren großer Macht – Geldmacht – vornehmlich im Westen, zurückführen lassen. Das heißt, daß Südafrika nur eines der Schlachtfelder ist in einem Kampf, in den alle Völker des Westens verwickelt sind.

Ein weiterer kurzer Einblick in die Realität: die Kräfte der Weltrevolution arbeiten heute von beiden Seiten des sogenannten Eisernen Vorhangs und fast immer in geheimem, betrügerischem Einvernehmen. Das ist der Grund, weshalb der terroristische südafrikanische Führer der Kommunistischen Partei, Joe Slovo, im Westen die allergrößte Bewegungsfreiheit genießt, warum die Terroristen

vom African National Congress (ANC) von kommunistischen Staaten geschult und bewaffnet werden, während in London und Washington für den ANC-Führer Oliver Tambo der rote Teppich ausgerollt wird.

Das ist der Grund, warum die Barbarei der »Halskrause«, die vom ANC gegen unschuldige Schwarze in Südafrika praktiziert wird, die führenden Zeitungen in der ganzen westlichen Welt nicht daran hindert, Winnie Mandela, die Frau des Kommunisten-Führers Nelson Mandela, wie eine Heldin zu feiern.

Wie viele Beweise brauchen wir noch für die Behauptung, daß ein und dasselbe Weltrevolutions-Programm gleichzeitig vom Westen und von der sogenannten kommunistischen Welt aus geführt wird? Daß es auf höchster Ebene eine Zusammenarbeit gibt? Wie sonst läßt sich der massive Transfer von westlichem Reichtum und westlicher Technologie erklären, der der Sowjetunion zu einem Status einer wichtigen Industrie- und Militärmacht verholfen hat?

Der Zweck dieses unerklärten Krieges gegen Südafrika ist also ein Umsturz der gleichen Art, wie er bereits in Angola, Mozambique und Rhodesien – heute Zimbabwe – durchgeführt wurde, mit dem Ergebnis, daß die Erwartungen der Machthaber auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs offenbar erfüllt worden sind. Kann man blind sein, daß man nicht in der Lage ist zu sehen, wie »Kapitalisten« und »Kommunisten« auf diesen drei Territorien zusammenarbeiten?

Verwirrung ist eine Waffe

Es ist eine reine Quantität an Desinformationen, die es dem einfachen Mann so schwer macht, die wenigen wichtigen Fakten, die zusammengehören, zu einem Bild zusammenzufügen, das dann alles erklärt.

Lassen wir uns nicht täuschen durch den qualvollen Aufschrei einer Horde Intellektueller, »Idealisten« und Kirchenmänner ohne festen Boden unter den Füßen. All dies sind lediglich Begleitphänomene der südafrikanischen Szene – wie Rauch, ein Begleitphänomen von Feuer,

sehr auffällig und manchmal so dicht ist, daß er das Feuer, von dem er ausgeht, völlig erstickt.

Natürlich gibt es Not und Elend in Südafrika, aber nicht mehr als in den meisten anderen Ländern und viel weniger als in irgendeinem anderen Land des afrikanischen Kontinents.

Nach einem kurzen Abriß der gesamten Realität können wir nun einen genaueren Blick auf die südafrikanische Szene werfen.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, was die Führer Südafrikas für eine Reaktion auf diese Herausforderung haben. Sie glauben, die Afrikaaner-Nation könne sich selbst retten und für alle Weißen die Zukunft sichern, indem sie ein Bündnis mit jenen Kräften schließt, die jetzt mit ihrem Land verfeindet sind. Sie meinen sicher zu sein, weil – wie es der Minister für konstitutionelle Entwicklung Christ Heunis formulierte – sie in der geplanten Multirassen-Ordnung »unentbehrlich« sein werden.

Die Politik, die Südafrikas Führer jetzt versuchen durchzusetzen, und die bereits die Form eines Drei-Kammer-Parlaments angenommen hat – Weiße, Farbige und Asiaten – wurde nicht von den südafrikanischen Führern erdacht; sie wurde im Ausland von »Verfassungsexperten« wie Professor Samuel Huntington von der Harvard Universität ausgearbeitet und ihnen verkauft. Diese Behauptung läßt sich belegen und der jüngste Beweis dafür ist ein »Arbeitspapier«, das vor kurzem von der Geheimgesellschaft Afrikaner Broederbond in Umlauf gebracht wurde.

Bei der Förderung dieser Politik halten es P. W. Botha und seine Kollegen für nötig, die gleichen Methoden der Verheimlichung und Täuschung zu benutzen wie ihre Feinde im Ausland; warum sonst ein so »streng geheimes« Arbeitspapier?

Vergessen ist die Lektion Rhodesien

Das von den Medien präsentierte Bild: Die Führer Südafrikas verschanzen sich und schlagen zurück; Notstandsbestimmungen sind in vielen Bereichen in Kraft; harte Polizei-Aktionen in

den Townships der Schwarzen; viele Verhaftungen; Einschränkungen der Pressefreiheit und Ausweisung einiger Journalisten und Fernseh-Kameralente; bewaffnete Razzien auf terroristische Stützpunkte benachbarter Territorien.

All dies ist nötig, ja unvermeidlich, um die Wählerschaft der Weißen davon zu überzeugen, den Plan für diese »neue Ordnung« zu akzeptieren. Wie in Rhodesien muß man sie dazu bringen, dafür zu stimmen, daß man ihnen ihre Rechte nimmt.

Der Hauptunterschied zwischen der Situation in Südafrika heute und der Rhodesiens kurz vor der endgültigen Kapitulation ist, daß es in Südafrika mehr Anzeichen von Volksverbundenheit oder Widerstand im Volk gibt, wo zwei Parteien der Opposition, die Herstigte Nasionale Party (HNP) und die Conservative Party (CP) rasch an Unterstützung gewinnen.

Eine weitere wichtige Interessengruppe, die sich Botha widersetzt, ist die Afrikaanes Weerstandsbeweging (AWB). Im Englischen auch unter dem Namen Afrikaner Resistance Movement (ARM) bekannt.

Es ist die wachsende Stärke dieser Gruppen, die Botha zu den Wahlen zu einem weißen Parlament trieb; er hat die Zeit nicht auf seiner Seite.

Bedeutsamerweise gerät die Progressive Federal Party, die viele Jahre lang die offizielle Opposition im Parlament war, immer rascher aus dem Blickfeld. Wozu noch eine Opposition auf der Linken, wenn die Regierung selbst so weit nach links gerückt ist?

Es gibt einen anderen Faktor, der den Widerstand in Südafrika begünstigt: Die Geschichte läßt sich nicht exakt wiederholen, da die Weißen Südafrikas von dem beeinflusst sind, was in Rhodesien passierte und der derzeitigen Zwangslage der Weißen in diesem Land. Die Lektionen von Angola und Mozambique sind ebenfalls nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen.

Mehr noch, das, was sich in Rhodesien abgespielt hat, ist auch an Südafrikas größtem und möglicherweise mächtigstem schwarzen Volk, den Zulus,

nicht spurlos vorbeigegangen. Ihr Führer, Chief Buthelezi, mußte schon einzigartig dumm sein, wenn er nicht davon ausginge, daß seine Zulus – wie die einst mächtigen Matabele in Rhodesien – in einer revolutionären »egalitären« Ordnung abgeschrieben sind.

Die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Weißen und dem stolzen Volk der Zulus kann kaum klar genug hervorgehoben werden. Diese Tatsache ist von den Feinden Südafrikas dagegen mit aller Schärfe erkannt worden, daher die spärliche Publizität für Buthelezi bei seinen Reisen ins Ausland.

Fehlfunktion des Verstandes

Kein massiver Polizeischutz ist nötig für Buthelezi, wenn er in einem schwarzen Township – wo alle anderen fürchten, der »Halskrausen«-Folter zum Opfer zu fallen oder zu Tode geschlagen zu werden – eine Massenveranstaltung für sein Volk abhält. Er hat seine eigene Art, mit dem marxistischen Terrorismus fertig zu werden.

Es gibt zahllose andere Faktoren, die zugunsten Südafrikas arbeiten, wenn man die Südafrikaner und ihre Freunde im Ausland nur deutlich darauf hinweisen könnte. Südafrika muß keinen Krieg gewinnen, sondern nur überleben. Es muß nur verhindern, in ein Chaos hineingezogen zu werden, das alle jene Staaten zu verchlingen droht, die jetzt auf Revolutionskurs sind.

Die Zustände in diesen Ländern – mit steigender Kriminalität, unlösbaren Rassenproblemen, Bürgerrevolte, Terrorismus und Drogenproblemen sowie jetzt noch AIDS – haben bereits ein Stadium erreicht, das Alexanders Solschenizin als »Metastase« bezeichnet hat – ein Zustand scheinbarer Stabilität unmittelbar vor dem endgültigen Zusammenbruch und alles infolge einer schrecklichen Haltlosigkeit eines Machtwillens –, einer der vielen Symptome einer religiösen Fehlfunktion des Verstandes, die der Psychologe C. G. Jung als »psychische Epidemie« beschrieben hat.

Genauso wichtig wie alles andere ist die Tatsache, daß Südafri-

ka einzigartig geeignet ist, eine heroische Haltung einzunehmen und Millionen Menschen auf der ganzen Welt einen Gefallen zu tun, indem es im Namen des gesamten Westens das Banner der Konterrevolution hißt. Denn es ist eines der wenigen Länder heutzutage, das vollständig von seinen eigenen Ressourcen leben und eine Notstandswirtschaft hinsetzen könnte, die überlebensfähig ist.

In der unmittelbaren Zukunft hängt viel von dem Ergebnis der derzeitigen Bemühungen ab, die Opposition gegen die Botha-Regierung und deren Politik der Anpassung und stückweisen Auslieferung zu vereinen. Jede andersartige Haltung und Denke im Fußvolk jener, die die HNP und CP unterstützen, ist vernachlässigbar, und zwar so sehr, daß ein Austausch der Führer kaum bemerkt werden würde.

In der HNP herrscht tiefes Verstehen, die CP ist pragmatischer. Doch eine ungeheuerere potentielle Stärke geht auch mit der Position Botha einher – ein großer Vorteil allein von der Tatsache her, daß er an der Macht ist und in der Lage ist, den Startschuß geben zu können, sowie den Vorteil hat, die Medien, einschließlich der regierungs-eigenen Rundfunkstationen auf seiner Seite zu haben.

Diese Macht kommt nicht aus dem Herzen und dem Verstand seines Volkes, sondern von der Macht und dem Einfluß einer Afrikaaner-Geldelite, die in den magischen Kreis einer noch größeren Geldmacht hineingezogen wurde, mit der sie aus Furcht, alles zu verlieren, was sie gewonnen hat, nicht zu streiten wagt – ganz zu schweigen von dem korrupten Einfluß jener »psychischen Epidemie«, die jetzt im Westen wütet.

Deshalb konnte Bothas Vorgehen vor den Wahlen mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden: er mußte sich daran machen, der Opposition die Schau zu stehlen, sich mit ihnen, also mit fremden Federn zu schmücken – und lauthals und zornig die in seinen Augen angeblichen Feinde Südafrikas zu denunzieren. Er tat es eifrig und heftig. Botha half auf diese Weise den eigentlichen Feinden Südafrikas. Und das ist die Realität! □

Steuerstaat

Professor Dr. Franz Klein, Präsident des Bundesfinanzhofs:

»Ist es sozial, wenn ein Arbeitnehmer, der arbeitet, sich wegen der Steuern und Abgaben schlechter stehen kann, als wenn er nicht arbeitet und deshalb steuerfrei ist? Die Sozialhilfe für eine mittellose städtische Familie mit zwei Kindern (10 und 16 Jahre) beträgt pro Jahr – steuer- und abgabenfrei – 29 868 Mark. Nach Abzug von 1800 Mark steuerfreies jährliches Kindergeld müßte ein arbeitender Familienvater in der Steuerklasse III/2 von den restlichen 28 068 Mark noch 7687 Mark Abgaben bezahlen. Der Sozialhilfebetrag entspricht im übrigen in Steuerklasse III/2 einem jährlichen Bruttogehalt von 40 864 Mark und damit nahezu dem durchschnittlichen Bruttoverdienst aller kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel der Bundesrepublik Deutschland.«

Einladung

Manfred von Ardenne, Physiker und Stalin-Preisträger:

»Am 15. Mai 1945, wenige Tage nach Kriegsende, waren die Generäle bei mir. Die Einladung in die Sowjetunion wurde mit großem Nachdruck gegeben. Wir folgten dieser Einladung. Während wir auf die bauliche Fertigstellung unseres Instituts warteten, erfolgte der Abwurf der Hiroshima-Bombe. Dies bewirkte eine thematische Änderung unserer Arbeit. Wenige Tage danach wurden wir nachts von unserer Datscha in einem Vorort Moskaus zu Marschall Berija, dem zweiten Mann nach Stalin, gerufen. Er saß in seinem Konferenzraum neben mir. Gegenüber saßen die sowjetischen Kernphysiker. Dann eröffnete er das Gespräch: »Wir möchten, daß Sie die sowjetische Atombombe bauen.« Ich hatte nur wenige Sekunden Zeit, nachzudenken. Ich machte einen Gegenvorschlag, da mir klar war, daß, wenn ich diesen Auftrag direkt erfüllt hätte, wir die Heimat zusammen mit allen unseren Freunden, Verwandten, aber auch mit den vielen deutschen Spezialisten nie wieder gesehen hätten. Mein Gegenvorschlag führte uns aus dieser Situation: Wir überneh-

men den schwierigeren Teil, die Entwicklung industrieller Verfahren zur Reinerstellung des Kernsprengstoffs Uran 235, die mir gegenüberstehenden sowjetischen Kernphysiker jedoch sollen die große Aufgabe für ihre Heimat lösen: die Schaffung der Atombombe selbst. Der Marschall ging mit seinen Herren in ein oberes Stockwerk und kam nach zehn Minuten zurück. Er sagte: »Ihr Vorschlag ist gut. So machen wir das.« Wir fingen mit der Arbeit an.«

Prüfstein

Alexander Solschenizyn, russischer Schriftsteller und Nobelpreisträger:

»Aus Westdeutschland hört man, daß dort 86 000 Naziverbrecher bis zum Jahr 1966 verurteilt wurden. Wir aber trumpfen auf, wir geizen nicht mit Zeitungsspalten und fordern wie ein Mann: »Auch 86 000 sind zu wenig! Auch zwanzig Jahre sind zu wenig! Weitermachen!« Aber das Hiesige hinter den grünen Zäunen in Moskau und bei Sotschi – daß die Mörder unserer Männer und Väter auf unseren Straßen fahren und wir ihnen den Weg freigegeben –, das kümmert uns nicht, das rührt uns nicht an, das heißt: »Im Vergangenen wühlen.« Wollte man indessen die 86 000 aus Westdeutschland auf unsere Verhältnisse übertragen, dann ergäbe das für unser Land eine Viertel-million! Ein Rätsel ist's: Warum ist es Deutschland gegeben, seine Mörder zu strafen, und Rußland nicht? Welcher verhängnisvoller Weg steht uns bevor, wenn es uns nicht gegeben ist, die giftige Fäulnis aus unserem Leibe zu schneiden? Was soll dann die Welt von Rußland lernen?«

Deutsche Nation

Golo Mann, Historiker: »Die Zukunft bringt immer wieder Überraschungen; sie hat manchmal mehr Phantasie, als wir sie haben – nicht nur im schlechtesten Sinne. Heute wird der Begriff »deutsche Nation« ja von der DDR wieder bejaht. Die Behauptung ist nur, daß sie in der DDR wahrhafter, besser repräsentiert werde als in der an den Westen gebundenen Bundesrepublik. Ich kann mich erinnern, daß vor etwa fünfzehn oder zwanzig Jahren einmal in

Berlin-Ost der Begriff »deutsche Nation« abgeschafft wurde. Ich habe darüber lachen müssen; was in tausend Jahren entstanden ist, läßt sich nicht durch einen Ukas abschaffen.«

Einheit

Karl Carstens, Alt-Bundespräsident:

»Preußen entstand in dem Teil Deutschlands, der heute die DDR ist. Aber es bildete schließlich eine Klammer, die den ganzen Norden Deutschlands – mehr als die Hälfte der Nation, von Königsberg bis Aachen – umschloß. Berlin, obwohl durch die Mauer künstlich geteilt, ist bis heute Symbol der gemeinsamen Geschichte aller Deutschen. Zum deutschen Nationalbewußtsein gehört auch das geistige Erbe der Ostprovinzen. Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Immanuel Kant haben in Schlesien und Ostpreußen gelebt. Sie haben unvergleichliche Beiträge zur deutschen Kultur geleistet.«

Sowjetunion

Juri Ljubimow, ausgebürgerter sowjetischer Regisseur:

»Mich beunruhigt sehr, daß sowohl Chruschtschow seinerzeit und jetzt Gorbatschow die Forderung erheben, daß die Gläubigen bestraft werden müssen. Das Paradoxe an Chruschtschow ist, daß er – ich weiß nicht wie viele – Gläubige in Gefängnisse gebracht hat, in Lager, zahllose Kirchen seinerzeit von ihm zerstört wurden, wie man über die Heiligtümer gelacht hat und wie sehr man sie beschmutzt hat. Jetzt gibt es bald das Millennium der Christianisierung Rußlands, und wiederum kommen diese anti-religiösen Aussagen. Sie bieten an, an wen zu glauben ist; wieder an Stalin, an Marx? Ist das Gott für sie? Dann folgt daraus, daß das nächste Ziel die Eroberung der Welt ist und die Vernichtung der westlichen Gesellschaft. Das war immer das endgültige Ziel, und nirgendwo wurde davon gesprochen, daß dies jetzt nicht mehr der Fall sei. Wo, fragen Sie mich in meinem nicht mehr jungen Alter, wo wurde das gesagt?«

Champion

Boris Becker, zweifacher Wimbledon-Sieger: »Wenn ich immer so spielen könnte, wäre ich fast Jesus Christus.«

Sozialismus

Friedrich Dürrenmatt, Schriftsteller: »Wir leben jetzt im Westen unter dem Primat der Freiheit. Aber die Zwänge, die auf uns zukommen, die wirtschaftlichen Probleme, die Probleme der dritten Welt, die Tatsache, daß es schon fünf Milliarden Menschen gibt, werden immer mehr die Menschheit unter das Primat der Gerechtigkeit stellen. Grob gesagt, der Sozialismus wird einfach notgedrungen – vielleicht auf eine ganz andere Art, als wir dies uns vorstellen – kommen.«

Safer Sex

Christa Meves, Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin:

»Die Moral unseres Gesundheits- und Familienministeriums hat sich ohne viel Federlesens dem christlichen Grundkonzept entwunden und hat in zielgerader Verlängerung weiter auf die entabuisierende, emanzipatorische Linie gesetzt. Weiterhin ist die schrankenlose Freiheit die heiligste Kuh – mit einer winzigen Ausnahme freilich, die dem Ministerium gegenüber den Praktiken der siebziger Jahre als eine bedauernswerte, aber unumgängliche Einschränkung der Lust erscheint: Die Spitzendamen beider Parteien, Rita Süsmuth (CDU) und Hertha Däubler-Gmelin (SPD), empfehlen »Safer Sex« per Kondom und damit die Unterstützung der Gummindustrie. Regierende, die mit Gumm statt mit Taten unsere verkommene Moral zu sanieren suchen, was dürfen wir von ihnen erhoffen?«

Zukunft

Akio Morita, Gründer und Chef des japanischen Weltkonzerns Sony:

»Die europäischen und amerikanischen Unternehmen haben nicht genug Geld in die Zukunft investiert. Vielleicht geben sie eine Menge Geld für Forschung und Entwicklung aus. Aber um ein gut verkäufliches Produkt herzustellen, sind Planung und Marketing ein sehr wichtiges Gebiet für Investitionen. Wenn sie dafür kein Geld ausgeben, können sie keine neuen Geschäftslinien aufbauen.« □



Freie Energie vom Supermagneten

Tom Valentine

»Du kannst abtreten, Joe Newman« – es gibt einen neuen Stern am Motor-Himmel: Wilhelm Muller aus Pendicton, Britisch-Kolumbien. Er hat einen Prototyp eines Magnetenmotor-Generators konstruiert, der mehr Strom erzeugt als die Anlage benötigt, um zu laufen.

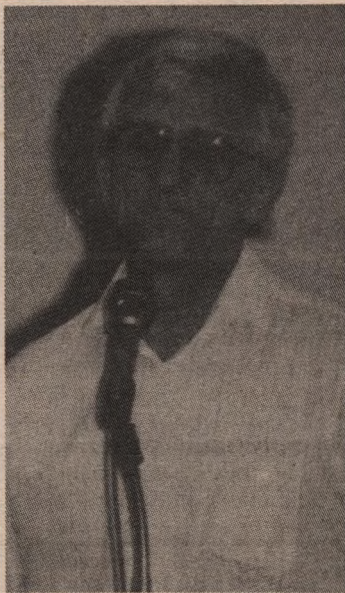
Das grundlegende Konzept wird von Wilhelm Muller »over-unity« genannt. Während ein solcher Motor von Physikern des Establishments lange als »unmögliches perpetuum mobile« bezeichnet worden ist, macht die Verwendung von neuen Werkstoffen die Anlage nicht nur möglich, sondern auch kostengünstig.

Zunächst mehrere Jahre Theorie

Muller hat sich schon mehrere Jahre in der Theorie damit befaßt, doch erst als sehr starke Neodym-Eisen-Bor-Magneten – die stärksten Dauermagneten, die bis jetzt für die Industrie hergestellt werden – zur Verfügung standen, konnte er eine Maschine herstellen, die viel mehr Strom erzeugt, als sie für den Motor der Antriebswelle braucht.

Der Erfinder Joe Newman aus Mississippi ist in einen langen Kampf mit dem amerikanischen Patentamt verwickelt, das ihm weiterhin ein Patent für eine ähnliche Maschine verweigert. Der grundlegende Unterschied zwischen Mullers Generator und Newmans Maschine besteht darin, daß Newmans Anlage eine ganze Menge Hochfrequenzenergie produziert und nicht so sehr den praktischen Wechsel- oder Gleichstrom.

Die Hochfrequenzenergie muß erst in verwendbare Energie umgewandelt werden, und dabei gehen große Mengen verloren, was Newmans Erfindung im Vergleich zu Mullers ineffektiv macht.



Wilhelm Muller aus Britisch Kolumbien hat einen Prototyp eines Magnetenmotor-Generators konstruiert, der mehr Strom erzeugt, als die Anlage benötigt, um zu laufen.

Traditionell wird elektrischer Strom erzeugt, indem man ihn aus einem Magnetfeld heraus »pumpt«. Eine Spule oder ein Leiter wird entweder durch ein Magnetfeld geführt oder ein Magnetfeld wird an ihnen vorbeigeführt, wodurch dann Elektrizität aus dem Feld die Spulenwicklung hindurch und in die Leitungen gelangt.

Das läßt sich mit dem Pumpen von Wasser aus einem Brunnen vergleichen. Je mehr Elektrizität man haben will, um so stärker muß die Pumpe arbeiten. Wegen der erforderlichen Arbeit, die nötig ist, um Elektrizität aus dem Magnetfeld zu pumpen und wegen der Wärmeverluste infol-

ge des Widerstandes war es »unmöglich«, mehr Elektrizität zu erzeugen als die zum Betrieb der Pumpe eingesetzte Energie.

Seit jener Zeit, als Michael Faraday den ersten elektrischen Strom vor 156 Jahren aus einem Magnetfeld gepumpt hat, »wußte« die Wissenschaft, daß es immer nötig sein wird, mehr kinetische Energie einzusetzen als ein Generator hinterher an Elektrizität erzeugt.

Wären jedoch Faraday, Thomas Edison oder Nikola Tesla, die größten Genies auf dem Gebiet der Elektrizität in der Geschichte, in der Lage gewesen, mit einigen der heutigen Werkstoffe zu arbeiten, wäre das Konzept der »over-unity« vielleicht Tradition geworden und Magneten anstatt Öl dann vielleicht die dominierende Energiequelle des 20. Jahrhunderts.

Mullers Konzeption ist brillant in ihrer Einfachheit. Zunächst einmal ignorierte er alles, was in den Lehrbüchern über Magnetismus zu lesen ist. Dort wird nämlich betont, daß Magneten keine »wirkliche Arbeit leisten«.

Muller und viele andere wie Les Adam von AZ-Industrie, die die Magneten für Mullers Prototyp fertigten, haben immer wieder bewiesen, daß Magneten eine ungeheure Menge an Arbeit leisten können.

Mullers Anlage besteht aus 165 Neodym-Eisen-Bor-Dauermagneten, die auf einem Schwungrad aus »Micarter«, einem nichtmagnetischen Kunststoff, angeordnet sind. Die Magneten haben eine Größe von $2 \times 2 \times 0,5$ Zoll und ragen beiderseitig von dem Schwungrad hervor. Sie erzeugen ein Magnetfeld von 4700 Oersted pro Seite oder zusammen 9400 Oersted. Im Vergleich dazu hat das Magnetfeld der Erde durchschnittlich 0,7 Oersted.

Ein Problem ist, daß man wegen der Magnet-Anziehungskräfte ungeheuer Kraft benötigen würde, um solch starke Magneten an Eisenspulen vorbei zu bewegen. Mullers Spulen haben einen sogenannten »Metglas«-Kern, der elektrischen Strom leicht aufnimmt ohne Hysterese- oder Wärmeverluste infolge des Widerstandes gegen die Elektrizität.

Selbst mit diesen einzigartigen Spulen dreht sich das Schwungrad nicht sehr leicht, doch es kann trotz der 16 starken Magneten für die 30 Spulen – 15 Spulen sind auf jeder Schwungradseite jeweils gegenüber den Magneten angebracht – von Hand bewegt werden.

In ersten Tests, die im Februar 1987 stattfanden und von einem sachkundigen Ingenieur überwacht worden sind, drehte ein E-Motor das Schwungrad bei 2000 Umdrehungen in der Minute mit insgesamt 4400 Watt Strom.

Das Magnetfeld nutzt sich nicht ab

Aufgrund von Mullers fortgesetzter Forschungsarbeit hat jede Spule eine andere Wicklung, so daß die elektrische Leistung jeder Spule anders gemessen wird. Die geringste Spulenleistung betrug 784 Watt pro Stunde, die höchste 1776 Watt pro Stunde.

Die Unterschiede bei den Spulen ermöglichten es Muller, die optimalen Wirkungen zu bestimmen, die nötig sind, um die Maschine so zu bauen, daß sie selbst läuft, wenn sie einmal in Gang gesetzt ist. Es ist also denkbar, daß man bei 30 Spulen, die über 1700 Watt (1,7 Kilowatt) erzeugen, nur vier Spulen für den Motorantrieb benötigt, wodurch 26 mal 1,7 Kilowatt verbleiben, was einer Erzeugung von 44,2 Kilowatt an »freier« Energie entspricht.

Eine Maschine könnte also leicht den gesamten Energiebedarf von acht Drei-Familien-Häusern liefern. In der Produktion sollte Mullers Generator weniger als 1000 Dollar kosten.

»Das Magnetfeld nutzt sich in tausend Jahren nicht ab«, meint Adam, das einzige, was der Wartung bedarf, sind also die Lager der Schwungradwelle. Der Generator ist wirtschaftlich und machbar und stellt daher für den Status quo des mächtigsten Monopols auf der Welt, das Elektrizitätsmonopol, eine ungeheuer Gefahr dar.

Muller plant die Demonstration eines Funktionsmodells dieses Prototyps mit Eigenantrieb bei dem »Meeting of the Minds« vom 8. bis 10. Oktober in Teme-

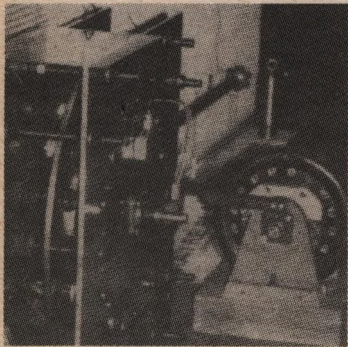
Freie Energie vom Supermagneten

cula, Kalifornien, das von dem Magazin »Magnets« und AZ-Industries gefördert wird.

Muller ist nicht der Einzige

Während Mullers Magnetmotor vielleicht das vielversprechendste aller »over-unity«-Motorgenerator-Konzeptionen ist, die heute im Untergrund alternativer Energien zirkulieren, gibt es noch zahlreiche andere.

Joe Newmans Energievorrichtung, die auch Dauermagneten zur Erzeugung von mehr Energie als erforderlich ist, um die Maschine zum Laufen zu bringen, haben soll, hat viel von sich



Seitenansicht des einfachen Muller-Motorgenerators. Die Magneten bestehen aus einer Legierung aus Neodym, Eisen und Bor.

reden gemacht wegen der Ablehnung des amerikanischen Patentamts, ihm dafür ein Patent zu verleihen.

Das Problem ist nicht ein semantisches oder ein Problem des Patentschutzes oder staatlicher Ineffektivität – das Problem für alle diese zahllosen Ideen, die in den letzten Jahrzehnten aufgetaucht sind, viele davon haben Patente erhalten, ist ein Machtproblem, ein Problem finanzieller, politischer und wirtschaftlicher Monopolmacht.

Im vergangenen Jahr wurde das Buch »Machtkampf« von Richard Rudolf und Scott Ridley bei Harper and Row in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Es fand bei den Medien nicht viel Beachtung, doch es erzählt die Geschichte des Kampfes der letzten 100 Jahre zwischen jenen, die elektrische Energie mo-

nopolisieren wollten und jenen, die sie benötigen. Das Spiel mit der Atomkraft – dem lukrativsten Absahntick der Monopolisten in den 100 Jahren der Energieerzeugungs-Projekte – hat Priorität bei den Mächtigen in Finanz und Wirtschaft.

Jede »over-unity«-Erfindung, die sich als machbar und kostengünstig erweist, würde mit Sicherheit Chaos für die Monopolisten bedeuten.

Die Verwicklung der Wall Street

Um eine vage Vorstellung zu bekommen von der Art von Macht, um die es hier geht, im folgenden ein paar Absätze aus dem Buch »Machtkampf«: »Heute besteht die Elektrizitäts-Industrie aus den verschiedensten Monopolen. Sie besteht aus 2 194 städtischen und öffentli-



Clinton Miller von der National Health Federation prüft das Innenleben von Mullers Generator, dessen Möglichkeiten verblüffend sind.

chen Versorgungssystemen in den USA, die in ihrer Größe von der Stadt Los Angeles bis zu dem Weiler Readsboro im US-Bundesstaat Vermont reichen, 870 landwirtschaftliche Genossenschaften verteilt über 46 US-Bundesstaaten, Puerto Rico und die Jungfern-Inseln, 210 Privatunternehmen, die die größten Städte mit Strom versorgen und sechs Bundesbehörden, die öffentliche und private Netze über Talsperren mit Strom beliefern.

Diese Stromnetze sind über Fernleitungen von mehr als 600 000 Meilen und mit 4 Millionen Meilen Versorgungsleitungen verbunden und bringen Elektrizität von 10 499 Kraftwerken.

Im Vergleich mit den meisten bedeutenden Industrieländern, in denen die Elektrizität von öf-

fentlichen Unternehmen geliefert wird, dominieren die Privatbetriebe in den Vereinigten Staaten: sie liefern 78 Prozent der Elektrizität des Landes, kontrollieren die Überlandnetze und beeinflussen die Energiepolitik der Regierung in hohem Maße.

Bei den Überlandnetzen werden die kleinen städtischen und ländlichen Energieversorgungs-Betriebe von den Privatunternehmen überschattet und die US-Bundesenergie-Behörde umgeben sie. Staatliche Regulierungsausschüsse, die eingerichtet wurden, um Anfang des 20. Jahrhunderts die Privatbetriebe zu kontrollieren, sind von diesen stark beeinflusst.«

Nach eingehender Beschreibung dieser politischen Beeinflussung kommt das Buch zu folgender Aussage: »Das größte Geheimnis ist die Verwicklung der Wall Street in diesem Imperium. Die Erzeugung und Übertragung von Energie ist die kapitalintensivste Industrie der Welt und die Energieunternehmen sind seit langem an der Wall Street als »Dividenden-Maschinen« bekannt.

Die privaten Energiebetriebe geben traditionsgemäß jedes Jahr die Hälfte aller neuen Stammaktien in der Industrie aus und absorbieren ein Drittel aller Firmenfinanzierungen. 40 Prozent der Einnahmen von den Verbrauchern gehen in die Finanzierungskosten. Somit ist eine große Zahl von Bankern und Maklern wie Chase Manhattan und Merrill Lynch von Entscheidungen betreffs Energieunternehmen betroffen. Schätzungsweise die Hälfte des Einkommens großer Investment-Banker kommt von der Finanzierung privater Energieunternehmen.«

Die Möglichkeiten sind verblüffend

Wilhelm Muller interessierte sich für den Magnetismus schon seit seiner Jugend, die er in Deutschland verbrachte. Gefangen von der potentiellen Kraft, die dem Dauermagnetismus innewohnt, wurde er jedoch vor etwa 20 Jahren, als ein Kugellager, das er in ein nicht allzu großes Magnetfeld zwischen zwei Dauermagneten gelegt hatte, durch den Raum schoß und die Wand durchbrach.

Während neue und stärkere Materialien für Magneten entwickelt wurden, angefangen mit den seltenen Erdmaterialien wie die Samarium-Kobalt-Generation, experimentierte Muller, um mehr Kraft (Energie) mit weniger Arbeitseinsatz herauszubekommen.

Nach bescheidenen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten – er besitzt zahlreiche kanadische Patente von Magneteinrichtungen – konnte er schließlich einen Generator mit einer spektakulären »over-unity«-Energieleistung bauen – mit seinen eigenen Worten dank der neuesten Generation von Magnetmaterialien.

Neodym ist ein Lanthan-Metall aus der Familie des Samarium. Im Jahr 1983 verkündeten General Motors und Sumitomo Metals of Japan die Entdeckung einer starken Magnetlegierung aus Neodym, Eisen und Bor. Dieses neue Material kann Felder der doppelten Stärke wie die stärksten Samarium-Kobalt-Felder erzeugen.

»Um 1830 herum«, erzählt Muller, »hat Michael Faraday die Maßstäbe gesetzt, nach denen wir uns noch heute richten. Doch Dauermagneten bis zu 60 000 Oersted sind heute möglich und Magneten mit 20 000 Oersted gehören der Vergangenheit an.

Die anziehende und abstoßende Kraft dieser neuen Magneten öffnet die Tür für Veränderungen bei den Möglichkeiten einpoliger Motorengeneratoren.

In der herkömmlichen Motor-konstruktion wird die statische Positionierung zu einer Kraft, die ein ungeheures Drehmoment benötigt, um in Bewegung gesetzt zu werden. Hier zeigen sich die Vorteile meines Systems mit dem am besten geeigneten, neuen Materialien. Durch Verwendung einer ungerad-geraden Anzahl von Rotor-Stator-Polen und wegen der besonderen Eigenschaften dieser Materialien wird sich die magnetische Anziehungskraft innerhalb der 360 Grad magnetisch auf ein Null-Drehmoment an der Rotorwelle ausbalancieren.

Der Rotor setzt sich bei dem leisesten Impuls in Bewegung und bleibt ohne statische Positionierung in Bewegung. Die Möglichkeiten sind verblüffend. □

Alva Edison

Philosophie eines Erfinders

Michael Collins Piper

Thomas Alva Edison war nicht nur einer der größten Erfinder Amerikas; er zählte auch zu den vielen berühmten Amerikanern, die sich gegen die Macht der Banker, die Wirtschaft zu manipulieren, wandten, wobei sie sich bereicherten, während sie die Steuerzahler ausplünderten. Zu einem großen öffentlichen Projekt und den anfallenden Zinsen für das von der Regierung dafür aufgenommene Geld hatte er Folgendes zu sagen:

»Leute, die nicht eine Schaufel voll Erde für das Projekt ›Muscle Shoals Dam‹ umgraben, noch ein Pfund Material beitragen, werden mehr Geld von den Vereinigten Staaten erhalten als alle die Leute, die das Material liefern und alle Arbeit tun. Dies ist das schreckliche an Zinsen. Doch die Sache ist die: Wenn die Nation einen Dollar-Bond (Schuldverschreibung) ausgeben kann, dann kann sie auch eine Dollar-Note ausgeben. Der Umstand, der für den Bond gut ist, ist auch für die Note gut.

Der Unterschied zwischen einem Bond und einer Note liegt darin, daß ein Bond den Geldmakler den doppelten Betrag des Bonds kassieren läßt sowie zusätzlich 20 Prozent, während die Währung, die ehrliche Art, wie sie von der Verfassung vorgeschrieben ist, niemanden bezahlt außer diejenigen, die in irgendeiner nützlichen Weise beitragen. Es ist absurd zu sagen, daß unser Land Bonds ausgeben kann, aber keine Währung. Beides sind Zahlungsversprechen, aber das eine macht den Wucherer fetter und das andere hilft den Leuten.

Wenn die vom Volk ausgegebene Währung nicht wäre, dann wären auch die Bonds nicht gut. Es ist eine schreckliche Situation, wenn sich die Regierung, um den nationalen Wohlstand zu sichern, verschuldet und ruinöse Zinsen von Männern auf sich nehmen muß, die den fiktiven Wert des Goldes kontrollieren. Zinsen sind die Erfindung des Teufels.«

bekannt, daß die von Edison vertretene populistische politische Philosophie eine treibende Kraft war, die den Erfinder über seine schwungvolle und ereignisreiche Karriere hinweg geleitet hat. Und wie Edisons Erfindungen lebt auch seine Philosophie heute weiter.

Edisons enge und persönliche Freundschaft mit dem großen populistischen Industriellen Henry Ford ist weithin bekannt. Aber nur wenige wissen, daß Edison die politische Philosophie von Ford geteilt hat.

Betrachtet man Edisons Leben und seine Arbeit, so sieht man deutlich, daß der Erfinder, so wie Ford, sich den historischen Prinzipien des Populismus stark verpflichtet fühlte. Sie haben ei-



Henry Ford flüstert seinem Freund, Thomas A. Edison, ins Ohr. Beide Männer wurden vom Establishment offen kritisiert.

Es ist erstaunlich, daß einer der kreativsten und produktivsten Erfinder der Geschichte auch einer der populistischen Denker Amerikas mit den strengsten Prinzipien war. Schon zu Lebzeiten hat Thomas Alva Edison internationale Anerkennung dafür

Eine amerikanische Geschichte

gefunden, daß er große wissenschaftliche Projekte entwickelt hat, die zu der modernen Technologie und dem täglichen Leben enorme Beiträge geleistet haben.

Dagegen ist sogar einigen der kenntnisreichsten Historiker un-

ne große Rolle in der Entwicklung Amerikas zu einer großen Nation gespielt und haben es kreativen Männern wie Ford und Edison ermöglicht, ihre Unbedeutsamkeit zu überwinden und weltweite Ehrungen für ihre Beiträge für die menschliche Entwicklung zu erringen.

Edisons Leben ist die sprichwörtliche Geschichte des Self-made-Mannes und des »amerikanischen Traums«, der Wirklichkeit wird. Edison, der in Milan, Ohio, im Jahre 1847 geboren wurde und später der technische Genius werden sollte, den man als »Amerikas nützlichsten Bürger« bezeichnet hat, ist nur drei Monate lang zur Schule

gegangen. Mit 12 Jahren arbeitete er als Zeitungsjunge in Port Huron, Michigan, bei der »Grand Trunk Railway«. Doch in seiner Freizeit fing Edison an, sich mit Elektrizität und mechanischen Versuchen zu befassen.

Nachdem er die Telegraphie studiert hatte, begann Edison mit technischen Verbesserungen auf diesem Gebiet. Von dem so verdienten Geld richtete sich Edison 1876 sein eigenes Labor ein. Von diesem Zeitpunkt an sollte seine Karriere einen steilen Aufstieg nehmen.

Seine Beiträge für Wissenschaft und Technologie sind nicht zu zählen: die elektrische Glühlampe, die ersten Stumm- und Tonfilme, die Neonröhre, der Phonograph, der Toaster, die Thermo-Haarwickler, die Vervielfältigungsmaschine, der Börsenticker, die Kaffeemaschine, das Wasserweichmacher-Gerät und die Vorratsbatterie.

Dies sind nur einige wenige der über tausend Erfindungen, die auf Edison zurückgehen. Ebenso gibt es viele andere Beiträge, die Edison zur Technologie beigesteuert hat, die andere vor ihm erfanden.

Edison war ein bescheidener Mann, der seinen Erfolg mit, wie es scheint, Überraschung aufgenommen hat. Die vitale Art von Edisons Erfindungen, insbesondere das elektrische Licht, haben große Veränderungen in der Welt bewirkt, und gleichzeitig dem einstigen Zeitungsjungen riesige Profite eingebracht, der zeitweilig mehr als eine Million Dollar im Jahr verdiente.

Es konnte allerdings nicht ausbleiben, daß die gewinnträchtigen Aspekte von Edisons Erfindungen das Interesse von schnellfüßigen kapitalistischen Abräumern fand, eifertig den Erfolg des genialen Erfinders auszubeuten.

Niemals in Gewinnen denken

In seinen Privatpapieren wandte sich Edison, der große Erfinder, wütend gegen die »kleindenkenden Kapitalisten«, die von seiner Arbeit zu profitieren suchten, aber er war keineswegs gegen das private Unternehmertum noch gegen ein Monopol, soweit

Philosophie eines Erfinders

es im Interesse der Öffentlichkeit ausgeübt wurde.

Tatsächlich hat Edison zu Anfang seiner Karriere, als er für Western Union, den großen Telegraphie-»Trust«, gearbeitet hat, alles in seinen Kräften stehende getan, um die Leistungsfähigkeit des monopolisierten Kommunikationssystems zu verbessern, da er meinte, das System diene den besten Interessen der Öffentlichkeit.

Höchst paradox an Edisons enormen Erfolg ist, daß der Erfinder persönlich wenig Wert auf finanziellen Reichtum gelegt hat. Für das logische Denken von Edison lag der Wert in Gütern, industriellen Produkten und Erfindungen. Diese Dinge bedeuteten ihm wirklichen Reichtum.

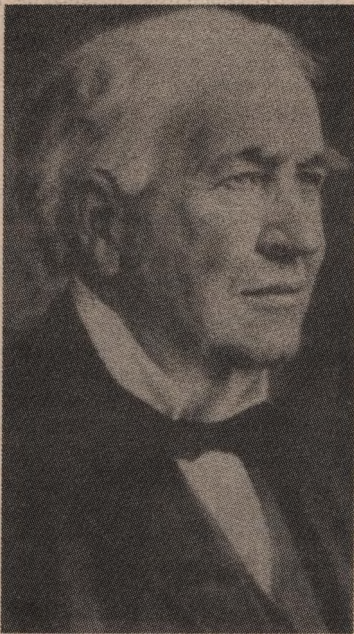
»Vergessen Sie nicht«, wie Edison einmal eine Gruppe von Filmproduzenten warnte, die Riesengewinne durch die Ausnutzung von Edisons Erfindung machten, »Sie dürfen niemals in Gewinnen denken, sondern nur in Dienstleistungen für die Öffentlichkeit.« Und Edison meinte, was er sagte.

Edison glaubte, daß der historische Kampf zwischen Kapital und Arbeit »inhärent« sei, und als der Gründer von mehr als 30 Fertigungsbetrieben, die aufgrund der Massenproduktion seiner verschiedenen Erfindungen entstanden, hat Edison, wie auch sein Freund Henry Ford, versucht, gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne für seine Arbeiter zu wahren. Bei Edisons Tod belief sich der Gesamtwert seines Unternehmens auf 25 Milliarden Dollar.

Edison war ohne jeden Zweifel ein harter Arbeiter, und erwartete das gleiche von seinen Angestellten. Wie jeder von ihnen gerne anerkennen würde, hat Edison mehr Stunden am Tag, in der Woche, im Monat oder im Jahr gearbeitet als sie. Manchmal kam er auf einen Arbeitstag von 20 Stunden, wobei er nur eine knappe 15minütige Ruhepause auf einem Feldbett in seinem Labor machen konnte.

Es herrschte in den ersten Edison-Firmen eine familiäre Atmosphäre, die von ihm sehr stark unterstützt wurde.

1892 kam es zu einem größeren Zusammenstoß mit den internationalen Bankinteressen, als sie eine Übernahme der Edison General Electric starteten, der Fertigungsgesellschaft, die Edison aufgebaut und erfolgreich gemacht hatte.



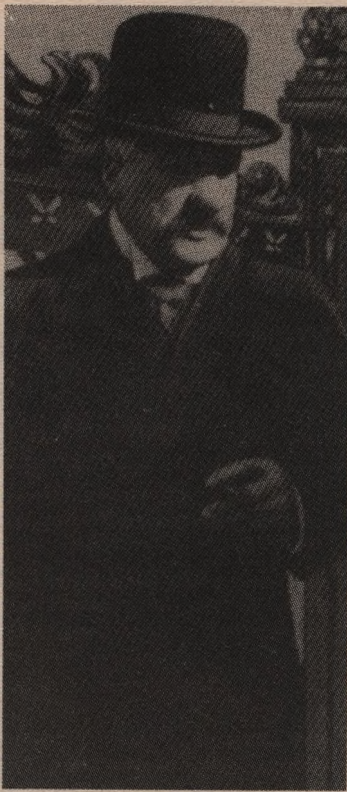
Thomas Alva Edison war nicht nur ein großer Erfinder, er zählte auch zu den Männern, die sich gegen die Macht der Banker auflehnten.

Als Edison zuerst anfang, setzte der Megabanker J. P. Morgan senior weniger Vertrauen in ihn und stellte ihm nicht die Finanzmittel bereit, die für den Start seiner Gesellschaft notwendig waren. Doch als Edisons General Electric sich erfolgreich durchsetzte, machte sich Morgan und seine Verbündeten im internationalen Banken-Establishment daran, einen am Ende erfolgreichen Versuch zur Übernahme der Kontrolle von Edisons Firma zu machen.

Zinsen – eine Erfindung des Teufels

Manöver im Vorstandszimmer führten schließlich zur kompletten Übernahme der Edison General Electric durch die Morgan-Interessen, dies geschah gegen die Wünsche und Interessen des großen Erfinders. Doch der letzte Schlag gegen Edison kam, als sein Name aus dem Firmentitel gestrichen wurde.

Edison hatte seit langem die wachsende Macht der Banken-Interessen gefürchtet, die die amerikanische Industrie immer mehr in ihren Würgegriff bekamen, doch bis dahin war er selbst noch kein Opfer ihrer stets weitreichenden Fangarme geworden. Edison nahm jedoch seinen Verlust mit Würde hin und war entschlossen, vorwärts zu marschieren. Er wandte sich der Entwicklung des Films und des Tonfilms zu und entwickelte eine neue Technologie, die heute einen ungeheuren Einfluß auf das Leben in aller Welt hat.



Megabanker J. P. Morgan erreichte die Kontrolle über Edisons Firma und strich sogar den Namen des Erfinders aus dem Firmentitel.

Aber der Populist, der Edison war, kritisierte mit Nachdruck die »Big-money«-Interessen. »Wir müssen diese entsetzlichen Geldmonster loswerden«, wie er sagte und nannte die Zinsen »eine Erfindung des Teufels« und Gold »ein Relikt aus den Tagen Julius Cäsars«. Edison schimpfte auf die, wie er sie nannte, »Geldmakler, die Geldgewinner und die Privatbankiers«, die ihre Macht durch den wie er meinte, Scheinwert gewinnen, der dem Gold gegeben wird.

Wie viele Populisten jener Zeit glaubte Edison, daß die Errichtung des Federal Reserve Sy-

stems im Jahre 1913 ein Schritt in die richtige Richtung sei, doch er glaubte nicht, daß die Art Bundesbank weit genug ging. Edison und andere, die der Meinung waren, daß die Kontrolle des Geldes in den Händen des Volkes liegen solle, sahen in dem Federal Reserve System eine Behörde, die die Großkapital-Monopole auseinanderbrechen könnte. Sie haben nicht erkannt, daß diese Einrichtung tatsächlich ein in privater Hand befindliches Bankenmonopol war, das von den Großbanker beherrscht wird, gegen deren immense Macht doch eben Populisten wie Edison eintraten. Würde Edison heute leben, würde er sicher in vorderster Front des gegenwärtigen populistischen Bemühens in den USA stehen, um das Übel des Federal Reserve Systems abzuschaffen.

Wegen Antisemitismus unter Beschuß

Gemäß seiner populistischen Grundsätze wandte sich Edison entschieden gegen den Sozialismus. Statt dessen glaubte er an die Ideale des freien Unternehmertums und die individuelle Initiative. Er wies das sozialistische Argument zurück, daß die meisten Menschen »Lohnsklaven« seien.

»Menschliche Sklavenarbeit«, so sagte Edison, »wird nicht eher abgeschafft sein, als bis jede Arbeit, die heute von menschlicher Hand verrichtet wird, von einer Maschine übernommen worden ist.«

Edison war fest davon überzeugt, daß seine eigenen Erfindungen und die Industriezweige, die daraus entstanden, von Vorteil für die Menschheit waren und daß, wenngleich Gewinne aus der Produktion und dem Verkauf von Fertigwaren zu machen waren, der letztendliche Nutzen in der Erschaffung eines nationalen Reichtums lag, der daraus folgt.

Wie Henry Ford in einer Rede im Jahre 1930 sagte, »steht Amerikas Wohlstand an der Spitze der Welt, und zwar aufgrund der Tatsache, daß wir Edison haben. Seine Erfindungen haben Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen. Edison hat mehr für die Beseitigung der Ar-

mut getan als all die Neuerer und Staatsmänner.«

Wie Ford, geriet auch Edison wegen angeblichen »Anti-Semismus« unter Beschuß. Der Automobilhersteller hatte unter der Ägide seiner amerikaweiten populistischen Zeitung, der »Dearborn Independent«, eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die von vielen als »anti-semitisch« angesehen wurden. Dies hat viele Leute erregt, weil Edison ein enger Freund von Ford war, der in der Tat den Erfinder vergötterte. Man kritisierte Edison, daß er seinem Freund nicht öffentlich widersprach.

Entsprechend kam es 1914 zu einer Empörung über Edison, als er die Andeutung machte, daß der Aufstieg Deutschlands zu einer großen Handelsmacht und damit zum Konkurrenten von England auf dem Weltmarkt die verborgene Ursache für den Ersten Weltkrieg sei, der zu der Zeit angeheizt wurde. Dies stand im Gegensatz zu der offiziellen »Linie« zu der Zeit, daß nämlich die Deutschen einzigartig böse und aggressiv wären. Edison zeigte damit sein tiefes Mißtrauen gegenüber den Medien und der Propaganda, die sich als Geschichte ausgibt. Heute würde man ihn einen historischen Revisionisten nennen.

Doch trotz dieser Anstrengungen, den guten Namen Edisons zu beschützen, setzte der Erfinder seine Erfolge fort, sein Ruf blieb unversehrt, sein Stern stetig aufsteigend. Im Jahr 1928 wurde er mit einer goldenen Medaille des amerikanischen Kongresses ausgezeichnet, und zwar »für die Entwicklung und Anwendung von Erfindungen, die die Zivilisation in dem letzten Jahrhundert revolutioniert haben«. Und im Jahr 1929 wurde er zum 50. Jahrestag seiner Erfindung der elektrischen Glühbirne weltweit geehrt.



Wenn Edison im Alter auch langsamer die Dinge anging, und er nicht mehr hören konnte, so arbeitete Edison doch noch immer zu Hause und in seinem Versuchslabor in West Orange, New Jersey. Im August 1931 erlitt Edison einen schweren Zusammenbruch und mußte in den folgenden Monaten das Bett hüten. Am 17. Oktober 1931 fiel der 84 Jahre alte Erfinder in ein Koma und starb in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages.

Der Sohn unterstützte Liberty Lobby

Seine Hinterbliebenen waren seine zweite Frau Mina und sechs Kinder, drei von ihnen waren von Edisons erster Frau Mary, die bereits viele Jahre zuvor gestorben war. Einer seiner Söhne, die er mit Mina hatte, Charles, hat sich später als demokratischer Gouverneur von New Jersey (1940 bis 1944) ausgezeichnet.

Wie sein Vater ein Populist hat Charles Edison die Liberty Lobby in den USA, die 30 Jahre alte populistische Institution in Washington, stets finanziell unterstützt.

Nach seinem Tode ist angeregt worden, Thomas Edison dadurch zu ehren, daß für eine oder zwei Minuten in ganz Amerika der Strom abgeschaltet werden sollte. Doch schon die Tatsache allein, daß dieser Vorschlag praktisch undurchführbar war, hat die überwältigende Bedeutung von Edisons Beitrag für die Menschheit unterstrichen. Der Kompromiß war einfacher: Präsident Herbert Hoover, selbst ein großer Bewunderer von Edison, regte an, daß so viele Amerikaner wie nur möglich ihre Lampen freiwillig für ein paar Minuten um 10 Uhr am Tag von Edisons Begräbnis ausschalten. □

Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub Ein neuartiges, bewährtes Luftreinigungsverfahren

Wissenschaftler stellten fest, daß viele chronische Krankheiten durch Luftverschmutzung verursacht werden. Zwar bekämpfen wir zu trockene Luft mit Befeuchtern; aber die viel schädlicheren Schwebepartikel bleiben unbeachtet, weil diese unsichtbar, unsichtbar und oft auch geruchlos sind. Damit ist jetzt Schluß!

Lungengängige Schwebepartikel (z.B. Zigarettenrauch), Schmutzstoffe, Bakterien, Pollen und Allergiestoffe werden mit dem von der Universität in Bern empfohlenen Raumluftreiniger und Ionisator VITAR beseitigt. Das Schweizer Qualitätsgerät reinigt die Raumluft in Wohnräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen und auch in Praxisräumen durch ein neuartiges System. Die Stoffe und Partikel werden mit VITAR-Ionen verbunden, aufgeladen und an einem Streifen am Gerät gesammelt.

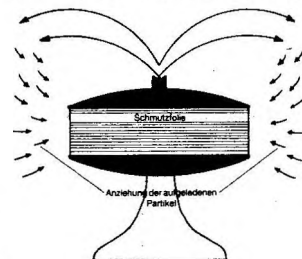
Das System arbeitet sehr wirkungsvoll und es wird – was sehr wichtig ist – hauptsächlich mikrofeiner Luftschmutz, auch Zigarettenrauch, entfernt! Diese sensationelle Neuheit erhielt auf der Intern. Erfindermesse in Genf die Silbermedaille. VITAR reinigt die Atemluft wirksam.

Weitere erhebliche Vorteile des Gerätes:

- ★ Ohne Wasser; keine tägliche Wartung oder Pflege nötig!
- ★ Kein Luftzug durch VITAR!
- ★ Ohne jegliche Geräusche!
- ★ Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt)!
- ★ 4 Wochen Test möglich (kostenlos, ohne Vorauszahlung). Zahlung erst nach Ablauf der Probezeit oder Rücksendung des VITAR – kein Risiko –!
- ★ Geringe Größe (25 cm Ø).

Gerät und Gratisinfos erhalten Sie vom Vertreiber. Die Adresse: VITAL-Versand Tien, In der Märsch 20 D, 4460 Nordhorn, Tel. (0 59 21) 1 31 66.

Aufladung der Schmutz- und Staubpartikel der Raumluft:



Das neuartige, patentierte Wirkungssystem des VITAR-Raumluftreinigers und Ionisators. 40 000fach weltweit bewährt.

FACHBUCH 87 – INTERNATE

beschreibt empfehlenswerte Internate aller Schularten in der Bundesrepublik und der Schweiz, nach verschiedenen wichtigen Kriterien ausgewählt, mit genauen Angaben über die Ausbildungsmöglichkeiten, staatl. anerkl. Abschlüsse, Freizeitangeboten, Kosten und vielen nützlichen Hinweisen für Eltern und Schüler.
Das Fachbuch ist erhältlich gegen Voreinsendung der Schutzgebühr von DM 40,- von der



EURO-INTERNATSBERATUNG
Grillparzerstraße 46, 8000 München 80,
Telefon 089/4487282

Telef. Schullaufbahnberatung jederzeit möglich.

Werden Sie Ihr eigener Ernährungs- und Gesundheitsberater mit der »BIOANTENNE«

Nach einer mentalen Einarbeitungszeit ist fast jeder Mensch in der Lage, mit der **BIOANTENNE** zu arbeiten. Die **BIOANTENNE** ist wohl das empfindlichste und billigste Gerät ohne Elektronik, mit dem Menschen kosmisch-feinstoffliche Beziehungen zur Natur, Nahrungsmitteln, Baustoffen sowie zu sich selbst herstellen können und gestellte Fragen werden oft sekundenschnell beantwortet.



Tests über **Verträglichkeit und Qualität von Lebensmitteln und Arzneien**, Prüfung von **Körperblockaden, Schlaf- und Arbeitsplatz-Anomalien**, sowie räumliche und innere **Umwelteinflüsse** kann man relativ einfach mit der **BIOANTENNE** durchführen.

Stellen Sie sich einfach laute Fragen, und die **BIOANTENNE** wird Ihnen interessante Aufschlüsse geben. Sind mein Haus, die Räume, die Baustoffe und die Inneneinrichtung für meinen Körper gesund, oder werden Allergien und sonstige Krankheiten ausgelöst? Die **BIOANTENNE** gibt Ihnen, wenn Sie später geübt sind, viele Antworten durch **Schwingungen** und ist für jedermann erschwinglich.

Wesentlich verbesserte Auflage, **Bruttopreis: DM oder sFr. 179,-** zzgl. Versandkosten.

Zu beziehen: **Baubiologe Dipl.-Ing. Hardy Burbaum**, Lange Straße 60 B, D-4132 Kamp-Lintfort, Telefon (0 28 42) 8 08 39

Frankreich

Versailler Bischof läßt Kirche zumauern

Beat Christoph Baeschlin

Im katholischen Lager Frankreichs ist der Gegensatz zwischen »Integristen« und Konzilsfreunden in ein akutes Stadium getreten. Anfang März ist mit großem Aufwand und mit einem Massenzulauf die Zehnjahresfeier der gewaltsamen Besitzergreifung einer großen Kirche in Paris durch die »Integristen« gefeiert worden. Seit zehn Jahren wird die Kirche St. Nicolas am Boulevard St. Germain, Tag und Nacht von einer Gruppe freiwilliger Wächter besetzt gehalten, um eine Rückeroberung durch die Konzilsfreunde zu verhindern.

Einer der »Kommandanten« dieser Kirchenwache, ein Wirt aus dem Montparnass-Quartier, hatte im letzten Sommer, am 15. August, eine Prozession durch die Straßen des Studentenviertels von Paris organisiert. Da staunten alle Meinungsmacher, daß im »laizistischen« Paris so etwas möglich war.

Hart umstritten: die tridentinische Messe

Der offizielle katholische Klerus scheint entschlossen zu verhindern, daß die Erfolge der »Integristen« auch auf die Provinz übergreifen, zum Beispiel auf die Ortschaft Port-Marly an der Seine. Dort war bis Ende 1986 ein alter Geistlicher geduldet worden, der sich geweigert hatte, von der lateinischen Messe abzulassen.

Angesichts des katastrophalen Priester mangels und des lebhaften Anklages, dessen der alte und altmodische Priester sich erfreute, hatte der Bischof von Versailles davon abgesehen, diesen Mann in den Ruhestand zu schicken und durch einen modernen Geistlichen zu ersetzen. Als im letzten Herbst der konservative Geistliche endlich starb, sah sich der Bischof unvermutet einer einhellig »integristischen« Gemeinde in Port-Marly gegenübergestellt. Aus

diesem Gegensatz erwuchs ein Kleinkrieg, der bald dramatische Formen annahm.

Der vom Bischof ernannte neue Geistliche wurde von den Kirchenmitgliedern vollständig abgelehnt. Ja, der Zugang zur Kirche wurde ihm kurzerhand verweigert. Entsprechend dem Beispiel von St. Nicolas in Paris, bildete sich eine freiwillige Besetzungstruppe, die Tag und Nacht die Kirche schützte. Zudem berief die Kirchengemeinde den integristischen Priester Bruno de Blignières als ihren Seelsorger.

Der Bischof verjagt die konservativen Katholiken

Seit der französischen Revolution hat man nie mehr so brutale Szenen erlebt, wie am Montag, 30. März 1987, in Port-Marly. Eine Meute von 50 Polizisten umzingelte die Kirche, öffnete mit Brecheisen den Zugang und warf die Kirchenwächter ins Freie. Der Widerstand hatte jedoch so lange gedauert, daß Pater Bruno und etwa 80 Gemeindeglieder herbeieilen konnten.

Pater Bruno begann eine Messe zu zelebrieren. Die Kirchgänger sangen und rezitierten mit ungewöhnlicher Inbrunst. Aber die Polizisten hatten Befehl zu hartem Durchgreifen. Darum

brachen sie neuerdings in die Kirche ein, jagten die Gläubigen mit Gummiknüppeln aus dem Gotteshaus. Schließlich packten sie den in vollem Ornat am Altar zelebrierenden Pater Bruno de Blignières, zerrten ihn herab und schleiften ihn durch die ganze Kirche bis ins Freie.

Kaum war die ganze Gemeinde mit Gewaltmethoden vertrieben, erschien eine Bauabteilung mit allem nötigen Material, um sämtliche Türen und Fenster zuzumauern. Eine ständige Polizeiwache blieb zur Stelle, um das Gotteshaus Tag und Nacht gegen die eifrigen Katholiken der Ortschaft zu verteidigen.

Gottesdienst vor der zugemauerten Kirche

Die Kirchgänger von Port-Marly lösten ihre freiwillige Wachmannschaft nicht auf, sondern postierten sie als Mahnwache neben die ständige Polizeipatrouille. Das konnten die Behörden nicht verbieten; ebenso wenig die Aufrichtung eines großen Holzkreuzes am zugemauerten Kircheneingang. Da begann denn auch ein eifriges Blumenbringen und Kranzniederlegen. Das bedeutete eine klare Sympathiebezeugung.

Am Sonntag, dem 5. April 1987, fand sich eine große und inbrünstige Gemeinde ein und feierte den Gottesdienst vor der zugemauerten Kirche.

Endlich begann sich die Presse für den »Fall« zu interessieren, denn der Handstreich vom 30. März gegen die Kirche war mit Stillschweigen übergangen worden. Nun ging es los mit Klagen über die Ruhestörer und die »reaktionären« Machenschaften irreführender Eiferer. Unverzüglich wurde die ganze Sache mit der Nationalen Front in Zusammenhang gebracht.

Tatsächlich hatten vier Parlamentsabgeordnete von LePens Partei am Gottesdienst vom 5. April in Port-Marly teilgenommen. Dazu bemerkte die nationalistische Tageszeitung »Present« mit verschmitztem Lächeln: »Die vier nahmen als Privatleute am Gottesdienst teil, auch wenn einer sich durch die Schärpe als Abgeordneter kennzeichnete. Nicht von ungefähr war die bischöfliche Kanzlei

überrascht, daß vier Abgeordnete an der Messe teilnahmen. Denn die Abgeordneten, mit welchen unsere Bischöfe vor allem Freundschaft suchen, haben nicht so sehr die Gewohnheit des Kirchganges.«

Die Anspielung betraf den krankhaften Hang der französischen Bischöfe, sich bei den Linken und Linksaußen beliebt zu machen, ja sogar deren Theorien zu übernehmen und als »christliche Botschaft« weiterzugeben.

Die Rückeroberung der Kirche

Dann kam der Palmsonntag. Eine noch zahlreichere Menschenmenge hatte sich vor der zugemauerten Kirche zum Gottesdienst eingefunden. Die ständige Polizeiwache sah sich an den Rand gedrängt. Pater Bruno hatte begonnen, die Messe zu zelebrieren. Inbrünstig erklangen aus Tausenden von Kehlen die ersten Rezitationen und Lobgesänge.

Da setzten Jugendliche der Organisation »Chrétienté-Solidarité« plötzlich einen verborgen gehaltenen Rammbock ein. Sie zertrümmerten die Mauer, die den Zugang zur Kirche verriegelte. Unter riesigem Freudengeheul brach die Menge der Gläubigen in die Kirche ein, schob den Pater Bruno vor den Altar, und die gottesdienstliche Veranstaltung nahm ihren Verlauf, ohne daß die verdutzten Polizisten auch nur den leisesten Versuch wagen konnten, dieser Volksbewegung entgegenzutreten.

In den Abendnachrichten brachen endlich auch die französischen elektronischen Massenmedien ihr bisheriges Schweigen und berichteten von dieser »Rückeroberung« der Kirche, als handelte es sich da bloß um ein Schnippchen, das der Polizei geschlagen worden wäre. Daß die Kirche auf Befehl des zuständigen Bischofs in so unrühmlicher Weise polizeilich erstürmt und zugemauert worden war, verschwiegen die Radio- und Fernsehleute natürlich. Ebenso mußte die entscheidende Tatsache unterdrückt werden, daß die kirchentreuen Elemente ihrer sozialismus-trunkenen Bischöfe und kirchlichen Meinungsmacher in höchstem Maße überdrüssig sind. □

Auferstehung der jüdischen Sekte »Engelwerk«

Gunther Burkhardt

Das »Engelwerk« ist von Rom nie als kirchliche Institution anerkannt worden. Aber auf einem Umweg fand man eine schlaue Lösung: Einige Kernmitglieder des Engelwerkes wurden Mitglieder des 1131 von Portugal gegründeten Ordens der Regularkanoniker »vom heiligen Kreuz«, wozu kein geringer als der heilige Antonius – als er noch nicht Franziskaner war – gehörte. Vor weniger als 100 Jahren starb das letzte Mitglied dieses Ordens. 1979 wurde der Orden mit Sitz in Rom neu gegründet. 1986 hatte er 134 Mitglieder, darunter 47, die die Priesterweihe empfangen haben. Die Mitglieder sind in verschiedenen Ländern: Italien, Österreich, Deutschland, die Niederlande, Portugal, Brasilien und Südinien.

»Offiziell« ist der Orden nicht mit dem Engelwerk verbunden, aber die Spiritualität ist die des Engelwerkes. Die Mitglieder dieses Ordens müssen in Klöstern leben, aber man ist dabei, einen »Donatenstand« einzurichten. Diese »Donaten« leben außerhalb der Klöster, gehören aber zum Orden und unterstützen ihm auch. Die neuen Statuten des wieder errichteten Kreuzordens sind zwar von Rom zur Kenntnis genommen worden, jedoch noch nicht approbiert. Bei der Suche nach Bewerbern für den geheimen Orden ist man nicht zimperlich.

Das Flugticket kam aus Augsburg

Ein junger Priester berichtet: »Nach bestandnem Examen in meiner Heimatdiözese wurde mir eröffnet, daß ich hier unerwünscht sei, und mich daher nach einer anderen Diözese beziehungsweise Ordensgemeinschaft umsehen solle. Ich wandte mich auf Anraten von Bekannten an einen Mitarbeiter des Bischofes von Augsburg (Redak-

tion: der Name liegt uns vor). Dieser empfahl mir, mich in der Diözese Anapolis in Brasilien weihen zu lassen. Wollte ich später nach Europa zurückkehren, so sei dies an sich nur über eine Donation an den Kreuzorden möglich. Dieses auf den ersten Blick seriös erscheinende Angebot bewog mich, den solchermäßen aufgezeigten Ausweg näher ins Auge zu fassen. Daher nahm ich auch die Einladung, an der Tagung in Madeira teilzunehmen, dankend an. So besorgte mir der Priester in Augsburg rasch ein Flugbillet.«

Was steckt hinter dem Kreuzorden und dem Engelwerk? Orden und Engelwerk akzeptieren die Lehre der katholischen Kirche und richten ihr Leben danach ein. Aber zur Lehre der Kirche haben sie noch ein Stockwerk dazu gebaut: das Stockwerk der Privatoffenbarungen über die Engel, wovon sie mehr, sehr viel mehr als die Kirche wissen. Diese »Lehre« beruht auf langen, viele Jahre geheimgehaltenen Privatoffenbarungen an Gabriele Bitterlich, die weder kontrollierbar noch – soweit sie bis heute bekannt sind – glaubwürdig scheinen.

Vom ersten Jahrhundert vor bis zum ersten Jahrhundert nach Christus war am Toten Meer südlich von Jericho das Zentrum einer jüdischen Sekte oder Bruderschaft. Diese wurde durch die seit 1947 in elf Höhlen gemachten Funde von Handschriften weltberühmt.

Die Sekte von Qumran

Die Anhänger dieser Sekte huldigten nicht nur ihren eigenen Auffassungen bezüglich der Auslegung einiger Vorschriften des mosaischen Gesetzes, sondern hatten auch einen eigenen Festkalender; daher feierten sie die jüdischen Feste nicht zugleich mit ihren Stammesgenossen.

Sie besaßen auch eine Geheimlehre, die unter anderem auf Engel und Dämonen Bezug hatte. Ihre Lehre über die guten und bösen Geister scheint von Persien herzukommen, wo sie Ausdruck einer dualistischen Weltanschauung war: Es gibt ein oberstes Prinzip des Guten und ein oberstes Prinzip des Bösen. Es gibt eine Armee der guten und eine Armee der bösen Geister. Diese beiden Armeen bekämpfen sich heftig und wollen auch die Menschen in dieser Auseinandersetzung um die Oberherrschaft jeweils auf ihre Seite ziehen.

Die Juden der Sekte von Qumran am Toten Meer haben diesen Dualismus im jüdischen Monotheismus eingebaut: Die guten Geister sind von Gott erschaffen worden, ebenso die bösen, die sich aber durch die Sünde von Gott getrennt haben. Den guten und den bösen Geistern, denen »des Lichts« und denen »der Finsternis«, sprachen sie eine große Rolle in der Geschichte des jüdischen Volkes und der ganzen Menschheit zu. Der eigentliche Sinn der Geschichte wird von dem Kampf zwischen guten und bösen Geistern, also zwischen Engeln und Teufeln bestimmt.

Je näher das Ende der Welt heranrückt, desto schwerer und heftiger wird dieser Kampf. Man dachte damals schon in der Endzeit der Weltgeschichte zu leben.

Die Menschen müssen sich in diesem Kampf den guten Geistern anschließen. Das tun tat-



Katholische Kirche

Auferstehung der jüdischen Sekte »Engelwerk«

sächlich nur die Mitglieder der Sekte, die dadurch »Söhne des Lichts« werden. Die Mehrzahl der jüdischen – geschweige denn die nicht-jüdische – Bevölkerung schließt sich den Geistern der Finsternis an und sind dadurch »Söhne der Finsternis«.

Ein Engelkalender für Eingeweihte

Der Kern des heutigen Engelwerkes ist als eine Art Geheimgesellschaft entstanden. Den Mitgliedern wird Geheimwissen geoffenbart und sie legen eine Art Gelübde ab, dieses Wissen auch geheim zu halten und nicht an Außenstehende weiter zu geben. Diese Geheimhaltungspflicht ist von den Mitgliedern durchweg gehalten worden, so daß es immer noch schwierig ist zu sagen, was nun wirklich geheimgehalten wird. Aber es ist doch genügend daraus gesickert, um sich ein Bild von dieser ganzen Gesellschaft machen zu können.

Das Engelwerk ist aufgrund sehr ausführlicher Privatoffenbarungen entstanden, die an eine vor einigen Jahren verstorbene, in Tirol wohnende Frau namens Gabriele Bitterlich ergangen sein sollen. Diese Offenbarungen beinhalten die Namen mehrerer hundert Engel und Dämonen, ihre jeweiligen Funktionen im Himmel und auf der Erde, die Farbe ihrer Mäntel, ihre Stellung in den himmlischen Chören und noch vieles mehr.

Die Eingeweihten gedenken jeden Tag eines oder mehrerer dieser Engel, und so entstand eine Art Engelkalender. Man kann diese Engelnamen auch in deutschen Gebetbüchern finden, die von der »Schutzengel-Bruderschaft« in Innsbruck herausgebracht wurden. Von diesen Gebetbüchern hat jedes Exemplar eine eigene Nummer. So weiß man genau, wem sie ausborgt worden sind. Auf diese Weise bleiben die Gebetbücher Eigentum des Engelwerkes.

Die Engel tragen meistens sonderliche, an die hebräische Spra-

che erinnernde Namen. Einige davon sind in der Bibel ausdrücklich Gott vorbehalten, so daß sie kein Geschöpf tragen kann und darf. Beispielsweise findet man im Engelkalender »St. Jahwe, an einem anderen Tag »St. Jah«, eine Abkürzung von Jahwe, oder »St. Eljon« (»Allmächtiger«).

Die Theologen des Engelwerkes sind anscheinend auch der Meinung, daß wir nun in der Endzeit leben, in der der Kampf zwischen guten und bösen Geistern besonders heftig wird. Dieser Endkampf wird in erster Linie als Kampf zwischen Engeln und Teufeln angesehen. Die Menschen sind den Geistwesen ziemlich hilflos ausgeliefert. Um nicht den bösen zu verfallen, müssen sie sich den guten zuwenden, sie verehren, sich ihnen weihen.

Das steht im Handbuch des Engelwerkes

Das Handbuch des Engelwerkes enthält eine Fülle bislang aus dem Engelwerk nicht bekannte Irrtümer. An erster Stelle steht der Dualismus zwischen einem Heer guter und einem ebensolchen Heer böser Geister, die einander bekämpfen. Diese Vorstellung manifestiert sich einerseits in der regelmäßigen Gegenüberstellung eines Engels mit einem ihm angeblich speziell entgegengesetzten Dämon, andererseits in der Behauptung: »Wir sollen uns die Art und Weise der Engel zu beten, zu denken und zu handeln zu eigen machen, denn der Endkampf im Schöpfungsablauf wird mit geistigen Waffen geführt werden.«

Dabei ist offenkundig nicht an jene geistigen Waffen gedacht, deren sich die Menschen ohnedies tagtäglich im Kampf gegen die vielfältigen Versuchungen zur Sünde bedienen müssen, weil es keine direkten körperlichen Waffen gibt. Vielmehr steckt hinter der merkwürdigen Formulierung ein zweiter Irrtum, der besagt, die Menschen müßten in der Endzeit in die Reihen der Engel versetzt werden, um so erst wirksam gegen die Dämonen kämpfen zu können.

Vielfach werden in dem Handbuch Ausschnitte aus dem angeblich prophetisch geschauten

Schlachtenszenario der Endzeit gebracht. Betreffe »St. Akaba« aus dem Chor der Seraphim, der zusammen mit zwei anderen Seraphim angeblich »einen Spiegel der gütigen Herablassung des Schöpfers zum Geschöpf« bildet, kann man lesen:

»Die Seraphim werden erst am jüngsten Tage ihre Gegner zu Gesicht bekommen, wenn sie mit ihrem Herrn und Gott zum großen Gericht erscheinen. Diesem Seraph wird sich Sada Gibor, Makel der Erbsünde, entgegenwälzen, um durch die aufgespeicherte Wucht der Erbschuld die Güte Gottes zu zerdrücken. Aber der Dämon wird durch sich selbst zerdrückt werden.«

Die Gestalt der Engel

Die Engel werden in dem Handbuch des Engelwerkes oft als körperliche Wesen vorgestellt, wobei diese Vorstellungen bisweilen geradezu abstrus sind. Der Seraph »Amen« bildet zusammen mit zwei anderen Seraphim angeblich »ein ungeheures Feuerrad, das über die ganze Schöpfung läuft vom Himmel bis zur Hölle, rufend: »Heilig bist Du, allmächtiger, gerechter Gott!«

Der Dämon »Alroth« »springt den Menschen jäh an wie eine Katze«, der Dämon »Asmodai« muß sich »gegen Gott als Schlange zeigen«. Als »Tier vor Gott hat er zehn Köpfe oder Hörner mit zehn Kronen«. Und auch »Astaroth« »muß sich vor Gott als Tier zeigen mit sieben Kronen übereinander«. »Beelzebub muß sich vor Gott zeigen als reißender Wolf, Ismael als Busard, Azael als Falke.«

Den bösen Geistern wird manchmal eine Macht zugeschrieben, die sie zwar de potentia absoluta zweifellos besitzen, gemäß der göttlichen Vorsehung jedoch nicht oder allenfalls in Übereinstimmung mit dem Willen Gottes gebrauchen können. Letzteres unterschlägt das Handbuch jedoch und ist somit geeignet, bei leichtgläubigen Gemütern unbegründete Angst vor den Dämonen zu erregen, etwa vor »Primoth«, »der den Reichen zu gerne plötzlich den Lebensfaden abschneidet«.

Geradezu abenteuerlich werden die Vorstellungen der Verfasser

des Handbuchs, wo sie von den Zeichen der Dämonen zu reden beginnen, so auch vom »magischen Viereck«, das sich jeder Dämon über die Schöpfung spannt und mit Zahlen, hinter denen Dämonen stehen, ausfüllt. Mit diesen Dämonen macht er dann seine Schachzüge. Die waagerechte und ebenso die senkrechte Summe dieser Zahlen bildet immer die Zahl des Dämons, zum Beispiel ergibt immer 15, die Zahl Belials.

»Die Symbolik der Dämonen untereinander besteht in Zahlen und Zeichen, die sich bis in die Handhabung der schwarzen Magie erstrecken. Jeder Dämon funkt auf der Wellenlänge seiner Zahl und hat ein Zeichen; es ist eine ganze Wissenschaft für sich.«

Dabei ist klar, daß reine Geister untereinander keiner Symbole bedürfen, keiner Zahlen und Zeichen, denn Symbole und Zeichen sind ja jeweils sinnlich faßbarer Ausdruck für geistige Inhalte. Geistige Inhalte sind den Dämonen jedoch unmittelbar zugänglich. Auch brauchen sie keine Zahlen als »Wellenlänge«, auf der sie funken; das alles sind lächerlich anthropomorphe Vorstellungen, die die Dämonen ungewollt verniedlichen.

Wenn es dann noch weiter über den Funkverkehr der Dämonen heißt: »Solche »Rufnummern« können auch »aufgeladene«, besprochene Dinge sein: frisch gerissene Federn einer Henne, Haare, Klauen, irgendein Dreck, den man in ein Papier mit diesem Zeichen oder Zahl wickelt und am Ort des Rachezieles versteckt, um damit eine noch genauere Zielrichtung zu geben«, erübrigt sich eigentlich jeder weitere Kommentar.

Man möchte die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn dann schließlich die Rede auf »sogenannte Durchstrahler« kommt. »Das sind Menschen, die sich mit schwarzer Magie abgeben und darin eine solche Fertigkeit erlangt haben, daß die Dämonen ihre Strahlen gleichsam glatt durch diese Menschen durchsenden können. Diese Durchstrahler sind den Dämonen so hörig, daß diese ihnen wieder sehr willfährig sind, wenn es gilt, Schaden zu stiften, jemanden zu behexen, Mißernten,

Viehfall oder sonstige Katastrophen herbeizuführen. Merkt also der Seelsorger, daß Pfarr- und Beichtkinder dauernd von Unglück verfolgt werden, so muß er der Sache nachgehen. Die Landleute wissen meist selbst, woher der Haß oder die Falschheit oder die Rachsucht kommt. Kennzeichen solcher Dämonen, die meist durch Hebammen, Bauersfrauen, Zigeuner, Botenfrauen, alte rachsüchtige Bauern durchstrahlen, sind . . .« (Es folgt eine lange Liste)

Der Geist des Engelwerkes

Eine plumpe Neuauflage des alten Hexenglaubens also, somit Aufforderung zur Hexenjagd. Auch der Personenkreis steht schon fest: es sind die uralten Klischees.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der »3. Informationsbrief« des Engelwerkes vom 1. Dezember 1986, der an alle deutschsprachigen Ordinarie geschickt wurde. Hierin wird eine deutsche Übersetzung des Schreibens der katholischen Glaubenskongregation vom 29. September 1983, das dem Engelwerk drei verbindliche Auflagen macht, veröffentlicht: »Es soll im besonderen unter seinen Mitgliedern und unter den Gläubigen keinen solchen Kult der Engel verbreiten, der »Namen« benutzt, die aus einer vermutlichen Privatoffenbarung bekannt geworden sind. Es wird auch nicht gestattet, diese Namen in jenen Gebeten zu benutzen, die von der Gemeinschaft verwendet werden.«

Auf Seite 20 des Informationsbriefes wird nachgetragen: »Als authentische Interpretation für den Runderlaß vom 29. September 1983 teilte die Heilige Kongregation für Glaubenslehre mit, daß der Gebrauch der fraglichen Engelnamen auch dann zu unterlassen ist, wenn die gemeinschaftlichen Gebete privat verrichtet werden.«

Auf der anderen Seite jedoch kann das Engelwerk auf folgendes verweisen, was ebenfalls in dem Informationsbrief steht: »Wie am 12. September 1983 der damalige Sekretär der Heiligen Kongregation für Glaubenslehre mündlich dem Vertreter des Engelwerkes mitgeteilt und diese Mitteilung schriftlich bestätigt

hat, sind durch den damals in Vorbereitung befindlichen Runderlaß vom 29. September 1983 weder die bereits gewährten kirchlichen Druckerlaubnisse ungültig gemacht worden, noch ist den Diözesanbischöfen in der Zukunft für solche Texte beziehungsweise deren Übersetzung das Imprimatur zu gewähren die Vollmacht genommen worden.«

Das sogenannte Engelkalendarium unter dem Titel »Tagesengel und Engel der beweglichen Feste« hat vom Bischof von Aparecida in Brasilien bereits 1973 das Imprimatur erhalten. Wenn das Imprimatur für dieses zweibändige Werk erhalten bleibt, dessen erklärtes Ziel ist, die Verehrung der Engel unter ihren angeblichen Namen zu ermöglichen und zu fördern, bleiben alle Verbote, diese Namen auch nur privat zu verwenden, Makulatur.

Magie und Aberglauben

Daß die Magie und der Aberglaube des Handbuchs auch heute noch in den Köpfen zumindest der Priester des Werkes spuken, kam indessen 1986 auf Madeira ans Licht, wo für hoffnungsvolle künftige Novizen des engelwerks-eigenen Kreuzordens beziehungsweise seines Donatenstandes eine umfängliche Einführung in den Geist des Werkes gegeben wurde, und wofür unser junger Priester, den wir eingangs zitierten, bei einem Priester im Hause des Bischofes von Augsburg sein Flugticket nach Madeira erhielt.

Wie dem Bericht dieses Teilnehmers zu entnehmen ist, hat ausgerechnet der Sohn der angeblichen Visionärin, »Bruder« Hansjörg Bitterlich, dort öffentlich Gedanken geäußert, die dem Leser des Handbuchs inzwischen vertraut sind:

»Jeder Engel habe mit seiner Erschaffung eine spezielle Aufgabe von Gott bekommen. Die Engel, welche sich in der Prüfung gegen Gott entschieden hätten und gestürzt worden seien, hätten – wie die guten Engel – ihren Aufgabenbereich weiter behalten, so auch jene Engel, denen die Verwaltung der Schöpfung aufgegeben worden sei. Daher gebe es heute in der Schöpfung

einen Bruch und keine vollständige Harmonie mehr; verschiedene Bereiche der Schöpfung würden von Dämonen beherrscht, die anderen Bereiche von guten Engeln.

Beelzebub, der »Fliegenteufel«, sei der Engel, dem vor dem Engelnsturz die Herrschaft über die Insekten aufgegeben worden sei. Von daher werde es verständlich, daß die Fliegen und viele andere Insekten auf den Menschen so abstoßend wirkten und oft Schaden zufügten.«

Im Engelwerk geht man, wie zu sehen ist, weit über die Lehre der Kirche hinaus. Die Kernmitglieder meinen, im Besitz einer besonderen Offenbarung zu sein; von ihnen wurde bis 1983 das Gelöbnis verlangt, diese geheimen Mitteilungen nicht an Außenstehende weiterzugeben. Dadurch bekam das Engelwerk zumindestens im Kern seiner Mitglieder, die dieses Schweigegelöbnis ablegen mußten, den Charakter einer Geheimgesellschaft.

Die verschiedenen Grade der Weihe an die Engel scheinen diesen Charakter zu verstärken. Wenn in einer religiösen Kommunität, beispielsweise einem Kloster, initiierte Mitglieder des Engelwerkes waren, konnte dies zu unerwünschten Gruppenbildungen führen.

Auch dazu gibt es einen persönlichen Bericht eines Priesters: »Dieser mein Verdacht wurde vor einigen Tagen aus Neue erhärtet, als mir ein Mitbruder aus dem Franziskanerorden mitteilte, auf welche Weise das Engelwerk auch in seinem Orden Abwerbung betreibt. So hatte ein Novizenkurs des Jahrganges 1973/74 Kontakte zum Engelwerk. Als der Novizenmeister diese Kontakte verbot, wurden die Novizen aufgefordert, weiterhin zu den Engelwerkversammlungen zu kommen, im Kloster aber zu bestreiten, daß man dorthin ging. Auf Weisung des Versammlungsleiters mußten die Novizen ihrem Magister also ins Gesicht lügen. Es scheint fraglich, ob das wirklich der Wille der Engel sein kann. Schließlich ist der gesamte Kurs, nachdem die Lage auf die Spitze zutrieb, in den Kreuzorden übergetreten. Soweit diese Mitteilung. Sie ist in meinen Augen

ein weiteres Indiz dafür, wie man im Kreuzorden die Ideale junger Menschen manipuliert, um sie für eigene Ziele arbeiten zu lassen.«

Bittere Klagen von Bischöfen

Bei diesem Sachverhalt ist es kein Wunder, daß bittere Klagen von Bischöfen und Klosteroberen Rom erreichen. Für die deutsche Bischofskonferenz hat Professor Dr. Johann Auer, Regensburg, ein ausführliches Gutachten über das Engelwerk und seine Spiritualität verfaßt. Darin vertritt er die Auffassung, daß die Lehre dieses Werkes über Engel und Dämonen Elemente der jüdischen Kabbala beinhaltet. Diese vorwiegend aus dem Mittelalter stammende jüdische Lehre ist ein Gemisch von zum größten Teil fremdartigen Lehrmeinungen, worunter eine Anzahl gnostisch-dualistischer Art sind.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß der ehemalige Regensburger Bischof, der anfänglich dem Engelwerk zugetan war, bereits Ende 1972 für sich und sein Bistum jeden Kontakt mit dem Werk abgebrochen hat. Er verbot bei einem Benediktinerabt strengstens, bei Veranstaltungen des Engelwerkes die Kommunion zweimal täglich zu spenden und die verschiedenen Engelweihen in seinem Bistum vorzunehmen.

Professor Auer bemerkte in seinem Gutachten auch, daß in einem Brief für Schwestern des Engelwerkes hinsichtlich der heiligen Kommunion zu lesen war, daß der Engel dabei eine Rolle spielt: »Es ist nicht so, daß wir in der heiligen Kommunion den Engel empfangen, jedoch der Herr, den wir empfangen, nimmt ihn in sich auf und gibt ihn uns.«

Die Mitglieder des Engelwerkes müssen sich auch, und zwar jedesmal in einem höheren Grad, den Engeln weihen. Das hat die Kirche nie gekannt. In dem Rundbrief heißt es denn auch: »Alle oben erwähnten Weihen zusammen mit dem Ritus sind durch den zuständigen Diözesanbischof gutgeheißen und nachher von der Heiligen Kongregation für Glaubenslehre überprüft worden und unbeanstandet geblieben.« □

Bundesrepublik

Die Schulden steigen weiter

Die deutschen Staatsschulden haben sich in den letzten sieben Jahren auf gut 800 Milliarden Mark fast verdoppelt. Sie machen mittlerweile an die 40 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Bundesrepublik aus; Ende 1979 waren es erst knapp 30 Prozent. Die Schulden nehmen also stärker zu als das Wirtschaftswachstum.

Und sie steigen weiter. In weniger als fünf Jahren werden Bund, Länder und Gemeinden mit mehr als tausend Milliarden in der Kreide stehen.

Auch wenn sich die Finanzpolitiker noch so viel Mühe geben, die Staatsausgaben zu drosseln – von 1981 bis zum letzten Jahr hat sich die Zunahme der jährlichen Neuverschuldung der Gebietskörperschaften immerhin von 77 Milliarden auf etwa 43 Milliarden Mark vermindert –, ist dieser Trend nicht zu brechen. □

Vatikan

Protest an Ratzinger Kritik

Katholische und protestantische Gruppen verschiedener Schattierungen ergreifen Partei für den Internationalen Währungsfonds (IWF) und organisieren eine Opposition gegen den Bericht der Vatikan-Kommission »Justitia et Pax« über die Schulden der dritten Welt. In Göttingen wurde eine Gruppe »Ethik und Wissenschaft« gegründet, die sich aus führenden Wirtschaftswissenschaftlern und Professoren zusammensetzt, die im September 1987 eine Konferenz gegen den Vatikan-Bericht planen, sowie gegen die allgemeine Philosophie von Joseph Kardinal Ratzinger, daß die Wirtschaftswissenschaft in erster Linie eine »moralische« Wissenschaft sein muß.

Einflußreiche Persönlichkeiten aus diesen Kreisen meinen:

»Ratzingers Angriff auf Adam Smith und die freie Marktwirtschaft waren ein Fehler. Wir befinden uns seither in einem Lernprozeß. Ich bezweifle, daß der Vatikan das Problem des IWF wirklich versteht. Für uns ist die moralischste Vorstellung, die Wirtschaftsordnung der Schuldnerländer zu verändern.«

Die katholische Seite wird von dem westdeutschen Dominikanerpater Streithofen repräsentiert: »Ich habe das Dokument des Vatikans über die Schulden durchgesehen, und ich bin der Meinung, daß es ein bißchen verrückt ist.«

Deutsche, österreichische und Schweizer Dominikaner sind daran beteiligt ebenso wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, die Konrad-Adenauer-Stiftung und verschiedene Wirtschaftswissenschaftler, Sozialwissenschaftler und Theologen. Sie arbeiten auch mit der Gruppe von William Simon und Michael Novak vom American Enterprise Institut in Washington zusammen.

Unter den Protestanten ist der Hauptakteur Prälat Binder aus Bonn. Binder »will Angriffen auf unser Wirtschaftssystem von seiten der Kirchenmitglieder begegnen, die unser System nicht verstehen«. □

USA

Wähler sorgen sich um die Wirtschaft

Der Skandal Iran-Contras ist nicht die vorrangigste Sache in den Köpfen der amerikanischen Wähler. Es ist die wirtschaftliche Lage des Landes, die sie am meisten beschäftigt. Das berichten Kongreßabgeordnete beider Parteien: »Offen gesagt, der Handel und die Gesundheitsfürsorge kamen öfter zur Sprache als Iran und die Contras.« »Wissen Sie, die Leute hier im Land müssen überleben, das heißt, sie müssen mit den täglichen Schwierigkeiten im Leben fertig werden.« »Sie sind viel mehr interessiert an Dingen, die mit ihrem Geldbeutel zu tun haben und der Binnenwirtschaft. Auf einer Skala von 1 bis 10 käme die Wirtschaft, ihre Arbeitsplätze,

ihr Geldbeutel, unsere eigenen Wirtschaftsprobleme an erster Stelle und der Iran an 9. oder 10. Stelle.«

Die Abgeordneten stellten in ihren Wahlversammlungen immer wieder fest, daß die Wähler meinen, daß man ihnen nicht die volle Wahrheit sagt. □

NASA

Das Ziel ist eine Mission zum Mars

Bei einem Artikel in der Londoner »Financial Times« erscheint die Überschrift: »Die Augen der Amerikaner leuchten auf bei der bemannten Mission zum Mars«. Der Artikel beginnt mit einem Zitat des Vorsitzenden des Repräsentantenhaus-Unterausschusses für Raumfahrtwissenschaft: »Wir sollten zum Mars fliegen.«

Er befürwortet eine gemeinsame Mission mit der Sowjetunion. »Wenn die beiden Widersacher zusammen zu einem anderen Planeten fliegen, hätte das nicht eine positive Wirkung auf ihre Beziehungen auf der Erde?«

Die Vorstellung wird von vielen amerikanischen Abgeordneten unterstützt, heißt es in dem Artikel. Der Vorsitzende des Haushalts-Unterausschusses des amerikanischen Senats, der auch beim NASA-Budget mitzureden hat, meint, daß ein bemannter Flug zum Mars »unvorhergesehene Auswirkungen« hinsichtlich Technologien haben könnte, die in der Wirtschaft in breitem Rahmen Anwendung finden dürften. Ganz offensichtlich will man in den USA, daß jetzt Vorbereitungen getroffen werden, selbst wenn der Flug erst in 50 Jahren stattfindet.

Die NASA-Beamten beschäftigen sich inzwischen mit dem Projekt. Dazu die »Financial Times«: »In einer jüngsten Studie der NASA und Wissenschaftlern des Los Alamos National Laboratory in New Mexico wird eine Reihe bemannter Missionen zum Mars und dessen Monden Phobos und Deimos ab dem Jahr 2000 diskutiert. Die endgültige Mission könnte Forscher für ein Jahr auf die Oberfläche des

Mars bringen. Das ganze würde schließlich zu permanenten Aufenthalten auf dem Mars Ende des 21. Jahrhunderts führen.

Mit einer Flugzeit zu dem Planeten von mindestens acht Monaten wären Reisende dort hin von der Erde mindestens zwei Jahre lang abwesend.«

Ein Flug zum Mars würde die Stimmung und Moral der amerikanischen Raumfahrtindustrie erhöhen, meint James French, der Vizepräsident der American Rocket Company aus Menlo Park, Kalifornien. French zufolge, dessen Firma an einer kommerziellen Abschubeinrichtung arbeitet, die Satelliten bis zum Jahr 1989 oder 1990 in die Umlaufbahn befördern soll, würde ein Raumfahrzeug zum Mars mit Platz für 10 bis 12 Leute seine Reise von einer bemannten Raumstation in der Umlaufbahn um die Erde starten. □

Tschechoslowakei

Uneins über Gorbatschows Reformen

Einige Länder des Ostblocks scheinen nicht glücklich zu sein über die »Reformen« des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow. Es könnte sein, daß dabei einige Köpfe ins Rollen kommen werden. Unter denen, die auf einer Säuberungsliste stehen sollen, befinden sich auch der tschechische Parteiführer Gustav Husak, DDR-Chef Erich Honecker, Bulgariens Todor Schifkoff und Rumäniens Ceaucescu.

Der Botschafter der Tschechoslowakei in der Bundesrepublik, Dusan Spacil, veranstaltete extra eine Pressekonferenz in Bonn, um Gerüchte über eine angebliche Unzufriedenheit in der Tschechoslowakei über Gorbatschows »Reform«-Politik zu dementieren. Doch im Grunde bestätigte er nur die Tatsache. Die Tschechen, so sagte er, unterstützen Gorbatschows Politik hundertprozentig, doch gleichzeitig müssen sie diese sowjetischen Maßnahmen an »tschechoslowakische Bedingungen« anpassen.

Inzwischen gibt es Informationen, aus denen hervorgeht, daß

es in Prag einen Machtkampf zwischen einer technokratischen Gruppe um Präsident Svoboda und Außenminister Chnoupek auf der einen Seite gibt und den »orthodoxen Neo-Stalinen« wie dem Sekretär des Zentralkomitees Vasil Bilak auf der anderen Seite.

Bilak, der Chefideologe des Landes, bestand darauf, daß es keine »neue Politik« in der Tschechoslowakei geben werde. »Es gibt da einige Leute zu Hause, die eine »neue Politik« vorantreiben wollen«, berichtete er der Parteiideologie-Kommission. »Einige Leute« fechten die Verfassung von 1970 an, ein Dokument, das nach der Invasion der Roten Armee im »Prager Frühling« verfaßt worden ist. »Wir wissen, um was es geht. Sie möchten die Veränderungen in der UdSSR dazu benutzen, ihre anti-sozialistischen und antisozialen Aktivitäten zu verbergen.« □

Schweden

Waffenhändler tritt zurück

Martin Adabo, Geschäftsführer des größten schwedischen Rüstungsproduzenten, BOFORS, ist von seinem Posten zurückgetreten, nachdem eine Untersuchung darüber, ob die Firma Waffen in den Iran geschmuggelt hat, kurz vor ihrem Ende stand.

Beamte an der iranischen Botschaft in Stockholm sagten auf einer Pressekonferenz, daß seit einem im Jahr 1978 verhängten Verbot keine schwedischen Waffen mehr in den Iran geliefert worden seien. Das Londoner Institut für Strategische Studien, die Wochenzeitung »Jane's Defence Weekly« und das Blatt »Military Balance« waren jedoch alle anderer Meinung. Sie behaupten, daß schwedische Waffen vom Iran im Golfkrieg eingesetzt werden.

Der schwedische Premierminister Ingvar Carlsson hat jegliche Kenntnisse über einen Waffenhandel mit dem Iran geleugnet. Die Zeitung »Svenska Dagbladet« fragte, ob es sein könne, daß schwedische Politiker von dem Handel nichts hätten wissen können: »So manch ein Minister

in der Regierung hätte sich doch fragen müssen, wieso Singapur so viele Raketen für den eigenen Gebrauch benötigt.«

In einem kürzlich erschienenen Artikel der »New York Times« wird eine Verbindung hergestellt zwischen den schwedischen Waffenverkäufen an den Iran und dem Mord an Premierminister Olof Palme im Februar 1986. □

Dominikanische Republik

Schulden gegen Eigenkapital

Einer Ankündigung von Luis Julian Pérez, dem Gouverneur der Zentralbank der Dominikanischen Republik zufolge, wird das Land 10 Prozent seiner Außenschuld – das sind 80 Millionen Dollar – gegen Eigenkapitalrechte für die Gläubiger eintauschen. Die Regierung wird über 80 Millionen Dollar an Grundbesitz und Industrien Gläubigern zur Verfügung stellen, die dieses Vermögen dann zur Schaffung von »Freihandelszonen«, Tourismus-Attraktionen und Plantagen nutzen werden.

Inzwischen hat die dominikanische Republik einen Drei-Jahresvertrag für den Verkauf von Zucker an die Sowjetunion unterzeichnet. Im Jahr 1985 verkaufte sie Zucker im Wert von 333 Millionen Dollar an die USA – das war ein Drittel der Devisenerlöse des Landes. In diesem Jahr werden es wahrscheinlich nur noch 61 Millionen Dollar sein, die aus dem Zuckergeschäft mit den USA kommen. □

Weltraum

Ein neuer Stern am Himmel

Das Verhalten der Supernova Shelton hat wenig zu tun mit der herrschenden Supernova-Theorie, behauptet der Astronom Robert Garrison von der Universität Toronto. Der neue Stern wurde am 26. Februar 1987 von Ian Shelton im Observatorium

von Las Campanas in den chilenischen Anden entdeckt.

Bis jetzt sind nur sehr weit entfernte Supernovae mit modernem astronomischem Gerät beobachtet worden. Die Supernova Shelton ist viel näher. Bisher ist noch unbekannt, wie es zu neuen Sternen kommt oder welche astrophysikalischen Prozesse damit verbunden sind. Sie ist auch jedem anderen bekannten Stern unähnlich.

Das Verhalten der Supernova ist außergewöhnlich: sie strahlte sehr stark ultraviolett, doch 96 Prozent des ultravioletten Scheins und ein Drittel des Blautons verschwanden dann innerhalb von 24 Stunden. Man rechnete damit, daß sie innerhalb etwa einer Woche ab ihrer Entdeckung von 4,5 auf 1 oder Null Mag erstrahlen würde, doch das trat nicht ein.

Während laut Garrison die Leuchtkraft von zuvor beobachteten Supernovae innerhalb von wenigen Tagen auf einen Höchstwert ansteigt, dann erst steil abfällt und anschließend allmählich weniger wird, bleibt die Supernova Shelton einfach bei 4,4 Mag stehen. Garrison meint, daß wir hier vielleicht eine frühe Phase der Supernova-Entwicklung beobachten, die in den entfernteren Supernovae nicht entdeckt worden ist. □

Japan

Expansion bei den Streitkräften

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Armitage hat dem Kongreß mitgeteilt, daß sich die militärische Truppenansammlung der Sowjets im Pazifik in Japan einer expandierenden und hoch entwickelten Abschreckungsstreitmacht gegenübersteht. Die Vorstellung, daß »Japan es mit der Verteidigung nicht so genau nimmt«, stimmt nicht mehr.

Bis zum Jahr 1990 wird Japan gegenwärtigen Plänen zufolge 200 F-15- und 100 F-4-Kampflugzeuge haben, »mehr als die amerikanische Luftwaffe in Japan, Korea und den Philippinen zusammengekommen hat und

etwa genauso viele taktische Flugzeuge, wie sich auf dem amerikanischen Kontinent befinden«, sagte Armitage.

Die japanischen Marinestreitkräfte rechnen mit 60 Zerstörern und 100 P-3-U-Bootabwehrflugzeugen, »das sind fast drei- bis fünfmal so viel wie die ganze 7. US-Flotte im Pazifik hat.

Dieses immer mehr wachsende Luftverteidigungs- und U-Bootabwehr-Netz der Japaner, gekoppelt mit einem glaubwürdigen Nuklearschirm der USA, behindert das militärische Wagnis der Sowjets im Pazifik gewaltig«, meint Armitage. □

Ägypten

In Verzug mit Schuldenzahlungen

Bankenquellen in Kairo haben inzwischen zugegeben, daß sich Ägypten de facto mit seinen Schuldenzahlungen in Verzug befindet. Die Banken im Westen lassen verlauten, daß ein Verzug bei Schuldenzahlungen, der noch vor einem Jahr sechs oder sieben Monate betrug, jetzt zwölf oder mehr beträgt. Ausländische Banken finanzieren keine größeren Projekte mehr in Ägypten und beteiligen sich auch nicht mehr an Refinanzierungs-Operationen mit Banken in diesem Bereich. Ägypten hat insgesamt 35 Milliarden Dollar an zivilen und militärischen Schulden.

Unterdessen widersetzt sich die Regierung neuen Forderungen von Seiten des Internationalen Währungsfonds (IWF). Ägypten und der IWF haben sich noch nicht über eine Absichtserklärung geeinigt, die Kairo eine Kreditzusage in Höhe von 300 Millionen Dollar sichern würde, so berichtet die Wirtschafts-Wochenzeitschrift »Al-Ahram Al-Iqtisadi«. Dem Blatt zufolge gibt es viele »Differenzen zwischen den Parteien«, unter anderem Ägyptens Ablehnung, die Zinssätze zu erhöhen und die inländischen Energiepreise um 60 Prozent zu steigern.

Inzwischen hat eine Delegation von hoher Ebene aus der Sowjetunion die Möglichkeit ge-

prüft, im Gegenzug für erleichterte Schuldentrückzahlungen an Moskau von Ägypten politische Konzessionen zu erlangen. □

Sowjetunion

Rehabilitierung von Bukharin möglich

Einige Kreml-Beobachter glauben, daß die Regierung von Michail Gorbatschow versucht, die sowjetische Bevölkerung für die Rehabilitierung einer der Hauptgegner Stalins, den Führer der »rechten Opposition« bis zur Säuberung in den dreißiger Jahren, Nikolai Bukharin, vorzubereiten. Bukharin war innerhalb Rußlands der Hauptagent jener Finanzinteressen des Westens, genannt der Trust, die mit der Sowjetunion nach 1917 verbündet waren.

Bukharins Rehabilitierung würde Gorbatschows Wiederbelebung der Trust-Beziehungen symbolisieren, die Bukharin repräsentierte und die von Stalin in den großen Säuberungsaktionen abgebrochen wurden.

Unter den Signalen dafür befindet sich ein Artikel im Sprachrohr der sowjetischen KGB-Zeitung »Literaturnaya Gazeta«. Ein V. Listov kommentiert eine Serie mit dem Titel »Aspekte eines Porträts von V. I. Lenin«, die derzeit im sowjetischen Fernsehen läuft. Er schreibt:

»Eine der aufschlußreichsten Episoden zeigt den ruhigen, aber äußerst polemischen Dialog zwischen Lenin (M. Uljanov) und Nikolai Bukharin (O. Tabakov) über den Frieden von Brest. Bukharin ist ein kluger Gegner mit ausgezeichneter Beherrschung der Logik und die Beschuldigungen, die er gegen Lenin vorbringt, sind persönlicher wie politischer Natur.

Daß Lenin Recht hatte und Bukharin Unrecht, ist eine historische Tatsache. Doch Uljanov und Tabakov erreichen mehr als nur eine Bestätigung von Tatsachen. Uljanov betont subtil und genau Lenins Fähigkeit, sich

über die Anschuldigungen persönlicher Natur hinwegzusetzen und zu verhindern, daß die Auseinandersetzung auf einen Punkt absinkt, wo es nur noch um persönliche Dinge geht. Der Gegner mag im Unrecht sein, er mag sogar böse oder aggressiv sein, doch man muß seine Achtung für den Gesprächspartner in einer Debatte bewahren, wenn er ehrlich und aufrichtig ist. □

Israel

Für eine Bombardierung Pakistans

Israel hat Indien wiederholt einen gemeinsamen Schlag gegen Pakistans Entwicklungswerk für Atomwaffen vorgeschlagen, so behaupten politische Experten in der »Jerusalem Post«. Im Jahr 1981 hat Israel auf eigene Faust eine im Bau befindliche Nuklearanlage im Irak bombardiert. Es wäre jedoch unmöglich für israelische Flugzeuge, den Reaktor in Pakistan anzugreifen ohne in Westindien aufzutanken zu können.

Obwohl Pakistan bekanntermaßen in dem Werk eine Atom-bombe entwickelt, hat Indien den Vorschlag bei drei verschiedenen Gelegenheiten bisher abgelehnt.

Einem in London veröffentlichten Bericht zufolge ist Israel von dem in den USA überführten Mossad-Spion Jonathan Jay Pollard mit detaillierten Satellitenfotos von Kahuta versorgt worden. Israel führt Indiens Ablehnung auf sowjetischen Druck zurück sowie auf die Tatsache, daß es seine Führung in der blockfreien Bewegung nicht aufs Spiel setzen will, heißt es in dem Bericht. □

Japan

Abbau von Arbeitern bei Stahlgiganten

Der Welt größter Stahlproduzent, die Nippon Steel Corp. in

Japan, hat einen straffen »Rationalisierungsplan« veröffentlicht, im Rahmen dessen fünf Hochöfen abgefahren und über die Dauer von vier Jahren hinweg 19 000 Arbeitskräfte entlassen werden sollen, so heißt es in der »Japan Times«.

Die Führungskräfte der Nippon Steel, die diesen Plan in einer außerordentlichen Vorstandssitzung annahmen, meinten, er werde es der Firma ermöglichen, bis zum Jahr 1990 ein hohes Niveau der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, wenn der Yen bei 150 Yen zu einem Dollar bleibt. Mit dem Plan werden die Betriebskosten um 25 Prozent gekürzt. Er wird jedoch auch die Belegschaft in Höhe von 65 000 Menschen und die Wirtschaftszweige der unterschiedlichsten Couleur in Japan in den Abgrund stürzen.

Nippon hat jetzt nur noch 12 Hochöfen in Betrieb. Die Leistung wird bis 1990 auf 24 Millionen Tonnen gesenkt, im Vergleich zu 27,98 Millionen Tonnen im Jahr 1985. Das Abfahren der fünf Hochöfen wird die Stahlproduktion der Firma um 10 Millionen Tonnen senken; derzeit liegt sie bei 34 Millionen.

Die Nippon-Führungskräfte schätzen, daß Japans jährliche Stahlproduktion im Jahr 1990 etwa 89 bis 90 Millionen Tonnen betragen wird im Vergleich zu 96 Millionen Tonnen in diesem Jahr.

Etwa 6000 Arbeiter werden in Bereiche von Nippon Steel übernommen, die nichts mit der Stahlproduktion zu tun haben und etwa 9000 werden die Firma aus Altersgründen oder »persönlichen« Gründen verlassen. Der Rest wird umgeschult, damit sie einen anderen Arbeitsplatz finden können.

Gewerkschaftsführer der Nippon in Kamaishi, wo ein Hochofen abgefahren wird, sagten der »Japan Times«, der Firmenplan sei »völlig unannehmbar«. Etwa 2300 Unterlieferanten des Werks sehen sich auch einem Arbeitsplatzverlust gegenüber. Etwa 14 000 Menschen von den 59 000 Einwohnern der Stadt hängen mit ihrem Lebensunterhalt direkt oder indirekt von dem Werk ab. □

Devisen

Hoher Wert des Yen gefährdet Industrie

Die langfristigen Auswirkungen des hohen Wertes des Yen werden große japanische Produzenten zwingen, viele ihrer robotisierten Anlagen stillzulegen, was Japans Exportposition schaden und den Zweck der jüngsten Yen-Dollar-Neuanpassung unterminieren wird, so Masaya Miyoshi, der Vorsitzende von Keidanren, der Vereinigung wirtschaftlicher Organisationen.

Die Sanyo Electric hat ihre Produktion in Werken im Ausland erhöht und kündigte an, daß sie 1200 Teilzeitarbeitskräfte zugunsten von Vollzeitarbeitsplätzen entlassen werden. Toyota verkündete, daß es keine Arbeiter von Firmen außerhalb der Toyota-Gruppe übernehmen werde und schickte 500 Arbeiter wieder zu Nippon-Steel, Sumimoto Metal Industries und Ishikawajima-Harima Heavy Industries zurück, alles Firmen, die durch den Anstieg des Yen stark getroffen sind.

Mazda, Mitsubishi und andere Autohersteller sollen den Einkauf von Bauteilen von koreanischen Produzenten in Erwägung ziehen.

Shinji Fukukawa, dem stellvertretenden Minister für internationalen Handel und Industrie zufolge, gibt es eine Grenze, wie weit Japan seine Exportindustrien »aushöhlen« wird angesichts des Bedarfs zum Import von Energie, Nahrungsmitteln und Rohstoffen. □

Bolivien

Bischof beschuldigt IWF

Der Leiter der Bolivianischen Bischofskonferenz Julio Terraza sagte, »die Anpassungsprogramme« des Internationalen Währungsfonds (IWF) seien für einen großen Teil des Elends in Bolivien und anderen Ländern

verantwortlich. »IWF-Empfehlungen zufolge werden Lehrer entlassen, Schulen geschlossen und viele öffentliche Sozialhilfe- und Gesundheitsfürsorge-Programme abgeschafft.«

Zwei Drittel der Arbeiter im Zinkbergbau sind wegen des IWF und des Zusammenbruchs der Zinkpreise ohne Arbeit, berichtete Bischof Terraza. Er beschuldigte auch die Banken Amerikas, multinationale Unternehmen und die US-Regierung, daß sie zusammen mit dem IWF gegen Bolivien arbeiten würden und verlangte von den Vereinigten Staaten, sie sollen ihre Politik ändern. »Statt Zinsen auf die Schulden zu zahlen, sollten wir das Geld für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten verwenden«, sagte er. □

Sowjetunion

Neue Pläne für Nazi-Jagd

Hochrangige sowjetische Regierungsbeamte haben britischen Beamten eine »Liste mit 34 angeblichen Nazi-Kriegsverbrechern übergeben, die nach dem Krieg Zuflucht in Großbritannien gefunden haben«, heißt es in einem Leitartikel der »Jerusalem Post«. Die Liste erhielten Journalisten des schottischen Fernsehens und, so meinte die israelische Zeitung, Quellen in Großbritannien sind der Überzeugung, daß die Sowjets »diese Einzelheiten weitergegeben haben, um die britische Regierung in den Wochen vor dem geplanten Besuch von Premierministerin Thatcher in Moskau bezüglich des Themas Menschenrechte in Verlegenheit zu bringen«.

Die 34 Namen sollen aus einem großen Sowjetarchiv mit dokumentarischen Beweisen bezüglich des Holocaust und anderer »Nazi-Grausamkeiten« stammen.

Die Sowjets waren auch die Informationsquelle für verschiedene Fälle in der jüngsten Zeit, wo sie dem Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums Daten gegeben haben, unter anderem bezüglich John Demjanjuk, der jetzt in Israel als »Iwan der Schreckliche« von Treblinka vor

Gericht steht. In diesen und in anderen Fällen wurde wiederholt festgestellt, daß die sowjetischen Informationen falsch sind. □

Großbritannien

War Reilly Moskaus »erster Mann«?

Der Meisterspion Sidney Reilly war der wichtigste Mann, als der sowjetische Geheimdienst in den zwanziger und dreißiger Jahren in das britische Establishment vorstieß. Er war »verantwortlich für den KGB-Plan, Studenten aus Oxford und Cambridge wie Kim Philby, Guy Burgess, Donald Maclean und Anthony Blunt als sowjetische Einflußagenten zu rekrutieren«, schrieb der Kolumnist Simon Freeman in der Londoner »Sunday Times«.

Freeman berichtete über die jüngste Theorie im Zusammenhang mit Reilly, die in einem neuen Buch von Robin Bruce Lockhart zu lesen ist. Lockhart ist ein ehemaliger Journalist, dessen Vater, Sir Robert, zur Zeit der Revolution im Jahr 1917 Großbritanniens inoffizieller Repräsentant bei den Bolschewiken in Moskau war.

Lockhart sagt, Großbritanniens MI-5 »glaubte, Reilly sei der erste Mann gewesen, der übergelaufen ist. Es gab genügend Indizienbeweise dafür, daß es Reilly war, der den Weg geebnet hat für Burgess, Maclean, Philby, Blunt und all die anderen«. Zu den angeführten Beweisen gehört, daß Reilly einst Student war im Trinity College in Cambridge, wo auch Blunt war; daß Reilly immer Sympathien gehegt hat für den Bolschewismus und daß er in Moskau gesehen wurde, nachdem er angeblich von den Russen erschossen worden sein soll.

Ein großer Teil der Lockhart-Informationen kommt von dem ehemaligen MI-5-Gegenspionage-Experten Peter Wright und wird, so Freeman, gestützt durch den britischen Autor Michael Kettle, der meint: »Es gibt keinen Beweis dafür, daß Reilly im Jahr 1925 getötet worden ist.« □

Israel

Keine Juden nach USA

Die israelische Regierung unter Yitzak Shamir hat von der US-Regierung verlangt, sowjetischen Juden den ständigen Wohnsitz in Amerika zu verweigern, so daß sie nach Israel gehen müssen. Dieses Anliegen brachte er bei seinem letzten Besuch in Washington vor.

Einige Leute waren in dem Glauben, daß die israelischen Interessen, die Shamir repräsentiert, mit den sowjetischen Behörden über die »Freilassung« von Juden in der Sowjetunion verhandeln. In Wahrheit verhandeln sie darüber, daß die Juden aus der Sowjetunion – wie in Kisten verpackt – nach Israel transportiert werden, wie es Shamirs formelle Bitte an den Tag brachte.

Shamir bat das US-Außenministerium, den Juden aus der Sowjetunion außerhalb von irgendwelchen nationalen Einwanderungsquoten keinen Flüchtlingsstatus mehr anzubieten. Er möchte, daß alle sowjetischen Juden, die aus der Sowjetunion imigriert sind, mit von der holländischen Botschaft in Moskau ausgestellten israelischen Einwanderungsvisa reisen. Sobald sie dann einmal in Israel sind, können sie, wenn sie wollen, nach regulären israelischen Quoten Einwanderung in die USA beantragen.

Shamir zufolge ist der Hauptpunkt dabei, »mehr Leute nach Israel zu bringen. Wir haben der amerikanischen Regierung erklärt, daß das eines unserer Ziele ist.« Shamir wird dazu in der »New York Times« zitiert: »Und wenn sie an einem starken Israel interessiert sind, müssen sie uns in unseren Bemühungen unterstützen.« □

Peru

Erdgas für 120 Jahre

Der peruanische Präsident Alan Garcia hat das erste Untersuchungsstadium für die großen Erdgasreserven angekündigt,

die von der Shell Oil im Dschungel von Ucayali im Süden Perus entdeckt worden sind. Die Entdeckung wurde im Februar zum erstenmal bekannt, und es handelt sich dabei um schätzungsweise 7,2 Billionen Kubikfuß Gas, was 1,2 Milliarden Barrel Öl entspricht. Der Wert des Fundes liegt bei etwa 20 Milliarden Dollar, wie Garcia meint, und wird 120 Jahre reichen.

Der Präsident sagte, die Erschließungspläne umfassen den Bau einer 540 km langen Pipeline bis Lima und einer kleineren für den Transport von Flüssiggas, das in der Nähe gefunden wurde und damit Benzin einer hohen Oktanzahl vergleichbar ist.

Garcia meinte, die Funde würden es Peru ermöglichen, Öl durch Gas zu ersetzen und täglich 35 000 Barrel Öl zu exportieren, das derzeit im Inland verbraucht wird. Er meinte, die Möglichkeit des Gasexports nach Brasilien werde untersucht, doch es wurde noch keinerlei Beschluß darüber gefaßt.

Der Vertrag der Shell mit Peru läuft im Januar 1988 aus und Garcia sagt, die Zukunft der Firma in Peru hängt von ihrem guten Verhalten ab. □

Sowjetunion

Milliarden für Diebstähle

Die Sowjetunion gibt jährlich 1,5 Milliarden Dollar aus, um illegal High-Tech aus dem Westen zu erwerben. Wie der Berater des US-Präsidenten, Robert Dean, meint, lassen sie bevorzugt westliche Geschäftsleute die Schmuggelarbeit machen.

Dean: »Unsere Geheimdienstbehörden fanden heraus, daß Ende der siebziger Jahre das Ausmaß der sowjetischen Bemühungen, die Technologie des Westens zu erwerben, weitaus systematischer und besser organisiert und finanziert war als bisher bekannt.« Seinen Aussagen nach ist die bevorzugte Methode der Sowjets, »einen westlichen Geschäftsmann auf Provisionsbasis die Dinge einkaufen zu lassen, die sie haben wollen«. □

Betr.: Vatikan »Das Ende des Christentums«, Nr. 3/87

Bevor Johannes XXIII. die cathedra Petri einnahm, sagte jemand, wenn dieser Papst wird, wird die Kirche nach seinem Pontifikat nicht mehr dieselbe sein. Er knüpfte auch Beziehungen zu Moskau.

Dann kam Paul VI., seine Mutter war eine Jüdin, die vor der Eheschließung konvertierte. Er sagte vor den Vereinten Nationen: Sie seien der irdische Widerschein des Reiches Gottes auf Erden. Er sagte auch: Auch wir haben vor allem den Kult des Menschen.

Nach seinem Tod fand man in der italienischen Presse rührende Nachrufe seiner Freunde, der Kommunisten und Freimaurer. Sowohl er, als auch der jetzige Inhaber des Stuhls Petri, empfangen in aller Freundschaft die Mitglieder der B'nai B'rith-Loge unter Zitierung des Psalmes: »Wie schön ist es, wenn Brüder traut zusammen sind.«

Johannes Paul II. verkündete in seiner ersten Enzyklika »Redemptor hominis« ein ganz neues Missionsprogramm. Es lautet: »Dank dieser Einheit (das heißt, was uns eint) nähern wir uns immer mehr dem Erbe des menschlichen Geistes, wie es sich in allen Religionen kundgetan hat und wie das Konzil Vaticanum II in »Nostra Aetate« lehrt. Dank dieser Einheit nähern wir uns immer mehr allen Kulturen, allen Weltanschauungen und allen Menschen guten Willens.«

Lustiger, Erzbischof von Paris, wurde von Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt. Lustiger sagte vor der Presse, er habe nie seinen jüdischen Glauben aufgegeben und Konversion – vom Judentum zum Christentum – sei Verrat. Somit wäre also Edith Stein eine Verräterin in den Augen des Kardinals. Johannes Paul II. wird Edith Stein seligsprechen – als jüdische Märtyrin. Peinlich, dieser Widerspruch zwischen dem Kardinal und seinem Papst.

Vor einigen Jahren schon fand in Trier an der katholischen Akademie dieser Diözese ein Dialog-Treffen statt zwischen Jesuiten und Freimaurern. Dabei sagte der zuständige Jesuiten-Pater, seine Freunde, die Freimaurer, könnten den Humansimus der Enzyklika »Redemptor hominis« mit beiden Händen unterschreiben.

Johannes Paul II. dringt auch nicht auf eine christliche Mission, sondern: »Papst Johannes Paul II. hat zum Auftakt seiner zehntägigen Indienreise mit beschwörenden Worten einen Dialog zwischen den verschiedenen Religionen gefordert.«

Die Deutsche Presse-Agentur berichtet dazu: Der Dalai Lama, der ihn für den größten zur Zeit lebenden Menschen hält, scheint sein besonderer Freund zu sein. Danach gefragt, ob er an Gott glaube, gab der Dalai Lama zur Antwort: »Wenn Sie mich fragen, ob ich an einen Gott glaube, Schöpfer Himmels und der Erde, so muß ich sagen, daß

ich nicht an Gott glaube. Wenn Sie aber sagen, daß Gott eine kosmische Allkraft ist, so glaube ich daran.«

In der »Religion« des Dalai Lama werden tausende von Göttern verehrt. Rom verkündet nicht nur das Missionsprogramm der Freimaurer, sondern auch die Religionsfreiheit und die Menschenrechte der Freimaurer.

In Vaticanum II heißt es: »Alles ist auf der Erde auf den Menschen hingeordnet als seinen Mittelpunkt.«

Als einige Konzilsväter den Text ergänzen wollten mit der Aussage: »... und der Mensch auf Gott als seinen Mittelpunkt«, da wurde dies mit der Begründung abgelehnt, dann könnten nicht mehr alle Menschen diese Aussage annehmen.

Bei der Würzburger Synode unter Kardinal Döpfner verabschiedeten die Synodalen folgende Aussage, die angenommen wurde: »Christus war zwar kein Narr oder Rebell; aber er sah beiden zum Verwechseln ähnlich.«

Nur ein Bischof (Stimpfle) erhob Einspruch, die anderen schwiegen, keiner aber verließ die Synode. Später wurden die Dokumente aus Würzburg von Rom anerkannt. Weh diesen Synodalen, denn Gott läßt seiner nicht spotten und seines Sohnes.

Werner Graus, St. Ingbert

*

Die Entwicklung zeigt, daß beide – Juden und Christen – nicht verstanden haben, warum es Jesus von Nazareth ging: »Euer Königreich ist inwendig. Ich bin euch näher als Arme und Beine.« Gott wird zum liebenden Vater

und geistigen inneren Führer für den Menschen, der sich auf ihn ausrichtet. Alles andere geht auf das Gesetz von Ursache und Wirkung zurück. Der Mensch macht sich sein Schicksal selbst; er hat die zehn Gebote. Darum: »Folget mir nach.«

Hätten alle Christen danach gelebt, gäbe es heute keine antichristlichen Bestrebungen unter den Juden. Auch hier gilt: Was du aussäest, wirst du ernten. Es ist bekannt, wieviel Blut durch die Kirche »im Namen Christi« vergossen wurde.

Die andere Sache ist der Unglaube an die Gottes-Sohnschaft. Ich frage ernstlich: Wer von den Christen heute nimmt diesen prä-existenten, vom Menschen Jesus losgelösten Christus-Gottes-Geist an?

Wer ist überzeugt von einer geistig existierenden Welt, die immer hohe Lichtwesen zur Menschwerdung (Inkarnation) auf die Erde gesandt hat? Wer glaubt, daß auch heute Gott durch Menschen spricht?

Nicht-christliche Religionen sind der Wahrheit näher. Wäre die Lehre vollständig erhalten und rein geblieben, hätten die östlichen Völker sich für Jesus, den Befreier von der luziferischen Vorherrschaft und Führer aus dem Zyklus der irdischen Wiedergeburten entschieden.

Soll »das Christentum« der Kirchen überleben, bedarf es eines zusätzlichen esoterischen Wissens und der Befreiung von allem unechten Glaubensgut.

Maria Laage, Viersen

*

Seit dem Zweiten Weltkrieg wird der Christlich-Jüdische Dialog in Gang gebracht, ein von allen Seiten gestartetes Alibiunternehmen, um sich von jeder Schuld und Mitschuld an der durch die Mosaische Zinsgesetzgebung erfolgten Aufspaltung des Moralurteils zwischen Zinsverbot unter Brüdern und Zinsgebot gegenüber den Fremden freizusprechen. Über diesen Ursachenzusammenhang der seither auf dem Lauf der Weltgeschichte lastenden Antisemitismus-Hypothek wird unter Juden wie Christen seit eh und je strengstes Stillschweigen gewahrt, da beide Seiten bis auf den heutigen Tag unter verschiedenen Herkünften, doch durch die gleichen Praktiken, in die gemeinsame Schuldverbrechensgeschichte des Zinseszinswahns verhaftet sind.

Daher darf weder der religions- noch zeitgeschichtliche Dialog über Auschwitz auf diesen weltgeschichtlichen Hintergrund der ökonomisch-sozialen Entstehungsursachen des weltweiten Antisemitismus nicht ausgedehnt werden. Über die Abgründe aller hier auftauchenden Tragödien hinweg, sollen die alten Weltwucher-Praktiken auch nach Auschwitz – vielleicht sogar unter Berufung auf Auschwitz – fortgesetzt werden.

Weder noch so gut und ehrlich gemeinte »Leserzuschriften« zu diesem Thema noch lautstarke Alibi-Veranstaltungen des Christlich-Jüdischen Weltdialogs werden etwas daran ändern, daß Christen und Juden – nach Auschwitz im Zeichen der scheinbar für alle Zeiten über Wirtschaftskatastrophen und Weltkriege hinweg über den Köpfen der Menschheit inthronisierten Goldenen Kalbes schlimmer treiben denn je.

Josef Kastner, Linz



»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.

Des Griffin **Wer regiert die Welt?**



Diagnosen

Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,- ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.

Peter Blackwood

DIE NETZWERKE DER INSIDER



Diagnosen

Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,- ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.